

79. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Juni 2011, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 7024

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Staatsminister **Dr. Ludwig Spaenle, Heinz Donhauser, Markus Reichhart** und **Thomas Mütze** 7024

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Mit Energie in die Zukunft. Aufbruch Bayern"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 7024
Markus Rinderspacher (SPD)..... 7031
Georg Schmid (CSU)..... 7037 7038 7043
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 7043 7048
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 7043
Staatsminister Martin Zeil..... 7056
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 7060
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 7063

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Olympia 2018: Was kann noch getan werden, um die Bewerbung von München zum Erfolg zu führen?"

Julika Sandt (FDP)..... 7064 7068
Staatsminister Dr. Marcel Huber.... 7064 7065 7066
7067 7068 7069
Harald Güller (SPD)..... 7065
Martin Bachhuber (CSU)..... 7066
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 7066
Gerhard Wägemann (CSU)..... 7067
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 7069

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern: Bilanz der Versäumnisse."

Antrag gem. § 176 GeschO auf Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung
Harald Güller (SPD)..... 7070

Abstimmung gem. § 129 GeschO über o. a. Herbeirufungsantrag..... 7071
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 7071

Erwin Huber (CSU)..... 7073 7074
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 7076 7077
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 7077
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 7078 7080
Eberhard Rotter (CSU)..... 7080
Bernhard Roos (SPD)..... 7081 7083
Klaus Stöttner (CSU)..... 7083
Staatsminister Martin Zeil..... 7084

Erste Lesungen
zu **Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen**

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfassungsgesetzen des Bundes (Drs. 16/8820)**

Verweisung in den Verfassungsausschuss 7086

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 16/8844)**

Verweisung in den Sozialausschuss 7086

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Reinhold Bocklet und Fraktion (CSU),
Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)

eines Gesetzes über die Bayerische Verfassungsmedaille (Drs. 16/8880)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 7086

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Harmonisierung der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung (Drs. 16/8884)

Verweisung in den Kommunalausschuss 7086

Bestätigung

eines neuen Mitglieds des Landesgesundheitsrats

Beschluss..... 7086

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 7086

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beratung der Stellungnahme der Staatsregierung zum Bericht des Zukunftsrates "Zukunftsfähige Gesellschaft - Bayern in der fortschreitenden Globalisierung" im Plenum des Landtags (Drs. 16/8616)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8810)

Staatsminister Dr. Marcel Huber..... 7087
Thomas Mütze (GRÜNE)..... 7089
Alexander König (CSU)..... 7093
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 7095 7111
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 7099
Thomas Dechant (FDP)..... 7102
Martin Schöffel (CSU)..... 7104

Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 7106 7108
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 7108
Bernd Sibling (CSU)..... 7110 7112

Erledigung..... 7112

Mitteilung gem. § 14 Abs. 4 GeschO betr. Umsetzungen im Ältestenrat..... 7112

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Tankstellenverordnung (Drs. 16/7121)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8649)

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)

Regulierung der Benzinpreise in Deutschland nach dem Beispiel Österreichs (Drs. 16/8042)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8651)

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER)..... 7112
Bernhard Roos (SPD)..... 7113
Tobias Reiß (CSU)..... 7114
Anne Franke (GRÜNE)..... 7115
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 7115 7116
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 7116
Staatssekretärin Katja Hessel..... 7116

Beschluss zum SPD-Antrag 16/8042..... 7117

Namentliche Abstimmung zum Antrag 16/7121 der
FREIEN WÄHLER..... 7117

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung 16/7121 (s. a. Anlage 2) 7119

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Das Bundesgesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid (CO₂) aus Kohlekraftwerken verhindern und gefährliche CCS-Endlager von Bayern fernhalten (Drs. 16/7464)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8702)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 7117
Tobias Reiß (CSU)..... 7118
Bernhard Roos (SPD)..... 7119
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 7119

Tobias Thalhammer (FDP).....	7120
Staatssekretärin Katja Hessel.....	7120
Beschluss.....	7120

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

KULAP neu berechnen - Spielräume zum Nutzen der bayerischen Bauern nutzen
(Drs. 16/8105)

Beschlussempfehlung des
Landwirtschaftsausschusses (Drs. 16/8741)

Beschluss.....	7121
----------------	------

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

"Allianz Aufschwung" - für die Regionen Bayerns - Ländlicher Raum I (Drs. 16/7199)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8701)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Gerechtigkeits-TÜV für Bayern - Ländlicher Raum II (Drs. 16/7200)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/8715)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Umstellung der Verteilung der Zuschüsse zum Regionalmanagement - Ländlicher Raum IV
(Drs. 16/7202)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/8650)

Beschluss en bloc.....	7121
------------------------	------

Schluss der Sitzung.....	7121
--------------------------	------

(Beginn: 14.04 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 79. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde wie immer vorweg erteilt. Es ist sichtbar hier im Hohen Hause: Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten und natürlich auch die anschließende Aussprache live. Darüber freuen wir uns. - Das ist der Bayerische Rundfunk. Andere Länder und auch der Deutsche Bundestag klagen darüber, dass dem bei ihnen nicht so ist. Ich meine, man sollte auch einmal anerkennende Worte sagen. Nicht wahr, Herr Fraktionsvorsitzender Rinderspacher?

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zunächst Glückwünsche aussprechen: Wir hatten wieder einige Geburtstage. Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 16. Juni Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle - herzlichen Glückwunsch im Nachhinein, Herr Staatsminister -

(Allgemeiner Beifall)

und am 22. Juni Herr Kollege Heinz Donhauser - ebenso im Nachhinein herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche beiden Gesundheit und weiterhin ein gutes Schaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Einen halbrunden Geburtstag begingen am 11. Juni Herr Kollege Markus Reichhart und am 26. Juni Herr Kollege Thomas Mütze - ebenso herzliche Glückwünsche, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg in der parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine ganz besondere Freude, auf unserer Ehrentribüne lebenswerte Gäste zu begrüßen, und zwar aus der südafrikanischen Provinz Westkap. Ich darf Sie, Herr Minister für Kultus und Sport, Herr Dr. Ivan Meyer, und Ihre Delegation im Bayerischen Landtag sehr, sehr herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Minister, Sie halten sich mit Ihrer Delegation bereits seit mehreren Tagen zu politischen Gesprächen in Bayern auf. Auf Regierungsebene bestehen mit der südafrikanischen Provinz Westkap bereits sehr enge Beziehungen. Ihr heutiger Besuch im Bayerischen Landtag ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass ein

gutes und intensives Miteinander auf parlamentarischer Ebene stattfindet. Ich freue mich ganz besonders, dass im kommenden November der parlamentarische Austausch durch den Besuch des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes unter der Leitung von Frau Kollegin Ingrid Heckner in Südafrika weiter intensiviert und fortgesetzt werden kann.

(Allgemeiner Beifall)

Noch einmal herzlich willkommen!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, auf allen Seiten des Hauses, wohlgemerkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Mit Energie in die Zukunft. Aufbruch Bayern"

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die apokalyptischen Bilder aus Japan und Fukushima und das Leid der Menschen nicht mehr täglich in den Nachrichten erscheinen, so haben Sie sich doch bei vielen Menschen und auch bei mir persönlich ins Bewusstsein gebrannt. Man muss heute noch einmal daran erinnern, dass Zehntausende von Menschen evakuiert wurden. Im Umkreis von mindestens zwanzig Kilometern um das Kernkraftwerk ist das Land auf lange Zeit unbewohnbar. Die vier Kraftwerksblöcke sind bis heute noch nicht unter vollständiger Kontrolle. Selbst ein Hochtechnologieland wie Japan konnte eine solche Katastrophe nicht verhindern. Oft hatte man beim Ansehen der Nachrichten das Gefühl der Ohnmacht beim Umgang mit dieser Katastrophe.

Ich sage Ihnen ganz offen zu Beginn dieser Debatte: Ich schätze das Restrisiko der Kernkraft nach diesem Vorfall anders ein als noch vor einem Jahr. Ich habe meine Position verändert. Dazu stehe ich. Ein Politiker darf, ich meine sogar, er muss seine Einstellung ändern, wenn es einen neuen Erkenntnisstand gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Eine veränderte Bewertung ist besser als Rechthaberei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mich der Ethikkommission der Bundesregierung und ihren Schlussfolgerungen in jedem Punkt an. Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernkraft und der Umstieg auf erneuerbare Energien sind machbar, wirtschaftspolitisch vertretbar und ethisch geboten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich habe größte Hochachtung vor der Arbeit und den Beschlüssen der Ethikkommission. Sie war breit und repräsentativ besetzt. Als Ministerpräsident bin ich stolz darauf, dass zwei führende Persönlichkeiten aus Bayern in der Ethikkommission vertreten waren. Denen möchte ich besonders danken. Das sind Reinhard Kardinal Marx und unser Landtagspräsident a. D. Alois Glück, der heute auch anwesend ist. Vielen Dank für diese Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten haben in zwei Sitzungen im Schulterschluss eine epochale Entscheidung getroffen: Wir steigen bis spätestens 2022 um - von der Kernenergie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Bayern ist ein starkes Land; das ist bekannt. Mit dieser Kraft werden wir die Energiewende als Teil unserer Zukunftsstrategie "Aufbruch Bayern" gestalten. Wir möchten zeigen, dass sich Bayern auf dem Erfolg, den wir derzeit wirtschaftlich erleben, nicht ausruhen darf. Wer aufhört, besser sein zu wollen, der hört auf, gut zu sein. Das ist auch der Sinn unseres Programms "Aufbruch Bayern": sich für Bayern zu engagieren, für die Familien, für Bildung, für Innovation und jetzt auch für die Energiewende. Wir wollen auch beim Megathema Umwelt- und Energietechnik Nummer 1 in Deutschland und in Europa sein. Nur mit diesem Anspruch sichern wir Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserer Heimat.

Ich habe in den letzten zwei Tagen mit einem Großteil des bayerischen Kabinetts und der Spitze der bayerischen Verwaltung und mit vielen Beteiligten aus unserer Gesellschaft diese Energiewende besprochen. Ich möchte Sie zuallererst über diese Gespräche informieren. An den Gesprächen gestern und heute waren, wie gesagt, ein Großteil des Kabinetts beteiligt und Vertreter vieler gesellschaftlicher Kräfte. Wir haben die Bedingungen und den Fahrplan für die Energiewende und erste Maßnahmen besprochen. Uns lag sehr daran, dass wir nach dem zu erwartenden Konsens zur Gesetzgebung, jedenfalls zu großen Teilen der Gesetzgebung, in dieser Woche im Deutschen Bundestag und in der nächsten Woche im Bundesrat daran gehen, bei der Umsetzung der Energie-

wende eine möglichst breite und geschlossene Zusammenarbeit in Bayern zu erreichen.

Zwar will sich nicht jeder - das haben die Gespräche gestern und heute gezeigt - unserem Tempo anschließen, aber der Konsens über das Ob ist da. Alle Gesprächsteilnehmer haben erklärt, das sei eine politisch zu verantwortende Entscheidung, sie würden diese Entscheidung respektieren und sich konstruktiv an der Umsetzung beteiligen. Diese Konstruktivität wurde nicht nur behauptet, sondern war auch kennzeichnend für die Gespräche gestern und heute Vormittag. Es ist ganz natürlich, dass bei einem so komplexen und vielschichtigen Sachverhalt die Diskussion über das Wie geführt wird, und ich finde, wir sollten diese Diskussion gerne führen. Ich will noch auf einige Punkte zu sprechen kommen. Es sind beachtliche Aufgaben und Herausforderungen, die zu bewältigen sind.

Energiewende im Dialog - dafür stehen meine Regierung, die Koalition und auch ich persönlich. Damit setzen wir die Erfolgsgeschichte von "Umweltpakt Bayern" und "Bayerischer Klima-Allianz" fort. In diesen Organisationen war der gleiche Grundgedanke der Kompass, nämlich die Energiewende gemeinschaftlich und nicht gegeneinander durchzuführen. Das Ergebnis des Gipfels ist beeindruckend. Alle Gesprächsteilnehmer - Kommunen, Wirtschaftsverbände, der Bund Naturschutz, Siemens, RWE, Eon und eine Vielzahl von Vertretern maßgeblicher, bei erneuerbaren Energien einschlägiger Verbände - sind zum Aufbruch in ein neues Energiezeitalter bereit. Alle haben konstruktive Vorschläge und Ideen eingebracht. Direkter und schneller geht kein Informationsfluss. Wir gestalten die Energiewende in Kooperation und Dialog; zu dieser Hoffnung gibt dieser Energiegipfel allen Anlass. Ich möchte heute deutlich sagen: Dieser Energiegipfel ist nur der Anfang. Weitere Treffen werden folgen.

Ich möchte als wesentliches Ergebnis festhalten: Für die vielschichtigen Probleme gibt es nur vielfältige Lösungen. Man muss nach diesen Gesprächen einmal mehr vor dem Trugschluss warnen, dass es eine allgemeingültige Generalantwort gäbe, dass man mit einem schönen Plan alle Fragen im Zuge der Energiewende lösen könnte. Dafür ist die Aufgabe zu schwierig und zu vielschichtig. Deshalb müssen wir uns zu einer anspruchsvollen und vertieften Diskussion bereit erklären.

Wenn es vielfältige Lösungen geben wird, die im Übrigen nicht staatlich verantwortet werden, dann muss die Arbeit dieser Akteure koordiniert werden, damit man voneinander weiß, rechtzeitig erkennt, wo Hindernisse bestehen, die wir schnell beseitigen müssen, und damit man sich dort einklinken kann, wo es viel-

leicht besondere Probleme gibt. Wir stellen nur die Rahmenbedingungen zur Verfügung, aber die Lösungen werden im Rahmen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und unserer sozialen Marktwirtschaft vor allem durch die Akteure der Wirtschaft, der Kommunen und der Wissenschaft entwickelt. Deshalb haben alle Teilnehmer des Energiegipfels der Gründung der Energieagentur "Energie innovativ" zugestimmt. Das ist ein Komplex, den wir in unserem bayerischen Energiekonzept im Grundsatz im bayerischen Kabinett beschlossen hatten. Wir wollten in Bayern als Beratungs-, Koordinierungs- und Informationsplattform eine Energieagentur - "Energie innovativ" - bilden, nicht als neue Behörde, sondern als Gremium, in dem die Akteure sitzen, welche die Energiewende zu begleiten und zu bestreiten haben.

Ich wäre ein entschiedener Gegner der Idee, dafür eine neue Behörde zu schaffen. Ich halte es aber für richtig, dass die Teilnehmer des Energiegipfels und auch andere - ich denke zum Beispiel an die Gewerkschaften - auch Mitglied der Energieagentur sein sollen. Wir müssen auch überlegen, wie wir dieser Energieagentur eine schlagkräftige Organisation geben, also ein Lenkungsgremium. Das wird bis Ende Juli zu leisten sein und wird unter Verantwortung der Staatskanzlei erfolgen. Unter meiner Federführung werden bis Ende Juli Antworten auf die Fragen vorbereitet werden müssen, wie die Aufgaben- und Organisationsstruktur und die Funktionsweise aussehen sollen, auch auf die Frage, ob man die Energieagentur auf Regierungsebene herunterbrechen soll, weil in den Regierungsbezirken mit sehr unterschiedlichen Ansätzen gearbeitet wird. Dann werden wir in der Koalition und im Kabinett entscheiden, und dann kann die Energieagentur ihre Arbeit aufnehmen. Das wird spätestens im September der Fall sein. Die Geschäftsstelle für diese Energieagentur wird im Wirtschaftsministerium angesiedelt sein und unter Verantwortung und Federführung des Kollegen Martin Zeil arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden ein- bis zweimal im Jahr - am Anfang wahrscheinlich eher zweimal, im Frühjahr und im Herbst, später, wenn sich die Dinge eingespielt haben, vielleicht nur einmal jährlich - den Energiegipfel durchführen. Das wird in der Staatskanzlei unter Vorsitz des Ministerpräsidenten geschehen. Dabei werden wir die Ergebnisse der Energieagentur - ich denke an mögliche Friktionen, also an Reibungspunkte, Nachsteuerungsbedarf usw. - beraten und beschließen.

Ich halte es für am wichtigsten, dass wir jetzt die weitere Umsetzung der Energiewende durch das Gremium begleiten und so den Wunsch aller Teilnehmer

des Energiegipfels erfüllen, dass sie ständig an den Informationen teilhaben und ständig einen Ansprechpartner haben, bei dem sie ihre Anliegen sehr schnell einbringen können. Da ist die Gesetzgebung in einer anderen Richtung wirksam, als es ursprünglich geplant war.

Ich sage ausdrücklich: Alle haben der Energieagentur zugestimmt. Alle werden sich daran beteiligen. Sie wird spätestens im September dieses Jahres voll arbeitsfähig sein.

Ich zitiere stellvertretend den Bayerischen Gemeindegtag. Er hat diese Thematik in Regionalveranstaltungen beraten. Wir werden die Kommunen zur Umsetzung der Energiewende sehr stark brauchen. Viele Gemeinden und viele Vertreter kommunaler Organisationen haben uns erklärt, dass sie sich aktiv als Investor für ihre Gemeinden beteiligen wollen. 600 bayerische Gemeinden haben in Regionalveranstaltungen gesagt: Wir machen bei der Energiewende mit; wir unterstützen den Kurs der Staatsregierung.

Die Gemeinden packen beim Energiesparen mit an und verfolgen das Ziel, den Strombedarf vornehmlich durch Anlagen auf bayerischem Boden zu decken. Man kann es nicht oft genug sagen: Wir wollen nicht Stromdurchleiter und nicht Stromhändler werden, sondern möglichst viel des Stromes durch Wertschöpfung in Bayern produzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Wille zur Zukunftsgestaltung ist großartig. Alle Kräfte Bayerns wirken zusammen. Alle sind gemeinsam Macher des Umstiegs. Wir haben also Rückenwind. Die Menschen wollen - das wissen wir aus vielen Begegnungen - sichere, saubere und bezahlbare Energie, und zwar ohne Kernenergie. Die Menschen in Bayern wollen den Umstieg. Die bayerischen Unternehmen haben die Kraft und die Technik für den Umstieg.

Das hat sich gestern im Gespräch mit der Wirtschaft sehr deutlich gezeigt. Unsere Wissenschaftler haben schon lange die Technologieführerschaft für eine moderne Energieinfrastruktur, für Solartechnik, Geothermie und Biomasse. Die Menschen in Bayern wissen: Zur Energiewende gehört nicht nur der Ausstieg aus der Atomkraft, sondern auch der Umstieg, das heißt, der Ausbau von Netzen, von Photovoltaik und Windenergie, von Biomasse und Wasserkraft und der Bau neuer Pumpspeicherwerke.

Der Umstieg wird von uns allen große Anstrengungen verlangen. Aber nach meiner Begegnung mit der Bevölkerung kann ich sagen: Die große Mehrheit weiß

sehr genau, man kann nicht auf der einen Seite gegen Kernkraft demonstrieren und auf der anderen Seite den Umstieg in erneuerbare Energien boykottieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Energiegipfel im Rücken und dem Willen der Menschen zum Umstieg haben wir den größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens. Wir haben gewissermaßen einen ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag für den Umstieg.

Politik, Verbände und Unternehmen arbeiten gemeinsam für folgende Ziele:

Erstens. Die Energieversorgung in Bayern bleibt sicher, bezahlbar und klimafreundlich. Alle drei Kriterien sind bei der Energiewende gleichberechtigt.

Zweitens. Wir halten die Technologieführerschaft bei Umwelt- und Energietechnik.

Drittens. Bayern bleibt - ich sagte es schon - Produktionsstandort für Energie und wird nicht Stromhändler oder Stromdurchleiter.

Viertens. Wir sorgen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Betriebe. Ich komme darauf zurück.

Für diese Ziele haben wir - Politik, Verbände und Unternehmen; das ist das Ergebnis des Gipfels - einen klaren Fahrplan. Wir werden den Anteil erneuerbarer Energien innerhalb der nächsten zehn Jahre in Bayern verdoppeln. Heute sind es schon 25 %; im Bund sind es nur 17 %. Wir werden, wie gesagt, den Anteil verdoppeln.

Wir brauchen neue Technologien. Denken Sie nur an die Speichertechnologien für Strom. Da ist noch sehr viel zu tun. Manchmal wird hier ein bisschen blauäugig diskutiert, wie weit wir angeblich schon sind. Aber es ist noch eine Menge an Forschung zu leisten.

Wir brauchen eine begrenzte Zahl neuer Gaskraftwerke. Wir brauchen - auch das darf nicht vergessen werden; vielleicht ist es sogar die erste Priorität - mehr Energieeffizienz und Stromeinsparung zur Begrenzung der CO₂-Emissionen. Unsere bayerischen Klimaschutzziele - auch das möchte ich der Bevölkerung sagen - bleiben unverändert gültig. Dafür fördern wir die energetische Sanierung von Gebäuden und neue Formen der Mobilität.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir gemeinsam, schnell und pragmatisch handeln, haben wir eine Win-win-Situation für alle Men-

schen in Bayern. Wenn wir schnell sind, ist die Energiewende in Deutschland ein einziges großes Konjunkturpaket für Bayern. Ich füge hinzu: nicht nur, wenn wir schnell sind, sondern wenn wir auch stetig und nachhaltig sind. Es würde nichts nützen, für ein oder zwei Jahre die Gebäudesanierung besonders hoch auszustatten, um anschließend auf ein schwer erträgliches Maß zurückzufallen. Für mich - das sage ich für die Regierung - ist es sehr viel wichtiger, dass wir dies alles auf ein höheres Niveau führen. Aber dann müssen wir das hohe Niveau auch stetig und nachhaltig für viele Jahre durchhalten. Machten wir es anders, würden wir die Preise subventionieren, aber nicht die Gebäudesanierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir liefern die Spitzenforschung, die Entwicklung, die Technik und das Know-how hier in Bayern. Damit holen wir Aufträge und Arbeitsplätze nach Bayern.

Die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaft, Professor Claudia Kemfert, spricht für Deutschland von bis zu einer Million mehr Arbeitsplätzen durch die Energiewende. Die Energiewende wird also zu mehr Wirtschaftswachstum führen. Die Energiewende bis 2022 bedeutet viele Investitionen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren 200 Milliarden Euro in Deutschland investiert werden.

Wir werden diese Chance in Bayern nutzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Na endlich - Bayern steht in den Startlöchern!)

Der Vorstand von Siemens, der heute vertreten war, sieht ein großes Potenzial für moderne Kraftwerke und neue Energietechnik. Das Vorstandsmitglied von Siemens, Frau Ederer, hat heute in der Zusammenkunft davon gesprochen, Siemens gehe davon aus, dass die Energiewende in Bayern unter verschiedenen Aspekten zu einem enormen Technologieschub führen wird.

Die Exportschlager von morgen kommen also aus Bayern. Das sind: Elektromobilität, Umwelttechnik, energetische Sanierung, Energietechnik. Viele mittelständische Unternehmer und Handwerker warten auf den Startschuss für intelligente Energienetze - auch da ist noch viel zu leisten -, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Gebäudesanierung.

Der Chef der BayWa, der heute auch vertreten war, hat kürzlich im "Handelsblatt" davon gesprochen, er rechne mittelfristig mit einer Milliarde Euro Umsatz durch die Energiewende, also schon in kurzer Zeit.

In den Gemeinden - auch das ist in den Gesprächen vor Ort sehr deutlich geworden - entsteht eine dezentrale Energieversorgung. Viele Gemeinden wollen ihre Energie selbst produzieren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Gute Idee!)

Immer mehr Menschen - auch das ist sehr bemerkenswert - wollen sich in Bayern an ihrer Energieversorgung beteiligen.

Vor zwei Wochen war ich beim Spatenstich für einen der größten Solarparks in Bayern, nämlich in Weismain. Über 8.000 Haushalte werden von dort durch eine Anlage mit Strom aus Sonnenenergie versorgt werden. Die Anlage wird von den Bürgern mitfinanziert. Die Menschen in Oberfranken nehmen in diesem Fall also ihre Energieversorgung in die eigene Hand. Ich war besonders beeindruckt davon - es war ein Termin an einem Montagvormittag um 11 Uhr, Thomas Hacker war dabei -, wie zahlreich die Bürger bei dieser Veranstaltung vertreten waren und wie sie dabei sind, die Energieversorgung für ihre Heimat, drei Landkreise und drei Gemeinden, selbst zu übernehmen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben es nicht glauben können!)

Meine Damen und Herren, die Aufgeregtheit auf der linken Seite ändert auch nichts daran. Das ist die Zukunft. Das ist der "Aufbruch Bayern".

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Energiegipfel haben wir den Umstieg besiegelt. Die Energiewende ist und wird ein Gemeinschaftsprojekt. Wir tragen die Verantwortung gemeinsam. Und wir packen jetzt auch gemeinsam an. Viele Kräfte - ein gemeinsamer Wille. Mit Energie in die Zukunft, das ist unser bayerischer Weg.

Die bayerischen Kernkraftwerke werden abgeschaltet - Schritt für Schritt und endgültig. Isar 1 geht nicht mehr ans Netz. Die anderen folgen: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2021 Gundremmingen C und 2022 Isar 2.

Der Staatsregierung ist sehr wohl bewusst, dass diese Schließungen von Kernkraftwerken für die dort Beschäftigten Einschnitte und Veränderungen bedeuten. Deswegen werde ich gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister die Arbeitnehmervertretungen in die Staatskanzlei einladen, damit auch die Beschäftigten der Kernkraftwerke wissen, dass sie die Bayerische Staatsregierung bei diesem Strukturwandel nicht alleine lässt. Wir reden miteinander, und wir werden uns

überlegen, wie wir die Situation der Beschäftigten der Kernkraftwerke bewältigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In elf Jahren ist in Bayern kein Kernkraftwerk mehr am Netz - und dies verlässlich und ohne Hintertürchen. Auch die Endlagerfrage packen Bund und Länder gemeinsam an.

(Inge Aures (SPD): Wie denn?)

Meine Damen und Herren, ich möchte es auch der Volksvertretung sagen: Die Generation, die die Kernenergie nutzt, muss sich auch um die Entsorgung kümmern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Ach was! Welch eine Neuigkeit!)

Zu dieser Verantwortung stehen wir. Deshalb habe ich als Ministerpräsident in Berlin zugestimmt, dass wir erstens Gorleben bis zu einem Endergebnis zügig untersuchen und dass wir zweitens vorsorglich parallel dazu geologische Formationen - nicht Standorte, sondern geologische Formationen! - in ganz Deutschland auf ihre Eignung zur Atommülllagerung untersuchen. Bei dieser Standortentscheidung dürfen wir uns nur und ausschließlich von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das heißt für Bayern: Unter diesem Aspekt, nach der alten Entsorgungsphilosophie, ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass ein Standort in Bayern infrage kommt. Das möchte ich hinzufügen. Es ist aber auch etwas Neues entschieden worden. Wir müssen auch eine neue Endlageroption untersuchen. Wir dürfen uns nicht mehr darauf beschränken, den Abfall wie über viele Jahrzehnte in einem Salzstock einzuschließen, wo er nicht mehr zugänglich ist. Wir müssen auch andere Optionen, zum Beispiel die Rückholbarkeit, mit in den Blick nehmen. Ich habe dieser Option und der Untersuchung dieser Option zugestimmt. Gerade wenn man diese Option untersucht, muss man sich davor hüten, widersprüchlich zu werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann weiß man aber auch, dass Bayern nicht dabei ist!)

Wie ist es heute? Heute sind die Abklingbecken bei den Kernkraftwerken. Dann werden die Kernbrennstäbe in Castorbehältern in Hallen gelagert. Die Genehmigungen dafür sind für bis zu 40 Jahre ausgesprochen. Jetzt frage ich Sie auch vor der Öffentlichkeit, ob es logisch ist, dass man die Genehmigung der oberirdischen Lagerung in Landshut, in Gundremmin-

gen oder in Schweinfurt für bis zu 40 Jahre für unproblematisch hält, dass man die Überlegung einer unterirdischen, aber zugänglichen Lagerung dagegen für problematisch hält. Das ist logisch nicht zu begründen. Deshalb stehe ich dazu, dass man diese Optionen untersucht. Vielleicht gewinnt man mehr Sicherheit, wenn man das, was heute 40 Jahre lang oberirdisch gelagert wird, in Zukunft unterirdisch und vielleicht auch für andere Zwecke rückholbar lagert.

Für Bayern bedeutet die Energiewende konkret, dass in diesem Jahrzehnt - deshalb sind manche Übertreibungen auch zurückzuweisen - zwei weitere Kernkraftwerke durch erneuerbare Energien und durch Gaskraftwerke zu ersetzen sind. Das sollten wir dem Land Bayern als hochentwickeltem Land zutrauen. Mit unserem bayerischen Energiekonzept "Energie innovativ" haben wir eine realistische Strategie für den Umstieg - ich sage es noch einmal: Hand in Hand mit den Unternehmen, Bürgern und Kommunen.

Wir machen Bayern zum Vorreiter für erneuerbare Energien. Das sind wir ohnehin schon. Dafür brauchen wir zum einen die Kompetenz und die Finanzkraft von Investoren und Unternehmen. Zum anderen brauchen wir dezentrale Energiekonzepte von Kommunen und Bürgern. Beides macht die Stärke Bayerns aus. Wir sollten das eine nicht gegen das andere ausspielen.

Derzeit kämpfen wir beim Bund dafür, dass der verstärkte Ausbau der Windenergie nicht nur auf hoher See, sondern auch an Land vorangetrieben wird. Abstriche bei der Förderung von Onshore-Windkraftanlagen darf es deshalb nicht geben. Das wäre nämlich zum Nachteil Bayerns. Kleine Biomassekraftwerke dürfen gegenüber größeren nicht benachteiligt werden. Dafür haben wir bis zur letzten Stunde gekämpft, und das ist uns auch gelungen. Das ist für unsere vielen kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe in Bayern wichtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hilfreich ist, dass die beschlossene Senkung der Einspeisevergütung bei den Solaranlagen jetzt nicht greift. Ich hoffe, es bleibt dabei; denn daran wird immer noch gezerrt. 40 % des deutschen Solarstroms kommen schon heute aus Bayern. Das zeigt die Kraft, die in Bayern bei der Nutzung erneuerbarer Energien vorhanden ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das war letztes Jahr auch schon so!)

In Bayern hat die Energiewende längst begonnen. Ich verweise auf das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing. Es war eine weitsichti-

ge Entscheidung, dieses Zentrum dort einzurichten. Damit haben wir ein internationales Aushängeschild. In der Energiewende liegen für die bayerische Land- und Forstwirtschaft große Chancen. Dies hat sich auch gezeigt. Jeder Landwirt kann in Zukunft auch Energiewirt sein - egal, ob mit Hackschnitzel, Biomasse oder Solarenergie. Die Gemeinde Ascha in Niederbayern und die Gemeinde Wildpoldsried im Oberallgäu produzieren ihre Energie schon heute nahezu vollständig selbst. Sie sind damit nahezu autark, andere sind auf den Weg dorthin. In Bayern - auch das ist uns heute gesagt worden - sind schon heute neun Heißwasser-Geothermie-Anlagen in Betrieb. Zwei davon erzeugen neben Wärme auch Strom. Zehn weitere Anlagen sind im Bau. Die Landsiedlung des Bayerischen Bauernverbandes plant unter anderem im oberbayerischen Neumarkt-Sankt Veit ein Bürgerwindrad. Die Bürger aus der Region können sich daran beteiligen. Hier wird sich etwas grundlegend ändern. Das war vor vierzehn Tagen auch in Oberfranken zu erfahren. Es gibt die genossenschaftliche Energie. Die Leute wollen nicht mehr einen anonymen Investor aus England, sondern sie wollen ihre Energieversorgung für ihre Gemeinde und ihren Landkreis selbst organisieren. Ich glaube, das ist in einer Bürgergesellschaft gut so.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Ulrike Gote (GRÜNE):
Tatsächlich? Das ist etwas ganz Neues! Das ist ja toll!)

Diese Beispiele, meine Damen und Herren, zeigen, dass die Bürgerenergie ein Stichwort sein wird. Privates Investitionskapital wird für Bürgerwindanlagen, Bürgeranlagen für Biomasse und Bürgersolaranlagen aktiviert. Die Staatsregierung hat bereits bei der letzten Kabinettsitzung entschieden, dass wir die staatlichen Gebäude mit erneuerbaren Energien versorgen wollen. Aber auch das ist symptomatisch: Kaum ist diese Idee geäußert, gibt es irgendeine Persönlichkeit, die glaubt, auf dem Dach der Bayerischen Staatskanzlei dürften keine Sonnenmodule sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr gehört halt raus!)

- Da stimme ich Ihnen sogar zu, Herr Aiwanger - nicht bei dem, was Sie gefordert haben, aber dabei, dass Sie mir zustimmen. Ich kann jedem nur empfehlen, dass er im Kanzleramt einmal nach oben fährt. Dann sieht er nämlich, dass man Solaranlagen an öffentlichen Gebäuden durchaus so anbringen kann, dass sie von außen überhaupt nicht erkennbar sind.

Ich möchte auch auf das internationale Megaprojekt Desertec hinweisen. Es war die Bayerische Staatsre-

gierung, die die Führung, das Headquarter von Deser-tec, nach München geholt hat. Meine Damen und Herren, das wird sich im Laufe der nächsten 10 oder 20 Jahre noch als sehr nützlich erweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte noch auf den Aufbau der Stromnetze zu sprechen kommen. Dabei unterstreiche ich einen Satz, der in diesen zwei Tagen sehr häufig gefallen ist: "Das Tempo des Netzausbaus wird das Tempo der Energiewende bestimmen". Wir brauchen eine Investitionsoffensive für Stromnetze in Bayern, Deutschland und Europa. Meine Damen und Herren, das habe ich während des Energiegipfels dazugelernt. Wir dürfen nicht immer nur an die großen Strom-versorgungsstrassen wie die Thüringer Strombrücke, die vom Norden Deutschlands nach Bayern führen soll, denken. Heute ist uns von den Vertretern der erneuerbaren Energien nachdrücklich ans Herz gelegt worden, die Verteilerstromnetze im Blick zu haben, weil ein intelligentes Stromnetz weder in Bayern noch in ganz Deutschland auf eine andere Weise ausgebaut werden kann.

Wir haben vereinbart - und das werden wir auch tun -, dass bei der Planung und dem Bau der Stromnetze die Transparenz gewahrt bleibt. Deshalb kann ich die Zurückhaltung der Bundesoberbehörden im Hinblick auf die Planung der Stromleitungen in Deutschland nicht so recht verstehen. Meine Damen und Herren, diese Intransparenz schafft automatisch Misstrauen. Ich bin für Transparenz und dafür, alles auf den Tisch zu legen, was geplant ist. Woher wird der Strom bezogen? Wohin fließt er? Ich bin für eine Beteiligung der Bürger. Wenn man mit den Bürgern auf der Grundlage transparenter Informationen offen und ehrlich umgeht und sie am Diskussionsprozess beteiligt, wird man manche Vorbehalte und Widerstände vor Ort überwinden können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte noch einen Satz zu den Gaskraftwerken sagen. Die großen Experten haben uns in den letzten zwei Tagen Folgendes ans Herz gelegt: Wenn man gedanklich - gedanklich! - von einer hundertprozentigen Versorgung Bayerns mit erneuerbarer Energie ausgeht, werden zur Stabilisierung des Stromnetzes trotzdem Gaskraftwerke benötigt.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Die Gaskraftwerke werden mit Kraft-Wärme gekoppelt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schon wieder etwas gelernt!)

Am 15. September geht das modernste Gaskraftwerk der Welt in Bayern ans Netz. Dieses Kraftwerk in Voh-burg-Irsching wird dann so viel Strom wie das Kernkraftwerk Isar 1 liefern.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, das geht!)

Meine Damen und Herren, wir machen weiter. Für das Kraftwerk Haiming im Landkreis Altötting liegt die Genehmigung vor. Auf dieser Schiene werden wir weitermachen. Auf dem Energiegipfel haben wir Hinweise erhalten, wie dies gehen könnte. Die Kommunen haben erklärt, die kommunalen Unternehmen hätten wie die großen Konzerne ein großes Interesse an Kooperationsmodellen. Meine Damen und Herren, da werden wir ansetzen und weitermachen.

Wir brauchen einen weiteren Paradigmenwechsel für das Energiesparen. Sie alle kennen die Zahlen: Rund 40 % des Energieverbrauchs entfallen auf Raumbeheizung und Warmwasserbereitung. Deshalb begrüße ich, dass die Gebäudesanierungen wieder auf das Niveau wie zum Zeitpunkt der Konjunkturprogramme gehoben werden. Wir werden uns überlegen, wie wir dies weiterführen können.

Meine Damen und Herren, Energiesparen geht uns alle an. Ich sage noch einmal: Wenn die Klimaschutzziele gleichrangig mit den Sicherheitszielen und den Bezahlbarkeitszielen sind, müssen wir unter Einhaltung der Haushaltssolidität das Menschenmögliche für die Gebäudesanierung tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Dazu gehört auch die Mobilität. Wir wollen, dass in zehn Jahren 200.000 Elektroautos auf unseren Straßen fahren.

Siemens, MAN, BMW, Audi und unzählige mittelständische Betriebe in Bayern sind Weltmarktführer auf ihrem Gebiet. Unsere Hochschulen und Forschungsinstitute sind Motor unserer Energiezukunft. Kollege Heubisch hat gestern und heute mehrfach darauf hingewiesen, dass von den 26 Hochschuleinrichtungen bis auf drei alle auf dem Gebiet der Energieforschung unterwegs sind. Wir selbst haben mit dem Energie Campus und dem Haus der Forschung einiges in Bewegung gebracht. Der Energie Campus Nürnberg wird gemeinsam mit der Technischen Universität München vieles positiv voranbringen.

Meine Damen und Herren, mir sind die energieintensiven Betriebe sehr wichtig. Diese werden heute schon mit der EEG-Umlage unterstützt. Ich bin froh, dass wir uns in Berlin darauf verständigen konnten. Unsere Papierfabriken leben von konkurrenzfähigen Energie-

preisen. In der bayerischen Chemie hängen 60.000 Arbeitsplätze von den Energiepreisen ab, weitere 60.000 in der Kunststoffindustrie. Unsere Glasindustrie braucht wettbewerbsfähige Energiekosten. Wir erleben gerade, wie wichtig dies bei der Produktion von Karbonfasern in Bayern wäre. Hierzu befinden wir uns noch in Verhandlungen. Die Bayerische Staatsregierung wird alles tun, damit bei den energieintensiven Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Dafür werden über eine Milliarde zusätzliche Mittel aus dem Energiefonds des Bundes aufgewandt, um die Ausgleichs für die energieintensiven Betriebe zu erhöhen und wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen sicherzustellen. Genauso werden wir darauf achten, dass für Familien, Rentner und Geringverdienender der Strom bezahlbar bleiben wird.

Meine Damen und Herren, ich habe zwei große Visionen für Bayern. Meine erste Vision ist eine autarke Stromversorgung von Eigenheimen. Solarmodule auf dem Dach und stationäre Stromspeicher im Keller sollen nicht nur die Warmwasserversorgung, sondern die Grundversorgung eines Eigenheimes gewährleisten. Viele Experten glauben, die Umsetzung dieser Speichertechnologien werde schneller als geplant vollzogen werden können. Diese Meinung teile ich auch im Hinblick auf die Automobilindustrie. In diesem Zusammenhang greife ich einen Diskussionsvorschlag von Eon auf, wonach erneuerbare Energien in Methangas umgewandelt werden sollen. Daran wird stark gearbeitet. Dies ist noch vorrangiger als die Elektromobilität. Der Vorstandsvorsitzende der Eon AG hält dieses Ziel für realistisch. In zehn Jahren sollen 15 % des gesamten Gasverbrauchs durch Methangas aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Greenpeace macht das längst!)

Meine Damen und Herren, wir haben in Bayern die besten Bedingungen für diese Energiewende. Bei dieser Energiewende setzen wir auf staatliche Flankierung, auf Anreize, auf Freiheit und Eigenverantwortung sowie auf den Wettbewerb. Der Wettbewerb war bisher in der Energiewirtschaft nicht besonders ausgeprägt. Der Wettbewerb wird für die Dämpfung der Energiepreise mehr bewirken als vieles, was uns Politikern dazu einfallen könnte. Mit unseren Anreizen bleiben wir der Sozialen Marktwirtschaft treu. Ich warne davor, so zu tun, als könnte man in den Ministerien einen wunderschönen Bedarfsplan ausfeilen. Am Ende wird man nur feststellen, dass man ihn deutlich übertrifft. So kennen wir es aus der Geschichte. Wir haben eine erfolversprechende Strategie. Ich bin sicher, dass die Menschen im Laufe der Zeit zu uns sagen werden: Wir haben die Strategie am Anfang vielleicht nicht ganz verstanden. Schließlich haben wir

sie mehr und mehr bewundert. Jetzt ist sie ein Vorbild für uns.

Mir wird immer berichtet, welche Sorgen beim französischen Staatspräsidenten vorherrschen, wenn er in Berlin zu Gast ist. Dort wird im Falle einer erfolgreichen deutschen Energiewende befürchtet, dass diese auch in anderen Ländern ihre Wirkung nicht verfehlen werde. Vielleicht sollte man darauf hinweisen, dass von 27 Mitgliedstaaten in der Europäischen Union heute bereits 13 Mitgliedstaaten keine Kernkraft nutzen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Schön!)

Wir wollen, dass unser Produktionsstandort attraktiv bleibt. Wir wollen den Technologieschub in Bayern erleben. Wir wollen weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein und die Schöpfung bewahren. Wir arbeiten für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie. Das wird uns bei dieser Energiewende begleiten. Gehen wir gemeinsam mit Energie in die Zukunft - für unser einzigartiges Bayern. Machen wir Bayern zum Modell für die Energiewende - realistisch, verlässlich, berechenbar. Bayern kann es, und Bayern macht es.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich auch offiziell meinen Vorgänger im Amt, Herrn Präsident Glück, sehr herzlich im Hohen Haus - an langjähriger Wirkungsstätte - begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Pro Fraktion stehen 40 Minuten zur Verfügung. Der Ordnung halber weise ich darauf hin, bevor ich darauf hingewiesen werde. Die Redezeit muss natürlich nicht ausgenutzt werden.

Ich darf zunächst dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion das Wort zur allgemeinen Aussprache erteilen. Herr Kollege Rinderspacher, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die heutige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist gleich in mehrfacher Hinsicht historisch: Wohl nie zuvor hat es seitens der CSU im Hohen Haus so viel Applaus für rot-grüne Programmatik gegeben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Regierungserklärung ist die historische - radikale - Abkehr von der jahrzehntelang für richtig gehaltenen Atompolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU: Und der SPD!)

Wäre man heute böse, müsste man nüchtern festhalten: Diese Regierungserklärung ist für die bisherige Energiepolitik der Staatsregierung eine regelrechte Bankrotterklärung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie ist das Eingeständnis von politischer Fehleinschätzung historischen Ausmaßes. Im geschichtlichen Zusammenhang braucht es oft Jahre oder gar Jahrzehnte, bis falsche Grundannahmen in der Politik eingestanden werden. In diesem Fall waren aktuelle Fernsehbilder aus Japan für einen radikalen politischen Wechsel ursächlich - quasi über Nacht. Es bedurfte nach Tschernobyl einer erneuten Katastrophe als politischen Weckruf.

Das, was im Grundsatzprogramm der CSU aus dem Jahr 2007 auf den Seiten 122 bis 127 unter "Sichere und umweltverträgliche Energieversorgung" geschrieben steht, wird mit der heutigen Erklärung des CSU-Parteichefs gelöscht und wegradiert; nichts bleibt mehr von den einstigen Grundüberzeugungen übrig. Wesentliche Grundsätze der CSU werden für überholt, ja für grundfalsch erklärt. Das geschieht im Handstreichverfahren, ohne dass sich etwa ein Parteitag damit befasst hätte und auch ohne dass sich die Faktenlage gegenüber den Vorjahren - 2009, 2008, 2007 - grundlegend verändert hätte.

Diese Regierungserklärung ist auch deshalb unwahrhaftig, da Herr Seehofer mit dem abrupten Kurswechsel keine hinreichende Erklärung verknüpft. Im Gegenteil, der über weite Strecken erkennbare Versuch, so zu tun, als wäre die neue Energiepolitik die logische Fortsetzung dessen, was die WAA-Wackersdorf-CSU schon immer wollte, ist absolut unredlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Bedauern des bisherigen politischen Irrweges, zumindest das Einräumen von Fehlern, zum Beispiel bei der Laufzeitverlängerung, hätte sicherlich mehr zur Glaubwürdigkeit der heute definierten Ziele beigetragen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Regierungserklärung ist auch eine Genugtuung für Rot-Grün, also für jene, die bereits seit Jahrzehnten für die von Ihnen heute beschriebene Politik

kämpfen und die vor über einem Jahrzehnt den Atomausstieg organisiert und die Weichen in Richtung erneuerbare Energien gestellt haben. Wir freuen uns darüber, dass jetzt acht Atomkraftwerke in Deutschland endgültig stillgelegt werden. Doch, Herr Ministerpräsident, das ist gewiss nicht Ihr Verdienst, auch wenn Sie heute diesen Anschein erwecken wollten, sondern das ist das Verdienst einer unermüdlichen Protestbewegung der vergangenen Jahrzehnte, der letzten Jahre und auch der vergangenen Monate.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eines sei richtig gestellt, ohne dass es kleinkariert herüberkommen soll: Nicht wir treten Ihrem, sondern Sie treten dem von uns organisierten Gesellschaftsvertrag für eine Energiewende bei. Sie sind uns als Nachzügler herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nicht wir müssen uns auf Sie zubewegen, sondern Sie haben sich in einer beispiellosen, spektakulären 180-Grad-Kehrtwende auf uns zubewegt. Herr Ministerpräsident, es dürfte auch Ihnen in Erinnerung sein, dass wir für genau die gleiche Politik, die Sie heute verkündet haben, von Ihnen und Ihren Parteifreunden über drei Jahrzehnte hinweg - noch bis vor einem halben Jahr! - mit aggressiver Polemik verspottet und beschimpft wurden,

(Beifall bei der SPD)

etwa als "Totengräber der bayerischen Industrie", "energiepolitische Blindgänger", "Illusionisten" und "Ideologen".

Fakt ist: Die Landtags-SPD hat - wie die beiden anderen Oppositionsfraktionen - in den vergangenen Jahren unzählige Anträge gestellt, den Pfad in Richtung Vollversorgung durch erneuerbare Energien einzuschlagen, um die Energiewende zügig vorantreiben zu können. Unsere Anträge wurden allesamt von CSU und FDP geradezu niedergebügelt, teilweise mit Argumenten, die Ihnen in der Rückschau regelrecht peinlich erscheinen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Abwehrhaltung rächt sich nun; denn wir könnten beim Umstieg auf erneuerbare Energien schon sehr viel weiter sein, als wir es heute sind. Heute wissen auch Sie: Der von Rot-Grün vor elf Jahren beschlossene Atomausstieg war richtig und weitsichtig. Diese Politik findet nun auch Ihre Unterstützung. Deshalb werden wir heute nicht kleinkariert und krampf-

haft nach Gründen für die Ablehnung einer Politik suchen, die wir selbst organisiert und gefordert haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir den gestuften, schrittweisen Ausstieg mit Abschaltplan für jedes AKW und ohne Revisionsklausel. Für die Revisionsklausel hatte sich die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt noch im Mai stark gemacht.

Dennoch bleiben einige Fragen offen. Es beginnt mit der Frage nach der Glaubwürdigkeit. Nach einer Umfrage von Sat.1 aus dem Juni hält die Mehrheit der Bürger in Bayern den abrupten Kurswechsel der CSU für unglaubwürdig. Und tatsächlich: Wie glaubwürdig ist ausgerechnet jener bayerische Ministerpräsident, der sich noch im vergangenen Sommer für eine unbegrenzte Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke stark machte? In der "Frankfurter Rundschau" vom 31. Juli 2010 hieß es:

Der bayerische Ministerpräsident Seehofer unterstützt eine Forderung des Deutschen Atomforums. Die Meiler sollten so lange laufen, wie sie sicher seien. Die CSU werde nicht mit konkreten Jahreszahlen in die Verhandlungen der Berliner Koalition über eine Verlängerung der Laufzeiten gehen, so Seehofer. Gegen ein vorzeitiges Abschalten kündigt er Widerstand an. Die Koalition solle sich auf das Vereinbarte konzentrieren.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es lächerlich!
- Harald Güller (SPD): Ach, jetzt ist es lächerlich was der Ministerpräsident gesagt hat? - Gegenruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich darf daran erinnern, in welchem Zusammenhang der Ministerpräsident das damals formuliert hat: Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ im vergangenen Sommer vier Varianten mit einer Laufzeitverlängerung zwischen vier und 28 Jahren durchrechnen. Statt der unter Rot-Grün vereinbarten 32 Jahre Laufzeit sollten die Reaktoren dann bis zu 60 Jahre lang laufen. Selbst diese 60 Jahre waren Ihnen, Herr Ministerpräsident, im vergangenen Jahr nicht genug. Selbst das Abschaltdatum 2050 war Ihnen noch nicht weitreichend genug. Auf Deutsch: Sie wollten nach diesem Plan mindestens bis zu ihrem 101. Geburtstag warten, bis der letzte Meiler - 2050! - vom Netz geht.

(Beifall bei der SPD)

Damit hatten Sie eine der radikalsten atompolitischen Positionen in Deutschland eingenommen, die überhaupt vorstellbar sind. Sie selbst feierten die Atomlaufzeitverlängerung letztes Jahr als ein Herzstück des Herbstes der Entscheidungen der Berliner Koaliti-

on. Entschieden lehnten Sie damals auch eine finanzielle Belastung der Stromkonzerne über die geplante Brennelementesteuer hinaus ab. Im Bundestagswahlkampf 2009 traten sie beschwörerisch auf; der von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg sei nicht mehr so machbar, wie ursprünglich geplant. Ich darf erinnern: Sie appellierten laut einem Zeitungsartikel in der "Welt" an die Vernunft der SPD - ich zitiere wörtlich -, mit dem notwendigen Pragmatismus zu einem überparteilichen Konsens mit den bürgerlichen Kräften zu kommen. Gerade jetzt in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit Ideologiedebatten um die richtige Energiepolitik zu führen, ist doch absurd - so Horst Seehofer. Heute, Herr Ministerpräsident, wissen Sie es besser. Eine Ideologiedebatte führten allen voran Sie. Absurd war damals nur eines: Absurd war Ihr Atomfetischismus, von dem Sie heute nichts mehr wissen wollen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Politik ist ganz gewiss kein fehlerfreier Raum. Man muss auch in der politischen Verantwortung die Gelegenheit haben, sich zu korrigieren. Sie haben eine Korrektur vorgenommen - wir begrüßen das. Eines ist aber auffällig: Die Wortwahl von Horst Seehofer ist erschreckend gleichlautend. Warb er vor einem Jahr für den überparteilichen Konsens für die Laufzeitverlängerung, wirbt er heute für den überparteilichen Konsens für die Verkürzung der Laufzeitverlängerung, die er selbst mitbeschlossen hat. Es drängt sich der Eindruck auf, das Motiv des Handelns war nicht bessere Einsicht, sondern das Motiv war Machtinstinkt, nämlich ein Thema der politischen Konkurrenz vor den anstehenden Wahlkämpfen hastig abzuräumen. Horst Seehofer, in machtpolitischen Fragen der schnelle Brüter aus Ingolstadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Doch auch machtpolitische Erwägungen sind, wenn sie der Sache dienlich sind und zum richtigen Ergebnis führen, durchaus legitim. Es stellt sich zwar die Frage, wie die Wähler von Schwarz-Gelb aus dem Jahre 2009 heute darauf reagieren; haben sie doch diese Regierung unter ganz anderen Vorzeichen gewählt. Das soll heute aber nicht das Problem der SPD sein. Das Problem der Steuerzahler hingegen wird womöglich sein, dass Ihre Laufzeitverlängerung zu neuen Eigentumsansprüchen der Energiekonzerne geführt hat. Die Konzerne klagen jetzt auf Schadenersatz, der nach Schätzungen der Unternehmen im zweistelligen Milliardenbereich liegen wird. Von einer Summe bis zu 34 Milliarden Euro ist die Rede. Das sind eindeutig klassische Seehofer-Milliarden, sollte

der Steuerzahler hierfür in Anspruch genommen werden, meine Damen und Herren. Wieder einmal, wie beim Landesbank-Desaster, hätte die CSU das Copyright auf neue Milliardenschulden; diesmal in gemeinsamer Verantwortung mit FDP und CDU.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was für ein politisches Hin und Her in den letzten Monaten! Die Wirtschaft steht staunend da und schüttelt den Kopf, sowohl die mittelständischen Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien mit deutschlandweit 370.000 Beschäftigten als auch die Atomriesen selbst, genauso wie das Handwerk und die verarbeitenden Betriebe sowie die Industrie. Schwarz-Gelb nahm mit diesem energiepolitischen Schlingerkurs sehenden Auges und billigend in Kauf, dass sich das Investitionsklima für Unternehmen und Privathaushalte verschlechterte. Für die siebtgrößte Volkswirtschaft Europas, den Freistaat Bayern, war diese energiepolitische Wackelei eine regelrechte Zumutung. Wo bleibt da die Verlässlichkeit, Herr Ministerpräsident?

Selbst wenn man Ihnen abnehmen möchte, dass Sie es mit der Energiewende ernst meinen, so bleiben doch begründete Zweifel, ob in Ihrer Partei auch die Zeichen der Zeit erkannt werden. In den letzten Wochen haben Sie trotz erheblicher Überzeugungsarbeit immer wieder Rückschläge in den eigenen Reihen hinnehmen müssen. Die Skepsis innerhalb der CSU zu diesem rasanten Wendemanöver ist groß. Die CSU-Fraktion wollte dem Ministerpräsidenten keineswegs folgen, als es darum ging, ein konkretes Datum für den Atomausstieg zu formulieren.

(Karl Freller (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Jetzt stellt sich die Frage, ob diese Regierungskoalition die Kraft, die Disziplin und den Willen aufbringt, die Energiewende tatsächlich voranzutreiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zweifel melde nicht nur ich hier heute an, sondern der Ministerpräsident hegt diese Zweifel selbst. So sagte Horst Seehofer gegenüber den Medien, die FDP stelle Parteiinteresse über das Wohl des Landes. Ich zitiere aus einer Pressekonferenz: Ich kann nur vermuten, dass die Eigeninteressen der Freien Demokraten eine größere Rolle gespielt haben als bayerische Anliegen. Meine Damen und Herren, so spricht nur jemand, der Zweifel an der Handlungsfähigkeit der eigenen Regierung hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Den Widerstand seines Stellvertreters Zeil gegen einen schnellen Atomausstieg nannte Horst Seehofer bedauerlich. Er selbst wolle nun die Regie bei der Energiewende in Bayern übernehmen. Zitat: Ich werde die Umsetzung des Energiekonzepts als Minis-

terpräsident selbst koordinieren. Damit wurde der Wirtschaftsminister, mit dem der Ministerpräsident gerade geplauscht hat, entmachtet - im Übrigen wie im Jahr zuvor die FDP-Staatssekretärin Hessel, der die Verantwortung für den ländlichen Raum weggenommen wurde. So handelt nur ein Regierungschef, der die Regierungsfähigkeit seines Kabinetts nicht gewährleistet sieht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt gibt es nur noch einen FDP-Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, der etwas zu melden hätte, wenn er doch nur etwas zu sagen hätte - Kunstminister Dr. Heubisch. Wir sind gespannt, Herr Dr. Heubisch, wann Ihre öffentliche Demontage kommen wird. Das scheint gegenwärtig nur eine Frage der Zeit zu sein. Das Klima der schwarz-gelben Koalition als vergiftet zu bezeichnen, käme geradezu einer Verniedlichung gleich. Wie anders wäre es zu erklären, dass FDP-Minister Zeil in der "Süddeutschen Zeitung" vom vergangenen Freitag mit Blick auf die CSU befindet - Zitat -: Krach macht doch die Seite, deren Selbstfindungsprozess offenbar noch andauert. Der Zeitungsgruppe "Straubinger Tagblatt"/"Landshuter Zeitung" sagte er - Zitat -: Ich sehe für den momentanen Umgang vonseiten bestimmter Teile der CSU keinerlei Rechtfertigung.

Meine Damen und Herren, die Liste der gegenseitigen Verunglimpfungen des jeweils anderen in der Koalition ist mittlerweile so lang, dass ich den Zeitrahmen sprengen würde, wollte ich sie in vollem Umfang wiedergeben.

(Thomas Hacker (FDP): Sie haben noch zehn Minuten!)

Wie soll eine Regierung die Mammutaufgabe der Energiewende organisieren, wenn das Vertrauen in der Regierungskoalition offenbar bei Null angekommen ist und wenn der Regierungschef über den Koalitionspartner sagt, das Verhalten der FDP sei ihm - Zitat - schleierhaft. Die Gemeinsamkeiten von Schwarz und Gelb sind bereits in der Mitte der Legislaturperiode aufgebraucht, sollte es sie jemals gegeben haben. Heute ist nur noch der kleinste gemeinsame Nenner erkennbar - der schnöde Wille zur Macht oder die Angst vor dem Machtverlust, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Auf den Punkt bringt den Regierungskrach Kollege Franz Xaver Kirschner von der FDP. Das Verhalten von Horst Seehofer nennt er unanständig und spricht gegenüber der "Passauer Neuen Presse" von einer

Politposse. Zitat -: Damit muss nun auch die Koalitionsfrage verbunden werden.

Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, strahlt Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit aus. Darüber können auch hastig anberaumte Fachgespräche mit Energieversorgern, der Wirtschaft und Kommunen in der Staatskanzlei am Vortag Ihrer Regierungserklärung nicht hinweg täuschen. Es bleiben Zweifel. Sie werden wohl nicht die Kraft aufbringen, Ihre ehrgeizigen Ziele durchzusetzen. Der Widerstand in den eigenen Reihen ist zu groß. Selbst wenn man Ihnen unterstellen möchte, dass Sie guten Willens sind, so müssen doch jetzt endlich konkrete Maßnahmen her. Es reicht doch eben nicht, sich bei der Eröffnung eines Solarparks in Oberfranken medienwirksam ablichten zu lassen. Was es jetzt tatsächlich braucht, sind Investitionen. Unterstützung für die Energiewende brauchen jetzt vor allem die Kommunen. Ihnen kommt bei der Energiewende - das haben Sie heute richtig festgestellt - eine Schlüsselrolle zu. Die Kommunen sind eben nicht nur Planungsträger bei der Ansiedlung von Anlagen erneuerbarer Energien, sondern können auch selbst Anlagen errichten. Hier findet die regionale Wertschöpfung statt. In der dezentralen Versorgung profitieren alle von den erneuerbaren Energien, nicht nur die großen vier Energieversorger wie beim Atomstrom; denn die Erneuerbaren spülen über die Gewerbesteuer frisches Geld in die Kassen der Gemeinden. Im Jahre 2009 trugen die erneuerbaren Energien deutschlandweit mit knapp 7 Milliarden Euro zur kommunalen Wertschöpfung bei. 600 Millionen Euro flossen über Steuereinnahmen in die Kassen der Gemeinden.

Die Erneuerbaren leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Gemeindekassen, zur Finanzierung kommunaler Vorhaben sowie zur Standorticherung. Volkswirtschaftlich ist jede Kilowattstunde aus heimischer Erzeugung gegenüber der importierten Primärenergie ein Gewinn. Deshalb brauchen wir eine starke Bürgerbeteiligung. Auch wir treten selbstverständlich für die Renaissance der genossenschaftlichen Idee ein, allerdings nicht erst seit heute. Man möchte Ihnen fast zurufen: Herzlich willkommen im Club, Genosse Seehofer, dass Sie jetzt auch genossenschaftliche Ideen haben.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Nein, Genosse Rinderspacher, das muss nicht sein!)

Auf dem Weg zur Energiewende sollte deshalb nicht jede Regelung bis ins kleinste Detail vorgegeben werden. Stattdessen sollten die Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Die SPD will die Energiewende in einer offenen Wettbewerbsstruktur, nicht mit einem zementierten Versorgungsoligopol. Aus unserer Sicht

muss die Energiewende auch als wesentliches Element im Landesentwicklungsprogramm festgelegt werden. So ist gewährleistet, dass die regenerative Energieversorgung zum verbindlichen Beurteilungsmaßstab für Raumordnungsverfahren und landesplanerische Schritte wird. Wir brauchen den absoluten Vorrang für heimische Energiequellen. Sie haben es gesagt: Gerade im ländlichen Raum wirken Sonne, Wind & Co. wie ein lokaler Konjunkturmotor. Doch vor Ort müssen die Bürger und auch die Kommunalpolitiker häufig mit hohen bürokratischen Hürden umgehen. Die Staatsregierung ist hier alles andere als kommunalfreundlich und bürgernah.

Davon konnte ich mich vergangene Woche im Landkreis Straubing-Bogen persönlich überzeugen. Nur ein Beispiel von vielen: Im Landkreis Straubing-Bogen wurde im September 2009 ein Solarpark mit 190 Hektar Gesamtfläche beantragt. Dieser Park würde alle 24.000 Haushalte Straubings mit Strom versorgen und in 25 Jahren 70 Megawatt Strom produzieren. Nach dem Willen der Stadt sollte sogar eine Bürger-Solaranlage mit 26 Hektar angehängt werden. Ein gutes Projekt. Widerstände aus der Bevölkerung sind soweit nicht bekannt. Es gibt keine Unterschriftensammlungen. Es gibt keine Protestplakate. Aber zwei politische Protagonisten sind dagegen, nämlich der örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete Ernst Hinsken und Wirtschaftsminister Zeil. Dieser hatte am 22. April 2010 entschieden: kein Solarpark in dieser Größe. Die Fläche sei schließlich Vorranggebiet für Lehmabbau. Wer damals vor Ort war, hat gesehen: Dort wird überhaupt kein Lehm abgebaut.

(Georg Schmid (CSU): Deshalb heißt es Vorranggebiet! Das soll erst kommen!)

Die Ziegeleien in Straubing und in Bogen haben erklärt, sie bräuchten diesen Lehm nicht. Außerdem gibt es im Gebiet der Planungsregion Donau-Wald weitere 43 Lehmvorratsgebiete. Es ist also keineswegs so, wie das hier dargestellt wurde, dass man mit Widerständen bei den Bürgern rechnen müsste. Die Bürger sind doch viel weiter, als es die CSU bis vor einigen Wochen noch war.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern wiehert der Amtsschimmel. Herr Ministerpräsident, richtig ist doch, dass die Widerstände aus Ihren Reihen kommen, aus Ihrer Verwaltung und Ihrer Regierung. Ich darf Sie an dieser Stelle sehr herzlich bitten, den Brief des CSU-Politikers und Oberbürgermeisters Markus Pannermayr aus Straubing zu beantworten, der diesen Solarpark haben möchte. Machen Sie diesen Solarpark dort möglich, auch gegen den

Widerstand Ihres Stellvertreters, zum Wohle der Bürger.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Weil eine tatsächliche Koordinierung bis jetzt nicht allorten erkennbar ist, ist die Errichtung einer Energieagentur, die Sie heute mit großen Schlagzeilen verkünden, zu begrüßen. Uns freut es, dass Sie unseren SPD-Vorschlag aufgreifen; denn vor erst drei Monaten, am 10. März 2011, hat die SPD hier im Hohen Haus den Antrag auf Drucksache 16/7910 "Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen" gestellt. Wir hatten die Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel sowie die Unterstützung der Forschung durch Energieagenturen vorgeschlagen. Privatleute, das Handwerk, kleine Unternehmen und die Kommunen sollten dadurch unterstützt werden. Wie war es? Die CSU und die FDP haben diesen SPD-Vorschlag noch vor einem Vierteljahr abgelehnt, wohlgermerkt nach Fukushima.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Unglaublich!)

Es ist uns aber der Sache wegen recht, wenn Sie bei uns abschreiben. Wir legen in diesem Zusammenhang noch nicht einmal großen Wert auf Fußnoten für Zitate oder Quellenangaben. Eines ist jedoch klar: Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Jetzt ist eine aktive Wirtschaftspolitik notwendig. Hier ist der Freistaat gefordert. Wir wissen, dass das Geld im Staatshaushalt knapp ist. Jeden Tag zahlt der Freistaat Bayern für den 10-Milliarden-Kredit zur Rettung der Landesbank eine Million Euro Zinsen. Dieses Geld könnten wir für die Energiewende gut gebrauchen.

Leider sind Sie der Forderung der SPD-Fraktion, einen Nachtragshaushalt wegen der erfreulichen Steuerschätzung vom Mai einzubringen, trotz zusätzlich vorhandener Haushaltsmittel nicht nachgekommen. Für Ihre Regierung wäre das die Chance gewesen, Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und statt schöner Worte konkrete Taten zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorschläge für den Mitteleinsatz liegen auf dem Tisch. Ich nenne spiegelstrichartig nur einige Punkte der Anträge, die wir in jüngster Zeit - nach Fukushima - eingebracht haben und die von CSU und FDP abgelehnt wurden: Mittel für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, zinsgünstige Darlehen an Privatpersonen, die ihr Haus energetisch sanieren wollen, Wasserkraft, zusätzliche Investitionen für die Modernisierung bestehender und für die

Aktivierung stillgelegter Anlagen, Mittel für die Forschung in diesem Bereich und für die grundlegende Forschung beim Ausbau von Stromspeichern und Ausbau der Geothermie. Das von Schwarz-Gelb abgelehnte Pumpspeicherkataster muss jetzt kommen. Das hatten Sie noch bis vor Kurzem in diesem Hohen Hause abgelehnt. Das gilt selbst für jene Anträge, die sich fast wortgleich mit dem Redemanuskript des Ministerpräsidenten decken.

Meine Damen und Herren, seit diesem atompolitischen Fallrückzieher gibt es keinen einzigen Cent mehr für die Erreichung des Ziels der Energiewende. Es gibt keinen Cent mehr für erneuerbare Energien und keinen Cent mehr für die Energieeffizienz. Es gibt auch keinen Cent mehr für die Energieeinsparung. Im Gegenteil: Das Klimaprogramm 2020 läuft im Jahre 2011 aus. Herr Ministerpräsident, wie passt das mit Ihrer Regierungserklärung zusammen?

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb fordern wir Sie auf: Stellen Sie ein konkretes Landesförderprogramm auf. Warten Sie nicht bis nach der Steuerschätzung im November 2011. Machen Sie nicht nur Bleistiftskizzen auf nett anzusehenden Landkarten. Papier ist geduldig. Verlieren Sie keine Zeit und handeln Sie jetzt.

Im Übrigen: Zu einem verantwortungsvollen Handeln gehört auch, dass in Deutschland ein ergebnisoffenes und transparentes Standortsuchverfahren für ein Endlager für radioaktive Abfälle durchgeführt wird. Eine einseitige Festlegung auf Gorleben ist falsch. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute - wenn ich Sie richtig verstanden habe - ein solches transparentes Standortsuchverfahren proklamiert. Sie haben aber gesagt, dass man dafür keine konkreten Standorte untersuchen, sondern nur die geologischen Formationen betrachten müsste. Wie soll das funktionieren?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Einen Lehm im Eimer untersuchen!)

Es erschließt sich, glaube ich, niemandem in diesem Hohen Hause, wie damit ein sicherer Standort gefunden werden soll. Eines ist klar: Maßstab muss die Sicherheit auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und klaren Kriterien sein. Politische Erwägungen dürfen bei der Standortsuche keine Rolle spielen. Als SPD erkennen wir die Chance für die Wiederherstellung des Atomkonsenses. Wir sind im Übrigen zur Kooperation bereit. Um den Atomausstieg und die Energiewende zu beschleunigen, ist deshalb jetzt ein politisches und hochkonzentriertes schnelles parlamentarisches Verfahren sinnvoll. Deshalb habe ich im April den Vorschlag gemacht, einen eigenen

parlamentarischen Ausschuss zu bilden, der sich nur mit den Fragen der Energiewende befassen soll.

Die Idee ist, die parlamentarische Beratung ressortübergreifend in einem Sondergremium zu bündeln, um die Querschnittsaufgabe eines schnellen Atomausstiegs unter allen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten zu beraten. Das Gremium soll öffentlich tagen. Einziges Thema: klimaverträgliche, versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung für Bayern, Organisation des Atomausstiegs. Uns Sozialdemokraten ist aus sozialen, aber auch aus ganz grundsätzlichen industriepolitischen Gründen besonders daran gelegen, dass die Strompreise nicht zum Bumerang für unsere Volkswirtschaft werden. In diesem Sondergremium soll es um konkrete Sacharbeit gehen. Das ist jetzt das Zeichen der Zeit. Es geht nicht um Kompetenzgerangel zwischen einzelnen Ministern; es soll auch nicht um ein vordergründiges parteipolitisches Geplänkel gehen.

Es freut mich, dass mein Vorschlag von den Fraktionen mehrheitlich aufgegriffen wird und wir demnächst wohl mit der Arbeit beginnen können. Es freut mich auch deshalb, weil Schwarz-Gelb die offene Hand der SPD im Bundestag ausgeschlagen und einen solchen Sonderausschuss abgelehnt hat. Die SPD wird sich in diesem Gremium, wie in allen Fragen der Energiewende, konstruktiv und sachlich kritisch einbringen, auf der Landesebene, hier im Hohen Haus wie auch in den bayerischen Kommunen. Wir stehen für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit bereit; denn jetzt geht es um die Umsetzung einer historischen Aufgabe und Herausforderung. Die Energiewende ist der Wille des Volkes, so sagte der Ministerpräsident vor kurzer Zeit. Die Energiewende ist der Wille des Volkes - endlich. Endlich ist es so weit, dass sich in dieser zentralen Frage der Wille des Volkes auch in Teilen der Regierung durchsetzt. Wir haben lange dafür gekämpft.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf für die CSU-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Schmid (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Befürchtungen und Sorgen, die die schrecklichen Ereignisse in Fukushima ausgelöst haben, waren die Beschlüsse der Koalitionen in München und Berlin, bis Ende des Jahres 2022 vollständig auf die Atomenergie zu verzichten und den Aufbruch in das Zeital-

ter der erneuerbaren Energien in hohem Maße zu beschleunigen, richtig, notwendig und konsequent.

(Volkmar Halbleib (SPD): Freude und Zuversicht!)

Verantwortungsvolles Handeln war nach Fukushima gefragt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo ist denn Ihre Fraktion? Da ist ja gar niemand da!)

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer ausdrücklich für sein entschlossenes und konsequentes Handeln.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Herr Kollege Rinderspacher, die versöhnlichen Worte am Ende Ihrer Rede habe ich sehr wohl gehört. Ich habe mich aber an einem Begriff - das möchte ich hier ausdrücklich sagen - sehr gestört. Zu Beginn Ihrer Rede haben Sie den Begriff der Unwahrhaftigkeit verwendet.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident dieses Landes heute bei seiner Regierungserklärung gesagt hat, ich zitiere:

Wir haben unsere Position verändert. Dazu stehe ich. Ein Politiker darf, er muss seine Einstellung ändern, wenn es einen neuen Erkenntnisstand gibt. Eine veränderte Bewertung ist besser als Rechthaberei.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da hat er recht, der Georg! - Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Es als Unwahrhaftigkeit zu bezeichnen, wenn ein Ministerpräsident nach diesen Ereignissen seine Meinung ändert und das hier ausspricht, ihm dann entgegenzuhalten, er sage nicht die Wahrheit, ihm dies also zu unterstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht gerecht, ist nicht in Ordnung! Das kritisiere ich.

(Beifall bei der CSU)

Die Ereignisse waren so dramatisch.

(Margarete Bause (GRÜNE): Und das ist der Grund, dass er seine Meinung so geändert hat!)

- Frau Kollegin Bause, hören Sie doch ein bisschen zu, ich habe auch zugehört. Ich habe auch Herrn Kollegen Rinderspacher geduldig zugehört. Ich werde auch Ihnen zuhören.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich richte mich jetzt auch an Sie. Bitte hören Sie zu. Wir haben Zeit. Das ist kein Problem. Ich habe 40 Minuten.

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie: Zwischenrufe ja, aber nicht permanent.

Georg Schmid (CSU): Es ist mir wichtig zu sagen, dass wir in der Debatte, die wir unmittelbar nach Fukushima hatten, einen Konsens gefunden haben, auch in der Terminologie. Wir haben es als unsere gemeinsame Aufgabe gesehen, aus diesen epochalen Ereignissen heraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Ich bitte Sie deshalb, Herr Kollege Rinderspacher, solche Begriffe nicht mehr zu verwenden. Wenn der Ministerpräsident ausdrücklich sagt, dass er aufgrund dieser Ereignisse seine Meinung geändert hat, dann sollte man das akzeptieren und sollte sagen: Das ist eine konsequente und verantwortungsvolle Entscheidung. Wenn ich Ihre Argumente betrachte, dann stelle ich fest: Ihre Beschlüsse in den Jahren 2001 und 2002 waren nicht so, dass Sie gesagt hätten: Wir steigen aus der Kernenergie aus. Wir wollen die Restlaufzeiten behalten. Wir wollen nicht erst im Jahr 2022 endgültig aus der Kernenergie aussteigen. Es ist doch die Wahrheit, dass Sie damals beschlossen haben, 20 Jahre lang die Kernenergie noch zu nutzen. Es wäre konsequent, wenn Sie heute an dieser Stelle auch darauf hingewiesen hätten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben die Glaubwürdigkeit angesprochen. Ich glaube, klarer könnte das Konzept nicht sein, das hier vorgestellt wurde.

(Natascha Kohnen (SPD): Hä?)

Das Konzept wurde im Kabinett beschlossen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Sie sollten die 90 Seiten noch einmal durchlesen, das wäre ganz sinnvoll.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): 85 Seiten!)

Das Konzept könnte nicht klarer sein. Die Energiewende wird konsequent angegangen, konsequenter als Sie sich das wohl haben vorstellen können. Sie müssen zugeben, Sie sind überrascht von dem, was

in diesem Konzept der Staatsregierung fixiert wurde. Sie werden noch staunen: Dieser Weg ist eingeschlagen, und er bleibt eingeschlagen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich halte es deshalb für unfair, was Sie gesagt haben. Wenn Sie die Debatte schon mit Begriffen wie "historisches Ausmaß" hinterlegen, wenn Sie von einer historischen Diskussion sprechen wie vorhin, dann sollten wir die Dinge auch gemeinsam tragen, wenn die Sache wirklich diese historische Bedeutung hat.

(Natascha Kohnen (SPD): Dann machen Sie einen Nachtragshaushalt!)

- Ich will hier durchaus auf die Dinge eingehen, die Sie ansprechen. Was den Nachtragshaushalt angeht, so werden wir diesen beschließen, doch zunächst müssen wir die Konzepte mit Finanzmitteln hinterlegen. Was heute vorgestellt wurde, werden wir mit Haushaltsmitteln hinterlegen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Unruhe bei der SPD)

Wir können aber die Zeithorizonte nicht nur auf den Nachtragshaushalt 2012 fixieren, sondern wir müssen 2013, 2014 und 2015 einbeziehen, also die kommenden Jahre. Das wird uns finanziell stark fordern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch scheinheilig! Das ist unwahrhaftig! Sie haben doch die Mittel gekürzt!)

- Jetzt hören Sie doch einmal zu. Wir werden diese Aufgabe nicht allein in Bayern zu schultern haben, sondern wir werden diese Aufgaben gemeinsam zu bewältigen haben, in ganz Deutschland. Das wird eine große Gemeinschaftsaufgabe für den Bund und für uns werden. Sie können davon ausgehen, dass der Freistaat Bayern hierzu seinen Beitrag leisten wird. Wenn diese Finanzkonzepte entwickelt sind, werden wir sie in den Nachtragshaushalt 2012 einbauen. Ich halte es aber für fehlerhaft, jetzt 20 oder 30 Einzelforderungen zu stellen und sie mit Finanzmitteln zu hinterlegen. Wir brauchen vielmehr ein klares Konzept.

Die Energiewende eröffnet Bayern Zukunftschancen. Wir dürfen uns in dieser nationalen Frage nicht in parteitaktischem Klein-Klein verlieren. Die Chancen für einen parteiübergreifenden Konsens stehen gut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Machen wir den Energieausschuss!)

Herr Kollege Rinderspacher, ich darf zitieren: "Der Ausstieg aus der Atomkraftnutzung ist eine ernste Sache, da verbietet sich jedes parteipolitische Taktieren." - Das sagt der regierende Bürgermeister von Hamburg, Ihr Parteifreund Olaf Scholz. Ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel sagt: "Alle wollen jetzt die Energiewende und auch diesen Konsens." Wir sollten dann aber auch im Umgang miteinander, heute, bei dieser entscheidenden Debatte den Willen zur Gemeinsamkeit entsprechend dokumentieren.

(Natascha Kohnen (SPD): Das haben wir seit Jahren gesagt!)

Wir sollten Revue passieren lassen, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewesen ist, was Sie beschlossen haben, welche Restlaufzeiten Sie vorgegeben haben, bis in die nächsten Jahrzehnte hinein. Ihre Vorwürfe und Unterstellungen helfen an dieser Stelle kein Jota weiter. Wenn, dann sind wir heute verpflichtet, an dieser Stelle den Blick in die Zukunft zu richten. Das erwarten die Menschen im Lande nach der heutigen Debatte von uns!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Herr Rinderspacher, Sie hätten heute keine lange Rede halten müssen, Sie hätten einfach sagen können: Wir von der SPD unterstützen die Politik der Union, wir gehen den Weg mit.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): Warum reden Sie eigentlich noch?)

Winfried Kretschmann sagte, die Kanzlerin verdiene großen Respekt.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Bei dem Parteitag der GRÜNEN am Samstag hat er den Atomausstieg 2022 einen guten und vertretbaren Kompromiss genannt. Kretschmann wird sicherlich nicht immer recht haben. An dieser Stelle hat er aber recht.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause und Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Bause, da gibt es nichts zu lachen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an ihm. Ich hoffe, dass Sie das nachher auch bestätigen werden.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ich nehme mir ein Beispiel, ich will auch Ministerpräsidentin werden!)

Ich spüre, dass Sie eine sehr kurze Rede halten und sich Kretschmann anschließen werden. Das würde die Sache heute Nachmittag vereinfachen, und wir wären früher fertig.

Sagen Sie Ja zur Energiewende, und arbeiten Sie konstruktiv mit. Nach dem Parteitagsbeschluss vom Samstag dürfte das nicht mehr so schwer sein.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Im Gegensatz zur Opposition haben CSU-Fraktion und Staatsregierung ein schlüssiges Konzept erarbeitet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha!)

Dazu hat von Ihnen, Herr Rinderspacher, jede Bemerkung gefehlt. Die energiepolitischen Leitlinien der CSU-Fraktion, die ich am 18. Mai 2011 für die Fraktion der Presse vorstellen durfte, haben über Bayern hinweg in ganz Deutschland Anklang gefunden. Sie waren auch Gegenstand der Beratungen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Berlin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind die sogar hinter Ihnen zurück?)

Ich sage es ganz ausdrücklich: Für die Ausarbeitung des profunden Papiers - ich kann es Ihnen zuleiten, oder Sie können es im Internet abrufen - danke ich unserem energiepolitischen Sprecher Tobias Reiß und allen Kolleginnen und Kollegen der Projektgruppe sehr herzlich. Herzlichen Dank für diese exzellente und wegweisende Ausarbeitung!

(Beifall bei der CSU)

Zu Ihrer Kritik an der Laufzeitverlängerung, die im Herbst des vergangenen Jahres beschlossen wurde: Auch sie war in ein Gesamtkonzept eingebettet.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Auch damals war die Rede vom Umstieg. Ich darf kurz zitieren: "Danach sollte der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2050 auf 80 % gesteigert werden, der Primärenergieverbrauch halbiert und die Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase mindestens 80 % gegenüber 1990 vermindert werden." Es wäre schön, wenn Sie gesagt hätten, dass schon dieses Konzept in der Kernenergie nur noch eine Brückentechnologie sah.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie wollten auch aus der Kernenergie aussteigen, aber ohne ein schlüssiges Konzept vorzulegen. 2001 gab es kein konkretes Konzept.

(Natascha Kohnen (SPD): Das EEG!)

Weder die SPD noch die GRÜNEN legten damals eines vor.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer hat denn das EEG gemacht? Wer hat es erfunden?)

- Frau Gote, Sie können sich noch zu Wort melden. Sie schreien mit heller Stimme. Es ist grausam, den ganzen Nachmittag zuhören zu müssen.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Es hat genutzt; Sie haben es endlich kapiert!)

Auch die SPD hat, Herr Rinderspacher, in den letzten Wochen kein konkretes Konzept vorgestellt. Das ist ein schweres Versäumnis. Die Entscheidung, die Erkundung eines Endlagers zu stoppen und auf flächendeckende Zwischenlager umzusteigen, war wirklich keine nachhaltige Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Ministerpräsident hat heute in seiner Regierungserklärung klar aufgezeigt, wie der Umstieg in Bayern gelingen kann. Die CSU hat auch nicht erst seit Fukushima das Ende der Kernenergie eingeläutet.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sondern?)

- Sie biegen sich diesbezüglich die Wahrheit zurecht.

Auf Initiative von Horst Seehofer als dem Parteivorsitzenden der CSU hat die CSU bereits im April 2010 den Umstieg auf die erneuerbaren Energien beschlossen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da muss er selbst lachen!)

Schon damals wollten wir die regenerativen Energien zum Herzstück der künftigen Energieversorgung in Bayern machen.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen haben und hatten wir klare Vorstellungen, wie die Energieversorgung nach dem Abschalten der Kernkraftwerke sicher, klimaverträglich, bezahlbar und vernünftig erfolgen kann. Bis jetzt ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen klar. Sie steigen aus, wir steigen um.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ja, wirtschaftliche Vernunft, soziale Verantwortung und ökologisches Bewusstsein sind keine Widersprüche. Wir wissen die Ziele langfristig in Einklang zu bringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hoffentlich steigt Ihr beim Umsteigen in den richtigen Zug ein!)

- Mach Dir keine Sorgen, lieber Hubert Aiwanger. Du und Deine Fraktion fahren oft im falschen Zug, nämlich die Hälfte in die eine und die andere Hälfte in die andere Richtung. Ich wäre an deiner Stelle also ganz vorsichtig.

(Beifall bei der CSU)

Diese drei Ziele langfristig in Einklang zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt eine große Herausforderung. Es braucht Kompetenz, langen Atem und eine klare Grundorientierung, um Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Alles drei haben Sie nicht!)

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Heute geht es um das Wie, nicht um das Ob. Wir beschleunigen die Energiewende. Wir erfinden sie nicht neu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt!)

Eine verlässliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung war seit jeher für die gute und gedeihliche Entwicklung Bayerns von zentraler Bedeutung. Erst als Bayern seine Energieprobleme gelöst hatte, entwickelte sich unser Land zu einer weltweit führenden Wirtschaftsregion. Die Ergebnisse sind Vollbeschäftigung, wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit, erstklassige Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Die entscheidende Frage ist deshalb, wie wir künftig unser Land mit verlässlicher, sauberer und bezahlbarer Energie versorgen werden. Ja, mit dem Umstieg stehen wir in der Energiepolitik vor einer herkulischen Aufgabe.

Wie ersetzen wir den Strom der Kernkraftwerke? Wie garantieren wir Versorgungssicherheit, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Wie halten wir die Netze stabil? Welche neuen Leitungstrassen brauchen wir, und wie schnell können wir - der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - die notwendige Speichertechnologie entwickeln? Wie können wir die Energieeffizienz drastisch verbessern? Welche Potenziale können wir durch Energiesparen

erschließen? Wie erhalten wir die Energiepreise bezahlbar für alle - für die Wirtschaft, für Familien, für Rentner und Geringverdienende? Was wird wie schnell durchsetzbar sein? Gelingt uns der gesellschaftliche Konsens für den neuen Weg? - Ministerpräsident Horst Seehofer hat heute die zentralen Leitlinien dargestellt. Ich brauche sie nicht im Einzelnen zu wiederholen. Ich stelle hier nur eines klar: Als CSU-Fraktion unterstützen wir seinen Weg ausdrücklich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das muss wohl ausdrücklich betont werden? - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sollen wir darüber abstimmen lassen?)

- Herr Kollege Aiwanger, wir haben heute, im Gegensatz zu manch anderen, die das alles schon immer besser gewusst haben, nicht alle Antworten auf all diese neuen Fragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben im April 2010 das schon gesagt! - Margarete Bause (GRÜNE): Haben Sie gar keine konkreten Ziele?)

Vieles wird sich im Laufe des Prozesses des Umstiegs erst zeigen. Fest steht aber auch: Die Politik der Staatsregierung, die Politik von CSU und FDP eröffnet Bayern große Chancen. Bayern kommt in Deutschland beim Umstieg eine Schlüsselrolle zu. Entwickeln wir Innovationen, und siedeln wir Zukunftstechnologien in Bayern an! Verkaufen wir unsere Technologien in die ganze Welt! Schaffen wir Tausende neuer Arbeitsplätze! Schaffen wir mit der Energiewende eine neue, nachhaltige Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in Bayern! Um das zu erreichen, müssen wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen.

Wir gehen die zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts mit dem Grundsatz an: Gemeinsam und im Dialog. Gemeinsam mit den Menschen in diesem Lande und im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir noch viel mehr brauchen, als wir uns heute vorstellen, gemeinsam mit allen politischen Ebenen, gemeinsam mit den Vertretern der Wirtschaft, den Umweltverbänden und den Energieversorgern. Wir fordern Verantwortung ein. Die Energieversorger dürfen sich wichtigen Investitionen zum Bau neuer Kraftwerke nicht verschließen. Wir alle, Wirtschaft, Politik und die Bürgerinnen und Bürger, müssen für unser Land Verantwortung übernehmen. Gemeinsam eröffnen wir Bayern große Chancen.

Ich bin Horst Seehofer und der gesamten Staatsregierung dankbar, dass sie sich in den beiden letzten Tagen Zeit genommen haben, sich mit der Wirtschaft,

den Kommunen, den Energieversorgern, den Netzbetreibern und den Umweltverbänden gemeinsam über die künftige Energieversorgung zu unterhalten. Ich bin sicher, dass wichtige Impulse - wir haben das heute schon gehört - aus diesen Gesprächen Eingang in unsere Politik finden werden. Wir sind im Dialog, und dafür bin ich dankbar, Herr Ministerpräsident, wir bleiben im Dialog. Nur im Miteinander werden wir diese herkulische Aufgabe, diese Jahrhundertaufgabe auf einen guten Weg bringen.

Ich bin dankbar, dass auch die kommunalen Spitzenverbände schon im Vorgriff dieser Gespräche am vergangenen Wochenende klare Signale gesetzt und dem Grunde nach ihre Zustimmung für diesen Weg erteilt haben. Uwe Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, schreibt: "Auf der Basis unserer Beratungen können wir versichern, dass Bayerns Gemeinden den Kurs mittragen." Das ist ein klares Bekenntnis. Natürlich wird diskutiert werden müssen, wie die einzelnen Punkte zu entscheiden sind. Entscheidend ist der Grundkonsens, diesen Weg mitgehen zu wollen. Hans Schaidinger, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, lobte: "Die Städte sehen in der Energiewende Chancen für einen nachhaltigen Klimaschutz sowie für ein modernes Energiesystem mit dezentraler Versorgung." Auch hier das klare Bekenntnis trotz aller Notwendigkeit, die Details zu besprechen. Norbert Breidenbach, der Vorsitzende des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, sagte: "Wir stehen bereit, jetzt den Weg gemeinsam mit allen Beteiligten zu gehen." Ich sage: Das sind gute Signale für Dialog, für Konsens und für einen guten Weg.

Unser Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen, für das zukünftige Energieland Bayern liegt auf dem Tisch. Wir werden damit Bayerns Erfolgsweg fortsetzen. Mit unserer aktiven Wirtschaftspolitik haben wir in den vergangenen Jahrzehnten alle Herausforderungen gemeistert, die Luft- und Raumfahrt angesiedelt, Hightech-Offensiven gestartet, Bayern zum finanziell solidesten Land gemacht. Bayern wurde vom Armenhaus zum reichsten Land der Bundesrepublik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, mit der Landesbank!)

Wie haben wir das geschafft? - Wir haben nicht vor der Zukunft gewarnt, sondern auf den Fortschritt gesetzt. Wir haben Verantwortung für unser Land übernommen und Probleme nicht einfach weggeschoben. Genauso werden wir auch diese herkulische Aufgabe der Energiewende lösen.

Aber Pumpspeicherkraftwerke, neue Netze, Windparks und Biogasanlagen werden nicht nur Fans fin-

den. Jedes größere Projekt wird vor Ort auch auf Skepsis stoßen. Eine verantwortungsvolle Politik nimmt die Sorgen der Menschen ernst, schlachtet ihre Ängste aber nicht für parteitaktische Vorteile aus. Jeder von uns hier im Haus will die Energiewende. Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer erneuerbare Energien wirklich will, kann nicht gegen Pumpspeicherkraftwerke, neue Netze und Biogasanlagen sein.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ja, Sie haben schon ein schlechtes Gewissen; ich höre es. Es kann aber nicht angehen, hier im Hause den neuen Weg zu entscheiden und im Einzelfall vor Ort die Energiewende mit Protest oder Prozessen zu begleiten. Dieser Weg wird nicht gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Gote, es wäre vielleicht ganz gut, wenn Sie zusammen mit Frau Kollegin Roth an Ihre Parteigliederungen einen Rundbrief mit dem Hinweis darauf verschickten, dass es nicht sein kann, in den Parlamenten und auf Parteitag die große Energiewende zu beschließen, aber zu Hause wird es verhindert, diesen Weg zu gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Schauen Sie her, ich bin doch hier, ich bin nicht da drüben!)

Verantwortung für Bayern heißt: Wir dürfen unser Land nicht aus der Energieproduktion verabschieden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Theresa Schopper (GRÜNE): ... Verhinderungspolitik!)

Ja, ich höre und spüre schon Ihr schlechtes Gewissen. Eine Politik, die auf Energie, egal woher, setzt, lehnen wir ab. Wir wollen keine Stromimporte, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Temelin. Nein, wir werden das Energieland Bayern umbauen. Wir werden das Energieland Bayern nicht abschaffen.

Statt nach dem Vogel-Strauß-Prinzip den Kopf einfach in den Sand zu stecken, setzen wir auf eine andere Politik. Wir gestalten Bayerns Zukunftschancen durch eine aktive Wirtschaftspolitik. Bayern wird zum Vorreiter moderner, erneuerbarer Energien. Dabei sind wir schon gut, wir wollen und wir müssen aber noch besser werden. Wer das Energieland Bayern aufgeben will, schadet unserem Land. Wir würden Bayern von einem zentralen Wachstumsmarkt der Weltwirtschaft abschneiden.

Der Klimarat schätzt, dass bis 2050 bis zu 77 % des weltweiten Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien stammen werden. In den kommenden 40 Jahren stehen damit weltweit gewaltige Investitionen in neue Techniken an. Diesen Megatrend werden wir für Bayern nutzen. Wir machen Bayern zum Vorreiter für saubere Energie. Dafür braucht Bayern eine aktive Wirtschaftspolitik, ein aktives Zusammenspiel zwischen bayerischer Wirtschaft, bayerischer Wissenschaft und der Politik. Nur so werden wir neue Energie- und Mobilitätstechnologien in Bayern erfolgreich ansiedeln können. Dabei unterstützen wir unseren Ministerpräsidenten und die Staatsregierung. Wir sagen Ja zu einem 50-prozentigen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion in zehn Jahren, zu zentraler und dezentraler Energie, zu neuen Netzen für Versorgungssicherheit und Netzstabilität, zur Energieagentur, zum nachhaltigen Energiesparen und zur Energieeffizienz, zu dem Pakt, den wir schließen, und zu zusätzlichen Haushaltsmitteln - ich sage es noch einmal ausdrücklich - für die Energiewende im Nachtragshaushalt 2012.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor wichtigen politischen Weichenstellungen nicht nur auf Landesebene, sondern auch im Bund und in den Kommunen. Verantwortliche Politik gestaltet und verweigert sich nicht. Wir haben der Opposition die Hand gereicht; wir unterstützen die Einrichtung der Energiekommission, Herr Kollege Rinderspacher, ausdrücklich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zum Ausschuss hat es aber offensichtlich nicht gereicht!)

Ich hoffe, dass wir sie in wenigen Tagen auch hier im Landtag einmütig beschließen können. Wir reden nicht nur von Konsens, sondern wir wollen diesen Konsens ganz bewusst hier im Parlament haben. Ich bitte Sie alle hier im Hohen Haus: Stellen wir uns gemeinsam den wichtigen Fragen des Umstiegs. Das ist auch eine historische Chance. Arbeiten wir in den kommenden Jahren hier im Landtag an der Energiewende für Bayern mit, machen wir Bayern zum Vorreiter für saubere Energie, begleiten wir gemeinsam den Prozess des Umstiegs, gestalten wir alle gemeinsam die Zukunft Bayerns!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Inge Aures (SPD): Schwacher Beifall!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. Ich bitte Sie aber, jetzt für eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Runge noch einmal zurück ans Redepult zu kommen. - Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Schmid, Sie müssen in ordentlich großen Nöten sein: Auf der einen Seite predigen Sie den Konsens, auf der anderen Seite greifen Sie in ganz, ganz billiger Art in eine Schublade, aus der Sie völlig falsche Inhalte nehmen.

Wir haben schon angekündigt, dass wir eine Analyse zum Thema "Widerstände vor Ort - von wem werden sie getragen, von wem werden sie organisiert?" machen lassen. Siehe da: In neun von zehn Fällen sind die GRÜNEN für die Projekte; in fünf von zehn Fällen wird der Widerstand an vorderster Stelle von örtlichen CSU-Leuten getragen. Es ist also ganz anders, als Sie es behaupten.

Ich bringe Ihnen ein paar Fälle, als ersten die Stadt Traunstein. Im Herbst 2010 verhinderte die CSU-Fraktion mit ihrer Mehrheit, dass sich der Stadtrat überhaupt mit dem Thema Windkraft befasst.

In Lauf an der Pegnitz ging es um ein konkretes Projekt, eine Windkraftanlage im Ortsteil Neunhof. Ein Investor wollte diese Anlage errichten. Der grüne Bürgermeister und der grüne Gemeinderat waren dafür, die Mehrheit der CSU hat dies verhindert und hat das Einvernehmen der Stadt unzulässigerweise verweigert. Das Landratsamt will dieses Einvernehmen ersetzen. Die CSU fordert den Stadtrat auf, hiergegen Klage zu erheben.

In Schnaittach im Nürnberger Land haben GRÜNE und FREIE WÄHLER beantragt, Standorte für Windkraftanlagen zu prüfen. Das wurde aber von SPD und CSU abgelehnt. Sie sagen: Wir brauchen einen Mindestabstand von 1.500 Metern; die CSU hat wieder ganz, ganz billig argumentiert und niedrige Instinkte bedient; sie hat Vorurteile gegen Windkraft geschürt und von Schattenwurf, Lärmbelästigung usw. gesprochen.

Im Landkreis Forchheim ging es um die Suche nach Standorten für Windkraftanlagen. Die GRÜNEN im Kreistag haben beantragt, dass die im Regionalplan Oberfranken-West ausgewiesenen Gebiete für die Nutzung freigegeben werden. Das wurde in diesem Fall von einer Konstellation aus CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Die CSU hat - ich habe es extra nachgelesen - wunderschön argumentiert und gesagt, die Standorte seien nicht wirtschaftlich, obwohl der Nachweis der Wirtschaftlichkeit Sache des Investors ist. Wenn das Projekt nicht wirtschaftlich ist, ist es eben der Schaden des Investors.

Wenn also jemand vor Ort Dagegen-Partei ist, dann sind das Ihre Leute. Sie sollten sich das hinter die Ohren schreiben und an diese Leute vielleicht appellieren, anstatt hier die Kollegin Gote und die nicht an-

wesende Kollegin Claudia Roth öffentlichkeitswirksam anzusprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender.

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Ihrer ersten Bemerkung darf ich zunächst sagen: Ich habe hier auch deswegen zum Konsens aufgerufen, weil ich bei unserer ersten Debatte unmittelbar nach den Ereignissen von Fukushima den Eindruck hatte, dass wir uns hier im Hohen Haus unserer Verantwortung bewusst sind und dass wir diesen gemeinsamen Weg gehen wollen. Der Herr Ministerpräsident hat damals in seiner Rede - ich erinnere mich - ausdrücklich das Angebot zum Konsens und zur gemeinsamen Arbeit gemacht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deswegen - ich sage es noch einmal - halte ich es im Hinblick auf die Möglichkeiten, die das Parlament hat, für den richtigen Weg, diese Kommission möglichst in diesen Tagen einzusetzen, um auch gegenüber den Menschen im Lande hier im Parlament zu dokumentieren, dass es uns ein gemeinsames Anliegen ist.

Herr Kollege Runge, Sie haben einige Einzelfälle aufgeführt. Ich habe es schon im Zusammenhang mit dem Pumpspeicherkraftwerk in Niederbayern gesagt - da ist es auch richtig, und da dürfen wir auch nicht Erbsen zählen -, dass das insgesamt eine Aufgabe ist, der wir uns im Lande auf allen politischen Ebenen stellen müssen. Ich habe auch gesagt, wir sollten kein parteipolitisches Hin und Her veranstalten. Vielmehr muss heute von diesem Parlament die Botschaft ausgehen, dass wir diese herkulische, diese Jahrhundertaufgabe gemeinsam angehen, weil wir nur dann Erfolg haben können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir fahren in der Aussprache fort. Ich darf jetzt das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herrn Kollegen Aiwanger, erteilen. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER stehen für eine Energiepolitik, bei der die Bürger und die Kommunen die Energieerzeuger der Zukunft sind. Wir stehen für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung. Wir stellen heute fest, dass die bisherige Energiepolitik weder eine bezahlbare noch sichere Energieversorgung gewährleistet hat. Bezahlbar? Auf die Folgekosten der

Atomüllentsorgung werden wir später noch zu sprechen kommen. Sicher? Ich hoffe, dass zumindest einige hier im Hause wissen, dass sich der bisher schwerste Atomunfall in der Bundesrepublik Deutschland in Bayern ereignet hat. Am 13. Januar 1977 kam es im Reaktor A in Gundremmingen zu einem Unfall mit Austritt von massiv radioaktiv verseuchtem Wasser ins Umland. Daraufhin wurde dieser Reaktor stillgelegt. Er steht bis heute als Ruine in der Landschaft und muss in den kommenden Jahren teuer entsorgt werden. Geplant war der Rückbau für die 1980er Jahre. Passiert ist bisher nicht viel. So viel zum Thema Sicherheit.

Bei allen Ministerien, allen Gutachtern und schlaunen Leuten, die wir in Bayern angeblich haben, hätte die Erkenntnis eher reifen müssen, dass wir aus dieser Technologie aussteigen müssen. Für diese Erkenntnis hätte es nicht unbedingt Tschernobyls bedurft, das sehr schnell auf irgendwelche Schlampereien zurückgeführt wurde, oder gar Fukushima. Das heißt, die Weichen hätten früher in die andere Richtung gestellt werden müssen.

Gut, jetzt ist es so. Wir müssen in dieser Situation jetzt die Weichen richtig stellen. Deshalb ist die klare Botschaft, dass Energieeinsparung und der Ausbau der Beratertätigkeit massiv forciert werden müssen. Es ist erschreckend, wie blank Bayern auf dem Feld der Energieberatung und der Forschung ist. Hier muss angedockt werden. Wir brauchen in dieser Richtung deutlich mehr Lehrstühle, und wir brauchen mehr Studienplätze, um das Thema "Energieeinsparung" überhaupt organisieren zu können. Wir müssen uns mit intelligenten Steuerungsmechanismen auseinandersetzen, damit die Energie dann genutzt werden kann, wenn sie zur Verfügung steht. Früher wurde überschüssiger Strom in Nachtspeicheröfen gespeichert. Vielleicht müssen wir künftig den Überschussstrom aus Photovoltaikanlagen gezielt nutzen und die Maschinen, die irgendwo nur temporär laufen müssen, dann anwerfen, wenn der Strom zur Verfügung steht.

Wir stehen hier erst am Anfang. Über Jahre hinweg ist auf diesem Gebiet geschlafen worden. Es ist höchste Zeit, tätig zu werden und in dieser Richtung vorzugehen. Mit Energieeinsparung und gezielter Steuerung des Energieverbrauchs müssen die Spitzen abgefangen werden, um die erneuerbaren Energien als Grundlage der Energieversorgung zu etablieren. Hierbei haben Sie unsere volle Unterstützung.

Ich rufe Sie dazu auf, bei der Energieberatung gerade in den Kommunen schnell tätig zu werden. Ich weiß aus eigener Anschauung in meiner Kommune zu Hause, wo Forderungen laut werden, einen Energie-

berater einzustellen, dass kleine Kommunen damit häufig überfordert sind. Ein solcher Energieberater wäre vielleicht aber nötig. Staatlicherseits sollten hierfür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir können gar nicht genug Geld damit verdienen, den Stromverbrauch durch Beratung zu reduzieren. 40 % des Energieverbrauchs entfallen auf die Wärmeversorgung und private Haushalte. Darin ist das Potenzial mehrerer Kernkraftwerke und mehrerer Gaskraftwerke gebunden. Wir brauchen erst gar nicht Milliarden Euro auf den Tisch zu legen, um solche Kraftwerke zu bauen, wenn wir nicht vorher darüber nachgedacht haben, wie wir den Energieverbrauch verringern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, nächster Punkt: Dezentralität und Ausbau der erneuerbaren Energien. Hier ist massiver Handlungsbedarf gegeben. Wenn wir genau hinsehen, dann sehen wir viele Lippenbekenntnisse. Viele kleine Biogasanlagenbetreiber haben in ihrem Kampf in den letzten Tagen gesagt: Bitte spielt uns nicht an die Wand, bitte setzt uns nicht einem Wettbewerb mit übergroßen Anlagen aus, denen wir nicht gewachsen sind, die uns zu Hause die Flächen weg-pachten, weil Investoren dahinterstehen.

Bitte setzen Sie sich auch in Berlin und gerade in Berlin für eine noch weitergehende Spreizung der Einspeisevergütungen ein, damit die dezentralen Anlagen im Wettbewerb weiterhin die Nase vorn haben. Diese Anlagen generieren volkswirtschaftliche Vorteile, weil lange Transportwege erspart werden. Auch Umweltprobleme werden dadurch erspart. Die Verzahnung mit der regionalen Bevölkerung bekommen wir so eher hin als mit der Errichtung von Anlagen mit vielen Megawatt Leistung, die nicht den Landwirten gehören, nicht einmal mehr den Bürgern Bayerns, sondern auswärtigen Investoren. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Biogasbranche nicht pervertiert wird, Stichwort Schlachtabfälle, Stichwort Import von Energieträgern, die dort verstromt werden. Sehen Sie den Zusammenhang von Bürgern und Kommunen und die Regionalität.

Stichwort Photovoltaikanlagen: Bereits im Jahr 2009 - Herr Brunner, hören Sie bitte zu - haben wir den Antrag eingebracht, Freiflächenphotovoltaikanlagen auch auf Grünland zuzulassen, vielleicht auch in Wasserschutzgebieten. Damit kann man die Ausbringung von Gülle und von Pflanzenschutzmitteln oder dergleichen ersparen. All das geht bisher nicht. Freiflächenphotovoltaikanlagen sollten dann auf Ackerflächen zugelassen werden, wenn die Bodengüte nicht so gut ist. Auch mit degressiver Einspeisevergütung könnte gearbeitet werden, um ertragreiche landwirtschaftliche Flächen zu schonen und Photovoltaikanlagen an

schlechteren Agrarstandorten entstehen zu lassen. All diese Dinge müssten Sie in Berlin anstoßen.

Einspeisevergütungen für die Windkraftanlagen: Wenn wir für die Offshore-Anlagen 19 Cent Einspeisevergütung hinblättern müssen, hierzulande 9 Cent, und dazu noch Stromtrassen mit einem Kostenansatz von drei Milliarden Euro bauen müssen, um den Strom von Nord nach Süd zu bekommen, wobei der Betreuungsaufwand für diese Trassen in die Hunderte Millionen Euro geht, wäre es sinnvoller, die Regionalität wieder ins Spiel zu bringen. Es ist besser, die Effektivität einer Anlage ist bei uns nicht ganz so hoch und wir haben dafür aber die Stromproduktion quasi um die Ecke, wenn wir von der Wirtschaftskraft in Bayern sprechen. Es gibt Rechenbeispiele, wonach 1.000 Windkraftanlagen in Bayern pro Jahr rund eine Milliarde Euro an Wertschöpfung in den Regionen generieren würden, weil die Einspeisevergütung zu den Bürgern fließt und die Handwerker vor Ort Aufträge bekommen. Bayern sollte nicht dafür bezahlen, dass vor der Küste irrsinnig teure Anlagen gebaut werden. Auch das Desertec-Projekt ist ein Beispiel dafür. Das Hoffen darauf nimmt für mich zu viel Spielraum ein.

Auf der anderen Seite steht die mögliche Photovoltaikanlage auf der Staatskanzlei, soweit ich die unterstütze, als den Hauptbeitrag von unserer Seite. Wir müssen die Potenziale im Inland besser ausschöpfen. Wir müssen regionale Projekte durch entsprechende Rahmenbedingungen - hier ist vor allem Ihre Politik in Berlin gefragt - in Gang setzen. Hierzu gehören auch die Kraft-Wärme-Kopplung und Programme für Energieeinsparmaßnahmen, die in der Vergangenheit massiv zusammengestrichen wurden. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese Programme wieder aufleben, damit die richtigen Rahmenbedingungen entstehen und Planungssicherheit herrscht.

Ich habe in den vergangenen Tagen mit den Betreibern kleiner Biogasanlagen gesprochen. Die sagen, sie würden heute keine Anlage mehr bauen und es bereuen, diese gebaut zu haben. Die bäuerlichen Biogasanlagenbetreiber sagen, sie würden an die Wand gespielt, weil die Planungssicherheit fehle, die Politik solle sich dafür einsetzen, dass sich diese Anlagen durchsetzen, nicht aber Großanlagen. Das ist ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen auf der anderen Seite davon, dass Gaskraftwerke nötig seien, um die Atomkraftwerke zu einem gewissen Teil zu ersetzen. Das mag sein, aber auch hier gefällt mir die Begleitmusik nicht. Die großen Energieerzeuger sagen, wir bauen vorerst mal nichts, wir fordern mehr

Zuschuss vom Bund. Meine Damen und Herren, da frage ich Sie ganz offen: Warum machen wir das nicht selbst? Herr Ministerpräsident, sagt Ihnen der Name "Oskar von Miller" etwas?

(Zuruf von der CSU: Als Straßenbezeichnung! - Heiterkeit)

- Straßenbezeichnung, okay. Oskar von Miller hat 1921 das Bayernwerk ins Leben gerufen. Er war der Ingenieur, der eine überregionale bayerische Energieversorgung erdacht hat und der als Fachmann Berater der damaligen Staatsregierung war. Er hat das Bayernwerk ins Leben gerufen, das über Jahrzehnte hinweg die Energieversorgung Bayerns vorangebracht hat. Der Staat hat seinerzeit gesagt, jawohl, wir müssen die Energieversorgung in die eigene Hand nehmen. Das unrühmliche Ende des Bayernwerks kam 1994, als es durch einen Ministerpräsidenten namens Edmund Stoiber privatisiert wurde. Dieser Name dürfte Ihnen wohl bekannter sein als der Name Oskar von Miller.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Auf Veranlassung von Herrn Stoiber kam 1994 das Bayernwerk an Viag. 2000 kam es zu Eon. Heute müssen Sie, der Bayerische Ministerpräsident, als Bittsteller auftreten, müssen zu diesen Leuten gehen und sie darum bitten, ein Gaskraftwerk zu bauen als Gegenleistung dafür, dass wir Ihnen vor ein paar Jahren das Bayernwerk geschenkt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, der politische Ansatz der FREIEN WÄHLER hier ein deutlich anderer als derjenige, der bei Schwarz-Gelb immer noch zumindest zwischen den Zeilen zu lesen ist. Wir wollen Bürger und Kommunen als Energieerzeuger und nicht wieder die alten Energiebarone von gestern. Heute müssen wir bei denen darum betteln, sie möchten doch bitte drei bis vier Gaskraftwerke bauen - der Kostenansatz für ein Gaskraftwerk beträgt 300 bis 500 Millionen -, und die sagen, das machen wir nicht, gebt uns mehr Zuschüsse. Herr Ministerpräsident, da sage ich Ihnen ganz einfach: Verzichten Sie auf den zweiten Münchner S-Bahn-Tunnel, der zweieinhalb Milliarden kostet, wovon natürlich ein Teil aus Bundesmitteln stammen wird. Damit könnten Sie bayerische Gaskraftwerke selbst finanzieren. Schaffen Sie wieder ein Bayernwerk, nehmen Sie die Dinge selbst in die Hand, dann brauchen Sie bei denen nicht darum zu betteln, dass sie das tun, was wir gerne hätten. Wir könnten das dann selbst tun und am Ende selbst damit Geld verdienen. Ich helfe Ihnen ein bisschen bei den Zahlen: Vier bis fünf Gaskraftwerke könnte man mit dem Geld

für den S-Bahn-Tunnel bauen. Dafür wäre das Geld besser angelegt.

In diese Richtung müssen wir uns bewegen, anstatt auf ein Photovoltaikdach auf der Staatskanzlei zu setzen. Ich bin zwar dafür, aber das reicht nicht. Wir sollten die Energieversorgung weitgehend selbst in die Hand nehmen. Wir sollten uns dazu entschließen, als Bayern selbst das Heft wieder in die Hand zu nehmen, uns nicht in Abhängigkeiten zu begeben, sondern glaubwürdig mit Bürgern und Kommunen Wertschöpfung vor Ort zu generieren, wieder im Energiemarkt zu investieren, und zwar vor der eigenen Haustüre und nicht in ein finnisches Atomkraftwerk, wie das mit Mitteln der Bayerischen Landesbank geschehen ist. Hierzu haben wir am 6. April dieses Jahres eine Anfrage eingebracht. Wir wollen eine Antwort darauf, wieweit die Landesbank an Krediten für ein finnisches Atomkraftwerk beteiligt ist. Angeblich soll sie mit anderen Investoren zusammen mit zwei Milliarden Euro an Krediten für ein finnisches Atomkraftwerk beteiligt sein zu einem Zinssatz von knapp über 2 %. Mit diesem Geld hätten wir zu Hause mehr erreicht. Das wäre besser gewesen, als dort eine Investitionsruine mit unserem Geld hinzustellen, von dem wir bis heute nicht wissen, ob wir es jemals wiedersehen. Die Antwort auf unsere Anfrage lässt noch auf sich warten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER))

Ich hoffe, dass die zuständigen Bearbeiter im Ministerium das heute mitnehmen: Am 6. April haben wir unsere Anfrage eingereicht, und bis heute ist keine Antwort da. Wir warten darauf, weil es für die Zukunft Bayerns wichtig ist zu wissen, ob wir das Geld vernünftig einsetzen oder es in falsche Projekte investieren. Das ist uns äußerst wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, beim Thema Geld müssen wir eine weitere Geschichte ansprechen. Die Endlagerkosten des Atommülls wurden relativ stillschweigend zum Staat hinüberschoben. Im Frühjahr 2010 gab es hierzu einen Beschluss und dergleichen mehr. Der Steuerzahler muss die Kosten für den Atommüll übernehmen, den er nicht produziert hat. Dann wird uns vorgerechnet, dass der Atomstrom billig sei. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Atommüllherzeuger - diesen Begriff verwende ich bewusst - für die Kosten des Atommülls zu einem größeren Anteil aufkommen müssen als derzeit. Ändern Sie das Atomgesetz wieder, das zuungunsten des Steuerzahlers geändert wurde. Es kann wieder zugunsten des Steuerzahlers geändert werden, damit die Folgekosten eines Lagers

in Asse in Niedersachsen, in Gorleben und dergleichen mehr nicht in Milliardenhöhe beim Staat landen, sondern bei denen, die sich rühmen, den billigsten Strom der Welt zu erzeugen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der uns Sorgen macht. Wir reden jetzt alle vom Atomausstieg, der in den nächsten fünf bis fünfzehn Jahren in abgestufter Form über die Bühne gehen wird. Dann stehen die Atommeiler herum. Was tun wir mit denen? Bauen wir sie zurück oder lassen wir sie als Industriedenkmäler in der Landschaft stehen? Sie werden zurückgebaut werden müssen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

Die Betreiber von Atomkraftwerken haben hierfür bereits Rückstellungen angelegt. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass sie mit diesen Rückstellungen weiterhin ihre Investitionstätigkeit betreiben können und die Erträge aus den Rückstellungen steuerfrei sind. Es wurde mittlerweile errechnet, dass in diesem Bereich Steuervorteile in Höhe zweistelliger Milliardenbeträge schlummern. Wir aber diskutieren darüber, ob wir uns Steuersenkungen leisten können. Hier sind Milliarden gebunkert, an die der Steuerzahler nicht herankommt und mit denen die Betreiber nach wie vor arbeiten. Ich bin kein Neider, sondern ich muss feststellen, dass es einfach der anderen Wirtschaft und dem Steuerzahler gegenüber ungerecht ist, dass hier Milliarden liegen, die am Ende hoffentlich ausreichen werden, um den Rückbau zu finanzieren und zu organisieren. Ich habe hier meine Zweifel. Sichern Sie sich diese Gelder, damit nicht am Ende nichts mehr da ist, wenn diese Ruinen zurückgebaut werden müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, als Weiteres möchte ich die Endlagerung oder die Zwischenlagerung von Atommüll ansprechen. Sie haben vorher ganz richtig gesagt, es kann nicht sein, dass der Atommüll in den Zwischenlagern einfach herumsteht und wir darüber nachdenken, wie es mit der Endlagerung aussieht. Eine Endlagerung wollen wir zwar nicht, aber eine Dauerzwischenlagerung findet kritiklos statt. Ich habe eine Anfrage zu den Sicherheitsaspekten an das Gesundheitsministerium, an das Haus Söder, gestellt. Die Antwort war: Diese Geschichte ist sicher. In meinen Augen ist das eine Fehlantwort dieses Ministeriums. Die oberirdische Zwischenlagerung in Maschinenhallen ist eben nicht sicher. Wir müssen den Atommüll zumindest unter die Erdoberfläche bekommen. Selbst wenn wir ihn nur zehn Meter tiefer legen, ist das besser, als wenn wir die Castor-Behälter wie Krautfässer oberirdisch in Maschinenhallen abstellen.

Wenn dort ein Flugzeug reinfliegt oder ein Terroranschlag verübt wird, ist höchste Gefahr in Verzug. Hier wird sehenden Auges ein Sicherheitsrisiko eingegangen. Keiner soll in Zukunft bitte sagen, er habe das nicht gewusst. Wir haben das mittlerweile x-mal thematisiert, aber keiner reagiert darauf, keinen interessiert das. Es ist höchst fahrlässig, wie wir mit diesem Thema umgehen. Diese paar Fässer kann man zehn Meter tiefer lagern; man soll sie bitte nicht einfach oberirdisch hinstellen.

(Georg Schmid (CSU): Das haben wir nicht erfunden!)

- Sie haben das nicht erfunden, das stimmt, aber Sie regieren derzeit im Bund und sind dafür verantwortlich, dass dieser Dreck so sicher eingelagert wird, dass die Bevölkerung am Ende nicht darunter leidet. Gott bewahre, dass bei uns etwas passiert, aber ausgeschlossen ist es nicht, so fahrlässig, wie wir mit der Atomzwischenlagerung umgehen. Das ist eine klare Botschaft, die Sie bitte nicht überhören sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wenn wir all das zusammenfassen, können wir heute feststellen, dass wir zumindest in der Grundüberzeugung relative Übereinstimmung haben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr gut!)

Wir stellen aber gleichzeitig fest, dass einige Themen zwar schon auf dem Gleis stehen, aber noch angestoßen werden müssen, sodass es zu einem glaubhaften Ausbau der erneuerbaren Energien kommt. Wir brauchen auch Planungssicherheit. Den großen Playern müssen Handfesseln angelegt werden, damit sie nicht mit der Politik Schlitten fahren, sondern die Politik das Primat des Handelns in der Hand behält. Da sind Sie gefordert.

Ich erkenne aber Ihre schwierige Situation durchaus. Sie waren ja mit dem Transrapid mit Volldampf in der falschen Richtung unterwegs und müssen jetzt Ihre Insassen davon überzeugen, dass in Kürze die Wand kommt und wir umsteigen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen genau in die andere Richtung fahren. Ich weiß, dass es für Sie nicht leicht ist. Deshalb würdige ich Ihre Situation.

Aber gleichzeitig sehe ich, dass hinten zu viele sind, die Sand ins Getriebe streuen. Wenn dann die Wirtschaftsleute - vielleicht kann ich stellvertretend Herrn Sinn nennen - sagen, sie seien vom Ausstieg nicht

überzeugt und es müsse wie bisher weitergehen, dann muss man die Frage stellen: Gilt denn das Wort der Bevölkerungsmehrheit nichts mehr? Lange genug ist gegen die absolute Mehrheit der Bevölkerung regiert worden. Die Bevölkerung wollte ja zu 70 bis 80 % den Atomausstieg haben, aber heute müssen wir ihn den Lobbyisten teuer abringen.

Ich weiß nicht, wie weit man hier im Wort steht, wie weit man hier Zugeständnisse machen muss, und zwar nach dem Motto: Wenn ihr nicht gegen den Ausstieg klagt, dann kriegt ihr die Netze von morgen finanziert oder dann helfen wir euch, das Energiemonopol beizubehalten; wir lassen die Kleinen nicht hochkommen.

Wir können es ja lesen, welche Aussagen von den Wirtschaftsleuten und den Netzbetreibern gemacht werden. Die wollen gar nicht, dass dezentrale Selbstversorgungsstrukturen entstehen. Das kann ich verstehen. Aber wir sind nicht dazu da, diesen Herren zuzuarbeiten, sondern sind in der Politik dazu da, für unsere Bevölkerung zu arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb erhebe ich die klare Forderung, diesen Leuten mehr als bisher die Stirn zu bieten. Man darf nicht, nur weil ein Lobbyist seine Bedenken anmeldet, sagen: Liebe bayerische Bevölkerung, es tut uns leid, aber es geht nicht anders. Man darf auch nicht der Bevölkerung schöne Aussichten machen, wenn man gleichzeitig weiß, dass sie nicht erfüllt werden können, weil man dies nicht will. Wenn man es aber will, dann geht es.

Sie haben - nicht nur persönlich, aber auch persönlich - bis vor Fukushima die Notwendigkeit der Atomlaufzeitverlängerung bis in die 2040er-Jahre alternativlos vertreten. Aber jetzt sagen Sie - das ist okay -: Die Vorzeichen haben sich geändert. Wenn man es also will, dann geht es. Jetzt müssen wir wollen.

Aus all den bekannten kleinen Beispielen müssen wir uns die geänderte Situation herunterrechnen lassen und den Umstieg vor der Bevölkerung glaubwürdig organisieren.

Damit komme ich auf den Anfang meiner Rede zurück: Bürger und Kommunen müssen die Energieerzeuger der Zukunft sein. Die Netzbetreiber und die großen Monopole sehen wir nicht per se als Feind an, aber auch nicht als diejenigen, denen unsere erste Obhut gilt. Deshalb müssen wir den Netzbetreibern auf die Finger schauen.

Es ist bezeichnend, wenn mittlerweile australische Investmentgesellschaften unsere Netze beherrschen,

wenn die niederländische TenneT oder eine belgische Firma auf unseren Netzen sitzt und sagt: Der Steuerzahler muss Milliarden auf den Tisch legen, damit die Netze ausgebaut werden. Wir sollen denen also die Wohnung renovieren. Entweder gehört uns das Haus oder denen. Denen gehören die Netze, aber um deren Ausbau soll sich der Steuerzahler bemühen. Das passt für mich nicht zusammen.

Also auch hier spreche ich die klare Botschaft aus: Das Netzgeschäft muss wieder aus kommunaler Sicht und aus staatlicher Sicht gesehen werden. Damals haben auch die Netze in einem gewissen Gebiet in Bayern der öffentlichen Hand gehört. Man muss also wieder genauer hinsehen, ob mit uns hier nicht Katz und Maus gespielt wird. Vielleicht müssen wir diesen Herren eine andere Antwort auf ihre Verweigerungshaltung geben, und vielleicht können wir den gesamten Netzausbau etwas dadurch unterlaufen, dass wir kleine dezentrale Versorgungsstrukturen schaffen, so dass wir den angeblich so nötigen, ganz großen Netzausbau gar nicht brauchen.

Die zig Milliarden, die für den Netzausbau angesetzt sind, können wir mit Sicherheit deutlich reduzieren, wenn wir nicht am Ende ein Großkraftwerk hinstellen und von dort wie bei einem Spinnennetz die Leitungen führen müssen, sondern in den Privathaushalten, wie Sie es sehr richtig angesprochen haben, in kleinen Dörfern, in Stadtvierteln und dergleichen mehr mit kleinen dezentralen Blockheizkraftwerken usw. die Energieversorgung der Zukunft organisieren. Diese ist bezahlbar, vor allem auch sicher.

Eines ist jedoch ganz gewiss nicht sicher. Einige wenige Großanlagen können störanfällig sein. Wenn da etwas passiert, können Netze zusammenbrechen. Es wird immer das Szenario des Blackout in den Raum gestellt, weil wir die Kernkraft vielleicht zu schnell vom Netz nehmen. Aber daran sehen wir, dass diese Energieversorgung nicht sicher war, womit ich die Versorgungssicherheit meine. Wenn man ein paar Kernkraftwerke zu Unrecht und zur unrechten Zeit abschaltet und dann eventuell die Netze zusammenbrechen, dann muss man sagen: Wir sitzen auf einer Kanonenkugel; wir sitzen in einem Minenfeld und wissen nicht, wann die Minen hochgehen. Stabiler sind die Netze, wenn wir uns möglichst dezentral aufstellen. Das muss die Ausbauplanung der Zukunft sein.

Ich bitte Sie, diese Entwicklung in die Hand zu nehmen. Bürger und Kommunen müssen das vorneweg tun. Planungssicherheit muss durch Regionalität und Dezentralität erreicht werden. Den Lobbyisten muss ganz offen gesagt werden: Ihr habt die letzten Jahre genug verdient; wir sind euch zwar nicht neidisch, aber steht der Bevölkerungsmehrheit bitte nicht länger

im Weg; bitte sagt nicht länger, das gehe nicht; bitte sagt nicht länger, ihr macht nur dann mit, wenn der Steuerzahler seine Taschen öffnet.

Wir müssen Manns genug sein, als Bayerische Staatsregierung oder als Bundesregierung, wo Sie ja beteiligt sind, diesen Leuten zu sagen: Wir haben ein Ziel; wir haben die Bevölkerung hinter uns; damit gehen wir in eine Energiepolitik, die sich deutlich von dem unterscheidet, was in den letzten Jahrzehnten gelaufen ist.

Alles auf dieser Welt hat eine Epoche. Die bisherige Epoche muss irgendwann zu Ende gehen. Dabei dürfen nicht vier große Monopolisten bestimmen, was in Deutschland passiert, sondern bestimmen müssen 80 Millionen Bürger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Wenn wir die heutige Rede von Horst Seehofer und aktuelle Beiträge von Seehofer, Söder und anderen in der CSU, aber auch aus der CDU und der FDP zur Energiepolitik, zur Atomkraft und zu erneuerbaren Energien vor einem halben Jahr gehört oder gelesen hätten, hätten wir gedacht: Wir träumen. Oder wir hätten vermutet, wir hätten die eine oder andere Maß des guten bayerischen Bieres zu viel zu uns genommen.

Wir dürfen in der Energie- und Atompolitik eine Zeitenwende, ein Drehen um fast 180 Grad erleben. Seehofer und Söder singen das Hohelied der erneuerbaren Energien und sprechen vom Standortfaktor und vom Wettbewerbsvorteil. Heute haben wir gehört, wie Sie, Herr Seehofer, wortwörtlich gesagt haben, es handle sich jetzt um ein einziges großes Konjunkturpaket. Das freut uns selbstverständlich, auch weil unsere jahrzehntelange Ansage, "Umwelt- und Klimaschutz als Standortfaktor" oder "Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben", endlich angekommen zu sein scheint.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Schön war es auch, erleben zu dürfen, wie in der Münchener Runde Herr Ministerpräsident Seehofer dem etwas verdutzten VBW-Chef Rodenstock erklärt hat, dass und weshalb die GRÜNEN schon immer recht gehabt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war ein wunderbares Erlebnis, Herr Ministerpräsident, für das wir uns ganz herzlich bedanken dürfen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Es war eine sehr nette Runde!)

- Ja, es war eine sehr nette Runde. Ihr heutiger Beitrag ist uns ein bisschen so vorgekommen: Sie predigen uns jetzt das, was wir Ihnen jahrelang gepredigt haben. Kollegin Bause hat vorhin zu mir gesagt: Der Saulus wird zum Paulus und erklärt dann den anderen wiederum die Religion. Das Bild passt doch ganz gut.

Spannend ist auch die Entwicklung zur Südschiene. Erst vor wenigen Wochen sind Sie lautstark aufgetreten und haben die Südschiene aufgekündigt. Sie wurde blitzschnell wiederbelebt. Ich darf aus "Spiegel online" zitieren, Herr Ministerpräsident. Dort heißt es:

Von wegen Ende der Südschiene und so, Seite an Seite mit Horst Seehofer, dem CSU-Kollegen aus München, macht der erste grüne Regierungschef der Republik mal eben einige zentrale Beschlüsse des schwarz-gelben Atomausstiegplans rückgängig, mit demselben Seehofer, der noch zu Wochenbeginn das in der Nacht zuvor vereinbarte Koalitionskonzept bis ins Detail gepriesen und verteidigt hatte.

Herr Ministerpräsident, das heißt, Sie haben hier auf Herrn Kretschmann gehört. Sie sind ihm gefolgt, denn vorher haben Sie das Gegenteil verteidigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist anerkennenswert. Sie waren lernfähig. So sollten Sie es auch weiterhin bleiben.

Im Konstrukt der Bundesregierung gab es einige ganz maßgebliche Fehler. Ein Fehler war vor allem das geplante blockweise Abschalten der noch am Netz verbleibenden neun Reaktoren in den Jahren 2021 und 2022. Dieser Fehler ist mit einem Stufenplan geheilt worden. Das Abschalten nach einem klaren Fahrplan ist gut für die Planungssicherheit und die Investitionssicherheit bei den erneuerbaren Energien, bei den Gaskraftwerken und anderen Energiequellen. Herzlichen Dank für dieses Lernen.

Wir hätten uns auch nicht träumen lassen, dass es beispielsweise einen DIW-Wochenbericht gibt, in dessen Überschrift "Chancen der Energiewende" steht. Die Überschriften der einzelnen Kapitel darf ich kurz zitieren. Die erste lautet: "Atommoratorium, keine Stromausfälle zu befürchten." Zweitens heißt es: "Die Lichter gehen nicht aus." Die dritte Überschrift lautet: "Ökonomische Chancen und Struktureffekte einer

nachhaltigen Energieversorgung." Viertens heißt es: "Öffnung des Strommarktes für erneuerbare Energien - das Netz muss besser genutzt werden." Der letzte Beitrag ist dann wie folgt überschrieben: "Atomausstieg - Deutschland kann ein Vorbild werden."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das, was ich mit der Zeitenwende und dem Umsteuern meinte. Man muss ganz klar festhalten - Sie haben es vorhin selber angesprochen -: Auslöser für das Umdenken und Umsteuern in den Teilen der Politik und der Gesellschaft, die vorher dazu nicht bereit waren, waren sicherlich die tragischen Geschehnisse in Fukushima.

Wir GRÜNEN können uns alle allerdings auf die Fahne schreiben, dass wir das für den Umstieg notwendige Klima in jahrzehntelanger Kleinarbeit, Überzeugungsarbeit und in vielen Auseinandersetzungen geschaffen haben. Dieses Klima können wir uns schon auf die Fahne schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine unserer Wurzeln und tragenden Säulen ist und war bekanntlich der Kampf gegen die Atomenergie, wie sie von Leber, Schmidt und Strauß propagiert und gefördert worden ist, sowie der Kampf für Energiesparen und erneuerbare Energien.

Herr Ministerpräsident, ich hoffe, Sie korrigieren sich auch ziemlich schnell in folgendem Punkt; denn wir müssen auch gegen den eben zitierten Herrn Sinn und andere dieses Schlages dagegenhalten: Atomenergie ist auch nicht CO₂-frei. Wir haben einen Ausstoß von ungefähr 30 bis 60 Gramm je Kilowattstunde. Das ist mit einem modernen gasbetriebenen Blockheizkraftwerk vergleichbar. Dieser CO₂-Ausstoß hängt davon ab, dass erst einmal Uranerz abgebaut und aufgearbeitet werden muss. Es sind Transporte notwendig. Atom ist auch alles andere als eine heimische Energiequelle. Wir haben uns sehr hochgradig von fremden Quellen abhängig gemacht. Atomenergie ist alles andere als preiswert. Die Subventionierung ist schon angesprochen worden. Die Kosten werden auf andere Zeiten und auch auf andere Menschen abwälzt.

Vor allem gibt es weiterhin die ungelöste Entsorgungsfrage. Der letzte Punkt - das war für Sie der Auslöser, umzudenken - sind Stör- und Unfälle, die nie auszuschließen sind und die einen katastrophalen Ausgang haben können. Tschernobyl und Fukushima sollten endlich Fanal genug sein.

Sie haben es in der schon eben genannten Fernsehsendung eindrucksvoll dargelegt: Hunderttausende

von Menschen hatten endgültig ihre Heimat verloren. Zigtausende von Menschen sind von Gefahren für Leib und Leben bedroht. Herr Zeil, jetzt darf ich Sie ansprechen: Vor diesem Hintergrund verbieten sich Sätze, wie Sie sie vor wenigen Wochen noch gebracht haben, als Sie gesagt haben, Atomausstieg und Energiewende dürften auf keinen Fall zulasten der Lebensqualität gehen. Vor dem Hintergrund der Bilder, die wir gesehen haben, und dessen, was die Menschen in Japan erlebt haben, ist ein solcher Satz schlicht und ergreifend zynisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP und auch von der Staatsregierung, Ihr Ausstieg aus dem Ausstieg im Herbst 2010 - das ist noch nicht allzu lange her - wurde unter anderem mit folgenden Aussagen begründet: Sie würden Versorgungssicherheit herstellen und für moderate Strompreise sorgen. Dieser Ausstieg aus dem Ausstieg war eigentlich eine prima Sache für uns GRÜNE. Wir haben damit massiv an Sympathie und Anhängerschaft zugelegt. Vor allem konnten wir viele Tausend neue Mitglieder gewinnen. Sie haben uns diese neuen Mitglieder zugeführt. Trotzdem hätten wir uns das nicht gewünscht. Kollege Rinderspacher hat es schon angesprochen. Sie haben mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg in der jetzigen Entwicklung dafür gesorgt, dass dem Steuerzahler Kosten in Milliardenhöhe drohen. Das sei hier auch noch einmal ganz klar gesagt. Diese Kosten in Milliardenhöhe haben wiederum Sie und nur allein Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Grundsätzlich - damit bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Schmid - hat sich die Union seit Jahren als Dagegen-Partei profiliert. Gemeinsam mit der FDP war sie gegen das Gesetz über Erneuerbare Energien. Auf Landesebene hat sie den Ausbau der Windenergie systematisch behindert. CDU und CSU haben gegen den Emissionshandel gekämpft. Sie haben immer verbindliche Energiesparziele abgelehnt. Auch die Merkel'sche Energiewende ist in toto immer noch eine Mogelpackung. Sie ist zu wenig, zu langsam, und sie wird vor allem von oben herab durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einige wenige Belege dafür: Anstatt zielstrebig den vollständigen Umstieg auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen anzustreben, strebt die Bundesregierung bis 2020 erst einmal nur einen Öko-Stromanteil von 35 % an. Dann will sie eine Kostengrenze für das Gesetz über die Erneuerbaren Energien. Gleichzeitig will sie die Industrie großzügiger von der Umlage befreien. Das ist sozial ungerecht und schädlich für den

Ausbau erneuerbarer Energien. Zentral statt dezentral ist weiterhin die schwarz-gelbe Devise. Nicht die dezentralen erneuerbaren Energiequellen stehen ganz im Vordergrund, sondern erst einmal sollen Kohlekraftwerke ans Netz und einen großen Anteil des wegfallenden Atomstroms ersetzen. Die Planung soll gestrafft werden. Die Bürgerbeteiligung soll eingeschränkt werden. Der Neubau der Klimakiller aus Kohle soll ausgerechnet aus Mitteln aus dem Klimaschutzfonds finanziert werden. Das ist alles andere als sinnvoll.

Von oben herab will die Bundesregierung das Land mit neuen Stromtrassen durchziehen. Sie will die Planungen beim Bund zentralisieren, statt transparente Verfahren durchzuführen und beispielsweise durch Erdkabel mehr Akzeptanz zu erzielen. Schwarz-Gelb organisiert den Netzausbau und den Umstieg auf erneuerbare Energien erst einmal nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gegen sie. Herr Ministerpräsident, hier sind Sie aufgefordert, für die notwendigen Korrekturen zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der einstimmige Beschluss der Ministerpräsidenten geht in die richtige Richtung.

Beim Energiesparen muss man sich Folgendes vor Augen führen: Die EU wollte verbindliche Einsparziele. An wem sind diese gescheitert? Wiederum an der schwarz-gelben Bundesregierung. Schauen wir es uns doch an: Erst kürzlich ist das Gebäudesanierungsprogramm zusammengestrichen worden. Zögerlich werden jetzt Zusagen gegeben, wieder stärker zu fördern, obwohl man weiß, welche segensreiche Wirkung dieses Programm entfaltet hat.

Jetzt aber ein klein wenig Lob: Herr Schmid und Herr Seehofer, Sie haben unseren Parteitag am Samstag in Berlin angesprochen. Wir sagen ganz klar: Mit der Rücknahme der Laufzeitverlängerung kehrt die Bundesregierung zum rot-grünen Atomgesetz von 2001 zurück. Das ist gut so, das begrüßen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich erkennen wir auch an, dass mit den festen Ausstiegsdaten das Ende der Atomkraft sogar noch besser abgesichert ist. Es gibt nicht mehr die Übertragung der Reststrommengen. Das ist sogar noch besser, Herr Ministerpräsident. Das sage ich an dieser Stelle ganz dezidiert. Hier haben Sie eine Verbesserung erreicht. Außerdem ist es begrüßenswert, dass die sieben ältesten Atomkraftwerke und das Pannenkraftwerk Krümmel nicht mehr ans Netz gehen. Das freut uns. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb begrüßen wir es, wenn möglichst

viele Fraktionen im Bundestag der Atomrechtsnovelle zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich werden wir alle - das gilt für die SPD genauso wie für uns - darauf drängen, dass diese Novelle rechtssicher begründet - hierzu gibt es noch das eine oder andere Fragezeichen - und in dem einen oder anderen Punkt noch spürbar verbessert wird. Der Abschaltplan der Bundesregierung bis zum Jahre 2022 stellt nicht den schnellstmöglichen Atomausstieg dar. Das haben die GRÜNEN, die Deutsche Umwelthilfe und das Umweltbundesamt vorgerechnet: Das Abschalten der Atomkraftwerke wäre wirtschaftlich und im Hinblick auf die Rechtssicherheit bis zum Jahr 2017 machbar. Dafür sollten wir weiterhin kämpfen und uns einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich werden wir uns auch dafür einsetzen, dass die noch am Netz verbleibenden Atomkraftwerke mit höheren Sicherheitsanforderungen konfrontiert werden. Der § 7 d des Atomgesetzes, mit dem die Sicherheitsstandards gesenkt worden sind, muss schleunigst wieder gestrichen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig gilt es auch, die mittlerweile seit zwei Jahren vorliegende Überarbeitung des kerntechnischen Regelwerkes endlich in Kraft treten zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesbezüglich gibt es eine Reihe weiterer Forderungen, die wir in die künftigen parlamentarischen Beratungen einbringen werden. Für das AKW-Personal muss der Strahlenschutz deutlich verbessert werden. Selbstverständlich muss endlich eine ergebnisoffene und bundesweit vergleichende Suche nach dem bestmöglichen Standort für Endlager durchgeführt werden.

Herr Ministerpräsident, zu Bayern: Die Energiewende in Bayern und von Bayern aus ist das Thema, das uns beschäftigen sollte. Es sieht nicht alles so rosig aus, wie Sie es vorhin kundgetan haben. Alle zwei Jahre wird eine wunderbare Vergleichsstudie in Auftrag gegeben. Es handelt sich um ein Ranking im Auftrag des Bundesverbands Erneuerbarer Energien. Diese Studie wird von großen Wirtschaftsforschungsinstituten erstellt. Dort heißt es für das Jahr 2010:

Im Bundesländervergleich liegt Bayern auf Platz sieben. Es ist damit im Vergleich zu 2008 um vier

Plätze zurückgefallen. Im Bereich "Bürgerengagement" führt das Bundesland.

Es liegt ein uneinheitliches Bild vor. Beispielsweise liegt Bayern bei der Nutzung von Solarwärme und Holzheizungen ganz vorne. In anderen Sektoren gibt es jedoch deutliche Schwächen. Bayern wird mit dem "Leitstern 2010" in der Kategorie "Bürgerengagement" ausgezeichnet. Dort wird jedoch nur zusammengefasst, was dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken ist. Wie hoch ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die besonders umweltfreundlichen Strom beziehen? Wie viele der bayerischen Bürgerinnen und Bürger haben Photovoltaikanlagen auf ihrem Dach oder nutzen die Solarthermie? In diesem Punkt liegt Bayern vorne. Jetzt nenne ich die Kategorien, in denen Bayern hinten liegt. Das haben Sie, Herr Ministerpräsident, bei der Nennung Ihrer Baustellen falsch dargestellt. Ich zitiere:

Im Bundesländervergleich liegt Bayern in folgenden Punkten hinten: Unzureichende Fördermaßnahmen: Ungeachtet der politischen Zielsetzungen und Programme schneidet Bayern bei konkreten Fördermaßnahmen relativ schlecht ab, so bei Informationsangeboten (Rang 13), Förderprogrammen (Rang 14) und beim Hemmnisabbau (Rang 14).

Bayern ist bei der Windenergie Schlusslicht. Dass die Potenziale nicht ausgenutzt werden, ist erkannt und bekannt. Darauf brauche ich nicht weiter einzugehen. Wasserkraft und Wärme stagnieren. Dort ist Bayern in den letzten Jahren nicht weiter vorangekommen. Darüber hinaus führt Bayern eine zurückhaltende Industrie- und Technologiepolitik. Hier liegt Bayern im Bundesländervergleich hinten. Die Forschungsausgaben für erneuerbare Energien bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt fallen für Bayern sehr gering aus. Bayern liegt dort auf dem vorletzten Platz. Auch bei den Studiengängen und Stellenanzeigen gehört Bayern zu den Schlusslichtern und belegt jeweils Platz 14. Hinsichtlich der Unternehmen aus der Erneuerbaren-Energien-Branche liegt Bayern lediglich im Mittelfeld. Herr Ministerpräsident, was Sie vorhin unter Verweis auf Herrn Kollegen Heubisch gesagt haben, war nicht zutreffend. Das bedeutet, es gibt großen Nachholbedarf.

Das Fazit der Forscher des DIW und des ZSW lautet:

Damit der Anteil Erneuerbarer Energien in Bayern künftig gemäß den eigenen Zielen erheblich gesteigert werden kann, muss insbesondere auch der Beitrag der Windenergie wesentlich stärker zunehmen als bisher. Bestehende Hemmnisse müssen abgebaut werden. Auch bei För-

derprogrammen und Informationsangeboten könnte sich das Land besser profilieren. Daneben sollten die industrie- und technologiepolitischen Anstrengungen wesentlich verstärkt werden. Hierzu zählt insbesondere ein verstärktes Engagement bei der Förderung von Forschung und Bildung im Bereich Erneuerbarer Energien.

Das sind andere Fakten als die, die Sie sich schulterklopfenderweise immer zuschreiben. Das sind ganz große Defizite.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU und neuerdings auch von der FDP - obwohl Sie sich jetzt nicht angesprochen fühlen müssen: Wenn Sie schon früher unseren Anträgen, Gesetzentwürfen und zahllosen Initiativen gefolgt wären, stünde Bayern jetzt wesentlich besser da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin wörtlich ausgeführt - ich zitiere zumindest aus Ihrem Manuskript -: "Wir werden unsere staatlichen Gebäude energetisch sanieren." Warum denn erst jetzt? Hierzu gibt es zahlreiche Anträge von uns, von der SPD und auch von den FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der staatliche Gebäudebestand gehört endlich energetisch saniert. Der Staat hat eine Vorbild- und Vorreiterfunktion. Warum geht da nichts voran? Wären Sie unseren Initiativen doch bloß früher gefolgt! Wir haben dort mal ein wenig reingeblättert: "Gesetzentwurf für eine sparsame, sozial und ökologisch verträgliche Energienutzung in Bayern (Bayerisches Energiewendegesetz)", Drucksache 11/12316. Dieser Gesetzentwurf stammt aus dem Jahr 1989. Herr Kollege Magerl steht auf dem Kopf des Gesetzentwurfs. Ein Bayerisches Energiewendegesetz ist also bereits im Jahr 1989 beantragt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So geht es weiter. Ich bin nicht neu im Gremium. Ich kann mich noch an den Antrag zusammen mit Kollegin Kellner "Energiewende in Bayern umsetzen" erinnern. Dieser Antrag ist mittlerweile 12,13 oder 14 Jahre alt.

Wenn wir das Ganze im Kleinen betrachten heißt, nicht diejenigen Gesetzentwürfe und Anträge meinen, welche die Energiewende insgesamt thematisieren, können wir Hunderte Anträge und Initiativen vorweisen. Herr Kollege Rinderspacher hat darauf hingewiesen, dass in letzter Zeit nach den Ereignissen in Fukushima jede Menge Anträge gestellt worden sind.

Diese sind entweder vertagt oder abgelehnt worden. Besonders schäbig, aber bezeichnend war der Umgang mit den Haushaltsanträgen. Mehrere Fraktionen haben diese Anträge vor den Ereignissen in Fukushima gestellt. Nach den Ereignissen in Fukushima wurden diese Anträge erst diskutiert und schließlich abgelehnt. Das zeigt nicht unbedingt, dass Sie guten Willens sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir befassen uns gerne mit Ihren Verlautbarungen. Herr Kollege Schmid, wir haben das Programm der Regierung sehr genau studiert und mehrfach durchgearbeitet. Wir haben das bereits diskutiert. Das ist das Konkreteste und Faßbarste, was es derzeit gibt. Mit diesem Programm sollten wir uns auseinandersetzen, weil die heutige Rede sehr pathetisch war und viele Allgemeinplätze enthalten hat. Herr Ministerpräsident, Ihre Rede hat relativ wenig Konkretes enthalten. Sehen Sie uns das nach.

An dem Konzept der Staatsregierung muss man doch einiges kritisieren, beispielsweise die Mängel bei den Instrumenten und Maßnahmen. Die Zielformulierungen sind über weite Strecken gut und sinnvoll, aber es fehlen meistens konkrete Instrumente und Maßnahmen. Wenn welche genannt werden, handelt es sich um Förderinstrumente. Unseres Erachtens muss noch das eine oder andere gemacht werden.

Bei der Windenergie wäre noch viel mehr drin. Zwar ist es erfreulich, dass Sie Ihre Blockadepolitik aufgeben wollen, jedoch sind Ihre Ziele nicht ehrgeizig genug. Im Hinblick auf die Biomasse kommt die Kraft-Wärme-Kopplung viel zu kurz. Außerdem kommt die ökologische Ausrichtung viel zu kurz. Für erneuerbare Energien im Gebäudebestand sind keine rechtlichen Festlegungen, die unbedingt notwendig wären, geplant.

Was die Erdgasnutzung angeht, so war vom Ausbau von Großkraftwerken mit einer Leistung von ungefähr 4 Gigawatt die Rede; Ihre heutigen Ausführungen kann man insofern schon als Verbesserung bewerten. Gaskraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung haben jedoch fast keine Rolle gespielt. Es hätte die Gefahr bestanden, dass Investitionsruinen geschaffen worden wären bzw. dass Gaskraftwerke sich als Blockadekraftwerke erwiesen hätten. An dieser Stelle ist die schöne Formulierung des Politikberaters Spreng passend: "Die Brücke erscheint als Selbstzweck, als Ziel, nicht das Ufer der erneuerbaren Energien." Möglicherweise wäre das bei der Brücke auf einmal der Fall gewesen.

Zum Verkehr hat es in Ihrer Regierungserklärung an allem gefehlt; es waren ein paar vage Absichtserklärungen zu hören. Es gibt einen ganz entscheidenden Kritikpunkt - Herr Schmid und Herr Seehofer, wir bitten Sie, das schleunigst zu korrigieren -: Ihr Regierungsprogramm bietet überhaupt keine Zeitperspektive. Im Schlusskapitel ist zwar zu lesen, was wir bis wann erreichen können, aber hinter dieser Überschrift versteckt sich nichts Konkretes. Es heißt dort lediglich, in zehn Jahren könnten wir das alles erreichen. Das ist viel zu wenig. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, die in ein konkretes Zeitkorsett eingebunden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie das schon vorgetragene Ranking belegt, gibt es auch in Bayern großen Handlungsbedarf. Bayern hat sich, was die Energieversorgung angeht, viel zu lange ausgeruht - einerseits auf dem hohen Anteil der Kernkraftwerke, andererseits auf dem hohen Anteil an abgeschriebenen Wasserkraftanlagen. Deswegen ist bei den anderen erneuerbaren Energien viel zu wenig vorgegangen.

Beim Sparen und der effizienten Nutzung von Energie sind wir ebenfalls zu langsam vorangekommen. Sie selbst haben es gesagt: Es ist wichtig, die vorhandene Energie effizienter als bisher zu nutzen. Im Kraftwerksbereich brauchen wir dringend höhere Wirkungsgrade. Auf der Verbrauchsseite müssen Stromschleudern durch effiziente Geräte ersetzt werden. Wir brauchen intelligente Netze und Möglichkeiten des intelligenten Messens, um Stromproduktion und Stromnachfrage besser steuern zu können.

Herr Ministerpräsident, wir mussten lesen, dass Bayern bei der Informationspolitik ganz hinten ist. Es gilt, die Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu informieren, um sie dann auch besser mitnehmen zu können. Insoweit sollten wir nicht auf den Bund zeigen, sondern das ist etwas, was wir in Bayern selbst tun müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen uns ferner für die zügige Realisierung folgender Vorhaben ein: Umrüstung von Nachtspeicherheizungen; Förderung von Kraft-Wärme-Anlagen, vor allem von Mini-Blockheizkraftwerken, Auflegung von Effizienzprogrammen; Austausch von Heizungspumpen, Haushaltsgeräten, Elektromotoren; Unterstützung des Ausbaus von Smart Grids; Smart Metering; flächendeckender Ausbau von Energieagenturen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben kundgetan, Sie hätten die Zustimmung aller Verbände und Organisationen, mit denen Sie verhandelt haben, zu einer zentra-

len Energieagentur bekommen. Wichtig ist jedoch, dass wir die dezentrale Erzeugung stärken. Auch wenn wir nicht gänzlich auf Zentralen werden verzichten können, wollen wir doch mehr in Richtung Dezentralität gehen, und zwar in der Erzeugung, in der Verteilung und in den Besitzstrukturen. Wir brauchen insoweit auch Agenturen vor Ort. Da muss etwas angeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was den Anteil der erneuerbaren Energien anbelangt, so liegen wir immer noch über dem Bundesdurchschnitt - Platz 7 -, vor allem dank der Wasserkraft, die bei uns einen hohen Anteil hat. Dennoch muss auch hier etwas geschehen. Wir brauchen eine Kehrtwende bei der Nutzung der Windenergie. Das Landesentwicklungsprogramm und die Regionalpläne sind schon angesprochen worden. Bürokratische Hemmnisse müssen beseitigt werden. Wir brauchen unbedingt den Ausbau und die Ökologisierung der Biomassenutzung. Insofern muss es einen Vorrang der Reststoffeverwertung - Gülle, Landschaftspflegematerial - geben. Nachwachsende Rohstoffe sind ökologisch verträglich zu nutzen. Ich nenne auch das Stichwort Fruchtfolge. Wir brauchen eine Koordination der Geothermienutzung.

Was den Umbau des Stromnetzes und der Stromspeicherung anbelangt, so wünschen wir uns die Erarbeitung eines bayerischen Netzausbauplanes unter Mitwirkung der Netzbetreiber, der Energieversorger und der Umweltverbände.

Es ist ein bayerischer Bedarfsplan zur Stromspeicherung aufzustellen, wiederum unter Mitwirkung der Verbände und Organisationen, mit denen Sie schon - wenn auch kurze, aber immerhin - Gespräche geführt haben.

Wir bestehen weiterhin auf der Erstellung eines Katasters für Pumpspeicherkraftwerke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Menschen vor Ort überzeugen, warum gerade dieser Standort der am besten geeignete ist.

Wir setzen uns - im Sinne einer Begleitung der bisher laufenden Planungs- und Genehmigungsverfahren - für Runde Tische in den betroffenen Regionen ein. Diese Verfahren sind zu reformieren, um Transparenz zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger früher als bisher zu informieren.

Es gilt, die Marktmacht der "großen Vier" zu begrenzen und den Wettbewerb zu stärken. Insoweit kann

der Freistaat mit seiner Landeskartellbehörde etwas tun. Die Staatsregierung kann Hilfestellung für neue Investoren und Energieanbieter geben sowie regionale und kommunale Stadt- und Gemeindewerke fördern.

Ich fasse zusammen: Es gibt in Bayern ein weites Betätigungsfeld.

Kolleginnen und Kollegen, ich gehe nicht weiter darauf ein, was auf Bundesebene noch alles geschehen müsste. Wir wünschen uns zwar eine Reformierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, aber mit Sicherheit nicht so, wie es die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Ich nenne nur das Stichwort Marktanzreizprogramm, um den Gebäudebestand besser ökologisch zu sanieren. Wir müssen uns auch über Abschreibungsmöglichkeiten unterhalten. Diese wären, ergänzend zu dem Förderprogramm, sicherlich der richtige Weg, um hier endlich mehr Schwung hineinzubringen. Wir werden an geeigneter Stelle unsere Vorschläge wieder einbringen; bisher gab es von uns schon zahlreiche Anträge.

Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, Herr Ministerpräsident, Mitglieder der Staatsregierung! Wir sind gern bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und den auch von Ihnen geforderten breiten gesellschaftlichen Konsens mitzutragen. Aber das ist keine einseitige Geschichte, auch Ihr Mitwirken ist gefordert. Insofern würden Ihnen, Herr Seehofer und Herr Zeil, etwas leisere Töne, etwas mehr Bescheidenheit durchaus gut anstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der öffentlich ausgetragene Streit innerhalb der Staatsregierung um die Zuständigkeiten war kein Ausweis hoher Regierungskunst. Er war auch der Sache nicht dienlich, sondern hat ihr massiv geschadet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Kollegin Christel Kamm hatte gemeinsam mit Kollegen Ludwig Hartmann Anfang April eine Anfrage zum Thema Windenergie gestellt. Nach einem Monat erhielten wir das uns allen bekannte Schreiben aus dem Umweltministerium. Darin hieß es, man müsse noch recherchieren. Das nehme Zeit in Anspruch; daher bitte man um Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Einen Monat später folgte ein ähnlich lautendes Schreiben: Man müsse immer noch recherchieren und bitte um eine weitere Verlängerung der Beantwortungsfrist. Weitere zweiinhalb Wochen später kam ein Schreiben - ich habe es hier -, in dem das Umweltministerium feststellt,

dass es gar nicht zuständig sei; die Zuständigkeit liege beim Wirtschaftsministerium.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Seehofer, das belegt eindeutig: Ihre Regierung ist zurzeit nicht handlungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hier sind Sie gefordert. Wir leiten Ihnen gern die Schreiben der einzelnen Häuser zu. Dieser Wirrwarr, dieser Streit um die Kompetenzen schaden der Sache. Wir alle gemeinsam kommen nämlich nicht weiter.

Jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Minister Zeil; der andere Minister, Markus Söder, ist nicht da.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Er lässt wieder Briefe schreiben, dass er jetzt doch zuständig sei.

Herr Minister Zeil, Sie haben hier getönt, Sie seien die wahren Helden der Energiewende. Rot-Grün habe zwar den Ausstieg beschlossen, sich aber nicht um den Umstieg gekümmert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Angesichts dieser Behauptung stelle ich die Frage: Wie ist es denn gekommen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion fast doppelt so schnell gewachsen ist, wie es eigentlich prognostiziert worden war? Im Jahr 2001 hat man gesagt, 2010 werden wir 12,5 % Anteil haben - tatsächlich waren es gute 17 %. Das war fast 50 % mehr als prognostiziert. Herr Minister Zeil, das war dreimal so viel, wie Ihre Leute zuvor geunkelt hatten. Das ist nicht vom Himmel gekommen, sondern den von Rot-Grün geänderten Rahmenbedingungen zu verdanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie erklären treuherzig, wir - damit meinen Sie die CSU - müssen in der Ökologie besser werden. Dazu sagen wir: Jawohl, das ist richtig so. Damit räumen Sie aber auch ganz freimütig Versäumnisse und Defizite ein. Sie räumen diese Versäumnisse und Defizite nicht nur in der Ökologie, sondern auch in der Ökonomie ein. Vorhin haben wir gehört: Standortfaktor, Wettbewerbsvorteil, riesengroßes Konjunkturprogramm - all diese Chancen haben Sie bisher verspielt. Sie müssen sich da wirklich fest an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir durften auch beispielsweise die Ankündigung des schon genannten Gesundheitsministers Söder lesen und hören, der gesagt hat: Über die Energiewende wird es uns jetzt gelingen, die Ökonomie mit der Ökologie zu versöhnen. Dazu müssen wir sagen: Die Energiewende reicht hierzu bei Weitem nicht. Es gäbe zahllose andere Felder, auf denen die Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie angesagt wäre und angesagt ist.

Ich greife einmal den Verkehr heraus. Wir müssen alle gemeinsam vorankommen, um beispielsweise den CO₂-Ausstoß, der durch neue Gas- und Dampfkraftwerke zusätzlich erzeugt wird, zu kompensieren; denn wir wollen die Klimaschutzziele aufrechterhalten. Das heißt: Da muss gearbeitet werden. Ich nenne das Stichwort dritte Start- und Landebahn am Flughafen München II, das Stichwort Donauausbau oder das Stichwort Ausbau der A 94 durch das Isental. Auch wir müssen anerkennen, dass dies rechtlich gelaufen ist - das ist gar keine Frage. Herr Huber, ich spreche nun wieder zur Wirtschaftspolitik. Vielleicht schreiben Sie sich einmal hinter die Ohren, was Sie bisher angerichtet haben. Wenn im Herbst die A 94 bis Pastetten fertiggestellt ist, verbleiben 33 Kilometer bis zum Abschluss nach Heldenstein. Wenn wir in dem Tempo weiterbauen, mit dem bisher gebaut worden ist, würde das eine Bauzeit von weiteren 16,5 Jahren bedeuten, wobei dies optimistisch ist, da wir wissen, wo es anderer Stelle fehlt und klemmt.

Eines muss man ganz klar sagen: Die Trasse Dorfen - das ist die am Isental vorbeiführende Autobahn - wäre für den Verkehr aus Mühldorf und dem Chemiedreieck oder dorthin erst dann nutzbar, wenn sie in Heldenstein wieder an die B 12 bzw. A 94 anschließt. Das finden Sie auch im Planfeststellungsbeschluss so formuliert. Wenn Sie hingegen die B 12 abschnittsweise ausbauen, kann jeder Teilabschnitt genutzt werden. Das wäre wiederum eine Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie.

(Thomas Hacker (FDP): Mit Energie in die Zukunft!)

Sie tun mit dieser Trassenwahl nicht nur der Ökologie, sondern auch der Wirtschaft etwas Schlechtes, weil es einfach nicht weitergeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Huber, da ich Sie gerade sehe: Es gäbe ein anderes Beispiel, nämlich die Bahnstrecke München - Mühldorf - Freilassing. Auch da wäre mehr Dampf überaus wünschenswert.

Kolleginnen und Kollegen, zu dem beschworenen Konsens, zu dem von Ihnen, Herr Ministerpräsident,

öffentlichkeitsheischend eingeforderten gesellschaftlichen und politischen Konsens: Ihre Dialogbereitschaft erschöpft sich unserer Wahrnehmung nach bisher in Ankündigungen. Kollegin Margarete Bause und ich und auch Kollegin Theresa Schopper haben Ihnen am 2. Juni einen Brief geschrieben, in dem wir zum Ausdruck gebracht haben: Zusammenarbeit prima; dieses und jenes wären unsere Vorstellungen auch im Hinblick auf Ihre Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin. Leider wartet dieser Brief noch immer auf Antwort. Unter Dialog und Dialogbereitschaft verstehen wir doch etwas anderes.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich bin nicht zuständig!)

- Wenn Sie uns das schriftlich geben würden; wir finden es aber auch im Protokoll. Ist denn nun Herr Söder oder Herr Zeil für die Beantwortung dieses Briefes zuständig?

(Margarete Bause (GRÜNE): Er war an die Staatskanzlei geschrieben!)

Adressat waren Sie selbst und höchstpersönlich. Somit erwarten wir auch von Ihnen eine freundliche Antwort. Sie können auch schreiben:

(Ulrike Gote (GRÜNE): Eine ehrliche Antwort!)

In der Runde der Ministerpräsidenten haben Sie unsere Anregung selbstverständlich aufgegriffen, assistiert durch Kollegen Kretschmann, und wir haben uns auch in vielen Punkten durchgesetzt.

Wie gesagt: Dialog sieht doch etwas anders aus. Herr Ministerpräsident, wir kennen auch Ihr Naturell, Ihre Rauflust, Ihren pfleglichen Umgang mit dem Koalitionspartner. Herr Zeil, ich vermute, dass Sie unter Ihrem schönen blauen Sakko und unter Ihrem Hemd sehr viele blaue Flecken tragen. Der pflegliche Umgang mit dem Koalitionspartner deutet uns an, wie wir Ihre Schallmeientöne einordnen können und einordnen dürfen.

Herr Ministerpräsident, die Frage, ob Sie jetzt den Konsens, die Zusammenarbeit wirklich wollen oder aber nicht, muss uns jetzt allerdings gar nicht so sehr kümmern; denn Fakt ist, dass die Energiewende vorgebracht und gelebt werden muss. Dies ist im Interesse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger, und das ist jetzt auch im Interesse Ihrer Glaubwürdigkeit. Daran kommen Sie nicht mehr vorbei. Sie haben vorhin ausgeführt: Bayern steht in den Startlöchern. Wir dürfen Sie schon fragen: Wie lange wollen Sie denn noch in diesen Startlöchern stehen bleiben?

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE):
Die anderen laufen schon!)

Wie lange lassen Sie Eifersüchteleien und das Hin- und Herwerfen und das Hin- und Hergezerre von Kompetenz zu? Seien Sie aber versichert: Wir werden nicht müde, entsprechend anzuschieben, weil wir der Meinung sind, dass etwas vorangehen muss.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Zeil das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung hat auf die furchtbaren und unvorstellbaren Ereignisse von Fukushima und deren verheerende Auswirkungen rasch, umsichtig und verantwortungsvoll reagiert. Dazu haben beide Koalitionspartner beigetragen. Meine Partei, die bayerische FDP, hat bereits auf ihrem Landesparteitag in Amberg Mitte April die zentralen Eckpunkte für eine Energiewende ohne Kernenergie für den Freistaat Bayern entwickelt und beschlossen. Binnen weniger Wochen haben wir dann in der Staatsregierung ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt und dargelegt, wie wir den Ausstieg aus der Kernenergie beschleunigen werden. Das ist unbestritten das konkreteste und in dieser Form bisher das einzige Papier eines Bundeslandes in der Bundesrepublik Deutschland. Meine Damen und Herren, dies zeigt die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit dieser Staatsregierung und der sie tragenden Koalitionsparteien.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Freien Demokraten sind nicht gegen das Ziel, sich schneller als bisher dauerhaft und endgültig von der Kernenergie zu verabschieden. Ich darf daran erinnern, dass auch die Entscheidungen im letzten Herbst als Ergebnis den gesellschaftlichen Konsens des Ausstiegs hatten. Wir waren und sind nur der Auffassung, dass man Politik nicht hektisch, nicht getrieben, sondern vorausschauend und vernünftig betreiben sollte. Das sind wir den Menschen, die uns alle in verantwortungsvolle Positionen gewählt haben, schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir auch immer gesagt, dass die Energiewende so schnell wie möglich, aber eben nicht schneller als möglich kommen kann. Eines darf ich an dieser Stelle noch grundsätzlich anfügen; und ich sage das an alle Seiten: Wir haben bis dato noch keinen Umstieg erreicht. Wir haben lediglich formuliert, was wir bis wann erreichen

wollen. Meine Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor: Die großen Herausforderungen - auch die Schwierigkeiten auf diesem Weg - werden erst noch kommen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, diese Schwierigkeiten auf die Seite zu räumen, und die Energiewende entschlossen gestalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich versichere dem Hohen Hause, dass ich all meine Energie und meine politische Kraft dafür einsetzen werde, diese Energiewende zu einem Erfolg zu machen. Als guter Demokrat akzeptiere ich selbstverständlich auch Entscheidungen auf Bundesebene, die ich so nicht getroffen hätte. Meine Damen und Herren, am Schluss werden wir alle nicht an unserer Ausstiegshetorik im Rahmen eines verbalen Wettlaufs gemessen. Wir werden daran gemessen, welche konkreten Ergebnisse wir erreichen und dass es uns gelingt, unseren Freistaat auch ohne Kernenergie international wettbewerbsfähig zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Wettbewerb wird für Bayern durchaus härter werden; denn die Entscheidungen, die für unser Land getroffen worden sind, bedeuten nicht mehr und nicht weniger als einen grundlegenden Umbau unserer gesamten Energie- und Versorgungswirtschaft, wie das der Ministerpräsident ausgeführt hat. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir es am Ende schaffen können und schaffen werden; denn auch die erneuerbaren Energien bergen nicht nur reichlich innovatives Potenzial, sondern versprechen auch zukunftsfähige und qualifizierte Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, der Freistaat ist Vorreiter bei erneuerbaren Energien, die bereits 25 % unserer Stromerzeugung ausmachen. Bayern ist ein führender Innovationsstandort. Wir haben beste Voraussetzungen, die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Aber - darauf ist auch immer hinzuweisen - die Herausforderungen sind für kein anderes Land so groß wie für Bayern, bei einem Kernenergieanteil an der Stromversorgung von 60 %. Es erfordert einen gewaltigen Kraftakt, wenn wir Versorgungslücken vermeiden und eine Versorgungssicherheit auf dem gewohnt hohen Niveau erhalten wollen. Dazu haben wir uns in unserem Energiekonzept bekannt.

Hinzu kommt, dass der Ausstiegspfad deutlich besser ist als noch unter Rot-Grün, aber trotzdem noch sehr ehrgeizig und deswegen herausfordernd. Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist und bleibt auch Standortpolitik. Bayern ist ein Industrieland, was sich im aktuellen Aufschwung einmal mehr zeigt. Unsere Stärke ist es, noch über eine komplette industrielle und hochinnovative Wertstoffkette zu verfügen. Die-

sen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Die Industrie ist nach wie vor eine entscheidende Triebkraft für Wachstum und Arbeitsplätze im Freistaat. Diese Industrie ist auf eine verlässliche wettbewerbsfähige Stromversorgung angewiesen.

(Beifall bei der FDP)

Für Bayern ist dies auch ein zentraler Faktor im Standortwettbewerb. Kämen der Bau von Kraftwerken oder der Netzausbau nicht schnell genug voran, würden Versorgungsengpässe und drastisch steigende Strompreise drohen. Das wäre nicht nur mit kurzfristigen Produktionsausfällen, sondern auch mit Produktionsverlagerungen verbunden. Deswegen müssen wir gemeinsam einer schleichenden Deindustrialisierung Bayerns mit allen Mitteln entgegenwirken, indem wir jetzt die Weichen richtig stellen.

Natürlich sehen wir auch die enormen Chancen für Bayern, die gerade in den jetzt erforderlichen Investitionen in neue Technologien liegen. Wir sind willens, diese Chancen entschlossen zu nutzen. Wir dürfen diese Chancen aber nicht gegen die erfolgreiche bayerische Industrie ausspielen. Wir wollen die Energiewende gemeinsam mit der Wirtschaft, mit den Kommunen und den Bürgern gestalten, nicht gegen sie.

Meine Damen und Herren, der Ausstieg aus der Kernenergie muss sich in ein Gesamtkonzept fügen, das folgenden Zielen Rechnung trägt: Wir müssen den Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie möglich organisieren, ohne das Ziel einer sicheren, bezahlbaren und klimaverträglichen Energieversorgung zu vernachlässigen. Bezüglich der endgültigen Abschaltung von Isar 1 darf ich an dieser Stelle daran erinnern, dass dieses Kernkraftwerk von meiner Fraktion - besonders seitens des Herrn Kollegen Thalhammer - schon weit vor Fukushima als nicht mehr notwendig angesehen wurde.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass Bayern auch künftig nicht auf Stromimporte angewiesen ist, schon gar nicht auf einen Import von Atomstrom. Meine Damen und Herren, eine Doppelmoral nach dem Motto "Wir sind die atomfreie Insel des sauberen Stroms, verlassen uns aber auf Atomstromimporte aus dem Ausland." darf es nicht geben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Im Übrigen ist es gar nicht sicher, dass wir uns im Fall der Fälle auf Stromimporte verlassen könnten. In Spitzenzeiten wird bei unseren Nachbarn kaum Strom übrig sein, weil dort die Jahreshöchstleistung fast zur selben Zeit erreicht wird wie bei uns.

Wir wollen außerdem verhindern, dass die Energiekosten drastisch steigen, weil wir keine Standortverlagerungen der stromintensiven Industrie wollen.

Wir halten am Klimaziel fest, wie das der Ministerpräsident ausgeführt hat. Die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf sollen auf deutlich unter 6 Tonnen reduziert werden. Dieses Ziel wird jetzt möglicherweise schwieriger zu erreichen sein. Dass Gaskraftwerke das Klima stärker belasten als Atomkraftwerke, gehört zu den Wahrheiten, die wir aussprechen müssen. Deswegen müssen wir uns an anderer Stelle um einen Ausgleich bemühen, beispielsweise bei der Energieeffizienz.

Wir wollen technologischer Trendsetter bleiben. Bayern soll das Land mit der höchsten Energieeffizienz und der umweltfreundlichsten Energieversorgung sein. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er zum Thema Endlager so klare Worte gefunden hat. Er hat hier die volle Unterstützung der FDP-Fraktion, dass wir als Freistaat Bayern als Gebot der Solidarität Flagge gegenüber den anderen Bundesländern zeigen. Ich hatte schon in einer der früheren Debatten die Gelegenheit, dem Hohen Haus unsere Position darzulegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir wollen, dass der bayerische Stromverbrauch in zehn Jahren zu 50 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Dies liest und formuliert sich einfach, es ist aber ein hohes Ziel und eine ganz große Herausforderung. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es gewaltiger Investitionen, zum Beispiel beim Netzausbau, beim Neubau von Anlagen, bei der Energieeffizienz, bei der Energieforschung und bei der Energieentwicklung. Aktuellen Schätzungen zufolge wird uns dies bis zum Jahre 2020 rund 200 Milliarden Euro in ganz Deutschland kosten. Dafür brauchen wir Investoren. Investoren für ein solches Ausmaß an Mitteln in der Kürze der Zeit zu finden, wird eine besondere Herausforderung sein.

Ich appelliere deshalb an alle - gerade auch an den Bund -, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu setzen. Wir als Bayerische Staatsregierung werden uns im Bundesrat dafür einsetzen. Aber auch wir in Bayern werden unseren Teil im Rahmen des Nachtragshaushalts beitragen. Herr Kollege Dr. Runge, hier können Sie ganz unbesorgt sein.

Lassen Sie mich resümieren: Das von mir entwickelte und von uns gemeinsam beschlossene Energiekonzept der Staatsregierung steht. Jetzt geht es an die konkrete Umsetzung. Wenn dabei nicht jeder Schlag sitzt, fällt Bayern im Wettbewerb um Standorte und um Arbeitsplätze zurück. Deswegen mein Appell an

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Lassen Sie uns all unsere Kraft darauf konzentrieren, diese Aufgabe gemeinsam zu meistern und Bayern dort zu halten, wo es nach unserer Auffassung hingehört, nämlich an die Spitze des Fortschritts.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, von diesem Appell darf sich auch die Opposition angesprochen fühlen: Unterstützen Sie unser Energiekonzept, aber nicht nur Teile davon, sondern alle Teile, gerade diejenigen, bei denen es um die konkrete Realisierung vor Ort geht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auf folgende Punkte kommt es dabei entscheidend an: Damit Bayern im Standortwettbewerb besteht, haben der Ausbau und der intelligente Umbau der Stromnetze höchste Priorität. Lassen Sie mich ein paar Zahlen nennen, um Ihnen das Ausmaß der Herausforderung vor Augen zu führen. Wir sprechen hier von einem Investitionsvolumen von bis zu 50 Milliarden Euro für die Stromautobahnen und von nochmals 27 Milliarden Euro für die regionalen Verteilernetze in Deutschland, deren Ausbau für Bayern besonders wichtig und dringlich ist. So sind im Freistaat allein bei den Verteilernetzen, die für die Integration der erneuerbaren Energien entscheidend sind, bis 2020 für den Bereich der Mittelspannung 14.500 bis 43.000 Kilometer und für die Niederspannungsnetze zwischen 53.000 und 82.500 Kilometer auszubauen. Das Netzausbau-Beschleunigungsgesetz des Bundes trägt entscheidend dazu bei, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für neue Höchstspannungsleitungen zu bekommen. Dieselbe Beschleunigung brauchen wir auch beim Kraftwerksbau und beim Ausbau erneuerbarer Energien; denn eines steht für mich fest: Mit dem heutigen Planungs- und Genehmigungstempo schaffen wir die Energiewende nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es müssen parallel mit höchstem Tempo neue, moderne und hoch effiziente Gaskraftwerke errichtet und Speicherkraftwerke gebaut werden. Nur wenn hier ausreichend neue Kapazitäten am Netz sind, bevor Kernkraftwerke abgeschaltet werden, können wir in Spitzenlastzeiten Netzstörungen, Zusammenbrüche oder Ausfälle vermeiden. Hier geht es nicht um Panikmache oder Ängstlichkeit, wir müssen aber die Warnungen der Bundesnetzagentur und das Memorandum der größten Netzbetreiber vom Mai dieses Jahres ernst nehmen. Wir können nicht einfach darüber hinweggehen. Stark schwankende und unsichere Energien wie Sonne und Wind können unsere Versorgungssicherheit nicht garantieren.

Deshalb müssen wir verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Gaskraft- und Pumpspeicherkraftwerke schaffen, die wir noch nicht haben. Nur wenn sich Gaskraftwerke wirtschaftlich betreiben lassen - das haben auch die Gespräche, die wir in den letzten beiden Tagen geführt haben, ergeben -, wenn sie sich auch unter den Bedingungen eines europäischen Stromverbundes lohnen, werden sich potenzielle Investoren finden. Niemand investiert in eine Technologie, die sich nicht rechnet. Die möglichst schnelle Bereitstellung von Ersatz in Form von Gaskraftwerken ist aber überlebenswichtig für die bayerische Wirtschaft und deren Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir die Rahmenbedingungen auf Bundesebene, ja sogar auf europäischer Ebene, richtig setzen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, es ist wahr, viele Bürgerinnen und Bürger begrüßen den Atomausstieg. Wahr ist aber auch, dieselben Bürger sehen die Folgen, die sich daraus für sie ganz konkret ergeben, manchmal sehr abstrakt. Wenn es dann aber darum geht, vor der eigenen Haustür oder auch nur in Sichtweite neue Stromleitungen, neue Kraftwerke oder hohe Windräder zu tolerieren, schlägt die abstrakte Zustimmung oft in sehr konkrete Ablehnung um. Deswegen brauchen wir auch eine Wende in den Köpfen unserer Bevölkerung, was den Umstieg angeht. Meine Damen und Herren, auch diese Wende müssen wir mit gestalten und mit befördern.

(Beifall bei der FDP)

Für Bayern heißt das ganz konkret, wir müssen das Pumpspeicherkraftwerk Riedl ohne weitere Verzögerung zügig realisieren. Wir, der Herr Ministerpräsident und die Kollegen, haben bei den Gesprächen gestern und heute gehört, wie dringlich gerade Speicherkapazitäten sind. Ich sage deshalb, wer den Atomausstieg will, der muss auch Riedl wollen. Ich freue mich schon jetzt darauf, gemeinsam mit den GRÜNEN bei den Bürgern für neue Speicherkraftwerke, neue Gaskraftwerke und neue Stromleitungen vor Ort zu werben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie hatten gemeint, das Vorhaben Solarpark Straubing in die Debatte einführen zu müssen. Es würde jetzt zu weit führen, alle rechtlichen Aspekte zu erläutern, ich mache das aber gerne einmal. In meinem Haus, wie überhaupt in der Staatsregierung, wird nach Recht und Gesetz entschieden. Ein Vorranggebiet für Rohstoffe hat Vorrang vor jedweder anderen Nutzung. Das hat gar nichts damit zu tun, dass es hier um einen Solarpark geht, es hätte auch jede andere Art von Nutzung sein können.

(Harald Güller (SPD): Es hätte auch ein Atomkraftwerk sein können!)

Dem Investor sind auch Alternativen vorgeschlagen worden, die sich aber offenbar nicht gerechnet haben. Der Solarpark Straubing ist also ein untaugliches Beispiel.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Das ist aber ein übles Geieere, Herr Minister!)

- Herr Güller, wir führen die Diskussion über die Vorranggebiete noch in einem ganz anderen Zusammenhang. Dieses Vorranggebiet wurde übrigens vom Planungsverband festgesetzt. Wir weisen Vorranggebiete nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für erneuerbare Energien, beispielsweise für Windparks, aus. Es gilt dann der Gleichbehandlungsgrundsatz, dass diese Vorranggebiete, gleichgültig aus welchem Anlass, gleich schützenswert sind. Da kann man es sich nicht aussuchen, meine Damen und Herren, aus welcher Ecke man kommt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Entscheidend aber ist, dass im konkreten Genehmigungsverfahren, sei es für eine Höchstspannungsleitung, ein Wasserkraftwerk oder einen Windpark, auch die energiepolitischen Ziele den gleichen Rang wie Naturschutz- und Umweltbelange erhalten. Ich fordere deshalb eine gründliche Überprüfung und Anpassung des materiellen Rechts, und zwar insbesondere auf EU-Ebene. Es kann nicht sein, dass die EU-Kommission den Netzausbau richtigerweise zum energiepolitischen Hauptthema aufwertet, der konkrete Bau von Stromleitungen dann aber beispielsweise an der FFH-Richtlinie der EU scheitert. Ich bin froh, dass sowohl Kommissar Oettinger als auch Bundeswirtschaftsminister Rösler uns eine kritische Überprüfung des Status quo zugesagt haben.

Ein wesentlicher Baustein für eine weitreichende Stromversorgung aus erneuerbaren Energien wird in Bayern auch die Wasserkraft sein. Wir wollen die jährliche Stromerzeugung aus Wasserkraft um rund 2 Terawattstunden auf 17 % des Stromverbrauchs steigern. Dazu müssen bestehende Anlagen modernisiert, aber auch neue gebaut werden. Auch da geht es darum - das haben wir in unseren Gesprächen auch zugesagt -, dass wir als Politiker ganz konkret hinter solchen Vorhaben stehen.

Die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, diese 50 % bei den erneuerbaren Energien zu erreichen. Dazu müssen wir mehr Investitions- und Innovationsanreize setzen, und zwar sowohl bei uns in Bayern als auch im Bund. Wir müssen den Wettbewerb stärken. Das Wort Dezentralisierung ist schon gefallen.

Gleichzeitig müssen wir Überförderungen und Mitnahmeeffekte vermeiden. Gerade bei der Photovoltaik zeigt sich, das zeigen auch jüngste Berichte, wie sehr wir aufpassen müssen, dass es nicht zu einer massiven Fehlleitung von Milliarden Subventionen kommt, die letztendlich der Verbraucher zahlt. Wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger auch nicht überfordern, indem sie nach zwei Seiten zahlen: erst die Subvention auf der einen Seite und dann den Strompreis auf der anderen Seite.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist eine Frage, der man besondere Aufmerksamkeit widmen muss.

Wir werden die Belastung der stromintensiven Industrien durch das EEG weiter reduzieren. Die besondere Ausgleichsregelung bei der EEG-Umlage wird ausgeweitet. Ich freue mich sehr, dass es uns, der Staatsregierung, gelungen ist, diesen wichtigen Punkt im Energiepaket der Bundesregierung durchzusetzen. Leider, und das wiederhole ich, sind wir bei dem Versuch, die Freiflächenphotovoltaik wieder stärker einzubeziehen, im Bundestag und leider auch im Bundesrat vorerst gescheitert, im Bundesrat im Übrigen auch an SPD-regierten Ländern.

Trotz des Ausstiegs aus der Kernenergie halten wir an dem Ziel fest, bis 2020 die Emissionen an Treibhausgasen um 40 % zu reduzieren. Wir wollen zudem in den Bereichen Energieeinsparung und Energieeffizienz noch einen Gang höherschalten. Um die Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern landesweit voranzutreiben, werden wir die Energieagentur "Energie Innovativ" gründen. Sie wird mit den bereits bestehenden regionalen Initiativen zusammenarbeiten und deren Arbeit koordinieren. Zur umfassenden Information der Bürger werden wir darüber hinaus kurzfristig eine Hotline einrichten, weil wir den Dialog offensiv führen und die Bürger so früh wie möglich einbinden wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Noch im Herbst dieses Jahres werde ich gemeinsam mit Kollegem Heubisch ein Konzept für Forschung und Technologieentwicklung im Energiebereich vorlegen, um die Energieforschung weiter zu verstärken. Wir haben eine gemeinsame Kommission eingesetzt, an der Wissenschaft und Wirtschaft beteiligt sind.

Bereits mit unserem Energiekonzept "Energie innovativ" vom 24. Mai 2011 setzen wir neue technologiepolitische Impulse in der Energieforschung, angefangen von der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien über die Speicherung elektrischer Energie bis zur effizienten Verteilung und Nutzung von Energie. Wir wer-

den einen Energieeffizienzpakt zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern schließen, der den Umstieg in der Energieversorgung auf eine breite Basis stellen soll.

Meine Damen und Herren, das Innovationsland Bayern bietet nicht nur für den Export, sondern gerade für den Umstieg im eigenen Land große Möglichkeiten. Wir haben im Allgäu eines der modernsten Wasserkraftwerke. Siemens baut in Bad Neustadt an der Saale Komponenten für die modernsten Windkraftträder der Welt, und wir haben gerade in kommunaler Trägerschaft hochmoderne Biomasseanlagen. Die Mittel, die im Rahmen der Offensive "Aufbruch Bayern" für die nächsten Jahre für neue innovationspolitische Impulse vorgesehen sind, werden zu einem großen Teil im Bereich Energie eingesetzt. Wir investieren in angewandte Energieforschung, intelligente Netze und in eine Solarfabrik der Zukunft mit dem Modellversuch "Smart Grid City". Ich verweise beispielhaft auf den Energie Campus Nürnberg und die Offensive "Elektromobilität".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausstieg aus der Kernenergie stellt nicht nur für die Energiewirtschaft einen grundlegenden Umbau dar. Er hat für unsere gesamte Wirtschaft weitreichende Folgen. Wenn wir den Ausstieg aus der Kernenergie sicher, bezahlbar und umweltverträglich gestalten und dabei - was entscheidend ist - die Leistungskraft unserer Wirtschaft erhalten wollen, müssen wir alle kreativen Kräfte der Gesellschaft freisetzen, Erfindergeist und technologische Innovation auf breiter Front mobilisieren. Dabei kann ich nur davor warnen, den Umbau der Energiewirtschaft in planwirtschaftlicher Manier bis ins kleinste Detail staatlich zu verordnen. Der Staat kann nicht wissen, welche energiewirtschaftlichen Strukturen die Kernkraft am effizientesten ersetzen können. Er kann auch nicht verordnen, welche Innovationen am erfolgreichsten sind und sich letztlich damit am Markt durchsetzen. Auch beim Ausstieg aus der Kernenergie müssen wir am Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft festhalten. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen. Welcher Energieträger und welcher Anbieter den Ausstieg am effizientesten bewältigen kann, muss sich im Wettbewerb um die beste Lösung am Markt beweisen.

Ich warne auch davor, sich technologiepolitisch nur noch auf Klima- und Energietechnologie zu fixieren. Bayern ist bereits ein starker und erfolgreicher Anbieter energieeffizienter und klimaschonender Technologien. Den Anteil grüner Technologien an der Wertschöpfung Bayerns wollen wir weiter stärken. Wir wollen und werden uns aber nicht nur auf grüne Technologien beschränken. Auch ein Elektroauto braucht eine Karosserie, Sitze und Räder. Unser Ziel ist und bleibt es, bei allen Zukunftstechnologien an der Spitze

des Fortschritts zu bleiben. Dann, aber auch nur dann, wird die bayerische Wirtschaft und vor allem die bayerische Industrie den Umstieg der Energieversorgung verkraften und dabei ihre Internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Diese Strategie hat - Herr Kollege Schmid hat es angesprochen - bislang die Erfolgsgeschichte Bayerns ausgemacht. Nur diese Strategie wird auch in Zukunft Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern garantieren. Meine Damen und Herren, unser Ziel ist und bleibt eine umweltverträgliche, vor allem aber auch eine sichere und für jedermann bezahlbare Energieversorgung; denn Energie darf nicht zum Luxusgut werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir setzen dabei auf unsere technologische Innovationsführerschaft. Lassen Sie uns beim Umbau der Energieversorgung gemeinsam anpacken für den Aufbruch Bayerns, damit wir diese Chancen nutzen. Lassen Sie uns aber auch nicht aus dem Auge verlieren, dass unsere internationalen Wettbewerber andere Wege gehen, weil sie aus der Katastrophe von Fukushima andere Schlussfolgerungen gezogen haben. Wir werden beweisen müssen, dass unsere Schlussfolgerungen richtig sind. Dafür wollen wir mit aller Kraft arbeiten zum Wohle unseres Freistaats Bayern und seiner Menschen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident! Herr Seehofer, das ist ein guter Tag für Bayern. Während Ihrer Rede habe ich mir gedacht, ich müsste Ihnen einen Aufnahmeantrag für die FREIEN WÄHLER überreichen.

(Georg Schmid (CSU): Ihr habt doch gar keine Aufnahmeanträge, Ihr seid doch keine Partei! - Unruhe)

- Ich habe "Aufnahmeantrag" gesagt, ich habe nicht von einer Partei gesprochen.

(Zurufe von der CSU)

Heute ist ein guter Tag für Deutschland und für Bayern. Wir steigen aus der Atomkraft aus. Herr Schmid, Sie haben angesprochen, die FREIEN WÄHLER würden in getrennten Zügen fahren. Ich glaube manch-

mal, dass die Staatsregierung und Ihre Fraktion in getrennten Zügen fahren. Als ich während einer Rede in die Gesichter gesehen habe, kam mir der Gedanke, dass eher Sie als wir auf der linken Seite in getrennten Zügen fahren.

(Georg Schmid (CSU): Sie fahren U-Bahn!)

Sie verstricken sich im politischen Klein-Klein. Sie haben es nicht geschafft, gemeinsam die Energiewende anzugehen. Sie haben bis heute noch nicht geklärt, wer dem Ausschuss vorsitzen soll - die FDP oder die CSU? Sie kriegen das nicht hin, und im Klein-Klein werden Sie die Energiewende auch nicht schaffen.

Wirtschaftsminister Zeil hat gerade angesprochen, dass dies der Jobmarkt der Zukunft sei. Klar, wir haben 300.000 Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien, und wir werden laut Frau Professor Kemfert Potenzial für eine Million Chancen haben. Ich meine, wir können und werden in Bayern 150.000 neue Arbeitsplätze bekommen können. Wir brauchen keine Angst um unsere Industrie zu haben, weil wir die Chance nutzen werden. Wir werden gewinnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin davon überzeugt, dass der starke Wirtschaftsstandort Deutschland mit den erneuerbaren Energien den Export weiter wird anfeuern können. Die Politik schafft Rahmenbedingungen. Im Konjunkturpaket 2008/2009 hat die Politik der Wirtschaft geholfen. Es wurden Rahmenbedingungen geschaffen. In einer sozialen Marktwirtschaft ist das richtig. Wir schaffen Rahmenbedingungen, die Wirtschaft leistet ihren Teil. Schwarz-Rot hat damals Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen. Aus dieser Wirtschaftskrise sind wir wunderbar herausgekommen. Jetzt gilt es, dass die Wirtschaft ihren Anteil an der Energiewende leistet. Wenn wir es richtig anstellen, werden wir die Energiewende schaffen.

Liebe Kolleginnen der CSU und der FDP, Herr Ministerpräsident, diesmal sollten Sie nicht mit den Falschen sprechen - nicht mit den Grossmanns. Sie sollten dieses Mal mit den kommunalen Spitzenverbänden sprechen. Die FREIEN WÄHLER haben stets mit den kommunalen Spitzenverbänden gerechnet. Wir haben gesagt, die Energiewende wird dezentral sein. Wir haben gesagt: lokal und vor Ort und nicht mit einzelnen Großen. Nur so schaffen wir die Energiewende. Sie haben ihnen damals erklärt, sie bräuchten eine Laufzeitverlängerung. Die gleichen waren es, die immer von der Brückentechnologie gesprochen haben. Deswegen sage ich: Wir sollten nicht mit diesen Leuten sprechen, sondern wir sollten auf unsere Kommunen setzen. Wir sollten darauf set-

zen, die Wertschöpfung gemeinsam mit ihnen zu generieren. Bei fossilen und atomaren Energieträgern haben wir heute einen Abfluss von 54 Milliarden Euro aus der Bundesrepublik; unser Ziel muss es sein, über die erneuerbaren Energien diese Anteile an Wertschöpfung bei uns zu lassen. Wir stehen in diesem Haus dafür, dass unsere Kommunen den entsprechenden Gewerbesteueranteil behalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen für die 70-30-Regelung. Noch besser wäre eine 100-Prozent-Regelung, und zwar für jede Form der erneuerbaren Energie; denn eines muss uns klar sein: Wer die Lasten dieser Energiewende trägt, hat auch die Gewinne zu bekommen.

(Lebhafte Gespräche an der Regierungsbank - Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Klingeln, Herr Präsident! - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Hey, was machen die da drüben? - Die sollen zuhören! - Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident: Wir haben im EEG, im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Besonderheit zu berücksichtigen, dass wir 1.300 Energieversorger in Deutschland haben. Allein in Bayern sind es 250. Das ist der Gewinn aus dem EEG. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur mit vier, sondern mit 250 Energieproduzenten sprechen. Wir werden mit ihnen und mit unseren Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende schaffen. Dazu ist es notwendig, das EEG zukunftsfähig zu machen. Die Möglichkeit dazu haben Sie im Bundesrat, auch im Bundestag. Ich sage Ihnen heute: So, wie Sie mit der Onshore-Windkraft umgehen, schaffen Sie eine Verschlechterung beim Systemdienstleistungsbonus; Sie schaffen eine Verschlechterung beim Repowering; Sie wollen die Degression erhöhen. - Ja, so geht das nicht, so schaffen wir es nicht, die Onshore-Windkraft zu stärken. Die Biogasanlagen mit 150 und 500 kW werden schlechter gestellt; die 5-MW-Anlagen fördern Sie mit acht Prozent. Gestern stand in einer Pressemitteilung noch Ihre Aussage, Sie wollten dezentrale Strukturen. Hier stärken Sie aber die Großanlagen, nicht dezentrale, kleine, bäuerliche Biogasanlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben von der Chance der Photovoltaik gesprochen. In 2010 hatten wir berechnete Absenkungen der Einspeisevergütung um 13, um 3 und noch einmal 13 %. Wir hatten also in 2010 eine Absenkung der Einspeisevergütung bei Photovoltaik um 29 %. Es war marktnotwendig, abzusenken; darüber, ob die Absenkung in dieser Größenordnung notwendig war, müssten wir noch diskutieren.

Aber die jetzt geplante weitere Absenkung um 24 % darf nicht kommen. Das wäre ein Sargnagel für die Photovoltaik. Das darf nicht kommen, wenn wir die dezentralen Strukturen wollen und wenn wir auf die Photovoltaik setzen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine Deckelung der Investitionen, wie Sie sie jetzt im EEG angedacht haben, brauchen wir nicht. Auf keinen Fall wollen wir, dass Anlagen bis 30 kW Peak auf 70 % ihrer Leistung gedrosselt werden. Im Bundesrat soll das wohl nicht kommen; wir werden sehen, was der Bundestag entscheidet.

Sie haben ferner davon gesprochen, dass Sie auf die Staatskanzlei eine Photovoltaik-Anlage setzen wollen, das soll eine In-Dach-Lösung werden, die man nicht sieht. Ich sage Ihnen: Gehen Sie einfach auf das Dach dieses Hauses; da sehen Sie die In-Dach-Lösung. Als Architekt kann ich Ihnen sagen: Da sieht das EEG eine gute Lösung vor; man vergütet die In-Dach-Lösung mit zwei Cent mehr. Es ist architektonisch durchaus anspruchsvoll, eine Photovoltaik-Anlage ordentlich in eine Dachfläche zu integrieren. Es ist insofern auch wichtig, dass wir diese Vergütungen bekommen.

Die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür müssen geschaffen werden. Wir brauchen Anstrengungen der Staatsregierung hin in die Regionen. Wir haben einen Windatlas aus dem Wirtschaftsministerium, aber es gibt immer noch Regionen, die keine Aussagen zur Windkraft von den Regionalen Planungsverbänden haben. Wie wollen wir 1.500 neue Windräder hinkriegen, wenn wir dort keine Aussagen zu Vorrang- und Vorbehaltsflächen treffen? Hier brauchen wir Entscheidungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen die Wiedereinführung von Photovoltaik auf Acker- und Grünlandflächen. Sie sind sowohl im Hinblick auf die Biodiversität sinnvoll; sie sind aber auch im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit sinnvoll. Meine Gemeinde Pinzberg ist völlig energieautark. Wir erreichen das mit einer Biogasanlage und einer Photovoltaik-Anlage. Wir sind, was den Strom betrifft, völlig energieautark. Der Landkreis hat nur die Rahmenbedingungen geschaffen. Er beheizt alle Schulen in seiner Verantwortlichkeit mit Biomasse. Der Landkreis stellt hier nur Grundstücke zur Verfügung; die Landwirte sind unsere Energiewirte und betreiben die Anlagen selbst. Solche Lösungen gibt es in Bayern. Sie stehen in Bayern und im Bund in der Verantwortung und müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Dann wird es auch funktionieren.

Sie müssen das EEG sinnvoll gestalten; dann werden wir die Energiewende hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Beispiel aus dem Wohnungsbau und von den staatlichen Gebäuden: Der Zuschuss von 1,5 Milliarden für die Gebäudesanierung wurde Gott sei Dank verstetigt. Ich sage es immer wieder: 1970, 1975 haben wir 5.000 Liter Heizöl für 150 qm Wohnfläche gebraucht; heute verbrauchen wir 600 bis 750 Liter für die gleiche Fläche. Wir verbrauchen nur noch 15 % bzw. sparen 85 % ein. Das wurde allein dadurch erreicht, dass die Standards in der EnEV, der Energieeinsparverordnung, immer höher geschraubt wurden. Jetzt warne ich davor, noch eines on top zu legen. Ich sage Ihnen voraus, dass der Grenznutzen immer schwieriger erreichbar wird. Planer und Bauherren müssen einen enormen Invest aufbringen, um den weiteren Sprung zu schaffen. Stattdessen müssen wir ganz anders herangehen. Draußen sind nur drei Prozent aller Altbauwerke saniert. Hier müssen wir ansetzen. In der Winterlandschaft stehen da strahlende Heizkörper. Ich habe wegen der eigenen Liegenschaften des Freistaats schon mehrmals eine Anfrage an das Innenministerium und die Oberste Baubehörde gerichtet. Wir müssen zunächst einmal den Gebäudebestand erfassen, denn der Freistaat hat hier Vorbildfunktion. Ich sage Ihnen: Wir haben viele solcher strahlenden Heizkörper in der Landschaft. Es ist dringend notwendig, dass wir vorbildhaft vorgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Zusammenhang mit der Gebäudesanierung ist das Konjunkturpaket II der Konjunkturmotor schlechthin für die lokale Wirtschaft. Über das Konjunkturpaket II haben wir mit den vereinfachten Vergaberichtlinien geschafft, dass unsere Handwerker vor Ort zum Zuge gekommen sind. Mit diesen vereinfachten Vergaberichtlinien bleibt die Wertschöpfung in der Region, sie bleibt vor Ort. Das ist nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein ökonomischer Aspekt. Voraussetzung allerdings ist, dass wir die vereinfachten Vergaberichtlinien fortführen.

Zur Kraft-Wärme-Kopplung und zu Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen haben Sie zu wenig gesagt. Gerade in der Mikro-KWK-Technologie haben wir die Möglichkeit, einfach zu steuern und sowohl Wärme als auch Strom zu erzeugen. Der Herr Wirtschaftsminister hat angesprochen, dass wir den Netzausbau forcieren müssen. Wir müssen vor allem auch die Speichertechnologie weiterentwickeln. Wenn wir die Energiewende ernst meinen, geht das nicht ohne Erforschung der Speichertechnologien. Ich fordere, dass wir hier die gleichen Anstrengungen unternehmen, wie wir sie

in den Sechziger- und Siebzigerjahren für die Atomkraft angestellt haben. Wir haben Abermilliarden an Forschungsgeldern in die Atomkraft investiert. Wenn wir mit dem gleichen Ernst und dem gleichen Engagement die Speichertechnologien erforschen, werden wir Pumpspeicherkraftwerke, Druckluftspeicher, die Wasserstoffherstellung, auch die Aufspaltung von Wasser hinbekommen. Wir werden Batteriespeicher und die Biogasspeicherung nach vorne bringen.

Martin Runge hat es bereits angesprochen: Smart Grid und Smart Metering spielen bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Ich möchte das hier nicht weiter ausführen.

Die Strompreise, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden durch den EEG-Anteil maximal um 3,5 Cent ansteigen. 2023/24 werden wir - das sage ich Ihnen voraus - diesen maximalen Anteil erreicht haben. Dem Wirtschaftsminister sage ich weiter voraus: Im Jahr 2040 werden wir erneuerbaren Strom günstiger produzieren als konventionellen Strom. Da vertraue ich auf unsere Ingenieure. Mit deutschem Know-how, mit deutschem Engineering fliegen wir ins All. Wir haben es geschafft: 1835 fuhr der "Adler" mit 35 Stundenkilometern von Nürnberg nach Fürth. Jeder hat damals erzählt, das schnelle Fahren mache krank. Heute bewegen wir uns zwischen Nürnberg und Fürth mit 300 Stundenkilometern, und Gott sei Dank sind wir nicht krank. Ich glaube an unsere Ingenieure, an unser Engineering, an unsere Wissenschaft. Ich glaube an unser Handwerk, an unser "Made in Germany", an "Made in Bavaria". Wir schaffen die Energiewende für unsere Kinder und für unsere Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Glauber. Es gibt noch eine kurze Restredezeit, auf die der Kollege Hallitzky zugreift. Bitte schön, Herr Kollege.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Abgeordneter Zeil -

(Staatsminister Zeil begibt sich wieder zur Regierungsbank)

jetzt sind Sie wieder der Herr Wirtschaftsminister Zeil -, bevor Sie Legendenbildung zu Riedl betreiben, sage ich Ihnen: Erstens. Wir hatten differenziert argumentiert und gesagt: Unterhalb der Staumauer geht das Pumpspeicherkraftwerk aus ökologischen Gründen nicht. Wenn, dann macht es oberhalb - im Staubereich des Kraftwerks - Sinn. Was die bekannt GRÜNENnahe "Passauer Neue Presse" so kommentierte: Das sei sehr differenziert und im Übrigen auch sehr wichtig, weil davon die Zustimmung der GRÜNEN

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

zum Antrag abhängt. Die Donaukraftwerk Jochenstein GmbH hat also einen Antrag für das ökologisch sensible Gebiet unterhalb der Staumauer gestellt. CSU und FDP haben gejubelt und gesagt: Das ist toll; macht es genau so. Wenn ich die Signale richtig deute, die derzeit kommen, die zum Teil auch schon in den Medien verbreitet werden, wird die Regierung von Niederbayern genau das tun, was wir gefordert haben. Sie wird den Antrag nämlich ablehnen und sagen: Unterhalb geht es aus ökologischen Gründen nicht. Aber sie wird zugleich auch sagen: Wenn ihr das oberhalb machen wollt, dann könnt ihr das machen, denn im Staubereich ist die ökologische Wertigkeit deutlich geringer.

Fazit: Wir haben Ihnen mit unserer differenzierten Abwägung von ökologischen und energiewirtschaftlichen Interessen den Weg gewiesen, wie die Konfliktlösung gehen kann. Ihr grobschlächtiges Jubelgeschrei, das, war der Irrweg.

Ein zweites Fazit, das man daraus noch ziehen sollte, ist: Wir sind diejenigen, die Ökologie und Energiepolitik sinnvoll abwägen. Sie sollten deshalb häufiger auf uns hören. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist Ihre Redezeit auch ausgeschöpft. Weitere Wortmeldungen liegen erkennbar nicht vor. Auch der Herr Ministerpräsident verzichtet auf eine zusammenfassende Stellungnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Alles Wichtige ist gesagt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen ohne weitere Umschweife zum Tagesordnungspunkt 2:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Olympia 2018: Was kann noch getan werden, um die Bewerbung von München zum Erfolg zu führen?"

Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist der Leiter der Staatskanzlei. Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Sandt. Bitte schön.

- Langsam. Das ist immer ein merkwürdiges Windhundverfahren. Daran, dass Frau Sandt jetzt das Wort hat, gibt es aber keinen Zweifel. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, der Bürgerentscheid in Garmisch hat gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der - -

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gehen Sie bitte näher zum Mikrofon.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, der Bürgerentscheid in Garmisch hat gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Olympiabewerbung steht.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Tobias Thalhammer (FDP))

Es gibt ein aktuelles Gutachten, wonach sogar 78 % der Deutschen die bayerische Olympiabewerbung befürworten. Trotzdem wollen einige Gegner Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren. Die Olympia-Gegner werfen den Befürwortern der Bewerbung weiterhin Knüppel zwischen die Füße. Im Moment tun sie das, indem sie den Host-City-Vertrag als rechtswidrig hinstellen wollen. Wie schätzen Sie das vorgelegte Rechtsgutachten ein, und hat es überhaupt Auswirkungen auf die Bewerbung?

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Tobias Thalhammer (FDP))

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Um zum zweiten Teil Ihrer Frage zu kommen: Ich glaube nicht, dass dieses Gutachten Auswirkungen haben wird. Ich schätze es quasi als Akt der Verzweiflung der Basisdemokraten ein, die versuchen, mit juristischen Spitzfindigkeiten die Entscheidung, die die Bevölkerung eigentlich schon getroffen hat, doch noch irgendwie ins Negative zu verkehren.

Um jetzt aber konkret auf das Gutachten einzugehen: Das Gutachten zweifelt an, dass der Host-City-Vertrag rechtens sei, weil die Austragung außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Stadt stattfindet. Genau dieser Tatbestand zeigt, dass man sich nicht vertieft mit der Materie auseinandergesetzt hat; denn es gibt darüber hinaus natürlich so genannte Multi-Party-Agreements und weitere Vereinbarungen, die genau diese Dinge regeln, nämlich die Zuständigkeiten, wer für was tatsächlich eintreten muss. Aus diesem Grunde kann ich nur sagen: Dieser Vertrag ist selbstverständlich rechtens.

Es ist nämlich auch so, dass die Kommunen gegenüber dem IOC Garantieerklärungen abgeben mussten. Diese Garantieerklärungen wurden von der Regierung von Oberbayern geprüft. Ich verlasse mich lieber auf die Rechtsaufsicht, die diese Dinge geprüft und genehmigt hat, als auf dieses Gutachten.

Ich darf an dieser Stelle vielleicht noch anmerken: Wenn es wirklich so wäre, wie Sie das hier beschreiben, dann wäre es praktisch in keinem Fall möglich, dass irgendeine Stadt als Ausrichter einer Deutschen Meisterschaft, einer Weltmeisterschaft oder Ähnlichem agieren könnte; denn auch dabei geht es darum, ob diese Dinge in der eigenen Zuständigkeit sind. Es ist eine Aufgabe im eigenen Wirkungskreis, und damit ist diese Einwendung des Gutachtens eigentlich obsolet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bevor ich Ihnen noch einmal das Wort gebe, darf ich bekannt geben, wen wir als Redner registriert haben. In der Reihenfolge: die Kollegen Güller, Bachhuber, Piazzolo, Rüth, Wägemann.

(Widerspruch der Schriftführer)

- Nein, umgekehrt: Wägemann, Rüth.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, mir ist es egal.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Machen wir es so. Bitte schön, Frau Sandt, Sie haben die erste Nachfrage.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, Olympische und Paralympische Spiele fördern Werte wie Respekt und Toleranz, sie sind gelebte Völkerverständigung und vermitteln ein positives Bild von unserer Heimat. Davon profitieren natürlich auch Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus. Dessen sind wir uns sicher. Welche Effekte und insbesondere welche wirtschaftlichen Effekte verspricht sich die Staatsregierung im Einzelnen davon?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Natürlich stehen die ideellen Dinge im Vordergrund. Sicherlich hat es aber auch wirtschaftliche Auswirkungen. Dort, wo eine so große Veranstaltung ausgerichtet wird, wird natürlich viel Geld in die Hand genommen. Es gibt das Organisationskomitee-Budget in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, das vor Ort ausgegeben wird. Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen: Diese 1,3 Milliarden Euro sind mit Ausnahme der 35 Millionen Euro, die für die Paralympics aus Steuermitteln zugeführt werden, ausschließlich Geld, das vom IOC und überwiegend aus dem Ausland finanziert wird. Man kann also sagen, in die Region, nach Deutschland, nach Süddeutschland, nach Bayern werden 1,3 Milliarden Euro gepumpt, was für viele Betriebe eine interessante Möglichkeit sein wird, Umsätze zu machen.

Darüber hinaus gibt es ein Budget für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Das wird größtenteils auch hier vor Ort verbaut. Diese Investitionssummen sind für die gesamte Region fast ein Konjunkturpaket. Man kann also beinahe sagen: Mit dem Zuschlag, den wir möglicherweise erhalten, wird in der Region eine große Investitionswelle ausgelöst, die für die Betriebe in dieser Region von großem Vorteil sein wird. Darüber gibt es auch ein Gutachten von Professor Dr. Preuß von der Universität Mainz vom März dieses Jahres, in dem ein sogenannter Netto-Wohlfahrtsgewinn in Höhe von 3 Milliarden Euro errechnet wird - fragen Sie mich bitte nicht detailliert, was das umfasst.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ist es das Bruttoinlandsstück?)

- Bruttoinlandsstück. Ich wollte es so nicht sagen. Aber in summa kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass die Investitionen, die diese Bewerbung, wenn wir den Zuschlag bekommen, zur Konsequenz haben, für die Region eine große Möglichkeit sein werden, sich wirtschaftlich zu betätigen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Güller. Bitte.

Harald Güller (SPD): Herr Minister, Sie kennen mich. Eigentlich liegt mir Mitleid mit CSU-Ministern weit fern. Aber man könnte schon Mitleid mit Ihnen haben, dass Sie heute aus reiner Koalitionsrason die Kulisse für einen verzweifelten Profilierungsversuch der FDP abgeben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bewerbungsgesellschaft hat einen tollen Job gemacht. Christian Ude und die Stadt München haben die Bewerbung nach vorne gebracht. Der Bayerische Landtag hat sie bis auf kleine Teile von den GRÜNEN unterstützt. Auch die Staatsregierung hat einen guten Job gemacht. Die Tickets nach Durban sind gelöst, wo die Entscheidung des IOC fällt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir alle erwarten mit Spannung die Entscheidung. Das Einzige, was der FDP eine Woche, bevor die Entscheidung getroffen wird, dazu noch einfällt, ist die hilflose Frage: Herr Minister, können wir noch irgendwas tun? Das ist eigentlich schon jämmerlich. Ich habe nach dem Geiere von Herrn Zeil in der Debatte vorher über die Atompolitik und die Energiewende der FDP gedacht, peinlicher geht es nicht mehr. Aber offensichtlich ist das Motto der FDP, peinlicher geht immer.

(Thomas Hacker (FDP): Herr Güller!)

Um dieser Stunde in diesem Haus zumindest noch etwas Positives abzugewinnen, werfen wir doch den Blick nach vorne. Nach vorne heißt: Ich hoffe, wir bekommen die Spiele.

Die SPD-Fraktion hat am 9. Dezember letzten Jahres einen Antrag gestellt, wonach die Bewerbung unumschränkt unterstützt wird. Wir möchten aber noch folgende Punkte von der Staatsregierung geklärt haben:

Erstens. Sie haben immer gesagt, Sie werden große Transparenz für die Bevölkerung herstellen in den Fragen, dass es umweltverträgliche Spiele sind, dass die Finanzierung funktioniert und vor allem dass Infrastrukturmaßnahmen in anderen Landesteilen Bayerns unter den Investitionen für die Olympiade nicht leiden. Sind Sie bereit, den zuständigen Ausschüssen und diesem Bayerischen Landtag, falls wir den Zuschlag bekommen sollten, bis zur Olympiade 2018 regelmäßig Bericht zu erstatten?

Zweitens. Sind Sie bereit, zusammen mit der SPD und gegebenenfalls mit diesem Hause, wenn dieser Antrag doch endlich einmal durch die Ausschüsse gegangen sein wird - übernächste Woche steht er schon einmal auf der Tagesordnung; kaum dauert es ein halbes Jahr, so steht das Anliegen auf der Tagesordnung des Ausschusses - beim Bund ein Sonderinvestitionsprogramm zu fordern, um die Investitionen für die Infrastruktur in Garmisch-Partenkirchen und München nach vorne zu bringen, ohne Projekte in anderen Landesteilen Bayerns zurückzustellen, und, sollte dieses Investitionsprogramm nicht ausreichen, sind Sie bereit, auch ein Sonderprogramm für Investitionen in Bayern aufzulegen, damit die Bayerische Staatsregierung mit dem Landtag zusammen das wahrnehmen kann, was wir den Menschen in Bayern versprochen haben? Wir haben nämlich versprochen, dass die Olympischen Spiele in Bayern so umweltverträglich wie möglich sein werden, dass sie viel Spaß machen werden, uns im Tourismus und in der Wirtschaft nach vorne bringen werden, dass aber die Investitionen dafür in anderen Landesteilen außerhalb von Oberbayern nicht zu negativen Folgen führen werden. Das wäre eine echte Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und kein so hilfloser Versuch wie jetzt der von der FDP.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihr Mitgefühl. Ich werde aber dafür bezahlt, dass ich hier meinen Job

mache, und ich versuche, ihn so gut wie möglich zu machen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber Scherz beiseite, nun zur ersten konkreten Frage: Ich bin gerne bereit, in meiner Zuständigkeit dem Landtag begleitend zu berichten, wenn die Bewerbung tatsächlich zu einer Zusage führt. Wenn es etwas aus meiner Zuständigkeit zu berichten gibt, tue ich das gerne.

Zur zweiten Frage: Im Bid Book wurde eine große Zahl von Maßnahmen beschrieben, die Voraussetzung sind, um den Zuschlag zu bekommen. In dieser Beschreibung findet sich auch eine große Anzahl sehr kostenintensiver Infrastrukturmaßnahmen. Ich denke dabei an den Wank- und Kramertunnel, an den Ausbau des Anschlussstücks der Autobahn, an den zweigleisigen Abschnitt der Bahn etc. Diese Maßnahmen im Bid Book als Voraussetzung für die Bewerbung wurden alle von der Bundesregierung zugesagt. Angesichts der Finanzsituation der Bundesregierung ist das gar nicht anders möglich als über eine Sonderfinanzierung; denn diese Maßnahmen sind alle wohlbe-gründet und irgendwann ohnehin einmal fällig. Sie würden aber nie und nimmer bis 2018 realisiert werden. Die Voraussetzung, dass wir all die zugesagten Infrastrukturmaßnahmen bis 2018 bekommen, ist ein Sonderinvestitionsprogramm, für das wir uns selbstverständlich verwenden werden. Diese Maßnahmen müssen allesamt als besonderes Ereignis in den Mittelpunkt gestellt werden. Es ist selbstverständlich, dass es dadurch nicht zu Nachteilen für andere Landesteile kommen darf, wie das auch bei der Expo seinerzeit in Hannover der Fall war. - Ich denke, damit sind die Fragen beantwortet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Minister. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, die Bestrebungen der Olympiagegner, die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2018 zu verhindern, sind kläglich gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger von Garmisch-Partenkirchen haben sich am 8. Mai mit einem überzeugenden Votum für die Olympiade ausgesprochen. Ich möchte auch erwähnen, dass es mittlerweile gelungen ist - gerade Ihnen, Herr Staatsminister -, das letzte bedeutende Grundstück im Zielbereich der Kandahar auch notariell für die Olympischen Spiele 2018 zu sichern. Was nützt die schönste Abfahrtsstrecke, wenn man keine Zieleinfahrt hat?

Meine Fragen hierzu: Wie werten Sie das klare Bürgervotum und auch die geklärten Grundstücksfragen hinsichtlich einer Olympiabewerbung?

(Hans Joachim Werner (SPD): Positiv!)

Wie werten Sie die ständigen Versuche der GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag, die Olympischen Spiele zu torpedieren

(Hans Joachim Werner (SPD): Negativ! - Allgemeine Heiterkeit)

und damit den Willen der Bürger in Garmisch-Partenkirchen zu missachten?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herzlichen Dank, die Antworten wurden schon gegeben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es fanden mittlerweile schon einige Bewerbungsrunden statt, zuletzt in Lausanne. Man hat dabei durchaus merken können, dass die Aufmerksamkeit der IOC-Mitglieder, die über den Zuschlag zu befinden haben, durchaus auf die Stimmung in der Bevölkerung und die tatsächlichen Voraussetzungen gerichtet ist. Dass es uns gelungen ist, alle notwendigen Grundstücke notariell zu sichern, war dort ein wichtiges Argument, über das zwar nicht groß geredet wurde, aber man konnte durchaus merken, dass das für die IOC-Mitglieder von großer Bedeutung war. Es wurde auch deutlich wahrgenommen, dass durch den Bürgerentscheid klargestellt wurde, es ist nicht so, dass die Leute dort das selbst nicht wollen. Versuche von Leuten, die prinzipiell gegen derartige Großveranstaltungen sind, sich noch auf irgendwelchen Wegen bemerkbar zu machen, werden von den IOC-Mitgliedern durchaus richtig eingeschätzt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das an anderen Bewerbungsorten anders ist. Da habe ich keine großen Bedenken.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, wie Sie wissen, stehen wir FREIE WÄHLER auch uneingeschränkt hinter der Münchner Olympiabewerbung. In dieser letzten Woche kann man gar nicht mehr arg viel tun. Ich weiß nicht, ob irgendeiner der FDP nach Durban mitfährt; Sie sollten das lieber lassen. Man kann also nur den Daumen drücken. Mir geht es vielmehr darum, wie wir weiter-

machen, wenn wir es am 6. Juli hoffentlich geschafft haben und der Name München genannt wird. Ich hatte ein wenig den Eindruck, dass man noch stärkeren Rückenwind aus der Bevölkerung braucht. In der Vorbereitung ging es um sehr viel Technisches; das musste auch sein.

Wir hatten ein Olympiafest in der Allianz-Arena. Dort habe ich zwar den einen oder anderen gesehen, aber keinen Kollegen von der CSU; jedenfalls ist mir keiner aufgefallen. Vielleicht haben Sie da mehr Informationen. Weil es auf den Rängen doch ein bisschen dünn aussah, wollte ich Sie fragen: Hat man daran gedacht, Karten auch an Schulen zu verteilen, um breiteres Interesse zu wecken? Wir hatten schon die Idee, die Bevölkerung dadurch mitzunehmen, dass man ein Olympiamuseum initiiert, wo man die Sportarten vorführt, sodass man langsam die Begeisterung für die Olympiade 2018 steigert. Gibt es da bei Ihnen schon Pläne?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass wir in der Woche vor der Entscheidung nicht mehr ganz große Dinge zaubern können. Das Team, das sich jetzt auf den Weg macht und sich vorbereitet, wird am meisten dazu beitragen können, dass die Präsentation am 6. Juli gut gelingt. Der Präsentationsfilm, an dem noch gefeilt wird, ist ein ganz wichtiges Element. Es wird geprobt, wer wann was sagt; daran arbeitet das Team, das bei anderen Präsentationen gezeigt hat, dass es da richtig gut ist.

Ideell ist noch etwas zu machen; da haben Sie recht. Ich habe mit Freuden gelesen, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in diesem Hause morgen öffentlich positionieren wollen, um zu zeigen, dass der größte Teil des Landtags für die Olympischen Spiele ist, sich darauf freut und die Bevölkerung in diese Richtung mitnehmen will. Solche Maßnahmen werden schon wahrgenommen. Sie haben sublim die noch fehlende Begeisterung in der breiten Bevölkerung beschrieben. Dafür muss man noch werben. Olympiabegeisterung ist nicht verordenbar. Man kann die Leute durch Information mitnehmen. Damit kann man durchaus etwas für die Veranstaltungen tun.

Ich bin sehr zuversichtlich. Im Vordergrund muss nicht nur die olympische Idee stehen; im Vordergrund stehen der Sport und die Sportler. Wenn man heuer gesehen hat, mit welcher Begeisterung die Bayern ihre bayerischen Idole bei den beiden Weltmeisterschaften in den Wintersportdisziplinen, die in Bayern stattgefunden haben - in Schönau Skeleton und Bob und in

Garmisch-Partenkirchen Ski -, angefeuert haben, und gesehen hat, was für ein großes Fest an diesen Orten abgegangen ist, dann kann man sehr zufrieden sein und guten Mutes in die Zukunft schauen. Die Begeisterung wird garantiert wiederkommen.

Über die erste Anregung, die ich hier jetzt bekommen habe, werde ich nachdenken. Wir müssen uns einmal darüber unterhalten. Dies ist keine abschlägige Aussage, aber auch keine Zusage.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das Wort hat Herr Kollege Wägemann.

Gerhard Wägemann (CSU): Herr Minister, die Olympiabewerbung für München 2018 mit Garmisch-Partenkirchen und Königssee bietet für die Entwicklung der Sportinfrastruktur, für die Nachwuchsförderung und für den Breitensport große Chancen. Der Bayerische Landessportbeirat als Beratungsgremium der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags hat sich in seiner Sitzung am 9. November 2009 nach sehr ausführlichen Diskussionen mit nur einer einzigen Gegenstimme aus dem bekannten Bereich für die Olympiabewerbung ausgesprochen. Wie wir gehört haben, stehen auch die Bundesbürger mit großer Mehrheit dahinter.

Die große Begeisterung für den Wintersport - das konnten wir ja in diesem Winter bei der Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen sowie bei den Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaften am Königsee erleben - hat eindrucksvoll gezeigt, was für eine positive Stimmung in der Bevölkerung herrscht.

Es ist auch klar bewiesen worden, dass wir olympiataugliche Sportstätten haben. Wir können sportliche Großereignisse in hervorragender Atmosphäre ausrichten.

Teilen Sie die Einschätzung, dass sich die Wintersportbegeisterung unserer Bevölkerung auf die Bewerbung positiv auswirkt? Ist die Tatsache, dass die Sportstätten für die Winterspiele 2018 bereits zu rund drei Viertel vorhanden sind, größtenteils olympiatauglich ausgebaut sind und nacholympisch sinnvoll genutzt werden können, ein markanter Vorteil bei der Bewerbung?

Welche Impulse entstehen durch die Winterspiele 2018 für den Breiten-, aber auch für den Behindertensport?

Zuletzt frage ich: Ist Ihnen bekannt - Herr Güller hat es angesprochen -, dass der besagte Antrag der SPD auf Wunsch des bisherigen Ausschussvorsitzenden

und SPD-Fraktionsmitglieds zurückgestellt wurde, bis die Olympiabewerbung entschieden ist?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Zur letzten Frage kann ich nichts sagen. Das ist landtagsinterne Angelegenheit. Aber zu den anderen Fragen will ich gern etwas sagen.

Mir ist wichtig, herauszustellen, dass der Spitzensport Auswirkungen auf den Breitensport hat. Es gibt keine Breite ohne Spitze. Junge Leute brauchen Idole, denen sie nacheifern können. In allen Sportarten kann man beobachten, dass immer dann, wenn sich ein deutscher Sportler ganz besonders hervortut, eine Welle begeisterter Nachahmer bei den Jugendlichen auftritt, die dann in ihrer jeweiligen Sportart mit neuer Motivation Sport treiben. Deswegen wollen wir den Spitzensport fördern. Er hat seine Auswirkungen auf die Infrastruktur des übrigen Sportwesens, also soweit es sich nicht um Spitzensport handelt.

Es war durchaus eine wichtige Feststellung: Das meiste dessen, was wir für die Ausrichtung brauchen, ist bereits in gutem Zustand und hat bewiesen, dass es auch bei Großveranstaltungen funktioniert. Ich denke an die gerade erwähnte Bobbahn in Schönau, an die alpinen Ausrichtungsorte in Garmisch-Partenkirchen, Gudiberg, Kandahar etc. Diese Einrichtungen sind mit Beschneiungs- und Aufstiegshilfen alle auf diesen Top-Zustand ausgerichtet, den man für olympische Spiele fordern muss.

Die Einrichtungen stehen nicht nur in den vierzehn Tagen natürlich den Spitzensportlern zur Verfügung, sondern allen Sportlern in jedem Winter. Das kann man durch alle Wettkampfstätten hindurchdeklinieren. Das gilt auch für München, also für die Eissporthalle etc. Die Einrichtungen, die jetzt noch gebaut werden, bringen auch für den Breitensport eine deutliche Verbesserung des Angebots.

Wichtig ist mir auch Folgendes. Man spricht immer von den Olympischen Spielen. Man muss aber auch an die damit verbundenen Paralympics denken. Sie sind ein ganz wichtiger Teil des Bewerbungsziels. Wir wollen das Augenmerk auch auf die Paralympics richten und die Bedingungen dafür so ausrichten, dass man Paralympics tatsächlich veranstalten kann. Nicht alle Sportstätten sind selbstverständlich auch für den Behindertensport ausgerichtet. Wir sind in dieser Richtung schon gut dabei - auch was die Infrastrukturmaßnahmen betrifft -, die Menschen dorthin zu bringen.

Die Wettkampfstätten des Schneeparks Garmisch-Partenkirchen werden zu einem Prozent der Zuschauerkapazitäten für Behinderte ausgestattet. Alle Wettkampfstätten sind für Paralympics bereits vorgesehen. Es ist eine ganz wichtige soziale Botschaft, die die Olympischen Spiele in Kombination mit den Paralympics an die Bevölkerung aussenden. Wir sind also gut dabei. Das ist ein Teil unserer Bewerbungsphilosophie.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Fragestellerin ist Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, die FDP hat sich von Anfang an bundesweit sehr stark für die Olympischen Spiele eingesetzt. Unter anderem hat die FDP-Fraktion des Landtags Niedersachsen die Initiative zu einer diesbezüglichen Resolution ergriffen. Dafür gibt es viele gute Gründe.

Sie haben gerade die Impulse für den Sport erwähnt und über den Ausbau und die Nutzung der Sportstätten gesprochen. Dazu kommt, dass ein solches Ereignis einen starken Zulauf zu den Vereinen erzeugt. Die Fußball-WM 2006 hat bewirkt, dass sehr viele Menschen in Fußballvereine eingetreten sind. Die Begeisterung für die Frauenfußball-WM, die gerade läuft, wirkt sicherlich entsprechend motivierend.

Extrem unsportlich haben sich dagegen die GRÜNEN verhalten. Extrem unsportlich fand ich auch das Verhalten des Kollegen Güller, der es eben als peinlich hinstellte, dass wir ein Signal für die Olympischen Spiele setzen, wie wir es schon einmal oder mehrfach gemacht haben.

Wenn morgen unsere Fraktionsvorsitzenden das Gleiche tun und ebenfalls ein Signal für die Olympischen Spiele setzen, und zwar auch auf Initiative des SPD-Fraktionsvorsitzenden, dann frage ich: Sind Sie nicht der Meinung, Herr Staatsminister, dass es extrem peinlich und extrem kontraproduktiv ist, wenn die SPD die Fraktionsvorsitzenden in dieser Art und Weise torpediert?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Was sagen Sie jetzt zu dieser Frage, Herr Staatsminister?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich habe keine Probleme, wenn jemand gegen Olympia ist. Es muss nur gut begründet sein. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb man etwas nicht mag. Es gibt grundsätzliche Erwägungen, zu sagen: Solche Großveranstaltungen wollen wir nicht. Mit den Leuten, die so denken, kann man zwar diskutieren, aber damit wird man nicht weiterkommen; denn dann steht Position gegen Position.

Es gab Menschen, die aus persönlicher Betroffenheit Bedenken hatten, vor allem Menschen vor Ort. Die fühlten sich mit ihren Grundstücken betroffen. Wir haben sehr viel Zeit aufgewandt, die Bedenken auszuräumen. Es gab einen gewissen Erfolg. Viele Dinge wurden so verändert, dass sie für die Bevölkerung erträglich wurden. Wer persönliche Betroffenheit hatte, konnte sich wiederfinden. Jetzt sind diese Dinge so geregelt, dass man damit zufrieden sein kann.

Zu Ihrer letzten Frage. Es gehört zur Demokratie, dass man, wenn sich die Bevölkerung und der Landtag entschieden haben, das Votum anerkennt. Wenn es so entschieden ist, muss man es gut sein lassen. Man sollte dann nicht versuchen, durch irgendwelche Winkelzüge negative Entwicklungen herbeizuführen.

Jetzt sollten wir gemeinsam an die Sache herangehen. Es ist entschieden. Wir wollen uns bewerben. Wir wollen gemeinsam alles tun, damit wir den Zuschlag bekommen. Deswegen fände ich es gut, wenn sich jetzt hier alle entsprechend beteiligten.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Auch Herr Kollege Hartmann möchte noch etwas für Olympia tun. Er will die nächste Frage stellen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir nie gedacht, dass ich einem SPD-Kollegen bei einer Olympiadebatte in einem Teilsatz recht geben muss. Die gewählte Ministerbefragung ist wirklich peinlich. Ich muss hier schon die Frage stellen: Ist es ein Affront gegen die Staatsregierung, wenn Sie indirekt behaupten, sie hätte in den letzten Tagen und Monaten zu wenig getan, und wenn die Staatsregierung berichten soll, was man noch machen kann?

Es ist auch zum jetzigen Zeitpunkt durchaus angebracht, über Olympia zu diskutieren. Das kann man gerne tun. Ganz egal, wie die Entscheidung am Mittwoch nächster Woche ausgeht, sollte man darüber diskutieren, wer für die Kosten der Bewerbung aufkommt, die noch fehlen. Es sind noch 4,1 Millionen Euro offen. Von der öffentlichen Hand sind Darlehen in Höhe von 2,7 Millionen Euro gewährt worden, die bis heute nicht zurückbezahlt worden sind. Wer kommt dafür auf? Lässt man Garmisch-Partenkirchen 1,2 Millionen Euro bezahlen? Diese Gemeinde ist ohnehin schon abnormal hoch verschuldet. Kommt die Staatsregierung für diese Kosten auf? Kommt München dafür auf? Wer übernimmt das? Über diese Fragen kann man auch schon zum jetzigen Zeitpunkt diskutieren. Egal, wie es ausgeht, die Rechnungen für die Bewerbung müssen bezahlt werden. Darüber könnte man heute schon diskutieren. Auf Antworten darauf würde ich mich auch sehr freuen.

Freuen würde ich mich auch über eine Antwort auf die Frage, ob der Wirtschaftsplan eingehalten worden ist. Wenn das Geld nicht, wie versprochen wurde, von den Wirtschaftsunternehmen in Bayern und den Unternehmen vor Ort reinkommt, müssen Sie ein genaues Auge darauf haben, ob der Kostenrahmen eingehalten wird. Wie viel Geld ist bis zum jetzigen Tag ausgegeben worden? Reichen die 33 Millionen?

Ein weiterer Punkt würde mich auch noch interessieren. Auch darüber könnte man diskutieren. Wieso hat die Staatsregierung über die Werbespots beim Bayerischen Rundfunk einen anderen Wissensstand? Auf meine Frage, wie lange die Werbespots gesendet wurden, haben Sie mir schriftlich geantwortet, bis Mitte April seien sie gesendet worden. Dagegen ist der Intendant der festen Überzeugung - das hat er mir auch zweimal schriftlich bestätigt -, dass er die Spots Ende März hat einstellen lassen. Auch darüber kann man diskutieren. Warum gibt es auf verschiedene Anfragen verschiedene Antworten? Über alles das kann man diskutieren.

Die Frage zu stellen, was man jetzt noch für Olympia tun kann, ist wirklich absurd. Für diese Befragung hätten Sie sich ein anderes Thema suchen sollen. Das ist absolut peinlich.

Eine letzte Frage noch: Sie haben vorher kurz den Wissenschaftler Preuß erwähnt. Sie haben nur ganz kurz das Gutachten mit dem wirtschaftlichen Mehrwert erwähnt, das der Evaluierungskommission präsentiert worden ist. Ich möchte von Ihnen ganz kurz Folgendes wissen: Haben Sie sich die Gutachten, die der Wissenschaftler Preuß auch für andere Bewerbungen und für durchführende Orte erstellt hat, daraufhin angeschaut, was nachher herausgekommen ist? Haben Sie sich einmal angeschaut, welche Abweichungen es dabei gab? Das würde mich interessieren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, Sie sind dran.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich habe die Frage nicht als Affront gegenüber der Staatsregierung empfunden. Man bekommt nur dann ein schlechtes Gewissen, wenn man vorher nicht viel genug getan hat. Das ist bei mir nicht der Fall, insofern hat mich das nicht berührt, um Ihre erste Frage zu beantworten.

Zweitens, zur Finanzierung der Bewerbungsgesellschaft: Abgerechnet wird am Schluss. Ich kann Ihnen heute nicht den derzeitigen Stand der Ausgaben nennen. Das kann man nicht ad hoc sagen. Auf jeden Fall gibt es für die Finanzierung der Bewerbungsgesellschaft ganz klare Regeln. Darüber gibt es einen Ver-

trag. Hier heißt es nicht, schauen wir einmal, wie wir das zahlen. Es gibt einen Vertrag, in dem die Anteile der einzelnen Mitglieder der Bewerbungsgesellschaft ganz eindeutig definiert sind. Teil dieses Vertrages ist auch die Vorgabe, dass möglichst hohe Sponsorenteile gewonnen werden sollen. Der Anteil der Sponsorengelder an der Bewerbungssumme, die auf 33 Millionen Euro geschätzt worden ist, ist nach den USA der höchste Anteil, der bisher eingeworben werden konnte. Damit kann man sagen, dass sich die Wirtschaft hervorragend an der Bewerbung beteiligt. Ich glaube, dass sich die Belastungen der Kommunen in dem Rahmen bewegen, wie er von vornherein abgeschätzt wurde. Jeder hat diesen Vertrag unterschrieben.

Zu den Werbespots. Es ist schon interessant, wie sehr Sie sich im Detail dafür interessieren. In meinem Haus gibt es eine Abteilung, die fast nichts anderes macht, als Ihre Fragen zu beantworten. Die Frage nach den Werbespots im Rundfunk kann ich Ihnen ad hoc nicht beantworten. Darauf gibt es zwei Antworten, die einander widersprechen. Machen wir es doch so wie immer: Schicken Sie mir es rein, und ich beantworte es Ihnen. Soweit und so klar.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Das war die letzte Frage. Damit ist die Befragung des Herrn Staatsministers abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern:
Bilanz der Versäumnisse."**

Dazu hat sich Herr Kollege Güller zu Wort gemeldet.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass zu der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde zum Thema Wirtschaftspolitik im Moment Herr Staatsminister Dr. Huber anwesend ist, der gerade Fragen beantwortet hat, und ein Staatssekretär, der aber nicht aus dem Wirtschaftsministerium kommt. Aus dem gesamten Wirtschaftsbereich ist niemand anwesend, auch der Herr Ministerpräsident ist nicht anwesend. Ich halte dies für eine grobe Missachtung des parlamentarischen Rechts der Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Wie sollen wir über die Wirtschaftspolitik in Bayern diskutieren? Ich stelle deshalb den Antrag, zumindest

den stellvertretenden Ministerpräsidenten zur Debatte zu zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich habe gehört, der Herr Staatsminister sei im Hause. Dann sollte er aber bitte auch hier sein.

(Inge Aures (SPD): Der ist beim Kaffee!)

Über diesen Antrag kann ich nach der Geschäftsordnung abstimmen lassen. In § 176 ist die Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung geregelt. Rufen Sie ihn doch herbei, sonst muss ich über diesen Antrag förmlich abstimmen lassen. Auf dem Zeitplan war für die Aktuelle Stunde ausdrücklich 18.15 Uhr ausgedruckt. Jetzt ist es 18.16 Uhr.

Stimmen wir einmal darüber ab. Wer ist der Meinung, dass der Herr Staatsminister - -

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Wer der Meinung ist, dass der Herr Staatsminister hier zu erscheinen hat, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Renate Dodell (CSU): Es ist doch zugesagt worden, dass er kommt!)

Wer stimmt dagegen? - Ich stelle fest, Ersteres war die Mehrheit.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das wird angezweifelt!)

Das wird angezweifelt. Dann wenden wir das klassische Instrument des Hammelsprungs an.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir führen den Hammelsprung durch und stellen fest, ob der Antrag der SPD-Fraktion auf Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung die Mehrheit hatte oder nicht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was haben die Schriftführer dazu gesagt?)

Dieser Hammelsprung erfolgt durch Zählung am Eingang. Ich bitte Sie, dass Sie den Saal verlassen. Wo ist die Ja-Türe? - Die Ja-Türe ist dort, wo der Herr Bachhuber hinausgeht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dazu müssen doch die Schriftführer etwas sagen!)

Die Nein-Türe ist hier, und die Enthaltungs-Türe wird dort geöffnet. Es findet jetzt der Hammelsprung statt. Es ist manchmal lehrreich, wenn man so etwas macht.

Staatsminister Martin Zeil betritt den Plenarsaal

- Jetzt kommt der Herr Staatsminister, aber jetzt machen wir den Hammelsprung.

(Renate Dodell (CSU): Wir werden uns bei der Frau Präsidentin beschweren, denn es wurde zugesagt, dass der Herr Staatsminister kommt.)

Den Hammelsprung machen wir jetzt. Woher war es offenkundig, dass der Herr Staatsminister kommt?

(Tobias Thalhammer (FDP): Kann man das nicht für erledigt erklären, wenn der Staatsminister da ist?)

- Nein, das machen wir jetzt so. Das dauert zwei Minuten. Das machen wir jetzt, und dann sind die Leute wenigstens da.

(Renate Dodell (CSU): Wir werden uns beschweren!)

Ich bitte jetzt, den Saal zu räumen. Das geht jetzt ruckzuck. Die Nein-Türe ist dort, wo Sie, Herr Dr. Goppel, stehen. Ein bisschen Bewegung kann niemandem schaden. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. Wir führen jetzt den Hammelsprung durch. Wenn Sie sich daran beteiligen wollen, müssen Sie hinausgehen.

Können wir an den Türen anfangen? Wie schaut es aus? Können wir anfangen? - Dann fangen wir mit der Zählung an.

(Abstimmung gemäß § 129 Absatz 2 der Geschäftsordnung)

Mit Ja haben 40 Abgeordnete und mit Nein 49 Abgeordnete gestimmt. Damit stelle ich fest, dass der Antrag keine Mehrheit gefunden hat. Außerdem stelle ich fest, dass sich wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen im Plenarsaal befinden. Das kann dem Thema nur guttun. Darüber hinaus stelle ich fest, dass zwischenzeitlich Staatsminister Zeil eingetroffen ist. Damit sind wir gefechtsklar und können mit der Aktuellen Stunde zum Thema "Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern: Bilanz der Versäumnisse" beginnen. Das erste Wort hat Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache Ihnen das Angebot, entweder den Sonnenschein draußen zu genießen oder mir zuzuhören.

(Thomas Hacker (FDP): Wir entscheiden uns für die Sonne!)

Ich würde mich für das zweite Angebot entscheiden. Ich habe bereits mit Herrn Zeil gesprochen. Dieser Scherz muss sein. Es ist schon ein bisschen symptomatisch: Wir wollen über die Wirtschaft in Bayern sprechen, jedoch fehlt der Wirtschaftsminister. Das passt einfach ins Bild.

(Beifall bei der SPD)

In der Vorbereitung habe ich mir überlegt, welches prägende Bild für die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik der letzten 2,5 Jahre gewählt werden kann. Entschuldigen Sie, Herr Zeil, obwohl Sie über eine ganze Marketingabteilung verfügen, ist mir nur ein Bild von Horst Seehofer eingefallen: Seehofer hält triumphierend den Quelle-Katalog hoch - den letzten, wie wir später wissen sollten - und ist viel zu spät gekommen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich - wir können offen zueinander sein -, wir wissen nicht, ob Quelle eine Chance zum Überleben bekommen hätte, wenn der Massekredit für den Katalog früher gewährt worden wäre. Ich sage Ihnen nur eines: Für diesen späten Kredit tragen zwei Wirtschaftsminister die Verantwortung, in Berlin Herr von und zu Guttenberg von der CSU und in München Herr Zeil von der FDP. Herr Zeil, deshalb hatte Quelle überhaupt keine Chance mehr. Das haben wir in Franken nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Da war die SPD aber noch in der Bundesregierung!)

Die Quelle-Insolvenz steht symbolisch für eine Wirtschaftspolitik des Zögerns und des Zauderns. Sie steht für eine Politik der Passivität. Dies geschieht angeblich aus der Grundüberzeugung des Ordoliberalismus heraus. Tatsächlich ist es ein konzeptionsloses, ein unkoordiniertes und bloßes Laufenlassen der Wirtschaft. Laissez-faire - der Nachtwächterstaat in der Wirtschaftspolitik ist zurück in Bayern. Das verstehen Sie unter Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Soziale Marktwirtschaft ist etwas anderes!)

Herr Hacker, Sie haben recht: Soziale Marktwirtschaft wäre etwas anderes, aber Martin Zeil praktiziert sie so.

Herr Hacker, Sie können sich jetzt ein bisschen entspannen. Ich frage jetzt, wie es mit der Wirtschaftspolitik der CSU aussieht. Erwin Huber macht einen aktiven Eindruck, aber nur, wenn es gegen die eigene Staatsregierung geht. Das ist falsch, wenn Sie gegen den Atomausstieg und richtig, wenn Sie gegen die un-

säglichen Festlegungen des Zukunftsrates kämpfen, der ganze Regionen und Niederbayern aufgeben will.

Ministerpräsident Seehofer - gerade nicht anwesend - erklärt Wirtschaftspolitik zur Chefsache.

(Tobias Thalhammer (FDP): Was ist mit der Wirtschaftspolitik der SPD?)

Man hat jedoch den Eindruck, Ministerpräsident Seehofer tut das eher, um Martin Zeil zu ärgern, als selber inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass ungeachtet der allgemeinen positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern und in Deutschland tatsächlich die bayerische Wirtschaft in den längerfristigen Trends verliert.

(Thomas Hacker (FDP): Alles nur Zufall! - Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Herr Thalhammer, hören Sie doch einfach mal zu. Sie können noch sehr viel lernen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich bin ganz Ohr!)

Im Bundesländerranking 2011 belegt Bayern beim Dynamikvergleich Platz 11 von 16.

(Thomas Hacker (FDP): Basiseffekt! Soll ich das erklären?)

Dieses Ergebnis spiegelt die Entwicklung von 2007 bis 2010 wider. Der Vergleich stammt von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, von IW Consult und der Wirtschaftswoche. Diese stehen Ihnen näher als uns.

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag stellt im Mai 2011 fest, dass der Vorsprung Bayerns bei der Forschungsintensität gemessen am Bundesdurchschnitt auf einige wenige zehntel Prozentpunkte zusammengesmolzen ist. Also muss irgendetwas an unserem Vorwurf, dass die Dynamik der Wirtschaftspolitik und ihrer Verantwortlichen in diesem Land zu wünschen übrig lässt, dran sein.

Wir halten Ihnen fünf konkrete Anforderungen dagegen. Als Sozialdemokraten wollen wir eine Wirtschaftspolitik für alle Regionen Bayerns. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die alle wirtschaftlichen Potenziale dieses Landes aktiv nutzt, die auf die soziale Verantwortung der Wirtschaft ausgerichtet ist und deshalb arbeitnehmerorientiert ist. Wir wollen eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, keinen Selbstzweck für das Unternehmertum.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch einmal genau und ehrlich den Arbeitsmarkt an. Trotz eines Aufschwungs, der als angeblich historisch gefeiert wird, verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Beschäftigungszuwächse in manchen Branchen "feiern" Rekorde bei Teilzeit, bei Minijobs und Leiharbeit, vollziehen sich also im Wesentlichen in prekärer Beschäftigung. Das ist nicht die Wirtschaftspolitik, die wir uns im Rahmen des Aufschwungs vorstellen. Kolleginnen und Kollegen, das sage ich sehr deutlich.

(Alexander König (CSU): Das ist ein anderes Land, von dem Sie sprechen!)

- Nein, das ist das Land Bayern. Sie kennen auch hier die Zahlen nicht.

Es ist ein Skandal: Zur Stunde hat Bayern 100.000 Aufstocker. 60 % davon sind ganz normal sozialversicherungspflichtig beschäftigt, über 60 % davon in Vollzeit. Es ist ein Skandal, wenn Menschen den ganzen Tag arbeiten und dann zur Grundsicherungsstelle gehen.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit!)

Der größere Skandal ist, dass CSU und FDP trotzdem unverdrossen gegen den Mindestlohn agieren. Sie stimmen gegen das Tariftreuegesetz der SPD. Im Schienenpersonennahverkehr stellen sie keine Anforderungen an die Entlohnung der Lokführer. Hinterher nehmen Sie den Streik bei den Privatbahnen hin.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie verklären die Wirklichkeit!)

Sie haben nicht an die Mitarbeiter gedacht.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten treten für eine starke Industriepolitik ein. Herr Kollege Roos wird dazu noch reden.

Im Januar hat das Fraunhofer-Institut bei der Cluster-Offensive Bayern festgestellt, dass es Nachsteuerungsbedarf gibt und die Zielorientierung, die Strategieausrichtung der einzelnen Cluster, zu überprüfen ist. Dort wird es zwar sehr höflich, aber sehr deutlich formuliert. Ich frage Sie: Wo ist die Initiative? Nein, auch hier herrscht eher ein Zuwarten als ein Ergreifen der Chancen vor. Ihre Sonntagsreden zum Mittelstand sind uns bekannt. Wir sagen: Bayern ist das Land des Mittelstandes; wir wollen ihn konkret fördern. Unseren konkreten Plänen für die steuerliche Begünstigung von Forschungsinvestitionen der kleinen und mittleren

Unternehmen verweigern Sie - jedenfalls in Berlin - die Zustimmung. In jeder Podiumsdiskussion erhält man von Kollegen der FDP und der CSU Zustimmung zu der Aussage, dass die Finanzierung des Mittelstands zu sichern sei. Hier aber lehnen Sie in den Beratungen zum Doppelhaushalt unsere Anträge zur besseren Ausstattung des Mittelstandskreditprogramms ab. Und: Ich höre von Ihnen kein Wort zu Basel III.

Wo bleiben Ihre Vorstellungen, den Mittelstand tatsächlich zu entlasten? Selbst Wiesheu jammerte schon über die Austrian Business Agency als "Abwerbeagentur". Ich frage Sie: Wo gibt es in Bayern Agenturen zur Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes? Das sind Beratungsgremien, damit die Mittelständler hierbleiben. Es wäre so einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum ländlichen Raum und damit vom Sorgenkind zum Stiefkind der Politik, insbesondere des Wirtschaftsministers. Da wir heute Abend noch ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu debattieren, brauche ich an dieser Stelle nicht näher darauf einzugehen. Eine Anmerkung sei mir jedoch gestattet: Was die DSL-Versorgung angeht, so feiern Sie sich für etwas, was bestenfalls als Einstieg bewertet werden kann; denn bei 1 Megabit pro Sekunde kann man nur von "Schmalspurlösung" sprechen. Notwendig sind ganz andere Bandbreiten.

(Thomas Hacker (FDP): Im Wirtschaftsausschuss hat das sogar die SPD gelobt! Sie sollten bei dem Kollegen nachfragen, der dort war!)

Herr Huber, ich weiß noch, wie Sie uns als Wirtschaftsminister erzählt haben, das sei keine staatliche Aufgabe. Das Sein hat das Bewusstsein bestimmt; denn Sie sind heute - wie wir - der Auffassung, es handele sich sehr wohl um einen Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Wir hoffen, dass wir eine Lösung für ganz Bayern hinbekommen.

Ein Wort zum Verkehrsbereich: Schwarz-Gelb in München ist, was die bayerische Verkehrspolitik angeht, stumm geworden, obwohl - nein, weil - diese im Bund völlig zum Erliegen gekommen ist, seit Ramsauer dort Verkehrsminister ist. Was hatten wir uns von einem CSU-Minister alles erwartet! Endlich einer aus dem Chiemgau! Aber seitdem passiert überhaupt nichts mehr. Zur Ausbaustrecke 38 - München - Mühldorf - Freilassing - schlagen uns die Kollegen von CSU und FDP am Donnerstag im Ausschuss vor, wir sollten eine private Finanzierung prüfen und auf die Bundesregierung einwirken, dass, wie in Österreich, das drit-

te Gleis zwischen Freilassing und Salzburg auch auf bayerischer Seite endlich gebaut werde.

(Tobias Thalhammer (FDP): Autobahn 8? PPP? Dreispurig?)

Das ist eine Bankrotterklärung für einen Verkehrsminister Ramsauer!

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sehe schon: Es passiert nichts.

Brenner-Basistunnel: Die Österreicher bohren, die Österreicher bauen, die Österreicher haben die Finanzierung nicht nur vereinbart, sondern auch geregelt. Die Staatsregierung veranstaltet bestenfalls Konferenzen zu der Frage, was man eventuell tun könne. Dieser Tunnel kommt - anders als manches Verkehrsprojekt in Bayern -, ist aber in Bayern ohne Anbindung.

Zweite Stammstrecke in München: Herr Zeil betet um den Zuschlag für Olympia, weil er sie sonst nicht finanzieren kann.

S-Bahn Ergänzungsnetz Nürnberg: Es sollte im Dezember den Betrieb aufgenommen haben - der verkehrspolitische Fehlstart des Jahrtausends! Neulich ist wieder ein Behinderter wegen nicht angepasster Bahnsteighöhen aus der S-Bahn gestürzt. Sprechen Sie mit Menschen an den Bahnsteigen, was sie von der Wirtschafts- und Verkehrspolitik von CSU und FDP in München halten. Wenn Sie es ungeschminkt wissen wollen, dann fragen Sie die Menschen. Sie werden Ihnen das bestätigen, was ich Ihnen skizziert habe: Wir kommen nicht voran, wir vergeben unsere Chancen.

Bayern ist ein Land mit Chancen. Die "vbw" hat es uns heute bestätigt; ich habe es auch gelesen. In der Veröffentlichung steht aber auch - lesen Sie bis Seite 8, meine Damen und Herren von der Koalition -, dass einige Regionen sich schlecht entwickeln.

Ich betone: Die Chancen sind da. Dieses Land und seine Menschen haben es verdient, dass wir die Chancen aktiv ergreifen. Herr Zeil, wir sind dazu bereit, das mit Ihnen gemeinsam zu tun. Kommen Sie mit uns! Los geht's! Wir haben einiges nachzuholen. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Beyer. - Nächster Redner ist Herr Kollege Huber. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst eine Bemerkung zu

dem Antrag, den Minister herbeizuzitieren, machen: Ich finde es unkollegial, wenn Sie angesichts der zweiminütigen Verspätung des Ministers solch ein Theater veranstalten. Man könnte meinen, man befände sich in einem Kindergarten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Offenbar fehlt es Ihnen an politischen Alternativen - das hat man auch an der Rede von Herrn Beyer gemerkt -, wenn Sie meinen, aus solchen Nebensächlichkeiten politisches Kapital schlagen zu müssen. Angesichts dessen wendet sich jeder Bürger ab und sagt: Was soll das denn? Kümmert euch um die Probleme des Landes, aber nicht um einen solchen Kinderkram!

Die SPD hat einen "Sturm" in mehreren Bereichen angekündigt. Wenn das zum Wirtschaftsbereich alles war, dann muss ich sagen: Fehlanzeige! Das war ein Reifall. Das war weniger als ein Sturm im Wasserglas.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es tut mir leid, Herr Beyer; denn eigentlich schätzen wir Sie sehr. Sie wollten ursprünglich nicht wirtschaftspolitischer Sprecher werden, wie wir wissen. Das ist Ihnen von Herrn Rinderspacher aufoktroiyert worden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Sie wollten Parteivorsitzender bleiben!)

Als AWO-Landesvorsitzender haben Sie durchaus Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik. Sie sind zum Wirtschaftspolitiker umgeschult worden.

(Zuruf von der SPD: Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung bei der Landesbank wahr! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Ich sehe es so, dass Herr Rinderspacher - wie van Gaal - versucht hat, durch eine andere Aufstellung noch etwas zu retten. Er wird genauso scheitern wie van Gaal beim FC Bayern München.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Ach Gott, Herr Huber!)

Kommen wir zur Bilanz: Wenn Sie glauben, an Quelle die Bilanz der Wirtschaftspolitik der vergangenen zwei Jahre festmachen zu können - -

(Unruhe bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner bitten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Für was denn?)

Bitte!

Erwin Huber (CSU): Wer versucht, einen Sturm auszulösen, und dann so jämmerlich scheitert, der jammert halt wie die SPD.

(Harald Güller (SPD): Das sagt derjenige, der Milliarden bei der Landesbank versenkt hat!)

Bei Quelle gab es über viele Jahre hinweg Versäumnisse bei der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells. Das war der Grund für das Scheitern, nicht die Politik. Der Massekredit ist rechtzeitig angeboten worden. Das ist übrigens ein Beispiel dafür, dass man in Bayern aktiv Wirtschaftspolitik betreibt. Herr Kollege Beyer, mit dem Kalauer vom "Nachtwächterstaat" werden Sie weder bei den Bürgern noch hier im Bayerischen Landtag reüssieren.

Meine Damen und Herren, wie kann das Ergebnis der Wirtschaftspolitik eines Landes gemessen werden? - An der wirtschaftlichen Situation dieses Landes. Lassen wir die Fakten sprechen: Bayern ist das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich verzichte darauf, die SPD-geführten Länder aufzuzählen; die stehen nämlich ganz hinten. Je länger die SPD regiert, desto katastrophaler ist die wirtschaftliche Situation eines Landes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich verweise auf das Beispiel des Stadtstaates Bremen. Alle regen sich - zu Recht - über die dramatische Verschuldung von Griechenland auf. Festzuhalten bleibt, dass Bremen, gemessen an der Pro-Kopfverschuldung, schlimmer dran ist als Griechenland, und das nach 50 Jahren SPD-Regierung!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Angesichts dieser miserablen Bilanz wollen Sie uns etwas zur Wirtschaftspolitik sagen? Gehen Sie doch heim und nehmen Sie zunächst einmal Ihre Nachhilfestunden, meine Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Sie sind der größte Bankrotteur Bayerns! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Da hilft Ihr ganzes Geschrei nichts. Die Fakten sind stärker als Ihr Geschrei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat mit gut 2 % die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Wie sieht es in SPD- oder sozialistisch geführten Regierungen aus? Schauen Sie nach Spanien: 30 % Jugendarbeitslosigkeit! Das ist Ausdruck des Versagens der Sozialisten in Spanien.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie können es in Bayern nicht, Sie können es in Deutschland nicht, Sie können es in Europa nicht. Das ist die Bilanz von SPD-Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nächster Punkt: Frauenerwerbsquote. Man traut es einem konservativ regierten Land wie Bayern kaum zu, aber in Bayern ist die Frauenerwerbsquote am höchsten in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

- Frau Landtagspräsidentin nickt; das ist für mich die Gewähr dafür, dass ich auf dem richtigen Weg bin. Das heißt, die Frauen in Deutschland haben aufgrund der guten Wirtschaftslage im Freistaat Bayern die besten Chancen.

Jetzt kommen wir zu den Personen mit Migrationshintergrund. In der Tat: In Bayern haben wir keine Verhältnisse wie in Berlin. In Bayern ist Integration gelungen. Viele Leute mit Migrationshintergrund sind gut integriert und nutzen ihre Chancen. Sie reden - wir handeln. Deshalb haben wir hier eine exzellente Bilanz.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen nun etwas zur Armutsquote. Betrachten Sie das Ranking. Daraus folgt, dass die Armutsquote der Menschen in Bayern am geringsten ist.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

In Berlin hingegen ist sie am höchsten. Meine Damen und Herren, der Stadtstaat Berlin hat zusammen mit Bremen mit weitem Abstand die schlimmste Armutsquote der ganzen Republik.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt vergleichen wir Äpfel mit Birnen! Das ist Quatsch!)

Ich füge hinzu: Je länger die SPD in einem Land regiert, umso katastrophaler ist die wirtschaftliche Situation der Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Fassen wir zusammen: Chancen für die junge Generation, Chancen für Frauen, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die hohe Selbstständigenquote, der gute Mittelstand, das hohe Wachstum.

Jetzt kommen wir noch zur Innovationsdynamik. Ich freue mich über die Bilanz, die der "vbw" vorgelegt hat. Amberg, Cham, Freyung-Grafenau und somit ländliche Räume bewegen sich an der Spitze. Die Spanne zwischen den Ballungsräumen und den schwächer strukturierten Räumen hinsichtlich der Arbeitsmärkte war noch nie so klein wie jetzt. Die Schere hat sich immer mehr geschlossen. Oberfranken hat in der Tat besondere Probleme. Oberfranken ist aber heute weit unter dem Bundesdurchschnitt. Der Gürtel entlang der tschechischen Grenze weist heute eine Arbeitslosigkeit auf, die bei 3 % bis 4 % liegt. Ich kenne noch die Zeiten, in denen sie im Winter bei 30 % lag. Das ist ein enormer Sprung nach vorne, und das ist auch ein Erfolg der Regierungspolitik und der Regionalpolitik in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich könnte jetzt etwas sagen, was Herr Beyer noch nicht gesagt hat. Am Wochenende haben Sie ja einen Landesparteitag der SPD. Ich höre, dass wieder steuerliche Vorschläge auf dem Tisch sind. Die Vermögensteuer soll eingeführt werden, die Erbschaftsteuer soll verschärft werden.

(Beifall bei der SPD)

- Sie klatschen dazu. Ich kann dazu nur sagen: Sie sind einfach auf dem ideologischen Irrweg und offenbar unbelehrbar und unbekehrbar.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) - Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen, was der Unterschied ist. Die SPD will die Steuern in Deutschland erhöhen. Vermögensteuer und Erbschaftsteuer sind Substanzsteuern, meine Damen und Herren, die nicht aus dem Ertrag finanziert werden, sondern die aus dem Vermögen finanziert werden müssen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb hat sie Theo Waigel damals erhoben!)

die unmittelbar die Investitionsfähigkeit der mittelständischen Betriebe berühren und die damit im Grunde die Zukunftsfähigkeit der Betriebe tangieren. Wer Vermögensteuer und Erbschaftsteuer neu einführen will, ist in der Steuerpolitik des 19. Jahrhunderts, aber nicht des 21. Jahrhunderts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sage ich dazu: Bayern wird in ganz Deutschland und Europa beneidet. Bayern ist damit auf dem richtigen Weg. Wir machen eine Politik einer Mixtour aus Produktionsstandort und Wissensstandort. Ich sage ganz deutlich für uns dazu: Natürlich brauchen wir eine wissensorientierte Dienstleistungsgesellschaft. Für die CSU-Fraktion möchte ich ausdrücklich sagen: Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik, mit der der Produktionsstandort Bayern gestärkt wird. Wir wollen die besten Kfz und Autos der Welt bauen; wir wollen die besten Werkzeuge der Welt bauen; wir wollen die besten Maschinen in den Export geben. Ein Land, das in der praktischen Produktion führend ist, hat auch die beste Zukunft, meine Damen und Herren. Wir brauchen dazu einen aktiven Mittelstand. Wir fördern ja junge Leute, sich selbstständig zu machen. Herr Minister Zeil wird sicher auch die Bilanz darstellen, wie die LfA den Mittelstand und die Selbstständigkeit junger Leute fördert. Das ist eine vorbildliche, das ist eine zukunftsorientierte, das ist eine innovative Wirtschaftspolitik. Meine Damen und Herren, das muss den Menschen zu gute kommen. Den Menschen in Bayern geht es damit, was die wirtschaftliche Lage angeht, am besten in ganz Deutschland. Wir haben die größten Chancen; wir haben das höchste Einkommen; wir haben die geringste Armut; wir haben die beste Lehrstellenbilanz. Deshalb sage ich: Diese Bilanz ist glänzend. Die SPD hat dazu keine Alternative.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung stammt vom Kollegen Muthmann für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir an dieser Stelle erleben, ist, glaube ich, nicht das, was die Öffentlichkeit auch angesichts der derzeit in Bayern bestehenden Situation erwartet. Auf der einen Seite verbietet sich der von der SPD gewählte Titel "Bilanz der Versäumnisse" angesichts einer doch wirtschaftlich insgesamt guten Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auf der anderen Seite hören wir aber, lieber Kollege Huber, eine ausschließlich als glänzend dargestellte Bewertung der Gesamtsituation.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bierzeltrede; genau!)

Es muss auch Sorge machen, dass Dinge nur verherrlicht werden. Solche Zahlen sind zwar gut. Wäre es aber nicht auch an dieser Stelle ein Stück weit not-

wendig, darüber nachzudenken, wie man den Schwung der Wirtschaft bestmöglichst nutzt, um das eine oder andere noch verstärkend zu ergänzen und besser zu machen, als es ist? Nachdem, was Sie dargestellt haben, habe ich Sorge, dass Sie schon sehr selbstzufrieden auf dem Status quo beharren und sagen, ein "Weiter so" kann es geben. Wir haben ja heute noch die Debatte zum Gutachten des Zukunftsrates, das sicherlich auch eine ganze Reihe Schwächen hat. Auch da haben wir gelesen - die Staatsregierung hat es auch bewertet -, dass ein "Weiter so" in der Entwicklung Bayerns auch im weltweiten Konzert eben nicht zureichend ist. Es geht um die Frage gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern, ein Sonderthema des Zukunftsrates. Es ist sicher zu wenig, wenn Sie hier an dieser Stelle sagen, dass alles bestens ist und nicht erkennen lassen, dass wir doch eine ganze Reihe von Ansatzpunkten haben, bei denen wir Dinge noch verstärken und verbessern können.

Ich will nur noch schlaglichtartig ein paar Ansatzpunkte nennen, bei denen wir auch in wirtschaftlich guten Zeiten, in denen wir uns fraglos bewegen - ein paar Daten und Zahlen sind genannt; ich will sie nicht wiederholen -, die Chance und auch die Verpflichtung haben, noch mehr zu tun und die Wirtschaft in ihrer Entwicklung weiter zu unterstützen.

Kollege Beyer hat angesprochen, was in der Mittelstandspolitik geschehen ist. Wir hören jetzt seit zwei Jahren so gut wie nichts außer der Wertschätzung für den Mittelstand als solches. Es ist aber nicht erkennbar, dass wir, was die Entbürokratisierung betrifft, die gerade dem Mittelstand gut täte, spürbare Ergebnisse erzielen. Dies gilt im Übrigen für den Bürokratieabbau insgesamt. Das gehört zum Stichwort Entfesselung der Wirtschaft. Bestehende Vorschriften, die nicht notwendig sind, sind auch ein Punkt, der von der Staatsregierung bislang völlig unbearbeitet liegen geblieben ist. Dass wir im Übrigen bei der Arbeitsplatzentwicklung zwischen Zentren und den wirtschaftlich schwächeren Räumen seit Jahren Disparitäten zu beklagen haben, bislang aber nichts Wirksames erfolgt ist, um die Entwicklungen umzukehren, ist ein weiterer Punkt, auf den man hinweisen muss. Nachdem, was Kollege Huber dazu zum Besten gegeben hat, ist nicht erkennbar, welche Weichenstellungen Sie künftig einschlagen wollen, um dieser sicher nicht für gut zu findenden Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die Infrastruktur ist für ganz Bayern eine nach wie vor große Herausforderung - ich nenne die Stichworte Straße und Schiene, aber auch das Thema Breitband. Aus Oppositionssicht können wir natürlich darüber klagen. Die Regierungsseite sagt: Na gut, das ist das Übliche, was von der Opposition an dieser Stelle zu

erwarten ist. Es gibt aber doch eine ganze Reihe von Stimmen auch aus der Wirtschaft und dem Zukunftsrat, die gerade das Thema Infrastruktur sehr kritisch betrachten und der Staatsregierung an dieser Stelle bestätigen, dass auch da zu wenig geschehen ist. Im Zentrum steht das große Problem, dass die Staatsregierung bislang noch immer kein Konzept auf den Weg gebracht hat, welche Ziele sie für Bayern bis zum Jahr 2020 oder 2030 erreichen will. Das Landesentwicklungsprogramm wäre das zentrale Steuerungsprogramm für die Staatsregierung, um festzulegen, wo sie hin will. Wenn kein Ziel formuliert wird, wo man hin will, kann man den richtigen Weg natürlich auch nicht finden. Für die Wirtschaft und die Politik für Gesamtbayern ist es ein Grundproblem, dass die Staatsregierung nicht oder jedenfalls nicht verbindlich sagen will, wo sie hin will. Sie sagt nicht, wie sie sich die Landespolitik insgesamt vorstellt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Ihnen wird eine falsche Uhrzeit angezeigt. Ihre Redezeit ist eigentlich schon abgelaufen.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Der Herr Präsident hat mir an dieser Stelle 20 Minuten zugestanden.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier handelt es sich nicht um fraktionsinterne Absprachen. Das möchte ich an dieser Stelle zurückweisen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir legen Wert auf diese Feststellung.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Ich darf zum Ende kommen. Uns und vor allem der Wirtschaft ist zu wünschen, dass wir uns nicht in persönlichen Diffamierungen oder Angriffen erschöpfen. Wir wollen auch nicht erleben, dass sich der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister über Kompetenzen streiten. Wir wollen, dass alle zusammen die Wirtschaftspolitik in und für Bayern vorwärtsbringen. Ich habe die wesentlichen Felder, bei denen noch Verbesserungsbedarf besteht, genannt. Hätte ich noch 14 Minuten mehr, könnte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Dazu besteht aber noch Gelegenheit, wenn wir am heutigen Abend über das Thema Zukunftsrat sprechen werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wenn die Technik versagt, kann niemand etwas dafür.

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge. Ich weiß nicht, was bei Ihnen die Uhr anzeigt.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Sie zeigt immer noch 13 Minuten und 52 Sekunden an.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nach der Geschäftsordnung haben Sie eine Redezeit von fünf Minuten.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Die gehen aber erst jetzt los.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zwei ganz kleine Vorbemerkungen:

Erstens. Die Aktuelle Stunde ist alles andere als ein Format, in dem man sich seriös über Wirtschaftspolitik austauschen könnte.

Zweitens. Hier wurde gerade so getan, als ob wirtschaftspolitische Maßnahmen Knall auf Fall greifen würden. Das ist nicht so. Hier sind die Dinge langfristig angelegt. Herr Huber hat gesagt: Bayern steht stark da. Hier muss ich assistieren und sagen: Deutschland steht auch relativ stark da. Das ist jedoch vor allem wesentlichen Bausteinen der Agenda 2010 zu verdanken. Die danach folgende Bundesregierung hat außerdem in Zeiten des Finanzmarktdebakels und der weltweiten Wirtschaftskrise sicherlich sehr vieles nicht falsch gemacht. Das war die schwarz-rote Bundesregierung.

(Thomas Hacker (FDP): Das war der Aufschwung von Gerhard Schröder, der schon vor seiner Wahl angefangen hat!)

Ich nenne als Stichwort nur das Kurzarbeitergeld. Wir wissen, wie das gelaufen ist.

Bayern ist wirtschaftsstark. Herr Kollege Stöttner, wir sagen das auch immer wieder.

(Klaus Stöttner (CSU): Danke.)

Die bayerische Wirtschaftspolitik muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt. Das heißt, wir müssen die Chancen nutzen und Schwachpunkten und Defiziten entgegenarbeiten. Worum geht es? Es geht um eine nachhaltige und zukunftsfähige Wertschöpfung, die aber auch bestimmte Rahmenbedingungen berücksichtigt wie die Begrenztheit der Ressourcen und die Interessen der Menschen in allen Teilen dieser Erde. Hier gäbe es noch vieles andere anzumerken.

Ganz wichtig ist die Feststellung, dass dank der Kompetenzordnung bei uns die Akteure der Wirtschaftspo-

litik vor allem der Bund und - vor allem über die Binnenmarktregeln - die Europäische Union sind. Daneben stehen noch die Kommunen. Das bedeutet, die Aufgaben und Möglichkeiten der Länder sind sehr, sehr begrenzt. Dies korrespondiert aber keineswegs mit dem häufig anzutreffenden Getöse der Staatsregierung.

Wirtschaftspolitik im Land heißt vor allem Wirtschaftsförderung. Dabei bewirtschaften wir aber im Wesentlichen die Gelder der EU und des Bundes. Außerdem ist die Rahmensetzung wesentlich, nämlich die Infrastruktur und die Bildung. In diesem Rahmen bewegt sich das Wirtschaftsgeschehen. Das Thema lautet "Bilanz der Versäumnisse". Hier muss man konstatieren, dass nicht alles richtig läuft. Sehen wir uns die Bildungspolitik an. Wir haben bei Ingenieuren und Facharbeitern massive Defizite. Gleichzeitig haben wir viel zu viele Schul- und Lehrabbrecher. Hier muss gegengesteuert werden.

Wir hatten die unsägliche Debatte über die Zuwanderung. Auch die fällt Bayern in der Wirtschaftspolitik auf die Füße. Die Themen Infrastruktur und Breitbandversorgung wurden angesprochen. Die SPD und wir versuchen bei diesen Themen seit Jahrzehnten, anzuschieben. Hier ist bislang kaum etwas gegangen. Bei der Verkehrsinfrastruktur steht ebenfalls mitnichten alles zum Besten.

Sehen wir uns die gerechte Verteilung im Zusammenhang mit der Wertschöpfung an. Leider auch hier Fehlanzeige. Es gab zwei Gesetzentwürfe zur Tariftreue, die sich dadurch unterschieden, dass in unserem Gesetzentwurf noch das Korruptionsbekämpfungsregister dabei war. Beide Gesetzentwürfe enthielten jedoch nicht nur die Tariftreue, sondern auch den Mindestlohn als Ersatz. Mir ist völlig unverständlich, warum die CSU-Fraktion die Gesetzentwürfe zur Tariftreue abgelehnt hat, nachdem sie sich jahrelang selbst dafür gelobt hatte, in Bayern die erste Tariftreuregelung dieser Republik geschaffen zu haben. Hier sehen wir massiven Nachhol- und massiven Handlungsbedarf. Noch einmal: Was wir jetzt tun, wirkt sich nicht direkt aus, sondern schafft den Rahmen für die Entwicklungen in den nächsten Jahren.

Die nächste Baustelle ist der Umwelt- und Klimaschutz als Standortfaktor. Erfreulicherweise hatten wir vorhin wesentlich mehr Zeit, um über dieses Thema zu diskutieren. Ich habe dazu meine Ausführungen bereits gemacht. Bei diesem Thema sehe ich bis heute Fehlanzeige. Hier hat die Staatsregierung viel zu viel verschlafen und viel zu lange blockiert. Mit diesen Größen wird gesteuert. Das heißt, hier wäre wiederum ein Umsteuern angesagt und notwendig.

Wie gesagt: Das Format lässt wenig Zeit, um den einen oder anderen Gedanken auszubreiten. Deshalb möchte ich noch einmal auf den letzten strittigen Punkt eingehen. Herr Kollege Huber und Herr Kollege Dr. Beyer, Sie haben versucht, eine ganz kleine Debatte über die Steuern anzuzetteln. Wir halten die Aussage, die von der FDP und Teilen der CSU gemacht worden ist, für alles andere als zeitgemäß. Jetzt geht es darum, die Schulden zu tilgen und den Haushalt zu konsolidieren. Jetzt muss es darum gehen, den massiven Nachholbedarf in der Infrastruktur zu heilen. Gestern hat Ihr Bundesverkehrsminister Ramsauer zu diesem Thema Ausführungen gemacht, die mit Sicherheit nicht ganz falsch waren.

Die FDP hat mit treuherzigem Blick gesagt, es ginge ihr um die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Das glaubt Ihnen niemand. Herr Kollege Dr. Kirschner, Sie glauben es erfreulicherweise selber nicht. Kleine und mittlere Einkommen leiden nämlich nicht an der Steuer. Für diese Einkommen sind die Sozialabgaben das Problem, weil sie wesentlich mehr Sozialabgaben als Steuern zahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hier müssten Sie ansetzen, wenn Sie eine einigermaßen redliche Debatte führen wollen.

(Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Gesundheitsfonds!)

- Das wäre ein wichtiger Punkt. Dies müsste jedoch auch entsprechend übergebracht werden. Zurzeit wirken die Steuererleichterungen nur als ein Mittel, um der kränkelnden und dahinsiechenden FDP ein kleines bisschen auf die Füße zu helfen, wobei dies die Kanzlerin mit Sicherheit nicht wirklich machen will. Sie können sicher sein, dass die Kanzlerin ganz schnell den Stecker herausziehen wird, wie das auch der Ministerpräsident mit unserem bedauerlichen FDP-Minister macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Kirschner. Ich darf Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Uhr jetzt wieder geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Dr. Kirschner, man muss die Koalitionsfrage stellen!)

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle Sie nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie stellen Sie zurück! Machen wir es so!)

Herr Dr. Beyer, ich möchte das Thema, das heute auf dem Tisch liegt, mit der Damenweltmeisterschaft im Fußball vergleichen: Sie haben mit diesem Thema einen Hattrick geschossen, leider in die falsche Richtung. Sie sollten eigentlich wissen - wie das Herr Kollege Dr. Runge richtigerweise gesagt hat -, dass Maßnahmen in der Wirtschaft, die heute getroffen werden, erst in zwei, drei, vier oder fünf Jahren wirken.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sollen wir in zehn Jahren darüber diskutieren?)

Ich sage Ihnen gleich, welche Maßnahmen getroffen worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das sind wirtschaftspolitische Ergebnisse, das ist eine Frage der Fakten. Das Bruttoinlandsprodukt 2009 war minus 5 %, das ist hinreichend bekannt. Im Jahr 2010 lag es bei 3,2 %. Bayern ist im Bund Spitze und nicht Letzter.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dynamik!)

Die Beschäftigung betrug im Jahr 2010 plus 4,5 %. Die Arbeitslosenquote war zweimal niedriger als im Bund. In Bayern waren 2010 4,66 Millionen Sozialversicherungspflichtige beschäftigt. So viele hat es in Bayern noch nie gegeben. Bayern war im Bundesvergleich wieder einmal Spitze. Das sind Fakten, Herr Beyer, nehmen Sie die doch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Existenzgründersaldo: Bayern ist darin seit Jahren Spitze. Auf Platz 1 liegt Bayern auch bei der Selbständigenquote. Thema Tourismus: 28,3 Millionen Gästeübernachtungen, 77,9 Millionen Übernachtungen im Jahr 2010, Bayern ist auch hier Spitze. Breitband: Hier haben wir ohne Frage ein Problem; darüber müssen wir gar nicht diskutieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber man muss auch mal darüber reden! Das ist doch unsere Aufgabe!)

- Ja, Ihnen müsste aber auch klar sein, dass wir hier nicht einfach einen Sandhaufen vor uns haben, den wir mit der Schaufel umgraben können. Wenn Sie ein Breitband anlegen wollen, dauert es fünf bis zehn Jahre, bis Sie sämtliche - -

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Man muss aber anfangen!)

- Ja freilich, wir haben doch angefangen. Statt 17 Millionen haben wir inzwischen 100 Millionen Euro hi-

neingesteckt. Somit ist auch hier im Bundesvergleich die Quote stärker als in allen anderen Ländern gestiegen. Das Exportgut in Bayern liegt bei 50 %. Das deutet doch darauf hin, dass hier über Jahrzehnte hinweg die richtige Wirtschaftspolitik betrieben worden ist. Was denn sonst?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Hier sind die richtigen Unternehmen gefördert worden, Unternehmen, die Dinge produzieren, die weltweit trotz aller Schwierigkeiten absetzbar sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war die Wiedergutmachung für die Koalitionsfrage! - Gegenruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Seit 1999 sind in Bayern 400.000 Menschen zugezogen. Warum?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wegen der GRÜNEN! - Zurufe von der FDP)

- Genau, die wollen alle einen ordentlichen Arbeitsplatz und deshalb in Bayern leben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Warum sind die denn aus Passau und aus Wunsiedel weggezogen?)

Warum sind diese Menschen wohl aus den Ländern, in denen Sie seit Jahrzehnten regieren, weggezogen? - Weil dort der Saldo genau andersherum ist.

Wirtschaftspolitisch misst man einen Unternehmer in der Mikroökonomie genauso wie in der Makroökonomie maßgeblich daran, wie er gestaltet, wenn er aus der Krise herauskommt. Jeder Laden hat einmal ein Problem; auch eine Volkswirtschaft hat einmal ein Problem. Wenn wir aber auf die Jahre 2008 und 2009 zurückblicken, Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, was ist denn dann bitte schön falsch gemacht worden? - Ich gebe Ihnen recht, dass die Verlängerung der Kurzarbeit Ihr Thema war, und das erkenne ich auch an, ohne Frage. Sie sollten aber auch anerkennen, was hier gemacht worden ist. Wir haben einen Rettungsschirm aufgebaut, wir haben 90 % Bürgschaften bereitgestellt, die bis heute kaum gezogen wurden. Die Unternehmen haben ihre Mitarbeiter gehalten. Das geschah aber nicht aus Selbstgefälligkeit heraus, sondern aufgrund der Erfahrung und aufgrund des Hinwirkens von Wirtschaftsminister Zeil. Das geschah auf der Basis von Runden Tischen mit den Unternehmen, den Banken und den Verbänden. Es wurde versucht, die Probleme zu lösen, und das ist auch gelungen.

Wir halten das Thema Kreditklemme hier im Haus diskutiert. Wo gibt es bitte schön eine Kreditklemme? -

Das ist nicht vom Himmel heruntergefallen, sondern das ist maßgeblich dem geschuldet, was hier seitens der LfA und des Wirtschaftsministeriums geleistet worden ist. Ich kann Ihnen praktische Beispiele nennen: Die Firma Parat in Neureichenau im Bayerischen Wald. Herr Kollege Muthmann, der nicht da ist, kennt das Thema hinreichend. Dort wären 300 Arbeitsplätze wegen der Banken fast verloren gegangen. Im Wirtschaftsministerium gab es ein Gespräch mit der LfA und den Banken; auch ich war anwesend. Dabei ist es gelungen, in einem vernünftigen Gespräch alle an Bord zu holen, damit sie das mittragen. Inzwischen macht die Firma statt 45 Millionen einen Umsatz von 55 Millionen Euro, und statt 280 Beschäftigter hat der Betrieb mittlerweile 310 Beschäftigte und lebt.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich nenne auch Knaus-Tabbert. Wir waren dort Ende 2008. Es ging um 800 Arbeitsplätze direkt an der tschechischen Grenze im Bayerischen Wald und um 800 Arbeitsplätze in Zulieferfirmen. Zwei Wochen später wurde reagiert, die Bürgschaften wurden von 60 auf 90 Prozent hochgefahren, sonst hätte der Betrieb nicht überlebt. Meine Damen und Herren, das sind Maßnahmen, die kurzfristig greifen, die umgesetzt worden sind.

(Alexander König (CSU): Aktive Wirtschaftspolitik!)

Herr Dr. Beyer, Sie sprechen das Thema Quelle-Kredit an. Einen Antrag muss der Insolvenzverwalter stellen. Wir können nicht sagen: Sie bekommen von mir einen Massekredit. Der Insolvenzverwalter muss das erst einmal abarbeiten, er muss Fakten auf den Tisch legen, dann kann er einen Antrag stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der Antrag wurde befürwortet, mittlerweile wurde auch zurückgezahlt, trotz Ihrer Aussagen, es wären Steuergelder verschwendet worden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

- Sie nicht, aber Ihre Fraktion. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Wirtschaftsministerium und der LfA für das, was in der Krise geleistet worden ist. Wir haben keine Arbeitslosigkeit in Bayern, wir haben kein strukturelles Arbeitslosenproblem. Wir haben auch kein strukturelles Arbeitslosenproblem im Bayerischen Wald, in diesen sogenannten schlechten Regionen. Reden wir doch bitte die Regionen nicht schlecht.

Dort sind Menschen! Ich habe selbst zwei Läden im ländlichen Raum, die eine riesige Leistung erbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD) - Beifall bei der FDP und der CSU)

Bedanken wir uns auch bei den Unternehmen und bei den Mitarbeitern, die in dieser Zeit auf ihre Gehälter verzichtet haben. Auch wenn ich ein FDPler bin, glauben Sie es mir, ich sage das aus ganzem Herzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, es geht auf das Ende Ihrer Redezeit zu.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ein letzter Punkt: Nehmen Sie das Thema Wissenschaft und Wirtschaft. Was hier in den letzten zwei Jahren, in dieser kurzen Zeit, geleistet worden ist, ist enorm. Fragen Sie doch beispielsweise in Thyrnau oder Teisnach, dort sind innerhalb eines halben Jahres vier Unternehmen mit 40 oder gar 80 Arbeitsplätzen aufgrund dieser Maßnahmen entstanden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Rotter steht schon bereit. Nächste Wortmeldung: Für die CSU-Fraktion Herr Kollege Rotter. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Urteil darüber, ob es politisch besonders klug war, den soundso vielen Neuanfang der SPD gerade mit diesem Thema zu beginnen, steht mir eigentlich nicht zu. Die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern aber als eine Politik der Versäumnisse zu bezeichnen, dazu kann ich nur sagen: Thema verfehlt!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schauen Sie sich die Zahlen an, ich will sie nicht noch einmal herunterbeten, Sie haben sie schon wiederholt gehört. Sie, Herr Dr. Beyer, haben sie schon vorher gekannt, so gut kennen wir beide uns. Sie kennen die Zahlen schon. Statt einer Politik der Versäumnisse ist die Wirtschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung eine Bilanz des Erfolges.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hervorragend durch die Krise gekommen, weit besser und schneller, als zu erwarten war. Dies liegt primär an den Unternehmerinnen und Unternehmern und an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei der FDP)

Es liegt aber auch an den politischen Rahmenbedingungen, und mitursächlich für den raschen und nachhaltigen Aufschwung war auch das politische Handeln. Wir als Politiker sollten das durchaus auch einmal selbstbewusst sagen dürfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Politik hat in dieser Krise nicht alles richtig gemacht, aber sie hat sehr vieles richtig gemacht. Das gilt für die Politik im Bund - und da war durchaus auch noch ein SPD-Finanzminister beteiligt -, und das gilt auch für die Politik der Bayerischen Staatsregierung. In fast allen Regionen in Bayern haben wir Vollbeschäftigung. Viele innovative Unternehmen arbeiten flächendeckend in Bayern. Ein hoher Exportanteil zeigt, dass bayerische Produkte weltweit begehrt sind. Die ganze Welt beneidet uns, und unsere Betriebe suchen händeringend nach Fachkräften. Ein Konjunkturprogramm für das Handwerk wird im Übrigen die zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendige Wärmedämmung und die Energieeffizienz bedeuten. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass es mit der boomenden Wirtschaft in Bayern weitergehen wird.

Das erfordert natürlich - und darauf haben Sie mit Recht hingewiesen -, einen weiteren Ausbau der Verkehrswege und die Erhaltung der Verkehrswege. Das ist auch deshalb erforderlich, weil wir in den kommenden 15 Jahren mit über 50 % Zuwachs im Güterverkehr rechnen müssen. Wir brauchen mehrspurige Autobahnen, wir brauchen mehr Parkplätze an den Autobahnen, wir brauchen einen Ausbau des Schienennetzes. Auf Schiene und Straße müssen die Verkehrsadern ertüchtigt werden. Da ist primär der Bund gefordert, keine Frage. Für den Schienenwegeausbau hat der Bund auf bayerische Initiative hin nun endlich ein Planungskostenbudget eingerichtet, damit Vorratsplanungen bei der Bahn überhaupt möglich werden. Im Straßenbau wird das seit vielen Jahren so gemacht. Die Schiene hat immer darunter gelitten, dass die Bahn erst dann den Griffel in die Hand genommen hat, wenn der Finanzierungsvertrag unterzeichnet war. Wir erhoffen uns, dass Planungen künftig dann gemacht werden können, wenn kurzfristig mehr Geld zur Verfügung steht, was immer erfreulich ist. Wenn also kurzfristig mehr Geld für den Schienenwegeausbau zur Verfügung steht, dann kann das auch entsprechend investiert werden.

Wir sollten aber auch - das haben Sie ebenfalls angesprochen, Herr Kollege Dr. Beyer -, über alternative Finanzierungen beim Streckenaus- und -umbau nachdenken. Das ist eine Sache, die sich im Straßenbau bei der A 8 hervorragend bewährt hat. Warum soll uns

das nicht auch bei der ABS 38 gelingen, nachdem wir gerade im Chemiedreieck sehr viele Industrieunternehmen haben, die dringendst und händeringend darauf warten, dass etwas geschieht? Da ist der "Schweiß der Edlen" gefordert.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Kraftakt, Kolleginnen und Kollegen, wird die Ertüchtigung des Bahnknotens München sein. Dazu haben wir vor knapp einem Jahr ein Gesamtkonzept beschlossen, das vom bayerischen Wirtschaftsministerium entwickelt worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend will ich über Bundesverkehrsminister Ramsauer sprechen, weil Herr Dr. Beyer meinte, dieser hätte weit mehr für Bayern tun müssen. Minister Ramsauer ist ungefähr 20 Monate im Amt, und in dieser Zeit konnte er nicht sämtliche Versäumnisse aus 11 Jahren Verantwortung der SPD-Bundesverkehrsminister ausräumen.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

In der vorigen Legislaturperiode haben Sie mit mir gemeinsam den mangelnden behindertengerechten Ausbau beklagt. Wir sind uns absolut einig, dass es eine Schande ist, nicht weiter zu sein. Die Bayerische Staatsregierung hat mit ihrem eigenen Geld die Versäumnisse des Bundes zumindest teilweise ausgleichen können.

Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Freistaats Bayern ist im Wesentlichen seit Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte. Das heißt nicht, dass es nicht bei dem einen oder anderen nachzuarbeiten gilt und es nicht etwas mehr zu tun gäbe. Wir werden die Staatsregierung auch in diesem Punkt weiterhin konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Roos für die SPD. Sie haben persönlich fünf Minuten.

Bernhard Roos (SPD): Ich danke für die mir persönlich zustehenden fünf Minuten Redezeit. Ich habe die Seitenbemerkung von Herrn Staatsminister Zeil gehört, dass nun ein vernünftiger Mensch reden wird. Vielleicht sagen Sie das nach den fünf Minuten nicht mehr. Mal sehen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir haben zumindest Hoffnung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will vor allem auf Kollegen Erwin Huber reagieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das lohnt sich nicht!)

- Doch, es lohnt sich.

Herr Kollege Huber, so staatstragend Sie im Ausschuss oft sind und so sehr Sie sich oft bemühen, einen Konsens herzustellen, hier am Podium vergessen Sie die Regeln des menschlichen, des kollegialen Anstands, und ich verwahre mich dagegen, dass Sie Dr. Thomas Beyer in einer unter die Gürtellinie gehenden Weise abqualifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Diese billige parteipolitische Polemik geht so nicht.

(Zurufe von der CSU)

Wer nicht weiß, dass ein Unternehmen wie die Arbeiterwohlfahrt, ein Träger sozialer Belange, ein Wirtschaftsunternehmen ist, das man auch auf ehrenamtlicher Ebene nicht führen könnte, wenn man nicht die notwendige wirtschaftspolitische Kompetenz hätte, weiß nicht, wovon er redet.

(Klaus Stöttner (CSU): War das so peinlich, dass man das verteidigen muss?)

Kollege Rotter, es ist billig, auf elf Jahre Versäumnisse von Ramsauers Vorgängern zu verweisen und den "armen Ramses" zu bemitleiden. Klar ist, dass sich jetzt die Investitionsquote, egal von welchem Verkehrsträger, auf historisch niedrigem Niveau befindet.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Auch wenn es für die Zuschauer wenig vergnüglich ist, sage ich dem Kollegen Dr. Kirschner: Eine hohe Exportquote hat Nebeneffekte, wie der Apotheker sagen würde. Der Nebeneffekt ist, dass bei uns die durchschnittlichen Einkommen viel zu niedrig liegen und diese Wettbewerbsfähigkeit zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Unsere europäischen Bruderstaaten haben mit unserer Exportstärke durchaus Schwierigkeiten. Das sei noch einmal gesagt.

(Alexander König (CSU): Das war Gewerkschaftskurs A!)

- Ich habe das akustisch nicht verstanden, kann also nicht reagieren.

Meine Damen und Herren, Kollege Franz Xaver Kirschner - in diesem Fall muss ich "du" sagen -, wer bitte schön hat die Menschen schlechtgeredet? Wir benennen Probleme, und wir zeigen Versäumnisse auf, die es gibt. Diese Versäumnisse gibt es, Herr Minister, mit Verlaub, auch seitens des Koalitionspartners. Man sprach zwar nicht vom "Nachtwächterstaat", aber von "Wirtschaftspolitik im Halbschlaf". Das ist kein Zitat von mir, sondern das kam von der Seite Söder & Co. Festzuhalten ist, dass es Versäumnisse gibt. Wegen der Dynamik will ich an einige Versprechen im wirtschaftspolitischen Bereich erinnern, die Kollege Huber nicht zukleistern konnte. Ministerpräsident Seehofer hat gesagt, Equal Pay könne er sich auch vorstellen. Was ist passiert? - Alle unsere Initiativen wurden von Ihnen oder von den Mandatsträgern Ihrer Partei im Wirtschaftsausschuss torpediert.

Wir haben eine beklagenswert niedrige Zuwanderung. Setzen Sie sich doch durch.

(Zuruf von der CSU: Zuwanderung!)

- Wir haben sogar Abwanderung. Man muss die Dinge in der Waage halten und zum einen die Initiativen stärker vorantreiben und zum anderen die hier lebenden Menschen, die Qualifizierungsbedarf haben, mit Geld unterstützen. E-Mobilität: Wo bleibt die beschworene Beteiligung der Gewerkschaft? Ich sehe nichts. Ministerpräsident Seehofer hat in seiner heutigen Erklärung angekündigt, dass sie kommen werde. Mal sehen, was daraus wird. Die Versprechungen höre ich gerne, aber mir fehlt der Glaube. Die bayerische Industriepolitik hat sich in der Aussage "MAN muss bayrisch bleiben" erschöpft. Es gibt keine Aussage, dass sich Herr Piëch vergaloppiert hat und er nun von der Europäischen Union eingebremst wird. Es wäre die Aufgabe eines bayerischen Wirtschaftsministers, Klartext zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Nicht verschwiegen werden dürfen die Versäumnisse bei der Wehrtechnik. Wegen des Moratoriums wird so lange nichts gesagt, was in den einzelnen Regionen passieren soll, so lange nicht klar ist, was mit den Standorten passieren wird. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille betrifft die Unternehmen, die Wehrtechnik produzieren. Haben Sie einen Maulkorb umgehängt bekommen? Wurde ein öffentliches Schweigegelübde ausgesprochen? - Ich verstehe das nicht. Das muss sich ändern. Das würde heißen, aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben, bei den Unternehmen einzugreifen und die Sorgen der Be-

triebsräte aufzugreifen, damit gute Lösungen gefunden werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch über einen Punkt sprechen: Geld. Alles ist grob unterfinanziert, egal auf welchem Sektor. Heute haben wir die Botschaft vernommen, dass in Niederbayern - für die anderen Bezirke kann ich es nicht sagen - kein Geld für Wirtschaftsförderung vorhanden ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Bernhard Roos (SPD): Wir haben heute den 28. Juni 2011. Ich stelle fest, dass kein Euro in der Schatulle der Regierung von Niederbayern für Wirtschaftsförderung ist. Das ist das Eingeständnis des Bankrotts. Ich fordere sehr viel mehr Geld für die notwendigen Maßnahmen bis hin zur Regionalisierung der Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun hat Herr Kollege Stöttner für die CSU das Wort. Bitte sehr.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns etwas über den Aufruf der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion gewundert. Das Aktuellste an dieser Stunde, lieber Thomas Beyer, ist, dass du wirtschaftspolitischer Sprecher geworden bist. Dazu möchte ich dir herzlich gratulieren. Du bist sachlich orientiert, und deshalb freuen wir uns auf die Zusammenarbeit im Ausschuss.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Auch ich freue mich!)

Die Angriffe auf die bayerische Wirtschaftspolitik sind in überhaupt keiner Weise gerechtfertigt. Lieber Kollege Dr. Beyer, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschaftspolitik in Bayern ist kein Selbstzweck. Ihre dienende Funktion und ihr Inhalt haben wesentliche Bedeutung, und sie will die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das Wohl des einzelnen Menschen und der Familien in Bayern sind die hervorragenden Ziele der bayerischen Wirtschaftspolitik. Sie wissen: Unsere Unternehmer fühlen sich in Bayern wohl. Nicht ohne guten Grund sind fast 10 Dax-Unternehmen in Bayern ansässig; die Liste reicht von Adidas über Allianz, BMW, MAN, Siemens, Münchener Rück hin zu Infineon und Linde. Sie wissen, Linde ist von seinem Standort in Hessen nach Bayern umgezogen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die sind alle in München ansässig!)

Daraus ersehen Sie, dass die bayerische Wirtschafts- und Standortpolitik die richtige ist.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist zusammen mit Baden-Württemberg mit über 50 % aller Patentanmeldungen Spitzenreiter.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Gemeinsam mit der FDP legen wir in unserer Wirtschaftspolitik enormen Wert auf Freiheit und Eigenverantwortung im Unternehmertum. Wir setzen auf die Kräfte des Marktes und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Wir geben Anreize zur Leistung und zur Eigeninitiative, wir legen aber auch großen Wert - lieber Thomas Beyer, da sind wir uns einig - auf die Subsidiarität und die Solidarität mit den Menschen in Bayern.

Die Familienunternehmen sind die wirkliche Stärke Bayerns. Das ist schon öfters gesagt worden. Diese Unternehmen fühlen sich bei uns wohl. Sie schaffen 70 % der Arbeitsplätze und 85 % der Ausbildungsplätze; sie legen damit die Grundlage für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Die bayerische duale Ausbildung an den Berufsschulen und in den Betrieben ist dafür die Grundlage. Vor Kurzem waren wir im Ausland und haben erfahren: Jeder schätzt die duale Ausbildung der bayerischen Mitarbeiter. Das Ausland schätzt es, wenn wir unsere Erfahrungen an die ausländischen Unternehmen weitergeben.

Die Familienbetriebe haben die Finanzkrise exzellent überstanden. Natürlich sind hierfür die politischen Rahmenbedingungen wichtig, Herr Kollege Rinderspacher. Wir haben unsere Möglichkeiten exzellent umgesetzt. Das Konjunkturprogramm wurde in Bayern nicht nach dem Gießkannenprinzip wie in Nordrhein-Westfalen verwirklicht, sondern die Mittel wurden punktuell richtig eingesetzt, die Kommunen konnten selbst entscheiden. Das war der richtige Weg, den Bayern hier eingeschlagen hat.

(Beifall bei der CSU)

- Vielen Dank, liebe Kollegen. Das muss einmal gesagt werden. Wir Bayern sind eigentlich eher zurückhaltend und bescheiden und äußern uns nicht so sehr über etwaige Probleme.

Die Wirtschaft hat großes Vertrauen zu uns, und die Ansiedlungspolitik ist in Bayern exzellent. Herr Kollege Zeil, das Mittelstandskreditprogramm, der Mittelstandsschirm, das Exzellenzbildungspaket, unsere Programme "Offensive Zukunft Bayern", die Hightech-Offensive, "Allianz Bayern Innovativ" sind die richtigen

Antworten, die wir zur Unterstützung unseres Mittelstands auf die Fragen der Zeit geben. Die Cluster-Offensive, Herr Kollege Huber, war eine Initiative aus Ihrer Regierungszeit. Sie war der richtige Ansatz, um unsere Firmen zu vernetzen und sie zu unterstützen. Wir schaffen damit neue Leitmärkte, neue Wertschöpfung und stabilisieren damit die Arbeitsplätze.

Die Außenwirtschaft wird in Bayern enorm gefördert. Mit "Bayern International" haben wir das Auslandsgeschäft unterstützt. Mit über 20 Repräsentanten im Ausland sind wir in den Wachstumsmärkten exzellent vertreten.

Lieber Kollege Beyer, Dr. Otto Wiesheu hat mir letzte Woche erzählt, dass der SPD-Mann Hans-Jochen Vogel in den Achtzigerjahren gesagt hat: In 30 Jahren werden 80 % der Menschen in den Städten leben, nur noch 20 % im ländlichen Raum. - Gott sei Dank hat in den letzten Jahren nicht die SPD die Politik gelenkt. Wir haben ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischem und ländlichem Raum geschaffen.

Gestern konnten wir 40 Jahre Hochschulen in Bayern feiern; in den letzten 40 Jahren haben wir den ländlichen Raum durch die Ansiedlung von Hochschulen gestärkt. Ich finde, das ist ein Paradebeispiel für die Stärkung des ländlichen Raums, für die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Das Vorhaben ist exzellent gelungen.

Ich danke den Kollegen von den GRÜNEN dafür, dass das hoch geschätzt wird. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind wir da auf einem guten Weg und haben das Richtige gemacht. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie heute etwas sanft argumentiert haben; es gab wirklich wenig Ansatzpunkte für Kritik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich danke Herrn Kollegen Klaus Stöttner; jetzt wird uns Herr Staatsminister Zeil seine Sicht der Dinge darstellen. Bitte schön.

(Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Er wird eine glanzvolle Rede halten!)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zunächst einmal Herrn Kollegen Beyer zu seinem neuen Amt, das er ja so richtig nicht wollte, ganz herzlich gratulieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Lieber Herr Kollege Beyer, es gibt den Spruch: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.

(Alexander König (CSU): Aber nur, wenn Gott will!)

Trotz der Eigentore, die Sie hier in der Debatte geschossen haben, besteht bestimmt noch Hoffnung, dass der auch noch dazu kommt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am besten hat mir gefallen, dass Sie gesagt haben, Sie hätten von mir bislang nichts zu Basel III gehört. Wir waren hier in Ministerratsvorlagen, in der Wirtschaftsministerkonferenz und in Pressekonferenzen, gerade auch als bayerisches Wirtschaftsministerium, höchst engagiert, auch ich persönlich. Vielleicht müssen Sie im Zuge des von Herrn Kollegen Huber angesprochenen Umschulungsprozesses noch in die richtigen Verteiler kommen. Dann werden wir hier gemeinsam noch nacharbeiten können.

(Beifall bei der FDP)

Als Wirtschaftsminister stelle ich aus tiefster Überzeugung und auch mit Genugtuung fest: Unsere wirtschaftspolitische Bilanz zeigt herausragende Erfolge. Sie sucht in Deutschland und darüber hinaus ihresgleichen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nur gut zwei Jahre nach der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit boomt die Wirtschaft des Freistaats. Die Wachstumsraten sind so hoch wie seit Langem nicht mehr. Das ist schon gesagt worden, aber man muss es immer wieder unterstreichen; denn das ist der echte soziale Friede: Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit fast 20 Jahren gefallen. In vielen Regionen unseres Landes herrscht bereits Vollbeschäftigung.

Bei Beschäftigung, Umsatz, Export haben wir überall neue Rekordniveaus erreicht oder sind kurz davor. Im aktuellen Bestandsranking der Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" und der "Wirtschaftswoche" belegt Bayern einen ungefährdeten ersten Rang. Diese glänzende Bilanz ist Ergebnis einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, innovativer Unternehmen und ihrer tatkräftigen Mitarbeiter.

Es kommt aber - Herr Kollege Huber und Herr Kollege Kirschner haben darauf hingewiesen - schon darauf an, auch im Vergleich, wie ein Land regiert wird. Meine Damen und Herren von der SPD, ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dass wir dies und unsere

gute Bilanz heute noch einmal ausführlich darstellen konnten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich weiß jedenfalls nicht, welches Land die Opposition beim Beklagen angeblicher wirtschaftspolitischer Versäumnisse im Blick hat. Der Freistaat Bayern kann es nicht sein;

(Beifall bei der FDP und der CSU)

denn alle Fakten zeigen eindeutig: Bayern wird von Schwarz-Gelb gut, vorausschauend und erfolgreich regiert.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir haben die Krise, eine einmalige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, sehr gut gemeistert. Aber statt milliardenteure, schuldenfinanzierte Abenteuer einzugehen, wie es beispielsweise Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen getan hat, haben wir den ausgeglichenen Haushalt gehalten und damit Spielräume für Investitionen in die Zukunft geschaffen.

(Alexander König (CSU): Das ist nachhaltige Politik!)

Ich komme zum Mittelstandsschirm. Sie haben gesagt: Da ist nichts geschehen, da ist irgendein Nachwächter, ein Kalter Ordo-Liberaler im Wirtschaftsministerium gegessen. Wir haben den Mittelstandsschirm sofort nach Ausbruch der Krise installiert. Wir haben mit einem Kreditvolumen von knapp 1,2 Milliarden Euro über 4.400 Unternehmen helfen können. Damit haben wir zur Sicherung von über 77.000 Arbeitsplätzen beigetragen. Das, meine Damen und Herren, ist konkrete und aktive Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Natürlich gibt es Dinge, die wir noch verbessern müssen. Den Fachkräftemangel haben Sie angesprochen. Da werben wir gerade auch bei unserem Koalitionspartner. Auf Bundesebene sind wir jetzt einen ganzen Schritt vorangekommen. Das ist in der Tat eine Wachstumsbremse, die wir noch lockern müssen, aber ich bin ganz sicher, dass wir zu guten Lösungen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch bei der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern große Erfolge erzielt.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

Ich möchte schon darauf aufmerksam machen, dass die Unterschiede etwa bei den Arbeitslosenquoten in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind. Auch in Zukunft gilt für mich und für uns alle klipp und klar: Keine Region in Bayern wird abgehängt. Wir fördern alle Landesteile mit maßgeschneiderten Angeboten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir haben den Menschen, wenn Not am Mann war - Knaus Tabbert ist schon erwähnt worden, ich erwähne noch Rosenthal und das Strukturprogramm Nürnberg/Fürth sowie Bad Neustadt -, mit unseren ordnungspolitisch richtigen und verträglichen Maßnahmen beigestanden und ihnen eine Zukunft gegeben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie haben geglaubt, Sie müssten hier noch einmal den berühmten Katalog aufmachen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Schönes Bild!)

Da muss ich Ihnen schon noch einmal sagen: Ich war in die Verhandlungen eingeschaltet, auch Frau Kollegin Hessel. Es war insbesondere das Bundesfinanzministerium, damals SPD-geführt, das den Massekredit fast noch zum Scheitern gebracht hätte.

(Beifall bei der FDP - Alexander König (CSU): So sieht es aus!)

Ich an Ihrer Stelle wäre da ganz leise und würde mich hier nicht so aufblasen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei der Breitbandförderung sind wir sehr gut vorangekommen. Wir haben die Kinderkrankheiten des Programms beseitigt. Wir werden mit der LTE-Technik die Grundversorgung sicherstellen können. Dann geht es in der Tat darum, das Thema der zweiten Generation anzugehen. Da bedarf es erheblicher Anstrengungen, insbesondere auf Bundesebene, um diese Breitbanddatenautobahnen wirklich überall sicherzustellen.

Damit Bayern Innovationsland Nummer 1 in Deutschland und Europa bleibt, haben wir mit dem Programm "Aufbruch Bayern" die nächste Stufe zur Erneuerung des Freistaates für das 21. Jahrhundert gezündet. Wir investieren damit mehr als eine Milliarde Euro in die Felder, in denen sich die Zukunft entscheidet: in Familie, Bildung und Innovation.

Nennen Sie mir bitte ein Instrument, das kleine Mittelständler und Handwerker so unkompliziert und erfolgreich am Innovationsgeschehen beteiligt wie unser Innovationsgutschein.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Auch in der Verkehrspolitik stellen wir die Weichen auf "Zukunft". Die Beispiele sind schon genannt worden. Auch da wäre ich an Ihrer Stelle nicht so laut: Einmal ist schon von den Versäumnissen in elf Jahren SPD-Verkehrspolitik in Berlin geredet worden. Die Regionalisierungsmittel sind damals als Steinbruch

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Koch-Steinbrück!)

- nicht als Steinbrück - für Kürzungen benutzt worden. Sie sind bis heute nicht mehr auf dem Niveau, wie sie damals vor Rot-Grün waren.

Alles in allem gilt: Nie ging es Bayern wirtschaftlich besser als heute. Die Kritik der Opposition an der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung ist daher verfehlt und substanzlos. Ihr heutiger Auftritt hat einmal mehr klargemacht, dass Sie keinerlei Alternativen zu bieten haben. Wir werden den erfolgreichen Kurs dieser schwarz-gelben Koalition in der Wirtschaftspolitik zum Wohle der Menschen in Bayern fortsetzen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Beifall bei Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): So machen wir es! Jawohl!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesungen

zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das schaut nach Einstimmigkeit aus. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Jeweils nicht. Damit einstimmig so beschlossen. Die Gesetzentwürfe werden damit den

zur Federführung benannten Ausschüssen zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Bestätigung eines neuen Mitglieds des Landesgesundheitsrats

Der Staatsminister für Umwelt und Gesundheit hat mitgeteilt, dass die Bayerische Landeszahnärztekammer als eine der in Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Landesgesundheitsrat bezeichneten Körperschaften und Verbände Herrn Professor Dr. Christoph Benz, Präsident der Landeszahnärztekammer, als neues Mitglied benannt hat. Bisheriges Mitglied war Herr Michael Schwarz, der ehemalige Präsident der Landeszahnärztekammer. Herr Staatsminister Dr. Söder hat gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch Beschluss des Landtags herbeizuführen.

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. Wer dem vorgenannten Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist auf den ersten Blick wieder einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Nein. Dem Vorschlag ist damit zugestimmt worden.

Der Landtag bestätigt damit gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Landesgesundheitsrat Herrn Professor Dr. Christoph Benz als neues Mitglied des Landesgesundheitsrates.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist auch wieder einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beratung der Stellungnahme der Staatsregierung zum Bericht des Zukunftsrates "Zukunftsfähige Gesellschaft - Bayern in der fortschreitenden Globalisierung" im Plenum des Landtags (Drs. 16/8616)

Als erster Redner spricht Herr Staatsminister Dr. Huber. - Die Aussprache eröffne ich dann anschließend. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich glaube, es hat Sinn, wenn wir vor der Aussprache erst den Bericht geben. In der Aussprache kann man sich dann zum Bericht äußern.

Globalisierung, Verstädterung und der demografische Wandel sind Megatrends, die in der ganzen Welt zu beobachten sind und die natürlich auch vor Bayern nicht haltmachen. Deshalb steht die Bayerische Staatsregierung in der Verpflichtung, sich dieser Themen anzunehmen. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Bayerische Staatsregierung die Sorgen und Bedenken der Menschen sehr ernst nimmt, wenn wir versuchen, die Zukunft dieser Menschen hier genau zu betrachten. Wir brauchen passende und flexible Antworten auf diese Megatrends. Wir können die Zukunft nur vernünftig gestalten, wenn wir uns intensiv damit befassen.

Zu einer guten und verantwortungsvollen Regierungsführung gehört, dass man sich dazu zunächst einmal umfassend informiert und beraten lässt. Das war der Grund dafür, warum Ministerpräsident Horst Seehofer im vergangenen Jahr den Zukunftsrat eingerichtet hat, ein Gremium aus 22 unabhängigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und natürlich auch aus kirchlichen und sozialen Einrichtungen. Die Staatsregierung hat es dabei vermieden, die Themen vorzugeben, und hat dem Rat die Schwerpunktsetzung überlassen.

Ich sage gleich vorab zur Klarheit, wie die Aufgabenverteilung definiert ist: Ein Rat ist dazu da, zu beraten. Die Opposition opponiert in der Regel, und die Regierung regiert. Die Regierung nimmt in ihrer Entscheidung, wie das Regierungshandeln aussehen soll, all diese Dinge gleichermaßen auf, zum Beispiel die Einwände und Bedenken der Opposition in den Debatten, natürlich auch die Ratschläge eines Rates wie des Zukunftsrates, aber auch Äußerungen, zum Beispiel des Landesbischofs oder des Kardinals. All diese Dinge sind Input für die Regierung und natürlich auch für das Parlament, um die richtigen Entschei-

dungen zu treffen. Ich unterstreiche: Der Zukunftsrat ist keine Nebenregierung, welche die Richtung vorgibt. Entscheidungen darüber, wie weit man diesen Empfehlungen Rechnung trägt, obliegen der Staatsregierung und natürlich auch diesem Hohen Hause.

Zu den Themen des Zukunftsrates, die in der ersten Runde aufgegriffen worden sind: Bei der Konstituierung vor gut einem Jahr hat sich der Zukunftsrat der "Zukunftsfähigen Gesellschaft durch Mentalitätswandel und Strukturreformen" gewidmet; er hat das Thema "Metropolregionen und ländlicher Raum" aufgegriffen, die "Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen" thematisiert und auch die "Leistungsträger der Gesellschaft" in den Mittelpunkt seiner Betrachtung gerückt. Der Zukunftsrat versteht sich mit seiner Tätigkeit als Expertenrat im Sinne eines Dienstes am bayerischen Volk. Ich glaube, dass wir mit dem Zukunftsrat ganz gut beraten sind. Ich bin wirklich froh, dieses Gremium um Professor Henzler zu haben.

Sie alle haben es verfolgt: Insbesondere der Teilbericht des Zukunftsrates über die "Metropolregionen und ländlichen Räume" hat vor einigen Monaten für ordentlichen Wirbel gesorgt. Auch wenn es erstaunlich ist, ist in Bayern ein großes Schwungrad in Gang gekommen. Ich möchte mich aus diesem Grunde hauptsächlich auf diesen Teil konzentrieren, ohne die Bedeutung der anderen drei Einzelberichte infrage zu stellen. Ich muss leider konstatieren, dass nicht immer alle fair mit dieser Sache umgegangen sind, und nicht alles, was dazu gesagt wurde, war der Sache angemessen; ich finde das bedauerlich.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass es manchen nicht so richtig klar geworden ist, dass es uns wirklich um ganz Bayern geht und nicht nur um warme Finanzausgleichsregen und die beste Infrastruktur im Dorf. Wir haben Bayern als gesamten großen Wirtschaftsstandort im Fokus. Ich sage Ihnen: Die Konkurrenz schläft nicht. Brasilianer, Chinesen und Russen warten sicherlich nicht auf uns. Ich bin aus diesem Grunde wirklich sehr froh darüber, dass sich nach der anfänglichen Aufgeregtheit eine wirklich sachliche und konstruktive Diskussion entwickelt hat. Ich habe auch landauf, landab beobachten können, dass für uns jede Stimme von Bedeutung ist. Alle haben das Recht, sich bei diesem Thema einzubringen. Ich halte das für gelebte Demokratie und bedanke mich wirklich bei allen, die sich hier konstruktiv zu Wort gemeldet haben. Das waren zum Beispiel Institutionen wie die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammer, der Gemeindetag, der Städtetag, der Landkreistag und viele Kommunalpolitiker. Ich spreche zum Beispiel von dem Oberpfalzrat aus Regensburg, der gegründet wurde. Eine Gruppe von

Deggendorfern wird demnächst die Ergebnisse ihrer Initiative "Aufbruch jetzt!" in Niederbayern präsentieren. Es ist also richtig was in Gang gekommen. Hier im Landtag ist erst vor Kurzem im Wirtschaftsausschuss mit Professor Henzler ganz intensiv über die Zukunft unserer ländlichen Räume diskutiert worden. Diese Diskussion ist wertvoll und wichtig; denn sie dient dazu herauszufinden, wo wir zurzeit stehen, wohin sich Bayern entwickeln will und was wir dazu beitragen können, dass es sich um eine positive Entwicklung handelt.

Zunächst komme ich auf das Papier zurück, um das es eigentlich geht. Ich gehe davon aus, dass Sie das ebenso wie ich genau studiert haben, insbesondere den Einzelbericht "Metropolregionen und ländlicher Raum". Aus meiner Sicht ist das eine absolut ehrliche und auch fundierte Analyse. Ich halte die Empfehlungen zur vertikalen und horizontalen Verflechtung und auch zur Anbindung und zur Zusammenarbeit für absolut plausibel. Ich finde auch den gewählten Ansatz hoch interessant, mit einem gewichteten Faktor, einem zusammengesetzten Index aus Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität die drei denkbaren Modelle durchzuspielen: Entweder alles Geld in die Metropolregion oder alles Geld ins Land oder alles Geld in eine kluge Kombination mit einer Vernetzung von beidem. Das Ergebnis war eindeutig. Als beste Lösung ist, völlig unabhängig von der konkreten Umsetzung, herausgekommen, dass die richtige Strategie darin besteht, die Vernetzung der Stärken und der Zusammenarbeit von Metropolregionen und ländlichem Raum zu intensivieren. Diese Aussage teile ich absolut. Das Gutachten ist es durchaus wert, dass man sich ernsthaft damit auseinandersetzt, ohne, wie ich an dieser Stelle betone, jedes Komma und jede einzelne Schlussfolgerung 1:1 übernehmen zu müssen.

Das tun wir in den Ministerien, im Ministerrat und im Kabinettsausschuss. Gerade im Kabinettsausschuss kommen wir sehr häufig darauf zu sprechen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat Ende des vergangenen Jahres den Kabinettsausschuss zum ländlichen Raum ins Leben gerufen. Wir rufen ausdrücklich alle Bürger dazu auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Das Wort vom "Mitmachland Bayern" ist wirklich ernst gemeint. Uns allen muss klar sein, dass die Aufgaben, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, nicht nur zentral von München aus gelöst werden können. Die Staatsregierung ist auf die guten Ideen und das Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Wir können die Aufgabe nur gemeinsam bewältigen, zum Beispiel im Kabinettsausschuss, indem wir die Ideen, die in den Regionen geboren wurden, aufgreifen und unterstützen. Dafür brauchen wir einen offenen und ehrlichen Dialog.

Ergebnis dieses Kabinettsausschusses ist, dass wir mit einem Aktionsplan mit ganz konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für die Regionen bis Ende dieses Jahres an die Öffentlichkeit treten und den Landtag darüber informieren wollen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir es gemeinsam schaffen werden, die beste Strategie für die Zukunft Bayerns zu entwickeln, für Stadt und Land, für urbi et orbi.

An dieser Stelle möchte ich klarmachen, dass zu trennen ist zwischen dem, was im Gutachten des Zukunftsrats drin steht, und zwischen dem, wozu sich die Bayerische Staatsregierung politisch klar bekennt. Am Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land rüttelt niemand. Es geht nicht um gleichartige Lebensverhältnisse, sondern für uns steht die Gleichwertigkeit im Mittelpunkt. Auch die Wahrung gleicher Chancen auf dem Land ist uns eine echte Herzensangelegenheit.

An dieser Stelle möchte ich auch einfließen lassen, dass Shanghai, Mumbai oder Tokio nicht unsere landesplanerischen Vorbilder sind. Solche Megacities sind mir ein Graus. Ganz im Gegenteil, wir wollen ganz bewusst unsere historisch gewachsene Struktur aus großen und kleinen Städten und den ländlichen Räumen bewahren. Es gibt viele Gegenden in der Welt, die uns um diese noch intakte Struktur beneiden.

Unsere Regierung steht für Chancen, Fortschritt und Lebensqualität überall in Bayern, von Aschaffenburg bis Berchtesgaden, von Lindau bis Waldsassen, und natürlich auch in Nürnberg und in München. Deshalb investieren wir seit Jahrzehnten auch erheblich in die ländlichen Räume. Ich erinnere an die großen Anstrengungen zur Verkehrsinfrastruktur, wobei man nie genug machen kann; es gibt immer noch Möglichkeiten, mehr zu machen. Ich erinnere an die Hochschullandschaft, an die Universitäten und Fachhochschulen in den ländlichen Räumen. Gerade Niederbayern scheint mir dafür ein sehr gutes Beispiel zu sein. Die öffentliche Verwaltung wird in letzter Zeit immer häufiger daraufhin betrachtet, ob Behörden auch an Standorten platziert werden könnten, die es ganz besonders nötig haben. Behördenverlagerungen, zum Beispiel nach Wunsiedel und Hof, haben wir bereits vollzogen.

Wir investieren in Kommunen wie kein anderes Bundesland. Städtebauförderung, Infrastrukturförderung oder Finanzausgleich sind in einem Maße vorhanden, wie es sich viele andere Bundesländer, die zum Teil auch rot-grün regiert sind, nicht träumen lassen. Die örtliche Wirtschaft erfährt ebenfalls Unterstützung durch regionale Wirtschaftsförderung, Mittelstandskre-

ditprogramme und die Unterstützung von Ansiedlungen.

Die Devise, wie es in der Zeitung Anfang dieses Jahres zu lesen war, kann nicht lauten: Großstädte gegen den Rest von Bayern. Man muss ja auch nicht alles glauben, was in der Zeitung steht.

(Alexander König (CSU): Oder ihr zugetragen wurde!)

Unsere Devise lautet anders. Bei uns in Bayern gilt uneingeschränkt: Stadt und Land gehen Hand in Hand. Um die Ernsthaftigkeit dieser Devise zu unterstreichen, soll die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im ländlichen Raum, auch wenn das von manchem nur als symbolisch verstanden wird, nach Vorschlag unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer in der bayerischen Verfassung verankert werden. Angesichts der Globalisierung und des rasanten Wandels der Lebensverhältnisse der Menschen wollen wir unsere gemeinsamen Werte in unserem Zusammenleben stärken und uns darauf fixieren. Ich glaube, jetzt ist ein guter Zeitpunkt, an die Sache heranzugehen und unsere Verfassung fortzuschreiben. Ich lade Sie alle aus allen Fraktionen dazu ein, an den Formulierungen dessen, was uns wichtig ist, mitzuwirken. Wir sollten das also gemeinsam machen.

Ich sprach schon davon, dass dies nur eines von vier Themen gewesen ist, die sich der Zukunftsrat vorgenommen hat. Die anderen drei Themen will ich nur ganz kurz streifen.

Drei weitere Teilberichte enthalten viele gute Vorschläge zu den Themen "Vereinbarkeit von Familie und Beruf", "bürgerschaftliches Engagement", "Stärkung und Verzahnung von Wirtschaft und Gesellschaft", "Internationalisierung unserer Hochschulen" und - da haben wir alle miteinander hier in Deutschland ein Defizit - "Motivierung unserer Leistungsträger in der Gesellschaft". Bezüglich des letztgenannten Themas haben wir Nachholbedarf; da sind andere Länder anders aufgestellt.

Wir nehmen die Impulse, die von den Ausführungen ausgingen, in unsere Politik auf. Eigentlich spreche ich hier über etwas, was Ihnen seit drei Monaten schriftlich vorliegt. Wir haben uns zu diesen Dingen mit einer umfangreichen Bewertung bereits vor drei Monaten geäußert.

Summa summarum: Wir belassen es nicht bei Worten, wir handeln tatsächlich. Unser Motto "Aufbruch Bayern" ist ein Investment in die Megatrends der Zukunft. Mit "Aufbruch Bayern" wollen wir durch Investitionsschwerpunkte in Familie, Bildung und Innovation in Stadt und Land Bayern voranbringen. Wir gestalten

den Aufbruch in ganz Bayern. Wir fördern ein qualitatives, nachhaltiges Wachstum überall im Land.

So schaffen wir es, dass Bayern in all seinen Regionen ein Land der Ideen und der neuen Technologien bleibt. Die heute dargestellte Wende in der Energiepolitik bietet dafür ganz neue Ansätze und vielfältige Möglichkeiten.

Bayern soll ein Land bleiben, in dem die Menschen zusammenarbeiten und zusammenhalten, egal, wo sie wohnen, in der Stadt oder im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Damit eröffne ich die Aussprache. Im Ältestenrat wurde dazu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der erste Redner ist Herr Kollege Mütze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich muss schon sagen, ich bin ein bisschen enttäuscht. Ich bin von Ihnen Besseres gewöhnt.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Ich denke, das empfinden wir alle so. Es wäre dem Thema angemessener gewesen - gerade angesichts dessen, dass Sie selber gesagt haben, diese Rede hätten Sie schon seit drei Monaten auf dem Tisch liegen gehabt -, wenn Sie anders gesprochen hätten. Ich hatte jedenfalls mehr erwartet.

Ohne dass der Landtag - damit spreche ich jetzt alle Kolleginnen und Kollegen an, die hier sitzen, manche aus entfernten Regionen mehr als andere - das eingefordert hätte, hätte es diese Debatte hier niemals gegeben, Herr Minister. Ich finde es, gelinde gesagt, eine Frechheit, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Ich lade alle ein; beteiligt euch an der Debatte. Ohne dass der Landtag das eingefordert hätte, hätte es diese Debatte nie gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will das begründen. Der Bericht des Zukunftsrats wurde von der Staatsregierung angefordert. Es war kein Bericht, den der Landtag in Auftrag gegeben hätte. Aufgrund des Ergebnisses des Berichts vermutete ich, dass er normalerweise in der Schublade verschwunden wäre, wenn nicht niederbayerische Aufklärer oder Wahrheitssucher und eine bestimmte niederbayerische Zeitung aufgestanden wären, die gesagt haben: Guckt doch einmal, was da steht und was uns da empfohlen wird!; da steht doch, dass wir gar nicht mehr zu Bayern gehören, sondern uns nach Österreich orientieren sollten.

Diese Debatte ist geführt worden. Ich zeige Ihnen gern die Karte im Bericht des Zukunftsrats. Darauf sind deutliche Pfeile zu sehen. Auch Sie werden sie bemerken. Da gibt es einen Pfeil nach Österreich, einen Pfeil nach Thüringen, einen nach Sachsen und einen nach Frankfurt. Das wollen wir nicht schönreden.

Der Bericht war nicht für uns hier vorgesehen. Wenn wir den Bericht hier nicht herangezogen hätten, würden wir heute nicht über ihn reden. Wenn es die öffentliche Debatte nicht gegeben hätte, Herr Minister, nämlich die zum Teil polarisierende Debatte, dann hätte - das ist etwas Gutes; da ziehe ich jetzt etwas aus meiner Rede vor - das Engagement, das sich in den Regionen gebildet hat, nicht so stattgefunden. IHK, Handwerkskammern, Abgeordnete vor Ort und alle vor Ort Engagierten haben sich zusammengetan und gesagt: Unsere Region soll irgendwo im Nirwana verschwinden; was können wir tun, um unsere Region zu stärken? Das ist an dem Bericht des Zukunftsrats sehr positiv. Auch andere Dinge darin sind positiv.

Herr Minister, Sie haben gesagt, in dem Bericht seien viele Themen angeschnitten worden, die in der Öffentlichkeit gar nicht debattiert worden sind. Es handelt sich ja um vier Bereiche: zukunftsfähige Gesellschaft, Metropolregion versus ländlicher Raum, Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschule, Leistungsträger und Eliten. Ich möchte zu allen vier Punkten etwas sagen.

Über Leistungsträger und Eliten kann ich am schnellsten etwas sagen. Nicht durch Reden, sondern durch Handeln wird man zum Leistungsträger. Das ist das eine. Eliten zeichnen sich nicht dadurch aus, dass sie Villen am Starnberger See und einen X5 vor der Tür haben. Ansonsten wird hier auch noch von steuerlichen Erleichterungen gesprochen; ich denke, in dieser Hinsicht fahren die Eliten in Deutschland ganz gut.

Dann zur Internationalisierung der Hochschulen. Dieses Thema klingt immer gut. Wenn ich es richtig verstehe, bedeutet dies doch, dass bayerische Universitäten und Fachhochschulen international konkurrenzfähig sein sollen. So denke ich es jedenfalls. Wettbewerb kostet Geld. Auch Wettbewerb um die besten Köpfe kostet Geld. In Ihrer Antwort lese ich: Die 65 Millionen Euro, die der Zukunftsrat für die Internationalisierung einfordert, gibt es nicht. Dieses Geld für den Wettbewerb haben wir also nicht.

Es gibt schöne Worte. Wir wollen mehr ausländische Studierende haben. Wir wollen mehr ausländische Professorinnen und Professoren zu uns holen. Wir wollen mehr Qualität aus dem Ausland zu uns holen. Aber wie will man denn bei einer durchschnittlichen

Betreuungsrelation von 1 : 50 - das gilt für Deutschland, aber auch für Bayern - attraktiv sein, ohne mehr Geld für die Betreuung aufzuwenden? Wie will man denn attraktiv sein, wenn bei der Eidgenössischen Technischen Hochschule - ETH - in Zürich ein Betreuungsschlüssel von 1 : 35 gilt und auch mit den Universitäten in Harvard und Stanford, wo man einen Schlüssel von 1 : 25 hat, konkurriert werden soll?

Da liegt vor der Staatsregierung ein langer Weg. Ohne Geld wird es nicht gehen. Woher sollen die Universitäten das Geld nehmen, wenn sie sogar in der Grundfinanzierung, also in dem, was sie sonst kriegen, sinkende Haushaltsansätze haben?

"Internationalisierung der Hochschulen" klingt gut. Der Zukunftsrat hat sie vorgeschlagen. Aber sofort wurde sie von der Staatsregierung ausgebremst.

Von der CSU habe ich auch nichts gehört, als es darum ging, die Hürden für die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - ich meine die Fachkräfte - zu senken. Von der CSU im Bundestag habe ich gehört, die Senkung der Einkommensgrenze auf 40.000 Euro sei mit der CSU nicht zu machen. Wenn es also um die Öffnung Deutschlands für ausländische Fachkräfte geht, bremst die CSU im Bund immer noch. Eine Willkommenskultur sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe ein bisschen Zeit, da kann ich auch etwas trinken.

(Alexander König (CSU): Sehr zum Wohl, Herr Kollege!)

Ich werde Sie auch noch loben, Herr König. Bleiben Sie da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der für mich interessanteste Punkt ist die zukunftsfähige Gesellschaft. Hier werden klar und deutlich Herausforderungen an unsere Gesellschaft aufgezeigt: Klimawandel, Rohstoffknappheit und demografischer Wandel in den Regionen. Die Antwort der Staatsregierung darauf lautet - ich zitiere aus der Antwort: Sie will ein "Wachstum, das Belastungen für die Menschen und Schäden an der Umwelt gering hält, soziale Sicherheit ermöglicht und Wohlstand sichert." Das ist die Antwort der Staatsregierung auf Klimawandel, Rohstoffknappheit und demografischen Wandel. Das ist der Wachstumsbegriff, den Sie nachhaltig und qualitativ nennen. Das ist Ihre Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass Sie Schäden an der Umwelt und Belastungen für die

Menschen gering halten wollen, anstatt diese zu vermeiden. Vielleicht sollten Sie noch einmal Textexegeese betreiben. "Vermeiden" klingt besser und ist nachhaltiger als die "Belastungen gering halten". Vielleicht müssen Sie bei der Interpretation von Nachhaltigkeit noch einmal nachschauen.

Die Schwächen in der Antwort, die offensichtlich sind, überdecken nicht die guten Vorschläge, die der Zukunftsrat zu diesem Punkt gemacht hat. Beispiele dafür sind der Ausbau der Kinderbetreuung, der Ausbau der Ganztagschule, die Integration von Migrantinnen und Migranten und die kostenfreie Vorschul- und Schulbildung. Zur Hochschulbildung hat es nicht ganz gereicht. Das sind die Vorschläge des Zukunftsrats. Die Antwort der Staatsregierung ist so ähnlich wie ein Abgelehnt-Stempel aus dem Amt: Sie werden überprüfen, inwieweit neue politische Initiativen notwendig und möglich sind. Das hört sich für mich so an: Das haben wir schon immer so gemacht, da brauchen wir nichts Neues zu machen. Das wird doch sehr deutlich.

(Alexander König (CSU): Es waren keine neuen Vorschläge!)

Herr Minister Huber, die Antwort darauf kann doch nur lauten: Wenn Sie am Arbeitsmarkt - ich nenne als Beispiel nur den Arbeitsmarkt - vor dem demografischen Wandel bestehen wollen, brauchen Sie die Frauen, die dank der Kinderbetreuung und der Ganztagschule endlich wieder in Arbeit kommen können; dann brauchen Sie die Migrantinnen und Migranten, die Ihnen die fehlenden Fachkräfte ersetzen; und dann brauchen Sie auch die Schulabgänger ohne Abschluss, die Sie bis jetzt in eine ungewisse Zukunft geschickt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da müssen Sie Maßnahmen ergreifen. Eine Prüfung, ob irgendetwas notwendig oder möglich ist, reicht nicht. Diese Maßnahmen sind ein Muss und meiner Meinung nach alternativlos, auch wenn man dieses Wort nicht mehr gerne hört.

Ich komme zum letzten Punkt, zu den Metropolregionen und zum ländlichen Raum. Hier hat sich der Zukunftsrat völlig vergaloppiert.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Das ist unsere Meinung und auch die Meinung vieler anderer Kolleginnen und Kollegen. Ich nenne den Kollegen Huber aus Niederbayern und den Kollegen König aus Oberfranken, die auch massiv geworden sind. Kollege Bocklet hat ein bisschen länger gewartet, um sich zu äußern. Er ist erst gestern aktiv gewor-

den und hat noch einmal nachgelegt und gesagt, dass dies nicht der richtige Weg sein kann.

"München wird Bayern", so lautete der Spruch, die erfolgreiche Metropolregion München als Vorbild für ganz Bayern, und ganz Bayern soll diesem Vorbild folgen. Die Metropolen sollten mehr gefördert werden. Es sollten Verdichtungsräume geschaffen werden und Räume, in denen sich die geplagten Menschen, die in Metropolen und Verdichtungsräumen leben, erholen können. Es sollen sozusagen Erholungsräume geschaffen werden, die wirtschaftlich aber eine geringere Rolle spielen. Ich habe sie schon genannt: Nordbayern, Niederbayern und das westliche Unterfranken. Dass die Verbitterung und die Empörung in diesen Regionen groß waren, können Sie nachvollziehen. Dieser Dampf hat sich jetzt gelegt. Interessant ist aber, dass gleichwertige Lebensverhältnisse - ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie das noch einmal gesagt haben - keine Region in Bayern ausschließen. Wir reden von gleichwertig und nicht von gleich. In der Definition sind wir uns einig.

Sie haben das, was danach in Gang gekommen ist, ein Schwungrad genannt. Das war aber auch nötig. Die Regionen haben sich selbst ihrer Stärken vergewissert, die sie sehr wohl haben. Sie haben sich auf den Weg gemacht. Sie haben ein paar Initiativen genannt, die auf den Weg gebracht wurden, um dem schleichenden Trend des demografischen Wandels, von dem auch die Regionen, die genannt wurden, betroffen sind, zu begegnen. Dafür brauchen Sie uns im Landtag und die Staatsregierung; denn alleine können das die Regionen nicht schaffen. Alleine kann es keine Region schaffen; denn es fehlt ihr erst einmal an Mitteln, dann an der ideellen Unterstützung, und schließlich fehlt in manchen Regionen vielleicht auch das Bewusstsein, dass man überhaupt vom demografischen Wandel betroffen ist.

Herr Minister, ich bin davon enttäuscht, dass Sie Ihren Bericht, der vor längerer Zeit so verfasst wurde, hier nur vorgelesen haben, dass es aber keinen Schritt weitergeht, dass aus dem Kabinettsausschuss oder aus dem Staatssekretärsausschuss nichts kommt. Der Staatssekretärsausschuss hat noch nicht einmal Finanzmittel zur Verfügung. Wenn die Mitglieder im Staatssekretärsausschuss Ideen haben - davon gehe ich aus; denn es sind kompetente Menschen -, müssen sie diese doch auch verwirklichen können. Davon höre ich nichts. Aus dem Kabinettsausschuss höre ich auch nichts. Ich höre nur, dass er tagt. Sie sagen, wir werden ein Konzept auf den Weg bringen.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Ende des Jahres liegt es vor!)

Darauf sind wir sehr gespannt, Herr Minister. "Wichtig ist, was hinten herauskommt." Das hat schon einmal ein etwas korpulenterer Mann als ich gesagt. Daran fehlt es uns definitiv. Wir im Landtag haben schon begonnen. Wir haben die Anhörung zum ländlichen Raum durchgeführt. Ich weiß nicht, ob die Kollegen der CSU meine Einschätzung teilen, aber ich meine, bei dieser Anhörung ist sehr deutlich geworden, dass wir eine Zusammenführung der Fördermittel brauchen. Es kann nicht mehr mit der Gießkanne gehen. Das wurde explizit so gesagt. Wir können nicht mehr mit der Gießkanne in den Regionen herumgehen, um jeden und jede zu bedienen. Wir müssen gezielt fördern. Wir müssen miteinander fördern. Sehr deutlich wurde gesagt, dass die Ministerien nicht miteinander, sondern gegeneinander arbeiten. Ein Minister, der wie Sie über allem steht, sollte das bedenken.

Es kann nicht sein, dass zum Beispiel die Mittel der Städtebauförderung und die Fördermittel für die Dorferneuerung nicht gemeinsam abgerufen werden können, weil sie sich gegenseitig ausschließen. Wenn wir die Mittel zusammenpacken und wenn wir richtig fördern wollen, muss es möglich sein, solche Mittel auch zusammenzugeben.

Fragen werden auf uns zukommen! Ich hoffe, dass wir auf diese Fragen auch Antworten finden. Wie gehen wir in Zukunft mit der Infrastruktur um? Das beste Beispiel dafür sind die Kanäle. Wir haben bei der Wasserversorgung einen Anschlussgrad von 95 % und bei der Abwasserentsorgung einen Anschlussgrad von 98 %. Wenn immer weniger Leute in der Region leben, müssen wir wissen, wie wir mit den Kanälen umgehen. Wir müssen die Kanäle mit Wasser spülen. Wir müssen die Kanäle in irgendeiner Form am Leben halten. Wie soll das funktionieren? Wie soll das finanziert werden, wenn wir weiter so agieren wie bisher, nämlich über die Beiträge? Wir müssen entweder von der Beitragsfinanzierung wegkommen, oder wir müssen aufhören, auch noch den letzten Weiler und den letzten Hof an die Kanalisation anzuschließen. Hier müssen wir flexibler werden.

(Albert Füracker (CSU): Das ist ein alter Hut!)

- Ein alter Hut? Ich sage Ihnen, wie der alte Hut im Haushaltsausschuss behandelt wird. Dort wird jeder Antrag dazu abgelehnt, lieber Kollege. Das ist der alte Hut. So sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der alte Hut liegt herum, wird aber nicht aufgesetzt.

(Albert Füracker (CSU): Haben Sie schon einmal Kommunalpolitik gemacht?)

- Sicher! Vierzehn Jahre lang, aber nicht in einer so kleinen Gemeinde wie Ihrer, sondern in einer größeren Stadt, wo die Kanalisation auch an den Stadträndern auch noch in Zukunft funktioniert.

Ein zweites Beispiel ist die Breitbandversorgung. Herr Minister, hier reicht es nicht, zu sagen, wir machen das, und das eine Megabit muss reichen. Sie wissen genauso wie wir, dass die Glasfasertechnik oder LTE, was jetzt kommt, notwendig sind. Ich rede jetzt einmal von der Glasfaserverkabelung. Sie ist bei den immer größeren Datenmengen, die über das Internet verschickt werden, notwendig. Wir brauchen die Glasfaserverkabelung. Ich weiß, was sie kostet. Ich weiß, dass der Freistaat dies sicher nicht alleine stemmen kann und dass die Glasfaserverkabelung auch nicht bis in die letzte Ecke Bayerns verlegt werden kann. Wir müssen aber zumindest das Ziel haben, die Glasfaserverkabelung zu stemmen. Die Kosten in Höhe von 12 Milliarden Euro - wir haben sie einmal geschätzt - sind auch nicht im nächsten Jahr zu stemmen. Das ist ein langer Prozess. Das ist uns bewusst. Diesen Weg muss Bayern jedoch gehen, um wirklich gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Es geht weiter. Wie organisieren wir den Verkehr? Was ist das Rückgrat des Verkehrs im ländlichen Raum? Ist es die Bahn? Soll es die Straße sein? Wie wird der ÖPNV weiterentwickelt werden? Wie wird das vor sich gehen? Mich würde interessieren, wo sich die Staatsregierung ihre Expertise holt. Wo bildet sie sich fort, wenn sie sich diese Fragen stellt? - Ich könnte mir vorstellen, dass in Skandinavien gute Antworten zu finden sind. Diese Länder arbeiten schon lange mit wenigen Menschen auf einer großen Fläche. Sie müssen sich dieser Investition und dieser Infrastruktur ebenfalls stellen. Bei einer ganz wichtigen Frage ist Kollege Huber - gerade sehe ich ihn nicht - vorgestoßen, nämlich: Wie organisieren wir das vor Ort? Wie organisieren wir den Kampf gegen den demografischen Wandel im ländlichen Raum? Wer macht das? Wer hilft dabei? Sollen das die Regionale Planungsverbände sein, die wir kennen, mit den Bürgermeistern, den Landräten und Oberbürgermeistern? Brauchen wir ein neues Gremium? Wir könnten die Regionalen Planungsverbände auch stärken. Hierzu erwarten wir ebenfalls Antworten.

Nicht zu vergessen: Sie haben gesagt, Sie wollten die Städte und Metropolregionen nicht gegen den ländlichen Raum ausspielen. Das ist ganz wichtig. Der demografische Wandel zeigt, dass wir ein ganz interessantes Land sind. Wir haben Bevölkerungswachstum, jedoch trotzdem Verluste in einzelnen Regionen. Diese Verluste werden in der Metropolregion wieder generiert. Das bedeutet, wir wachsen aus uns selber. Die Menschen aus Hof oder Weiden ziehen nicht

nach Frankfurt oder Hannover, sondern in die Metropolregionen München oder Nürnberg und sorgen dort für ein Bevölkerungswachstum. Wie gehen wir damit um? Lassen wir die beiden Metropolregionen damit alleine? Wir könnten sagen: Ihr müsst halt schauen. Ihr seid doch potent genug. Wir könnten diese Metropolregionen auch unterstützen, da diese große Probleme haben, ihre Infrastruktur und den Wohnungsmarkt zu erweitern. Wenn ein Haus in Hof 100.000 Euro und dasselbe Haus in München 500.000 Euro kostet, sind das keine gleichwertigen Lebensverhältnisse. Das muss uns bewusst sein. Daran müssen wir arbeiten. Für normale Menschen muss es möglich sein, in einer Metropolregion wie München Wohnraum zu erwerben.

Das gehört dazu, um ein gegenseitiges Ausspielen der Regionen zu vermeiden. Das muss unsere Aufgabe sein. Wir wollen für ganz Bayern arbeiten, nicht nur für den ländlichen Raum oder den städtischen Siedlungsraum. Das kann nicht das Ziel sein.

Herr Minister, ich bin froh, dass wir heute darüber reden. Ich bin gespannt, was die Kollegen noch ergänzen werden. Ich bin gespannt, welches Konzept die Staatsregierung am Ende vorlegen wird. Sie können sicher sein, dass wir Ihr Konzept mit unseren eigenen Vorschlägen noch ergänzen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege König für die CSU.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über das sogenannte Gutachten des Zukunftsrates ist schon viel diskutiert worden. Das Gutachten hat schon viel Aufregung verursacht. Wenn man das Gutachten und anschließend die Stellungnahme der Staatsregierung zu den Empfehlungen des Gutachtens des Zukunftsrates liest, kann man zu der Überzeugung gelangen, dass wir heute in Bayern nichts verloren hätten, wenn es das Gutachten nicht gegeben hätte.

Ich drücke mich ganz vorsichtig aus. Eines steht fest: Ein Teil des Gutachtens, das über die "Passauer Neue Presse" das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, hat mehr Irritationen bewirkt als positive Anstöße. Das entnehme ich ebenfalls der Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Gutachten selbst. Verehrter Herr Kollege Mütze, das Positivste an der ganzen Angelegenheit ist die Tatsache, dass - ohne Absicht - enorme Diskussionen in den Regionen in vielen Teilen Bayerns angestoßen worden sind. Menschen, Institutionen und Parteien haben sich aufgefordert gefühlt, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Vor allem - das ist das Positivste - haben sie sich überlegt: Was können wir selber tun? Welche Unterstützung benötigen wir, um unsere Regionen nach vorne zu bringen?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist der Mehrwert, von dem Staatsminister Huber gesprochen hat. Am Ende war das Gutachten tatsächlich nicht völlig nutzlos.

Unter der Überschrift "Zukunftsfähige Gesellschaft durch Mentalitätswandel und Strukturreformen" werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen, die Integration von Migranten, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung der Bildung und die Erhöhung der Qualitätsstandards thematisiert. Außerdem wird darin vorgeschlagen, Pilotprojekte ins Leben zu rufen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte niemandem zu nahe treten, aber etwas wirklich Neues war für mich nicht dabei. Vielmehr stelle ich fest - auch im Sinne der Staatsregierung -, dass all diese Themenfelder in hervorragender Weise von der Staatsregierung und den sie tragenden Parteien CSU und FDP seit Jahr und Tag vorangebracht werden. Das brauche ich im Einzelnen nicht darzulegen. Deshalb hat die Staatsregierung in ihrer Stellungnahme ausgeführt, es handle sich um wichtige Ansätze. Das war sehr diplomatisch. Anders erwarte ich es auch nicht von der Staatsregierung. Es handelt sich um wichtige Ansätze - das ist richtig.

Außerdem hat die Staatsregierung zu diesem Abschnitt angemerkt, dass das dort geforderte Menschenbild, das zur Freiheit, Verantwortung und selbständigem Handeln führen solle, das Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft sei. Dieses Menschenbild wird von der Bayerischen Staatsregierung und von uns gefördert. Auch das ist richtig. Gleichzeitig hat die Staatsregierung klare Absagen erteilt. Die aufgeführten Forderungen im bereits erwähnten Abschnitt des Gutachtens und insbesondere die Bevorzugung einzelner Rechtsformen wie die Rechtsform der Genossenschaft sind von der Staatsregierung kritisiert worden. Die Staatsregierung ist der Ansicht, alle Rechtsformen stünden nebeneinander. Bei der Ausgestaltung unserer Gesellschaft haben alle Rechtsformen ihre Berechtigung. Der Forderung nach öffentlichen Beschäftigungssektoren im kommunalen Bereich wurde ebenfalls seitens der Staatsregierung eine klare Absage erteilt. Unterm Strich ist in diesem Abschnitt nicht viel Neues für uns herausgekommen.

Zu dem Abschnitt "Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen" wird mein Kollege Bernd

Sibler noch Stellung nehmen. Im Abschnitt vier "Leistungsträger der Gesellschaft, Eliten und Lokomotivfunktionen" stehen bekannte Wahrheiten: Die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist selbstverständlich die Grundlage unseres Wohlstandes. Ja, das ist richtig. Das sieht auch die Staatsregierung so. Das kann ich der Stellungnahme entnehmen. Selbstverständlich müssen ebenfalls die Rahmenbedingungen positiv verändert werden. Das ist selbstverständlich richtig.

Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft soll bereits bei der Erziehung der Kinder gestärkt werden. Das ist alles richtig. Das sind die bekannten Themen und Herausforderungen, mit denen wir uns auseinandersetzen: Ausbau der Ganztagschulen und die Würdigung der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen. Der Staatsminister und die Staatsregierung setzen dies in besonderer Weise um. Deshalb ist die Schlussfolgerung der Staatsregierung, dass die Empfehlungen des Zukunftsrates zu begrüßen seien, selbstverständlich richtig. Ich möchte niemandem persönlich nahetreten, jedoch hat es keine neuen Erkenntnisse gegeben.

Der Abschnitt "Metropolregionen und ländlicher Raum" hat als einziger das Licht der Öffentlichkeit erblickt und dort große Diskussionen ausgelöst. Dazu hat die Staatsregierung sehr deutlich Stellung genommen. Herr Staatsminister Dr. Huber, dafür danke ich Ihnen sehr herzlich. Die Staatsregierung setzt genau wie die CSU und die FDP auf die Drei-Säulen-Strategie, bei der es sich letztendlich um eine Strategie handelt, nämlich die bestmögliche Förderung und Entwicklung des Landes, das unterschiedliche Voraussetzungen aufgrund der einzelnen Landesteile mitbringt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So handeln wir seit Jahr und Tag. Das ist einer der Gründe für die positive Entwicklung Bayerns seit Jahrzehnten. Daran halten wir selbstverständlich fest.

Ich will zu diesem Themenkreis nicht im Einzelnen ausführen, sondern verweise ausdrücklich auf meinen Redebeitrag in der Plenarsitzung am 2. Februar 2011. Ich füge hinzu: Die Aussagen der Staatsregierung in ihrer Stellungnahme zu diesem Abschnitt sind seitens der CSU-Fraktion ausdrücklich zu begrüßen, insbesondere wenn es dort heißt - ich zitiere -:

Eine Beschränkung der staatlichen Mittel auf einige wenige Leistungszentren entspricht nicht den bayerischen Gegebenheiten und wird nicht Leitbild unserer Raumordnungs- und Strukturpolitik sein.

Sehr richtig, Herr Staatsminister! So sehen wir das auch.

In der Stellungnahme heißt es weiter:

Die Staatsregierung wird auch künftig die peripheren und strukturschwächeren Regionen Bayerns als lebens- und lebenswerte Heimat für die junge Generation erhalten und einer drohenden Abwanderung durch Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, insbesondere mithilfe der Landesentwicklung und der regionalen Strukturpolitik, entgegenwirken.

So ist es richtig, Herr Staatsminister.

Der Zukunftsrat hat in weiten Teilen dieses Abschnitts - ich drücke mich wiederum vorsichtig aus - sehr geirrt; Kollege Schöffel wird dazu noch Stellung nehmen. Der Zukunftsrat ist zum Teil von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen. Er sah sich offensichtlich nicht in der Lage, alle Landesteile mit ihren spezifischen Gegebenheiten und unterschiedlichen Voraussetzungen, aber auch mit ihren Stärken zunächst einmal zu erfassen. Das aber wäre Grundvoraussetzung gewesen, wenn man richtige Schlussfolgerungen hätte ziehen wollen. In diesem Teil ist das leider misslungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Von daher überrascht es wohl niemanden, dass die Staatsregierung weiterhin das tun wird, was sie tun kann, damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Freistaates entstehen. Herr Kollege Mütze, dieser Punkt war auch schon Gegenstand von Anhörungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Was das angeht, besteht wohl Übereinstimmung über Parteigrenzen hinweg. Der Bereich der öffentlichen Arbeitsplätze hat besondere Bedeutung. Insoweit ist die Staatsregierung seit Jahren in hervorragender Weise tätig; vor einigen Tagen habe ich wieder positive Verlautbarungen des Finanzministers vernommen.

Auch bei anderen Themenkreisen wird die Handschrift der CSU erkennbar: Stärkung von Hilfe zur Selbsthilfe; Sicherung einer finanziellen Grundaussstattung für die Kommunen, damit sie handlungsfähig bleiben und Probleme selbst angehen können; Aufrechterhaltung von Fördermaßnahmen, namentlich der Städtebauförderung und der Förderung der Dorferneuerung; Schaffung solcher Rahmenbedingungen, dass die ärztliche Versorgung im gesamten Land aufrechterhalten werden kann. Das ist Politik "Marke CSU" seit vielen Jahren. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Die Damen und Herren, die Personen, die den entsprechenden Abschnitt des Gutachtens geschrieben haben, haben das leider verkannt.

Kolleginnen und Kollegen, einige Teile des Gutachtens enthalten sicherlich wichtige Hinweise. Ich will mich insoweit den Aussagen des Herrn Staatsministers anschließen. Aber nicht alles, was in dem Gutachten steht, ist neu - um es vorsichtig auszudrücken. Ein Teil ist ziemlich daneben, sowohl von den Voraussetzungen als auch von den Schlussfolgerungen her. Ich habe jedes Verständnis dafür, dass darüber diskutiert wird; Sie sehen, dass wir alle uns aktiv und konstruktiv beteiligen. Aber irgendwann muss mit der Diskussion Schluss sein. Wir sollten also wieder zur normalen Politik übergehen und die erfolgreiche Politik fortsetzen, die wir seit Jahrzehnten betreiben.

Dabei hoffen wir auf die Unterstützung durch alle Fraktionen; ich rufe sie ausdrücklich dazu auf. Dann werden wir, der Freistaat Bayern, weiterhin unseren hervorragenden Stand in Deutschland - wir stehen ganz vorn in allen Bereichen; davon war heute schon die Rede - halten. Gleichzeitig bietet sich uns die große Chance, die Probleme, die es gibt und die niemand wegdiskutieren will - sie ergeben sich insbesondere aus der demografischen Entwicklung -, anzugehen und zu lösen. Dazu wird der Kabinettsausschuss - der Herr Staatsminister hat es vorhin dazwischengerufen - mit seinen Handlungsempfehlungen zum Jahresende einen weiteren Anstoß geben. - Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege König. - Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst zwei Vorbemerkungen. Meine erste Vorbemerkung bezieht sich auf Staatsminister Marcel Huber, den ich sehr schätze - aus früheren Tagen.

(Heiterkeit bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Minister, wenn die Verbände und die Bevölkerung draußen, gewissermaßen "urbi et orbi", Ihre Ausführungen so vernommen hätten, dann hätte es mit Sicherheit nicht die Aufregung gegeben, die es nach der Vorlage des Bericht des Zukunftsrates gegeben hat. Darüber hätte sich niemand aufgeregt. Aber so ist es nicht gekommen. Der Zukunftsrat, auf dessen Empfehlungen ich noch eingehen möchte, hat nämlich etwas ganz anderes gesagt.

Zweite Vorbemerkung: Mit Gutachten haben die Staatsregierung und die CSU wahrlich kein Glück.

(Zurufe von der CSU: Doch!)

- Mit keinem Gutachten, das bisher in Auftrag gegeben worden ist, auch und gerade nicht mit diesem.

Ich muss Herrn Kollegen König beipflichten: An und für sich ist es überflüssig. Es ist meiner Meinung nach nicht wissenschaftlich. Viele Aspekte, die ohnehin klar sind, werden darin problematisiert. Es ist mit Sicherheit das Geld nicht wert.

Aber - jetzt kommt der entscheidende Punkt - mit seinen Ausführungen zur Zukunft von Metropolregionen und ländlichem Raum ist es gefährlich. Ich werde versuchen, das zu verdeutlichen.

Zunächst ein Zitat:

Der Schaden durch die Vorschläge ist so groß, dass er am besten durch die sofortige Auflösung des Zukunftsrates gemildert oder beseitigt werden könnte. Die Pläne sind haarsträubender Blödsinn, der eingestampft gehört.

(Alexander König (CSU): Herr Huber!)

- Genau, Kollege König, das ist nicht die Aussage eines Oppositionspolitikers, sondern die Aussage des ehemaligen Wirtschaftsministers, also nicht irgendeines CSU-Abgeordneten. "Haarsträubender Blödsinn" - diese Aussage hat der ehemalige Wirtschaftsminister Erwin Huber getätigt. Ich kann mich dem voll anschließen.

Gestern haben wir das vom Landtagsvizepräsidenten Reinhold Bocklet präsentierte Gutachten des Wissenschaftlers Reinhard Paesler von der LMU bekommen. Herr Kollege König, das ist aktuell. Deswegen kann aber die Sache mit dem Zukunftsrat nicht irgendwie beiseite geschoben werden.

Der Wissenschaftler - sicherlich kein Anhänger der SPD; ich drücke mich vorsichtig aus - kommt zu einer ähnlichen Einschätzung wie Herr Huber, auch wenn er nicht so drastisch formuliert: "Mit einer solchen Politik wird man der Struktur Bayerns nicht gerecht."

Auch dem kann ich mich anschließen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist es nicht eigenartig: Ein ehemaliger Wirtschaftsminister der CSU äußert massive Kritik, und der geschätzte Herr Vizepräsident Bocklet lässt in dieser Sache eine Art Gegengutachten anfertigen. Auch von wissenschaftlicher Seite wird gegen die Empfehlungen des Zukunftsrates Stellung bezogen. Das ist durchaus etwas

Besonderes. Nicht nur die böse Opposition - die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER oder gar die SPD -, sondern auch die eigene CSU kritisiert massiv und ständig dieses Gutachten.

(Alexander König (CSU): Das ist doch unser gutes Recht, Herr Kollege!)

Ich kann es bestätigen: Das Gutachten ist von Grund auf gefährlich und kommt an vielen Stellen zu falschen Schlüssen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Huber, jetzt zur Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung zum Gutachten. Dort heißt es wörtlich: Insgesamt enthält das Gutachten viele gute und interessante Anregungen, die Impulse für die Politik der Staatsregierung geben werden. - Wunderbar! Auf der einen Seite haarsträubender Blödsinn, auf der anderen Seite gute und interessante Anregungen. Beide Aussagen stammen von der CSU. Was ist denn jetzt richtig; wer hat denn recht?

(Alexander König (CSU): Das haben wir doch gerade erläutert, Herr Kollege!)

In der Tat: Aus dem Gutachten kann jeder etwas herauslesen. Ich habe mir das Gutachten mehrere Male angesehen und gründlichst gelesen. Ich muss sagen, dass ich ebenfalls - das macht man eben so - viele Ausrufezeichen gesetzt und "richtig" oder "gut" daneben geschrieben habe. So schlecht kann das doch nicht sein. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Der Zukunftsrat empfiehlt die Integration von Migranten und bürgerschaftliches Engagement auf der Basis aktiver Selbsthilfe. - Wunderbar. Das ist eine Forderung der Sozialdemokraten. Wir haben ja gerade jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der allerdings - man wundert sich - von der CSU abgelehnt wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Warum werden Empfehlungen des Zukunftsrates, die von der Opposition in diesem Fall genauso formuliert eingebracht werden, von der CSU abgelehnt? Das mag jemand verstehen, vor allem wenn er die Aussage "Impulse für die Politik der Staatsregierung" hört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die neue Flexibilität unter Seehofer!)

Ein zweites Beispiel. Der Zukunftsrat empfiehlt ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung und Ganztagschulen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu ist auch vorhin "richtig" gesagt worden.

(Alexander König (CSU): Das machen wir alles, Herr Kollege!)

Als ich aber 1998 in den Landtag gekommen bin, war das eine Forderung der Sozialdemokraten. Die CSU hat sich massiv geweigert, Ganztageseinrichtungen und Ganztagschulen zu forcieren. Erst als die Gesellschaft Druck aufgebaut hat, sind Sie der Sozialdemokratie und den Ideen der Sozialdemokraten nachgefolgt. Jetzt kommt der Zukunftsrat und bestätigt uns. Dazu müssen wir sagen: Wunderbar.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ein drittes Beispiel ansprechen. Im Bildungsbereich fordert der Zukunftsrat neben den Ganztagschulen auch ein kostenfreies Kindergartenjahr, also die kostenfreie Vorschulbildung. Auch dazu haben wir entsprechende Anträge eingebracht. Wir sind seit vielen Jahren dafür. Wir wissen auch, dass es finanziell schwierig ist. Wir haben immer wieder verlangt, dass nicht nur die Schule, sondern auch der Kindergarten als Bildungseinrichtung, als Vorschulerziehung kostenfrei sein sollte.

(Alexander König (CSU): Kinderbildungs- und -erziehungsgesetz, CSU!)

Bildung sollte insgesamt kostenfrei sein. Natürlich sollten auch die Studiengebühren abgebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was aber macht die CSU? - Jetzt kommt der polemische Teil. Ich kenne nämlich ein Bundesland in Österreich, in dem das kostenlose Kindergartenjahr bereits eingeführt ist. In Kärnten bezahlt man das mit den Milliarden der Bayerischen Landesbank mit freundlicher Unterstützung der CSU-Verwaltungsräte Huber, Beckstein und Schmid.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Wunderbar! Dort haben wir es geschafft. In Kärnten wird das verwirklicht, was wir hier fordern. Hier haben wir es noch nicht geschafft, obwohl es der Zukunftsrat fordert.

Was möchte ich damit zum Ausdruck bringen? - Die Forderungen des Zukunftsrates werden in diesen Teilen natürlich auch von uns Sozialdemokraten unterstützt; sie entsprechen unseren Anträgen. Warum kritisieren wir aber trotzdem den Zukunftsrat massiv? Es geht - das ist auch schon öfter angesprochen worden - um das Kapitel "Metropolregionen und ländlicher Raum"; das sind die Seiten 31 bis 62, ist also ein zentrales Kapitel mit 30 Seiten. Es beginnt mit einer Feststellung.

Zunächst muss ich noch eine Vorbemerkung machen. Ich habe den Eindruck, dass viele, die sich mit dem Zukunftsrat beschäftigt haben, dieses Kapitel nicht richtig gelesen haben. Ich werde auf Ihre Folgerungen, Herr Staatsminister, eingehen; ich bin anderer Meinung. Man muss das wirklich genau lesen und sehen, was neben den vielen Nebensätzen, die auch vorkommen, an Aussagen steht.

Es beginnt mit einer Feststellung. Dort heißt es:

Schon jetzt zeigt sich, dass sich in großen Regionen im Norden und Osten Bayerns die Bevölkerungszahl negativ entwickelt. Gleichzeitig findet nennenswerter Bevölkerungszuwachs primär nur noch in Oberbayern statt.

Das stimmt. Man gibt sich aber einfach damit zufrieden. Das ist gottgegeben; da kann man scheinbar nichts machen, und darauf bauen wir jetzt auf. Ich sage dazu: Das ist der falsche Einstieg des Zukunftsrates. Wenn ich einfach akzeptiere, dass sich in Bayern die Verhältnisse unterschiedlich entwickeln und dass dies so weitergeht, kann ich gleich mit Strukturpolitik Schluss machen; dann brauche ich gar nichts mehr zu machen. Das ist der falsche Ansatz. Wir sind der Meinung, dass man neben dem allgemeinen demografischen Wandel natürlich etwas machen kann und etwas machen muss, damit die Bevölkerung in den strukturschwachen Gebieten nicht so stark zurückgeht, wie das jetzt noch der Fall ist. Dazu haben wir auch deutliche Forderungen formuliert.

(Alexander König (CSU): Was schlagen Sie denn alles vor?)

Dann kommt das berühmte Szenario, das vorgestellt wird und das vom Staatsminister Huber als "gut" eingeschätzt worden ist. Ich möchte das doch einmal vortragen. Zu den Entwicklungsstrategien heißt es:

1. Fokus rein auf eine Megacity (Bayern wird München)

Sämtliche Investitionen werden auf München und Umgebung konzentriert, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Das ist also Vorschlag Nummer 1. Vorschlag Nummer 2 lautet:

Vernetzung existierender Zentren

Neben München werden gezielt Städte mit Wachstumspotenzial durch Vernetzung und Anbindung an München zu sogenannten Leistungszentren entwickelt.

Dann kommt Szenario Nummer 3.

Fokus rein auf den ländlichen Raum

Investitionen fließen nur in die Entwicklung des ländlichen Raums, die Städte werden regulatorisch am weiteren Wachsen gehindert.

Das ist das Szenario, das vom Zukunftsrat aufgestellt wird. Auf Seite 49 heißt es:

Dabei wurde Szenario 2 als optimale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung Bayerns identifiziert.

(Alexander König (CSU): Sind wir uns einig, dass das Unsinn ist, Herr Kollege Dr. Rabenstein?)

Dann werden die Leistungszentren benannt. Neben München kommen die Städte Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg, Erlangen und Fürth, Regensburg und Würzburg in Frage. Kriterium ist dabei die Größe von 100.000 Einwohnern. Das ist die Aussage der Wissenschaftler des Zukunftsrates, und das ist das Konzept des Zukunftsrates.

Was sollen nun die Bezirke unternehmen, die keine Leistungszentren haben? Auch dazu gibt es auf Seite 52 eine Antwort. Ich zitiere wieder wörtlich:

Regionen ohne ... Leistungszentren kompensieren die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit durch ein Mehr an Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit und helfen so, Bayern ausgeglichen zu entwickeln.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist wissenschaftlicher Zynismus! - Alexander König (CSU): Das ist völliger Blödsinn!)

- Genau, das meine ich auch.

Auf Seite 56 heißt es, dass eine länderübergreifende Betrachtung zu prüfen ist, zum Beispiel Oberfranken und Sachsen, Passau und Österreich.

Was sagt die Bayerische Staatsregierung in ihrer Stellungnahme - nicht Sie, Herr Minister, sondern die Bayerische Staatsregierung - zu diesen Aussagen? - Zunächst wird in der Stellungnahme auf die Drei-Säulen-Strategie verwiesen. Darin wird auch die Unterstützung der strukturschwachen Räume betont. Dazu muss ich sagen: Das ist gut und richtig und ist auch unsere Strategie. Dann geht es aber weiter. Wörtlich heißt es dann: Die Ausführungen des Zukunftsrates widersprechen dem nicht. Im Bericht sind manche Formulierungen möglicherweise zu eng interpretiert worden.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das ist wirklich ein starkes Stück. Hier beginnt unsere Kritik. Anstatt klar auf die Defizite des Zukunftsrates hinzuweisen, wird die Darstellung noch verteidigt. Ich kritisiere an der Staatsregierung, dass sie diesen Zukunftsrat auch in diesem Punkt verteidigt, an dem es massive Kritik von der CSU, von allen Verbänden, vom Landratstag und von allen, was man sich vorstellen kann, gibt. Ich bleibe bei der Feststellung des ehemaligen Wirtschaftsministers Huber: haarsträubender Blödsinn. Ich möchte jetzt in mehreren Punkten begründen, warum das haarsträubender Blödsinn ist.

Erstens. Ich komme auf die Szenarien zurück. Die Prämisse mit den drei Szenarien ist von Grund auf falsch. Das Szenarium Nummer 3 lautet: Investitionen fließen nur in die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Städte werden regulatorisch am weiteren Wachstum gehindert. Wer will denn das? Wer von den Leuten, die sich mit dem ländlichen Raum auseinandersetzen, hat denn gefordert, dass sämtliche Investitionen in den ländlichen Raum gehen und dadurch die Städte praktisch am Wachsen gehindert werden? Das wollte doch niemand. Wenn ich eine solche falsche Prämisse vorgebe, kann ich nur zu einem falschen Schluss kommen und sagen, das Szenarium 2 wäre das Richtige.

(Beifall bei der SPD)

Hier wurde schon die Prämisse falsch gestellt. Von dieser falschen Prämisse ausgehend kommt man zu dem Schluss: Bayern und München, das geht nicht. Da würde ganz Bayern aufjaulen und sagen: Bayern ist nicht München, und München ist nicht Bayern. Damit kommt man auf das Szenarium 2, wonach der ländliche Raum abgehängt würde.

Zweitens. Die zweite Begründung lautet: Die Potenziale der sogenannten ländlichen Räume würden nicht gewürdigt. Deshalb kam der Zukunftsrat zu einem völlig falschen Vorschlag, nämlich dem Ausbau der ökologischen Nachhaltigkeit. Das heißt wohl Erholungsräume für die Leistungszentren. Ich muss deutlich sagen: Oberfranken und Niederbayern haben nicht nur schöne Landschaften, sondern auch fortschrittliche Unternehmer und innovative Betriebe, die unterstützt werden müssen. Das muss unsere Forderung sein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Geschätzter Herr Vizepräsident Bocklet, deshalb muss ich Ihrem Gutachten und Herrn Dr. Paesler recht geben, der gefordert hat: Die von den Gutach-

tern gewählten Begriffe der Leistungszentren sollten daher zumindest auf alle Oberzentren ausgedehnt werden, also etwa auf die Mittelstädte wie Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, Passau, Rosenheim, Straubing, Weiden und andere. Wir könnten noch Hof und Coburg nennen. Das ist die richtige Forderung. Sie geht weit über das, was der Zukunftsrat gesagt hat, hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Die Empfehlung, Oberfranken mit Sachsen und Passau mit Österreich zusammenzulegen, ist eine Beleidigung und Demütigung für die betroffene Bevölkerung. Das möchte ich hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das begründen: Natürlich wollen wir die Zusammenarbeit mit diesen Regionen, die mit Sachsen, Thüringen oder Österreich schon immer praktiziert wurde. Das gilt auch für die Zusammenarbeit von Oberfranken mit Tschechien. Hier sind wir dran. Durch diese eigenartigen Aussagen des Zukunftsrats hat man jedoch den Eindruck, als ob man diese Regionen - vor allem Niederbayern und Oberfranken - loswerden wollte wie arme Verwandte, die woanders unterkommen sollten. Dieser Eindruck, dass man abgeschoben werden soll, sorgt für Empörung in der Region.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

Herr Dr. Paesler spricht in seinem Gutachten davon, dass die Fixierung auf Großstädte für die Bewohner ländlicher Räume zynisch klingt. Herr Vizepräsident Bocklet, damit hat er recht.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das stimmt, ist aber keine neue Erkenntnis!)

Viertens. Ich habe schon eingangs gesagt, dass der Bericht des Zukunftsrats unwissenschaftlich und in vielen Teilen unprofessionell ist. Auch dies wird von Herrn Dr. Paesler kritisiert. Er spricht von gravierenden Mängeln und davon, dass mangelnde Kenntnis des aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstandes bei diesem Gutachten erkennbar seien. Ich frage mich, wofür die Staatsregierung dieses Geld ausgegeben hat, wenn der Zukunftsrat nicht einmal auf dem neuesten Stand der Forschung ist.

(Beifall bei der SPD)

Was soll beispielsweise die Empfehlung, dass Bayern vorbildliche Regierungsformen aus Singapur übernehmen sollte? Ich kann nur sagen: Aufgewacht, Regie-

rung. Wenn das die Forderung des Zukunftsrats ist, dann fährt einmal nach Singapur und schaut euch einmal das dortige Regierungssystem an. Hier sieht man, wie unprofessionell dieses Gutachten ist.

Fünftens. Ich glaube, dass die Zusammensetzung des Zukunftsrats nicht professionell war. Das wurde vielfach kritisiert und in dem Gutachten dargelegt. Keiner, der etwas von Raumordnung versteht, war dabei. Ich sage auch ganz selbstbewusst: Kein einziger Oberfranke war dabei. Was soll denn da schon Gescheites rauskommen?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: Die vielfache Kritik, gerade von der CSU-Seite, zeigt, wie problematisch die Empfehlungen des Zukunftsrats sind. Die Staatsregierung hat sich nicht klar von diesem Zukunftsrat und seinen Empfehlungen, gerade in diesem kritischen Teil, distanziert. Sie hat das auch heute vermieden. Ich kritisiere das umso schärfer. Wir brauchen eine nachhaltige Strukturpolitik, auch für den ländlichen Raum. Dafür haben gerade wir Sozialdemokraten, Annette Karl und meine Wenigkeit, viele Vorschläge eingebracht und hoffen, dass diese Beschlüsse, die zum Teil einstimmig gefasst worden sind, umgesetzt werden. Papier ist geduldig.

Ziel muss es sein, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen. Wir brauchen starke Zentren, das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen. Aber Bayerns Stärke war und ist auch der ländliche Raum. Er darf nicht abgehängt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Empfehlungen des Zukunftsrats gehen in die falsche Richtung. Da hat der ehemalige Staatsminister Erwin Huber recht: Die Pläne sind haarsträubender Blödsinn und gehören eingestampft.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FREIEN WÄHLER hat sich Herr Muthmann zu Wort gemeldet.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Dr. Rabenstein, ich habe mir die Mängel, die Sie gerade beschrieben haben, anders erklärt. Ich dachte, sie hingen damit zusammen, dass kein Niederbayer in dieser Runde der Ratgeber vertreten war. Vermutlich ist beides wahr.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben eingangs darauf hingewiesen, dass es sich beim Zukunftsrat um einen Ratgeber handelt. An dieser Stelle ist es aber eine ganz wichtige Frage, welche Ratgeber man sich aussucht. Wenn man dabei nur auf Eliten setzt, wird nur eine Bewertung von Eliten für Eliten herauskommen. Da muss man sich nicht wundern. Für Bayern gilt: Es gibt keine Spitze ohne Breite. Deshalb richtet sich meine Kritik an dieser Stelle auch auf die Auswahl dieses Gremiums.

Ich möchte noch eine zweite Vorbemerkung machen: Wenn man sich Ratgeber holt und sich mit ihren Ergebnissen auseinandersetzt, ist wenig gewonnen, wenn immer nur von bestmöglichen Lösungen und hervorragenden Umsetzungen gesprochen wird, wie dies Herr Kollege König getan hat. Solche Gutachten haben vor allem dann einen Wert, wenn man sich mit ihnen auseinandersetzt und bereit ist, die eigenen bisher erzielten Ergebnisse und die bisher durchgeführten Aktivitäten kritisch zu reflektieren, um zu noch besseren Ergebnissen zu kommen. All diejenigen, die von sich sagen, sie seien top und hätten das Maximum erreicht, halte ich für sehr verdächtig und problematisch. Es gibt immer ein Stück weit Luft nach oben. Das sollten auch die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen selbstkritisch eingestehen und nicht behaupten, sie hätten alles bereits top erledigt.

(Alexander König (CSU): Da widersprechen wir Ihnen nicht!)

Sie sollten nicht behaupten, dass es an keiner Stelle besser ginge.

Das Zukunftsgutachten liegt nun seit einem halben Jahr vor. Es gab ausreichend Zeit, um dieses Gutachten zu bewerten und daraus Konsequenzen zu ziehen. Herr Staatsminister, Sie haben vom Ende des Jahres gesprochen. Das ist jedoch ein langer Zeitraum, um zu einer Bewertung und zu einer Umsetzung zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Bemerkungen zur Entstehung machen und zu den Ursachen, warum die Mängel, die schon ein paar Mal beschrieben worden sind und die ich im Detail nicht wiederholen will, aufgetreten sind. Das beruht schon auch auf der Zusammensetzung. Ich habe schon gesagt, die Zusammensetzung ist elitär, der Blick wird ausschließlich auf Spitzenleistungen gerichtet. Für eine Gesamtkonzeption ist das einfach zu wenig. Auch die regionale Auswahl ist völlig unzureichend. Schlagwörter wie "Bayern wird München", die wir auf Seite 40 lesen mussten, können nur zustande kommen, wenn auf die regionale Zusammensetzung eines solchen Gutachtergremiums kein besonderer Wert gelegt wird. Ich

habe schon darauf hingewiesen, dass kein Niederbayer vertreten war. Auch fachlich ist die Zusammensetzung höchst unausgewogen. Es wurde schon betont, dass kein Raumwissenschaftler dabei war. Auch das mag die Ergebnisse begründen helfen.

Die Ergebnisse selbst sind durchaus differenziert zu betrachten; das möchte ich schon sagen. Das Gutachten in Bausch und Bogen zu verurteilen, ist sicherlich nicht angemessen, weil es eine Reihe von wichtigen und interessanten Hinweisen und Ideen enthält. Als Beispiel möchte ich ausdrücklich die Einbeziehung der Bürger in Entwicklungskonzepte nennen. Lieber Kollege König, auch genossenschaftliche Lösungsansätze werden betont. Auch dazu will ich ein paar Anmerkungen machen. Wichtig scheinen aber der Ausgangspunkt und die Analyse, welche die Gutachter auch betonen. Die einführende Feststellung lautet, dass für die Entwicklung Bayerns ein Weitermachen wie bisher für die Zukunft keine Option sein kann. Zu dieser Feststellung, Herr Staatsminister, habe ich von Ihnen kein Wort gehört. Sie können es auf Seite 31 nachlesen.

Auf Seite 40 wird festgestellt, dass Bayern bereits heute ein Land mit großen regionalen Disparitäten ist. Diese Erkenntnis ist nicht neu, jedenfalls nicht für uns, und sie bestätigt an dieser Stelle auch, dass die bayerische Politik bislang das Ziel, in ganz Bayern gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, weit verfehlt hat. Auch im Weiteren wird bei der Bestandsaufnahme im Gutachten festgestellt, dass die Bevölkerungsentwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgt. Auch das ist etwas, was wir seit Jahren mit Sorge beobachten. Es wird auch gesagt, dass in den ländlichen Räumen eine Negativspirale besteht, wobei die Bevölkerungsabnahme unter anderem auch auf die Wanderungsverluste infolge starker Arbeitsplatzverluste zurückzuführen war. Das steht auf Seite 42 des Gutachtens. Auch zu dieser Analyse hätte ich gern ein Wort gehört und dazu, wie Sie damit umzugehen gedenken.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann komme ich zu den Konzepten, insbesondere zum Konzept der Anbindestrategie. Es ist nach unserem Dafürhalten völlig verfehlt. Es bleiben nämlich in Bayern Regionen übrig, die nach dieser Verflechtungsmatrix ohne Anbindung an Leistungszentren bleiben. Hier wiederhole ich, was Herr Kollege Dr. Rabenstein zitiert hat:

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit soll durch ein Mehr an Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit kompensiert werden.

Das ist nichts anderes als das, was Landrat Kitzlinger aus Passau schon vor 20 Jahren mit dem prägnanten Satz beschrieben hat: "Von der guten Luft und der schönen Landschaft haben wir lange genug schlecht gelebt." Man mag einwenden, das ist inzwischen 20 Jahre her. Jetzt haben wir das Paesler-Gutachten von Herrn Kollegen Bocklet vorgelegt bekommen, was nach meinem Dafürhalten nicht notwendig war, weil mit gesundem Menschenverstand schon kurz nach Bekanntwerden des Gutachtens Kritik in diese Richtung geäußert wurde. Ich will keine eigenen Bewertungen vornehmen, denn Sie könnten dann sagen: Das ist von der Opposition nicht anders zu erwarten.

Ich will stattdessen eine Gruppe von Personen zur Bewertung heranziehen, die, so denke ich, über ausreichende Reputation, Autorität und Neutralität verfügen. Es handelt sich um eine große Gruppe von Ruhestandspriestern, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben. Dazu gehört beispielsweise auch der im Passauer Raum ausgesprochen anerkannte Altbischof Franz Xaver Eder. Ich zitiere aus der "Passauer Neuen Presse", die ihrerseits zitierte: "Wir wollen überzeugende Taten sehen, in Bälde. Wir kennen dieses unser Land, wir kennen seine Menschen, seine Ängste, Sorgen und Hoffnungen mehr als Ihr ganzer Zukunftsrat."

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Vorwurf, der in diesem Schreiben gemacht wurde, ist noch besorgniserregender als das Gutachten als solches; denn in dem Schreiben an den Ministerpräsidenten wird der Vorwurf erhoben, dass das Gutachten kein Zukunftskonzept ist, sondern die Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte beschreibt. Als Beispiel bayerischer Politik mit ihrem negativen Trend wird das Desinteresse der Politik an der A 94 genannt. Ich zitiere: "Wenn Sie in fast fünf Jahrzehnten keine dem heutigen Verkehr angemessene Straßenanbindung anbieten können, dann ist das eben auch Dokument bayerischer Regional- und Landespolitik."

Und jetzt - und das ist das Ende an dieser Stelle - möchte ich Folgendes zitieren und deutlich wirken lassen: Die Gruppe dieser Ruhestandspriester schreibt, man freue sich, dass sich Seehofer zunehmend von dem Papier distanzieren und diverse Hoffnungen wecke; dies sei allerdings eine von den Vorgängern "wohl bekannte, oftmals erlebte und wiederholte Zeremonie. Wir müssen bekennen, dass wir an diese Art von Anbiederung nicht mehr glauben." - Ich glaube, das sollte Sie von der Ernsthaftigkeit des Anliegens überzeugen. Wir wollen in dieser Debatte, angesichts der Zielsetzung und der Sorgen über eine gleichwertige Entwicklung im Freistaat, nicht nur schöne Worte und Einschätzungen hören wie von Herrn Kollegen

König, über die wir dann zur Tagesordnung übergehen. Wir sollten schon darüber nachdenken, was man zusätzlich tun und über die Dinge hinaus machen kann, die bisher schon versucht wurden.

Ich will nicht bestreiten, dass gute Lösungsansätze dabei waren. Wenn ich aber das Ergebnis sehe, die Gesamtentwicklung, die Disparitäten in Bayern, muss ich feststellen, dass die Maßnahmen noch nicht ausreichend sind. Man muss über Mehr, über Anderes, über Zusätzliches nicht nur nachdenken, sondern wir fordern, dass Mehr, Anderes und Zusätzliches zügig in die Realität umgesetzt werden. Es wird nicht nur auf Worte und ein möglichst versiertes Bestreiten dieser Diskussion ankommen. Es wird vielmehr darauf ankommen, was aus den Erkenntnissen gemacht wird, auch aus den Erkenntnissen dieser Diskussion. Es kommt darauf an, was aus dem Gutachten, den Zahlen, den Fakten, die uns bekannt sind, für Konsequenzen gezogen werden.

Was das Gutachten angeht, so muss man einräumen, dass ein Konzept fehlt. Die Gutachter sind bei den Entwicklungsfragen hinsichtlich der benachteiligten Regionen relativ ratlos. Geradezu skandalös erscheint in diesem Zusammenhang die Darstellung auf Seite 46 oben. Bei dem neuen Zukunftsindikator für Bayern wird in den ökologischen und in den Naherholungsbereichen eine wirtschaftliche Entwicklung gar nicht mehr bewertet. Dies sind Dinge, die nicht weiter bewertet werden dürfen und die Sie auch nicht weiter verfolgen. Wir legen größten Wert auf Ihre Zusage, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen weiterhin ein Ziel ist, das nicht über ein paar wenige Zentren erreicht werden soll. Wir brauchen stattdessen zentrale Wirkungen in den Teilregionen. Das darf, ich sage es noch einmal, nicht nur angekündigt werden, es muss auch unter Beweis gestellt werden.

Ich komme zu zwei Feststellungen des Gutachtens. An drei Zitatstellen wird ausgesagt, dass der Ausbau der Breitbandanbindung in Bayern unzureichend sei. Dazu wird nichts ausgeführt. Sie sagten, Sie hätten Gutachter und gleichzeitig Menschen Ihres Vertrauens eingeladen. Trotzdem wird eine solche unangenehme Feststellung nicht kommentiert, sondern übergangen. Das ist keine seriöse Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Interessant ist auch die Feststellung auf Seite 57, dass es wenig Sinn mache, wenn jedes Fachressort eigene Entwicklungskonzepte und fachspezifische Förderkonzepte weiterhin anbiete. Das ist ein wichtiger Kritikpunkt. Auch wir stellen seit Jahren fest, dass die sektorale Förderpolitik die in jedem Ministerium vorhandenen Fördertöpfe weit effizienter, wirksamer

und unbürokratischer zur Geltung bringen könnte, wenn die Dinge kraftvoll zusammengelegt würden, um in Zukunft Regionen aus einem Guss zu entwickeln.

Nun möchte ich auf den Aspekt der genossenschaftlichen Lösungen eingehen. Die Bewertung der Staatsregierung hat sich sehr verhalten gelesen. Zur Empfehlung im Gutachten, Genossenschaftsmodelle zu stärken, sagt die Staatsregierung, Genossenschaftsmodelle spielten zwar eine wichtige Rolle, aber die Bevorzugung einzelner Wirtschaftsmodelle sei nicht akzeptabel. Ich glaube, hier besteht ein zentrales Missverständnis. Es geht nicht so sehr um die funktionale Beschreibung eines Modells. Es geht vor allem um die Idee, mit dem Genossenschaftsmodell die Menschen vor Ort unmittelbar an den Problemlösungen zu beteiligen. Anlässlich der Debatte zur Energiewende konnten wir vom Kollegen Glauber hören, dass die FREIEN WÄHLER es für wichtig und richtig halten, dass regionale Wertschöpfung in besonderer Weise stattfindet. Das kann dann besonders gut gelingen, wenn in den Regionen durch Genossenschafts- oder andere Modelle den Bürgern vor Ort die Chance geboten wird, sich nicht nur zu beteiligen, eine Entwicklung nicht nur zu erleiden, sondern sie mitzuerleben und mitzugestalten. Mit dem Vorschlag ist gemeint, verstärkt auf Genossenschaftsmodelle zu setzen. Der Vorschlag bringt die Forderung nach mehr Regionalität und mehr Subsidiarität zum Ausdruck, weil die Modelle vor Ort die bestmöglichen Chancen bieten, Kreativität zu entfesseln und ein kreatives Milieu in den Regionen zu schaffen. Dort, wo selbst entschieden und gestaltet werden kann und man nicht nur Objekt einer Entwicklung ist, sind die Chancen auf bessere Ergebnisse sehr viel höher. Wir meinen, dieser Politikansatz aus der Diskussion um den Zukunftsrat muss noch verstärkt werden: mehr Regionalität, mehr Subsidiarität, mehr Eigenverantwortung. Das sind die Schlüssel zu mehr Erfolg, zu weniger Bürokratie, zu weniger Staat, zu mehr Eigenverantwortung und zu besseren Ergebnissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dadurch haben wir die Chance, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung in ressortübergreifenden Konzepten vor Ort zusammenzuführen und endlich die Landesentwicklung vernünftig zu planen. Ich muss immer wieder anmahnen, dass man dann, wenn man Gesamtbayern entwickeln will, einen vernünftigen Plan vorlegen muss. Dass sich die Staatsregierung seit bislang zweieinhalb Jahren weigert oder dazu nicht in der Lage sieht, ist ein Signal, dass planvolles Arbeiten nach wie vor nicht vorhanden ist und erhebliche Defizite bestehen.

Um einen letzten Punkt müssen wir uns ebenfalls kümmern. Es ist die Fachkräfteausbildung und Fachkräftegewinnung. Hier gibt es viel zu tun, Herr Staatsminister, nämlich die Kooperationen zu stärken, das genossenschaftliche Ideal und die Idee der Genossenschaften besser zur Geltung zu bringen, Förderungen in ganz Bayern zu realisieren, um die Disparitäten abzubauen und damit die Forderungen und Erwartungen zu erfüllen, die Ihnen nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Ruhestands-Priester in ihrem eindringlichen Appell mit auf den Weg gegeben haben. Nur Anbiederung, nur schöne Worte sind zu wenig. Wir kennen unser Land. Nun kommt es darauf an, in Bälde überzeugende Taten zu sehen.

Es gibt eine Reihe von Feldern. Wenn diese Diskussion den Weg dazu bereitet hat, dass Besseres und Weiteres realisiert wird, haben wir gute Chancen, Bayern dahin zu entwickeln, wo sie behaupten, dass es schon ist. Es gibt aber noch Schwächen. Sind Sie trotz politischer Gepflogenheiten bereit, ein Stück weit zunächst anzuerkennen und zuzugestehen, dass einzig die Diagnose zwingende Voraussetzung für die Therapie ist? Mindestens an dieser Stelle sind Fachwissenschaft und Politik nicht ganz weit auseinander. Ein bisschen mehr Bereitschaft zu kritischer Diagnose, dann werden wir eine gute Therapie für Bayern zusammenbringen. In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir in der Vergangenheit immer häufiger in trauter Gemeinsamkeit Sonnenuntergänge bewundern dürfen, möchte ich aus gegebenem Anlass auf den weiteren Zeitbedarf verweisen. Nach unseren Berechnungen wird die Sitzung bis 24.00 Uhr dauern, inklusive der Redebeiträge der Staatsregierung kann es auch nach 0.00 Uhr werden.

Nächster Redner ist Herr Dechant für die FDP. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Ich habe nicht geplant, bis 0.00 Uhr zu reden. Den Hinweis auf Sonnenuntergänge, als ich nach vorne schritt, finde ich ganz nett.

(Beifall - Zuruf des Abgeordneten Tobias Thahammer (FDP))

Mein parlamentarischer Geschäftsführer maßregelt mich für diese Aussage.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, ich sprach vom Sonnenuntergang - Sonnenaufgang wäre etwas anderes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, ich habe das provoziert. Lassen wir

Herrn Kollegen Dechant in Ruhe seinen Beitrag vortragen.

Thomas Dechant (FDP): Frau Präsidentin, ich bedanke mich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße ausdrücklich die Auseinandersetzung des Zukunftsrats mit den für alle relevanten Themen "Zukunftsfähige Gesellschaft - Bayern in der fortschreitenden Globalisierung". In Zeiten weiter fortschreitender Globalisierung und Internationalisierung aller Lebensbereiche ist es zwingend zu hinterfragen, welche Auswirkungen die Globalisierung und Megatrends auf verschiedene Regionen in Bayern haben. Aus meiner Sicht enthält das Gutachten nicht nur viele gute und interessante Anregungen und Impulse für unser politisches Handeln, sondern es deckt sich in vielen Kernaussagen, insbesondere im Bereich "Regionale Entwicklungsschwerpunkte" mit den vom Hamburger Weltwirtschaftsinstitut - HWWI - getroffenen Aussagen. Lassen Sie mich hier insbesondere konkret auf die Bereiche "Zukunftsfähige Gesellschaft und Demografie" und "Metropolregionen und ländlicher Raum" eingehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass wir in den kommenden Jahren vor erheblichen demografischen Veränderungen mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche stehen. Die Gesellschaft wird sich in der Tat durch einen Mentalitätswandel und durch Strukturreformen an die Herausforderungen des Klimawandels, der Rohstoffverknappung und der demografischen Veränderungen anpassen müssen. Künftig muss es mehr als bisher um nachhaltiges, qualitatives Wachstum gehen, das Belastungen für die Menschen und Schäden an der Umwelt gering hält, soziale Sicherheit ermöglicht und Wohlstand und hohe Lebensqualität im Freistaat sichert.

Richtig ist auch: Wachstum muss sich auf eine Vielzahl von Faktoren stützen, wie auch gerade vom Zukunftsrat gesagt wird, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung und Ganztagschulen oder auch die Vereinbarung von Pflege und Beruf oder die Integration von Migranten oder bürgerliches Engagement, Ganztagschulen, Patenschaften von Betrieben und Kommunen, um nur einige Punkte aufzugreifen.

Jedenfalls bringen verharrende Strukturen und Mentalitäten unsere Gesellschaft nicht weiter. Diese Strukturen weiter aufzubrechen und weiterzuentwickeln, halte ich für den richtigen Ansatz. Und dies sind auch genau die Punkte, in denen wir mit unserer Politik ansetzen wollen.

Ich sehe in diesem Zusammenhang schon lange die zunehmende Bedeutung von Genossenschaften. Der genossenschaftliche Gedanke ist sicher nicht neu, und er wird nach wie vor verfolgt. Aber er gewinnt gerade in entlegenen Regionen und bei einer zunehmend alternden Gesellschaft in vielen Lebensbereichen und in der lokalen Infrastruktur an Bedeutung.

Wir sind zunehmend auf die Bündelung aller zur Verfügung stehenden Kräfte und auf Hilfe zur Selbsthilfe angewiesen. Diesen Tatsachen müssen wir ins Auge sehen.

Wir sollten daher die kommende Zeit nutzen, die Vorschläge des Zukunftsrates zur Gründung innovativer Genossenschaften in den unterschiedlichen Bereichen näher zu erörtern und womöglich in die Praxis umzusetzen. Allerdings gilt es, allen Formen zur Bündelung von Kräften gegenüber offen zu sein.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die zweite Thematik, die Metropolregionen und den ländlichen Raum, eingehen. Wie lassen sich Metropolregionen und ländliche Regionen sinnvoll in eine fortschreitende Globalisierung einbinden? Ohne Zweifel, in allen Analysen steht Bayern wirtschaftlich hervorragend dar. Allerdings nehmen die regionalen Unterschiede zu, und das können wir nicht übersehen. Das beginnt mit den deutlich abnehmenden Bevölkerungszahlen, insbesondere im Norden und Osten von Bayern, bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung in Oberbayern. Zwangsläufig entwickeln sich in der Folge Strukturen anders. Auch bei hohem Einsatz von Haushaltsmitteln wird es langfristig nicht möglich sein, überall vergleichbare Lebensverhältnisse aufrechtzuerhalten. Nur mit Geld allein wird es nicht gehen. Die Bevölkerungsentwicklung folgt den Arbeitsmarktangeboten. Dies sind die strukturellen Entwicklungen.

Wo sich wünschenswerte Strukturen erzielen lassen, gilt es hier, den Strukturwandel abzufedern und ihn im Sinne des bestehenden Leitbilds zu gestalten. Aber Dinge immer wieder neu zu denken und offen zu sein, hat noch nie geschadet. Faktoren wie das Leben in einem lebenswerten Raum und ökologische Faktoren spielen weiter ausschlaggebende Rollen für leistungsstarke Räume. Diese Faktoren werden auch in dem vom Zukunftsrat dargestellten Zukunftsindikator abgebildet. Es ist richtig: Wir dürfen nicht eindimensional wirtschaftlich denken. Wir müssen alle Leistungen berücksichtigen, die Regionen erbringen können. Diese Stärken der Regionen gilt es künftig verstärkt zu fördern und natürlich Synergieeffekte zu erzielen, indem man die Stärken der einzelnen Regionen vernetzt.

(Beifall bei der FDP)

Durch eine so ausgestaltete Entwicklungsstrategie wird es langfristig möglich sein, der Bevölkerung in Bayern standortunabhängig und dauerhaft annähernd gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt nicht zu beeinträchtigen.

Diesen Weg schlägt übrigens auch das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut in seiner Studie "Wege in die Vollbeschäftigung" vor. Einen gesamtwirtschaftlich vergleichsweise effizienten Einsatz von Mitteln kann die Förderung von potenziellen zukünftigen Wachstumszentren darstellen, von denen langfristig auch ein positiver Wachstumstrend auf die wirtschaftliche Entwicklung der umliegenden Regionen ausstrahlen könnte. In den boomenden Metropolregionen Westdeutschlands tragen heute schon steigende Kosten der Agglomeration wie beispielsweise die hohen Lebenshaltungskosten dazu bei, dass neue Produktionen im ländlichen Raum unweit der Zentren entstehen. Das HWWI sagt konkret:

Es wird jedoch auch Regionen geben, die kaum vom bundesweiten Beschäftigungsaufbau profitieren. Diese Regionen weisen häufig eine periphere Lage auf, haben eine ungünstige Branchenstruktur, ein niedriges Produktivitätsniveau und leiden unter der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Deshalb werden diese Regionen auch künftig für Unternehmen keine attraktiven Standorte darstellen. Dort werden auch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum in der Lage sein, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Eine Arbeitskräftewanderung von strukturschwachen hin zu wirtschaftlich prosperierenden Regionen kann insgesamt zu einer Produktivitätssteigerung und zu einer positiven Beschäftigungsentwicklung in Bayern beitragen. Auch das müssen wir sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Staatliche Maßnahmen zur Regionalförderung, welche die Mobilität der Arbeitskräfte bremsen, können diesen Gewinnen entgegenwirken, so das HWWI.

Der Zukunftsrat wie auch das HWWI haben die Grenzen von reinen Metropolregionen, aber auch die Grenzen ländlicher Räume dargestellt. Mir scheint dieser Weg von Entwicklungsregionen mit Leistungszentren ein guter, zukunftsweisender Weg zu sein. Sicher, die Leistungszentren müssen eine gewisse Größe erreichen, damit sie wie in und um München oder auch in und um Regensburg entsprechend auf den lebenswerten ländlichen Raum ausstrahlen können.

Natürlich müssen wir auch, wie schon angesprochen wurde, alle Oberzentren mit einbeziehen. Hier sind wir

konkret gefordert. Meines Erachtens ist gerade daher der Ausbau der Infrastruktur, ob im Verkehr oder im Bereich der technologischen Strukturen, so wichtig. So wird letztlich die mir sehr am Herzen liegende Entwicklung und nachhaltige Stärkung des ländlichen Raumes klappen. Hier müssen wir unsere Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Dechant. Als Nächster hat sich Herr Schöffel für die CSU zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Rabenstein hat uns schon ein ganzes Stück Arbeit abgenommen: Herr Kollege, Sie haben ja viele CSU-Politiker zitiert, die sich sachgerecht kritisch zum Gutachten des Zukunftsrates geäußert haben. Daraus wurde deutlich: Gerade auch der zweite Teil "Metropolregionen und ländliche Räume" ist alles andere als CSU-Politik. Deswegen können wir das eine oder andere doch etwas abkürzen.

Sie haben im Gutachten auch verschiedene SPD-Positionen wiedergefunden. Kollege Stöttner hat vor allem auf die Position von Hans-Jochen Vogel schon hingewiesen, der in den Siebzigerjahren die Entwicklung von ländlichen Räumen und Metropolen extremst gegen den ländlichen Raum dargestellt hat.

Über den Sinn bzw. Unsinn des Zukunftsrates wurde heute schon viel gesagt. Dabei wurden auch die vier Felder genannt, mit denen er sich beschäftigt hat. Aufgrund der Zusammensetzung des Zukunftsrates sind die Ergebnisse der einzelnen Schwerpunkte auch sehr unterschiedlich zu bewerten. Die Staatsregierung hat mehr oder weniger Mühe damit.

Mentalitätswandel - ein großes Wort - der Bevölkerung hin zu mehr Verantwortung und selbstständigem Handeln wäre zu begrüßen. Er entspricht den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft und unserem Politikverständnis. Wir wirken darauf hin. Doch heißt "Mentalitätswandel" zu Ende gedacht nicht, die Menschen ändern zu wollen? - Das ist doch eine sehr theoretische Betrachtung, zu der Politik nur einen Beitrag leisten kann.

Mehr Vertrauen statt Kontrolle durch die staatliche Administration fordert der Zukunftsrat, weg von einer Politik des Verdachtes und überzogener Kontrollen hin zu einer Praxis des motivierenden Vertrauens. Ich habe solche Kritik zuletzt beim Vollzug des BayKiBiG, des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, gehört. Träger und Leiterinnen von Kindertagesstätten haben dargelegt, wie intensiv ihre Arbeit

und Kennzahlen für Fachkräfte und Betreuungsschlüssel kontrolliert werden.

Der Zukunftsrat fordert, mehr unternehmerisches Denken bereits bei Schülern zu wecken. Diese Forderung ist zu begrüßen, sind doch Unternehmer wichtigste Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Es entspricht der gelebten Praxis in unseren Schulen, dass unternehmerisches Denken gelehrt und gelernt wird. Ein vielfältiges Praxis- und Seminarangebot trägt dazu bei. Wir müssen uns noch mehr einfallen lassen, um Schülern, auch Gymnasiasten, einen Einblick in das Wirtschaftsleben zu eröffnen und den Wunsch zu wecken: Ich will mein eigener Chef werden. Wir sehen es als Daueraufgabe der Politik an, Mittelstand und Unternehmerpersönlichkeiten zu würdigen und Hidden Champions in allen Teilen Bayerns bekannt zu machen und ihre Entwicklung zu unterstützen. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es viele Hidden Champions mit hervorragenden Karrieremöglichkeiten. Elitebildung ist für uns etwas Selbstverständliches. Wir stehen zur individuellen Förderung, insbesondere der Schwächsten, aber auch der Starken. Diese Lokomotiven braucht das Land.

Den heftigsten Widerhall fand der Bericht zu den Empfehlungen zu Metropolen und ländlichem Raum. Heute wurde schon mehrfach dargestellt: Das war völlig vergaloppiert. Es ist eine Gefahr für Land und Leute, wenn ein derart besetztes Gremium seine Diskussionsthemen, die am Ende in einem schriftlichen Bericht münden, selbst aufgreifen kann; denn für einen fundierten Vorschlag zur regionalen Entwicklung fehlen in diesem Gremium die Fachleute, die Experten der Landesentwicklung. Der Bericht des Rates zu diesem Thema ist extrem widersprüchlich formuliert.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Je nachdem, welchen Satz oder welche Sätze man zitiert, kann man aus dem Bericht für die Entwicklung des Landes mehrere widersprüchliche Schlüsse ziehen. In unserem Landesentwicklungsprogramm sind das Vorhalteprinzip und das Zentrale-Orte-Prinzip wichtige Säulen der Landesentwicklung. Die Umsetzung dieser Prinzipien wird uns vor große Herausforderungen stellen. Eine Lösung kann sein, eine Vielzahl ländlicher Leistungszentren zu entwickeln, die die Menschen in zumutbarer Zeit erreichen können. Diese müssen im ganzen Land vernetzt sein. Darüber kann diskutiert werden.

Man muss aber im Bericht auch Passagen lesen, die in brutaler Art und Weise empfehlen, staatliche Förderungen und Entwicklungen auf wenige Großstädte

und deren Umland zu konzentrieren und nicht alle Teile Bayerns daran anzuschließen. Das steht so im Bericht. Diese Denkschule ist leider auch mit einer eindrucksvollen Karte dokumentiert, die in keinem Falle hinzunehmen ist und so nie hätte veröffentlicht werden dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Erwin Huber (CSU) und Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Diese Karte hat die Menschen in manchen Landesteilen in unverantwortlicher Weise ins Abseits gerückt und zu Recht zu einem Aufschrei der Empörung geführt. Nach dem Auftritt des Vorsitzenden Henzler in der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bin ich davon überzeugt, dass er einer der Verfechter einer solchen Strategie ist und deswegen, vorsichtig gesagt, nicht der Richtige für diese Aufgabe.

(Beifall der Abgeordneten Erwin Huber (CSU) und Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Er hat ausgeführt, dass er glaube, dass der Staat in Ballungszentren Arbeitsplätze günstiger schaffen könne. Er übersieht dabei völlig die Verwerfungen, die dadurch im Land entstehen, und die doppelten Infrastrukturkosten, die zum Aufbau der Infrastruktur im Ballungsraum einerseits und zum Rückbau oder zur Subventionierung auf dem Land andererseits anfallen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Im Bericht des Zukunftsrats ist ausgeführt, welche sozialen und ökologischen Herausforderungen Großstädte haben. Wir müssen alles versuchen, um die Arbeit zu den Menschen zu bringen und deutlich zu machen, dass der ländliche Raum Karrierechancen und Lebensqualität bietet.

Im Hinblick auf das tägliche Geschäft zur Stabilisierung einer ländlichen Region kann ich nur sagen: Es kommt sehr darauf an, ob Menschen Zutrauen in die Zukunft einer Region haben, ob sie dort eine Stelle annehmen oder nicht, ob sie mit der Familie umziehen oder nicht, ob sie mieten oder kaufen bzw. bauen, ob sie eine Neuinvestition eines Unternehmens hier oder anderswo tätigen. Für diese Entscheidungen genügen in der Regel kleine Signale für eine positive Entwicklung.

Der Zukunftsrat hat das nicht im Blick. Er hat den Eindruck erweckt, als gebe es international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, Unternehmen, Wirtschaft und Schlüsselindustrien nur im großstädtischen Ballungsraum. Der Bericht enthielt eine unvollständige Karte mit Branchen und Unternehmen. Wir haben aber in allen Landesteilen Unternehmen, die auf dem Welt-

markt erfolgreich sind. Sie haben eine enorme Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern.

Uns allen ist wohl bewusst, dass uns sowohl die Entwicklung unserer Großstädte als auch die Entwicklung des ländlichen Raumes vor große Herausforderungen stellt. Natürlich müssen sich Städte weiterentwickeln können; dort müssen ökologische und soziale Probleme in den Fokus genommen werden. Doch auch Gegenden wie das östliche Oberfranken und Niederbayern mit einer sehr hohen Industriedichte, mit Fabriken und Unternehmen in jedem Dorf, die weitab von Großstädten liegen, haben beste Entwicklungschancen, wenn man nur an wenigen Stellschrauben in die richtige Richtung dreht.

Die Staatsregierung, Herr Staatsminister, hat den Bericht des Zukunftsrates klar und unmissverständlich kommentiert und darauf reagiert. Die Unterstützung aller Landesteile war immer bayerische Politik und wird es auch bleiben. Jede Region, insbesondere die strukturschwächeren Regionen, können sich auf die Unterstützung der Staatsregierung verlassen. Das hat auch unser Ministerpräsident in den letzten Wochen überall deutlich gemacht. Ich füge hinzu: und in seiner ganzen Amtszeit.

Unsere Politik stemmt sich gegen die Strömung und unterstützt die Unternehmen, die Arbeit zu den Menschen in den ländlichen Raum bringen. Wir wollen die Potenziale aller Regionen weiter ausbauen und Defizite abbauen. Ein Beispiel dafür ist die Errichtung von Hochschulen in vielen Landesteilen bereits vor Jahrzehnten, die sich bestens entwickeln, erweitert werden, Außenstellen errichten und Fachkräfte vor Ort ausbilden und halten. Die Behördenverlagerungen sind ein weiterer wichtiger Baustein. Für diese Legislaturperiode ist dazu noch vieles angekündigt.

Der Kabinettsausschuss "Ländlicher Raum" wird Lösungen für besondere Herausforderungen im ländlichen Raum beschließen, vor allem dort, wo es im Zuge von Strukturwandel nach Osterweiterung und Globalisierung zu extremen Verwerfungen gekommen ist, wo die Entwicklung Sorge bereitet, wo man aus eigener Kraft vieles nicht mehr leisten kann und wo Regionen die Solidarität des gesamten Landes benötigen und darauf bauen sollen.

Der Zukunftsrat zeigt viele Möglichkeiten auf, den ländlichen Raum zu stärken und seine Attraktivität weiter zu erhöhen. Das sollten wir schnell angehen. Er nennt Strategien zur weiteren Ansiedlung von Unternehmen in allen Regionen Bayerns - da gibt es bei "Invest in Bavaria" noch Potenzial - und Strategien zur Anwerbung von Fachkräften für Unternehmen im ländlichen Raum - da leistet Regionalmanagement

bereits einen wertvollen Beitrag und ist ein wichtiges Instrument. Eine stärkere Wohnbauförderung wird angesprochen, wo sich Investitionen nicht so gut verzinsen und moderner Wohnraum dringend gebraucht wird. Das ist auch für die Anwerbung von Fachkräften ein wichtiges Thema. Wie oft kommt es vor, dass attraktiver Mietwohnraum nicht zur Verfügung steht? Das sollte bei der Verteilung der Wohnbauförderung berücksichtigt werden.

Heute wurde bereits mehrfach auf wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekte zur Vernetzung des ganzen Landes und zum Erhalt des Bestandes hingewiesen. Wir tun in diesem Haushalt Wesentliches für die Staatsstraßen. Aber natürlich fühlen sich verschiedene Regionen bei Straßen- und Schieneninfrastruktur zu Recht vom Bund abgehängt. Ich nenne nur die Strecken von München ins Chiemgauerland, München - Lindau - Allgäu und die Anbindung von Ostoberfranken und Ostbayern in Richtung Münchner Flughafen oder von Nordostbayern nach Nürnberg.

Ich stimme mit ihnen durchaus darin überein, dass es bessere Vernetzungen geben muss. Das stellt die ganze Republik vor große Herausforderungen.

Auch beim Ausbau der Breitbandversorgung konnte viel erreicht werden, aber zur Erreichung gleichwertiger Lebensqualität muss in diesem Punkt noch einiges getan werden, weil in Zukunft noch größere Bandbreiten als 1 bis 3 Megabit nötig sein werden. Es wurden bereits Hundert Millionen in dieser Legislaturperiode in die Hand genommen. Der Einsatz der Staatsregierung für die Versorgung der ländlichen Räume mit der LTE-Technik bringt weitere Chancen. Auf den weiteren Ausbau der Glasfasernetze wird es mit Sicherheit ankommen.

Auch die erneuerbaren Energien müssen Arbeitsplätze gerade in strukturschwache ländliche Räume bringen.

Die mediale Diskussion über den Bericht des Zukunftsrates war eine Zumutung für manche Landesteile. Nicht immer ist fair darüber berichtet worden. Die Politik der Staatsregierung handelt aber komplett anders. Manche Probleme des ländlichen Raums wurden vielleicht stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt, und es wurden Lösungen in allen Landesteilen aufgezeigt. Das ist als etwas Positives anzuerkennen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Schöffel. Wir haben noch drei Wortmeldungen: Herr Dr. Piazzolo, Herr Dr. Kirschner und Herr Sibler.

Nun bitte für die FREIEN WÄHLER Herrn Professor Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Die Mikrofonanlage kracht - Allgemeiner Beifall und Heiterkeit - Zurufe)

Frau Präsidentin, das ist doch toll.

(Abgeordneter Professor Dr. Michael Piazzolo hantiert mit dem Mikrofon)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Am besten einfach nicht anfassen, nur reden.

(Heiterkeit - Unruhe - Zurufe: Höher!)

- Das Pult höher!

(Zurufe - Unruhe)

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Wann hat das das letzte Mal jemand zu mir gesagt?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ja, mei - -

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall - Anhaltende Unruhe)

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Also, die Zeit läuft ab.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte zuhören, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Die können ja kaum etwas hören bei diesen Schaltungen.

(Zurufe: Lauter!)

Womit wollte ich anfangen, Frau Präsidentin?

(Allgemeine Heiterkeit)

Eigentlich wollte ich sagen: Jetzt braucht die Staatsregierung schon Experten, um sich zu blamieren; früher hat sie das noch selbst hingekriegt.

Lassen Sie mich zwei Punkte ansprechen, erstens die Zusammensetzung des Zukunftsrates und zweitens die Hochschulpolitik, über die wir schon ein bisschen sprechen sollten. Herr Staatsminister, Sie haben es schon erwähnt: Der Bericht besteht aus vier Teilen, und alle konzentrieren sich auf den einen. Zukunftsräte haben eine lange Tradition. Jahrtausende lang haben sich Herrscher schon beraten lassen. Die

Ägypter haben damit angefangen. Cäsar hat übrigens 16 Räte gebraucht,

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibling (CSU))

Herr Seehofer braucht 22. Man kann ihn also schon in eine Reihe stellen.

(Tobias Thalhammer (FDP): In eine Reihe mit Cäsar, das gefällt ihm!)

Das waren damals Auguren, nicht Uiguren, damit Sie keine Angst haben.

(Allgemeine Heiterkeit - Zurufe - Unruhe)

Das war also keine chinesische Minderheit, sondern das waren Auguren. Der Unterschied besteht darin, dass man damals die Zukunft hauptsächlich in Tierkadavern gesucht hat. So weit ist man noch nicht, einen Bär Bruno daraufhin zu untersuchen, was die Zukunft bringt. Es ist also besser, man greift auf Experten zurück.

(Allgemeine Heiterkeit - Unruhe)

Aber - und da geht es schon mal los - wenn man einen Expertenrat einsetzt, soll er seinen Auftraggeber beraten. Normalerweise müsste man dem Zukunftsrat doch sagen, zu welchen Themen er einen Rat geben soll. Nun überlässt man diesem Zukunftsrat selbst die Entscheidung, worüber er untersuchen will und was er rät. Meine Vorstellung von Regierung ist, dass sie selbst die Fragen klärt. Wenn sie schon selbst die Fragen nicht klärt und einen Zukunftsrat einsetzt, dann sollte sie ihm doch wenigstens sagen, in welchen Bereichen er forschen und sie beraten soll. Aber einfach 22 Personen einzusetzen, die beraten und dann der Regierung sagen sollen, was sie für einen Rat haben, ist im Grunde genommen irrwitzig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Dann die Auswahl! Ich persönlich habe nun nicht so arg viel gegen Professoren,

(Allgemeine Heiterkeit)

wenn sie sich nicht technisch betätigen wollen,

(Allgemeine Heiterkeit)

aber nur Professoren zu fragen, auch wenn es um Hochschulpolitik geht, und dann eine so einseitige Auswahl zu treffen, halte ich nicht für richtig. Schauen Sie sich einmal an, von wem Sie sich zur Hochschulpolitik beraten lassen: Von der Fünfergruppe kommen vier aus den Universitäten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das sind alles Männer!)

Dann sind es vier Männer gewesen, es sind nur Präsidenten gewesen, es war kein Studierender darunter, kein Vertreter des Mittelbaus, kein Vertreter der Wirtschaft in diesem Bereich. Diese Leute sollen einen Rat geben. Wenn man sich anschaut, was sie raten, dann stellt man fest, dass das ein Wunschkonzert ist. Sie raten das, was sie haben wollen. Genau das, was sich ein Professor oder ein Präsident wünscht, steht da drin, exakt das, aber nicht das, was wir für unsere Studierenden brauchen.

Natürlich ist Internationalität ein wichtiges Thema, aber im Moment doch nicht das vorrangig.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Doch!)

In den nächsten Jahren werden 76 000 Studierende mehr kommen. Wir werden Wohnungsmangel haben; wir werden einen Studiendruck haben; wir werden viele Prüfungen haben, und der Zukunftsrat beschäftigt sich nur mit Internationalität, und dann auch noch auf diese Art und Weise! Das Erste, was dem Zukunftsrat einfällt, sind höhere Studienbeiträge. Das wird empfohlen, zwar nicht für die bayerischen Studenten, aber für Studierende aus Nicht-EU-Ländern. Das ist wirklich zukunftsweisend in einer Zeit, wo die ganze Republik darüber diskutiert, Studienbeiträge abzuschaffen.

Das Nächste ist, dass man 65 Millionen haben will. Schön, aber für wen will man sie haben? - Von den 65 Millionen sollen erst mal 25 Millionen an die Professoren gehen, an die, die das raten. Da bekommt jeder von den 22 ungefähr eine Million. Dann sollen fünf Millionen an Emeriti gehen, an diejenigen, die schon im Ruhestand sind. Die wollen auch noch fünf Millionen, um dann im Grunde genommen den Universitäten zur Verfügung zu stehen. Für die Studierenden sind zehn Millionen vorgesehen. Das ist total unausgewogen. Man müsste das Ganze vom Kopf wieder auf die Füße stellen. Wenn Sie einen Rat annehmen wollen, dann doch von uns: Geben Sie das meiste Geld bei der Internationalisierung für die Studierenden aus, aber doch nicht für die Professoren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie sich das mal durchlesen, werden Sie viel Eigenlob feststellen. Da werden ständig eigene Programme in den Himmel gehoben. Da lobt Herr Herrmann die TU München. Das ist dann der Rat: Macht alles so, wie ich es gemacht habe. Dann werden noch Firmen genannt. Das Komische ist, dass nur die Firmen als positives Beispiel genannt werden, die zufälligerweise im Zukunftsrat sitzen. Mehr Eigenlob kann kaum sein.

Man kann über solche Dinge reden wie über ein baye-
risches Rückkehrerprogramm. Das heißt, man will,
dass die Bayern wieder zurückkommen. Ich will gar
nicht, dass sie jetzt dauernd weggehen. Es ist unser
Problem, dass wir wegen der Studiengebühren die
Sorge haben, dass die jungen Leute zum Studieren
aus Bayern weggehen. Ich habe hier eine Tasche. Ich
weiß ja nicht, ob ich sie zeigen darf. Darf ich eine Ta-
sche zeigen? Damit wird Werbung gemacht.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nein.

Prof. Dr. Michael Piazo (FREIE WÄHLER): Dann
lasse ich die Tasche liegen und beschreibe sie.

(Tobias Thalhammer (FDP): Darf ich das mal
sehen? - Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist da drin?
- Markus Rinderspacher (SPD): Zeigen Sie mal
her!)

- Ich beschreibe sie nur.

(Zurufe - Unruhe)

- Jeder bekommt das nachher. Damit wird auf bayeri-
schen Marktplätzen Werbung gemacht. Es geht
darum, Studierende nach "Fernost" zu locken. Da wird
Werbung für die ostdeutschen Bundesländer ge-
macht.

(Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Weil da keiner
hin will!)

Sachsen, Thüringen und die anderen neuen Bundes-
länder machen das zusammen. Da ist viel Infomateri-
al drin.

(Anhaltende Zurufe - Unruhe)

- Ich zeige das nicht, das bekommen nachher alle.
Unsere Studierenden werden abgeworben und gehen
vermehrt in den Osten. Unser Problem ist im Moment
also nicht die Internationalisierung, sondern das Ab-
wandern innerhalb Deutschlands. Wir sollen doch
jetzt kein Geld dafür zahlen, dass sie aus Ostdeutsch-
land wieder zurückkommen. Wir wollen, dass unsere
Studierenden hier bleiben. In dieser Richtung wollen
wir agieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um es auf den Punkt zu bringen: Hier war schlechter
Rat teuer. Das Ganze kostet auch noch Geld, wenn
auch nicht sehr viel.

Wenn man einen Zukunftsrat einsetzt, sollte man sich
mit den Themen beschäftigen, die uns wirklich auf
den Nägeln brennen, und sich dazu raten lassen. Das
sind die Probleme der Studierenden. Dazu haben wir

FREIEN WÄHLER ein Programm aufgelegt. Auch aus
den anderen Oppositionsparteien gibt es genügend
Vorschläge, wie man die Studierenden stärken kann.

Wir geben Ihnen, wenn Sie es wollen, kostenlosen
Rat, der auch in die Zukunft wirkt und viel mehr bringt
als das, was wir hier auf 90 Seiten erlebt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Piazo-
lo, es würde Ärger geben, nicht nur, wenn man etwas
zeigt, sondern auch ein Stück schwarzen Stoff auf
dieses Pult legt.

Ich bitte jetzt Herrn Dr. Kirschner nach vorn.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Piazo, zu fort-
geschrittener Stunde lässt der Professor manchmal
nach. Ich war sehr erstaunt über Ihre Aussage, dass
Sie die jungen Menschen in München halten wollen.
Ich habe eine Tochter, die in Passau studiert hat. Ich
war froh, dass sie für ein Jahr nach Mexiko gegangen
ist. Ich bin auch froh, wenn sie für ein Jahr nach Ame-
rika geht, weil sie internationales Know-how hat. Sie
muss deswegen nicht in München sein.

Die jungen Menschen müssen auch zum Studieren
nach draußen. Da brauchen wir doch kein Rückhol-
programm. Die Probleme liegen ganz woanders. Die
jungen Menschen studieren hier, haben den Drang
zum Weggehen und zum internationalen Lernen und
kommen dann in Amerika oder England oder in Nord-
deutschland oder Ostdeutschland in Betriebe, wo sie
ihren Lebensmittelpunkt - weil sie dort vielleicht ihren
Lebenspartner kennenlernen - finden und dann dort
bleiben. Das ist ein völlig normaler Weg.

Ein Problem besteht darin, dass die Menschen gene-
rell einen Zug in die Großstadt haben. Das trifft gera-
de für junge Menschen zu. Diesen gilt es zu stoppen.
Dazu möchte ich kurz etwas sagen. Aber ich will das,
was von der Oppositions- und der Regierungsseite
gesagt worden ist, nicht wiederholen, um Zeit einzu-
sparen.

Herr Piazo, Sie haben gesagt, es habe keinen kon-
kreten Beratungsauftrag gegeben. Aber es gab sehr
wohl einen konkreten Beratungsauftrag, nämlich zu
den Themen: "Zukunftsfähige Gesellschaft", "Stär-
kung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammen-
halts", "Entwicklung Bayerns bei fortschreitender In-
ternationalisierung und Globalisierung", "Wie können
regionale Identitäten in einem internationalen Rahmen
gestärkt werden?". Das ist ein ganz klarer Beratungs-
auftrag; das steht fest.

Ich finde es gut, wenn eine Regierung ein Gutachten mit konkreten Zielen in Auftrag gibt. Ich finde es gut, dass das Gutachten dann heiß diskutiert wird, auch wenn Fehler gemacht worden sind; denn dann kommen die Dinge endlich auf den Tisch.

In dem Gutachten sind eine Menge Probleme diskutiert worden, die uns über die Jahre hinweg immer wieder begleiten. Ich denke dabei an die Themen "demografischer Wandel", "Mentalitätswandel bei den jungen Menschen", "mehr Internationalität", "Rohstoffverknappung". Ich wiederhole aber nicht alles.

Viele Dinge wurden gesagt. Empfehlungen wurden zu den Themen "Familie und Beruf", "Verbesserung der Kinderbetreuung", "Vereinbarung Pflege und Beruf", "Verbesserung der Bildung durch Netzwerke", "Schulen mit Unternehmergeist" gegeben. In diesem Zusammenhang gebe ich Ihnen einen Tipp. Fahren Sie einmal nach Pfarrkirchen in Niederbayern. Da gibt es das Unternehmergeymnasium. In Fürstzell bei Passau gibt es das Erfindergymnasium. Hoch spannend! Toll entwickelt! Ich empfehle jedem, das einmal anzuschauen.

Im ländlichen Raum ist das Hauptthema die Infrastruktur und ihre Gestaltung, ebenso die Infrastruktur an Hochschulen. Auch ich habe da massive Kritik geübt und bleibe dabei. Ich habe massive Mängel in der Benutzung der Fachterminologie festgestellt; so hatte es auch der Professor ausgeführt. Er sprach vom Land und vom ländlichen Raum. Freising ist ländlicher Raum, aber niemals vergleichbar mit Wunsiedel. Erding und Miesbach sind ebenfalls ländlicher Raum, aber niemals vergleichbar mit Passau und Freising. Da hätte man differenzieren müssen. Aber das ist leider nicht geschehen.

Das Gutachten hat überall zu massiver Verwirrung beigetragen, nämlich durch die Gegenüberstellung von Metropolregion und ländlichem Raum. Beides wurde wie ein Gegensatz behandelt. Es wurde so getan, als bestünde hier eine Konkurrenzsituation, die in Wirklichkeit nicht gegeben ist; denn das Leben geht nicht ohne die Städte und auch nicht ohne das Land. Unser Leitbild muss heißen, auf gleichwertige Lebensbedingungen zu achten, wie es im LEP festgeschrieben ist. Dies muss beibehalten werden. Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern müssen geschaffen und erhalten werden.

Die Empfehlung soll Antwort auf die zukünftige Entwicklung und auf dabei auftretende Probleme geben. Wenn eine Antwort gefunden werden soll, ist es wichtig, nicht zu reagieren, sondern zu agieren.

Die alleinige Förderung von Metropolregionen wie München oder Nürnberg oder Augsburg reicht nicht

aus. Nürnberg ist ein gutes Beispiel. Dort war Quelle. Das Unternehmen ist punktuell gefördert worden. Aber wir sollten Metropolregionen nicht massiv fördern, weil sie sich aus eigener Kraft gut entwickeln; dies steht außer Frage.

Denken Sie zum Beispiel einmal an den Flughafen München. Was sich dort über die Jahre hinweg entwickelt hat, kann man nicht mit Passau oder Wunsiedel oder Ulm oder womit auch immer vergleichen. Man muss hier massiv differenzieren.

Falsch ist die ausschließliche Förderung von Leistungszentren neben München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg und Würzburg. Dabei denke ich auch an den 60-Minuten-Pendlereinzugsbereich, und der Rest fällt weg; das sind das Allgäu, Niederbayern usw. Die Oberpfalz geht nach Tschechien. Das ist aber eine völlige Fehlinterpretation der gegebenen Situation. Die muss korrigiert werden.

Wenn es uns gelingt - damit komme ich zu einem zentralen Thema, das auch die Regierung aufgegriffen hat -, zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Existenzgründungen an den Orten des ländlichen Raums zu organisieren - zum Beispiel in Teisnach, wozu ich heute schon gesprochen habe; im Bayerischen Wald sind es auch Freyung und Grafenau -, dann entstehen kleine Einheiten, kleine Unternehmen mit Arbeitsplätzen. Wenn Arbeitsplätze entstehen, bilden sich Familien. Wo Familien entstehen, gibt es normalerweise Kinder. Dort braucht man Wohnungen, Schulen, Ärzte und Krankenhäuser. Es würde uns niemals gelingen, diese Transferleistungen aufrechtzuerhalten, wenn es uns nicht gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist das alles entscheidende Thema.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Diese Entwicklung vollzieht sich natürlich nicht von heute auf morgen.

In Roding gibt es zum Beispiel die Firma Mühlbauer. Herr Mühlbauer hat sich vor 29 Jahren selbstständig gemacht. Zunächst war er in München. Da hat er keine Mitarbeiter bekommen, weil BMW alles weggesaugt hatte. Er hat eine Maschinenbaufirma in Roding im Bayerischen Wald gegründet. Sie hat 2.700 Beschäftigte und 300 Auszubildende. Jetzt investiert er 30 Millionen Euro in den Ort.

Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall. Es gibt genügend derartige Beispiele. Wir können uns den Gedanken abschminken, dass aus dem Ausland große Investoren kommen und bei uns 1.000 oder 2.000 Arbeitsplätze schaffen. Wir leben davon, dass wir durch Existenzgründungen und Ähnliches nachhaltig und organisch wachsen. Dies muss massiv ge-

fördert werden. Das habe ich hier mehrmals vorgetragen. Wir müssen die Förderung umstellen: weg vom Beton, hin in die Köpfe.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen die Internationalisierung der Hochschulen organisieren. Die internationale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulen muss verbessert werden. Die Öffnung der Hochschulen für Meister ist gelungen und läuft an. Die Ausgliederung von Hochschulen in die ländlichen Räume läuft ebenfalls an.

Des Weiteren brauchen wir junge Wissenschaftler gerade für den mittelständischen Bereich; denn dort, wohin die Maschinen geliefert werden, wird künftig Dienstleistung benötigt. Wir haben aber nicht die Menschen, die diesen Bedarf ausfüllen. Von daher geht uns eine enorme Wirtschaftskraft verloren.

Ich persönlich mache mir um den bayerischen Mittelstand keine Sorgen. Sorgen mache ich mir, wenn es darum geht, in der Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, wenn wir nicht genügend Fachkräfte haben. Insofern müssen wir - das sage ich hier nochmals laut und deutlich - dem Fachkräftemangel auch dadurch begegnen, dass wir nicht nur die eigenen Arbeitslosen fördern, sondern ganz gezielt auch die Einwanderung organisieren, wie es zum Beispiel in Österreich mit einem Punktesystem geschieht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen eine verbesserte Infrastruktur. Ich nenne ganz konkret die A 94. Herr Runge hat heute schon darüber diskutiert. Ich nenne die Bahn, die wir gerade im ländlichen Raum brauchen. Das geht nicht von heute auf morgen, weil wir leider Vorläufe von 10 bis 15 Jahren haben. Ich spreche das jetzt permanent diskutierte Thema Energieversorgung an, das uns noch großes Kopfzerbrechen machen wird, und ich spreche noch das Thema DSL an.

Meine persönliche Einschätzung: Der ländliche Raum hat riesige Chancen. Ich spreche hier aus persönlicher Erfahrung. Wir haben ein Büro in München. Dort verdienen die Mitarbeiter 20 % mehr als im ländlichen Raum. Am Ende des Monats hat aber der Mitarbeiter im ländlichen Raum nach Abzug der Miete und der Lebenshaltungskosten mehr in der Tasche als der Mitarbeiter in München. Deshalb traue ich mir zu sagen, dass sich der normale Facharbeiter das Leben in der Großstadt aufgrund der Grundstückspreise und der massiv wachsenden Mietkosten und Kaufpreise auf Dauer nicht mehr leisten kann, auch wenn er 6.000 oder 7.000 Euro brutto verdient. Wenn er eine Familie mit zwei kleinen Kindern hat, kann er in Mün-

chen nicht leben. Wir lagern mittlerweile eine Menge an Arbeit in den ländlichen Raum aus, weil wir in den Städten keine Mitarbeiter mehr bekommen.

Die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur müssen von der politischen Seite geschaffen werden. Dann wird der ländliche Raum nicht nur überlebensfähig, sondern so attraktiv und lebenswert bleiben, wie er es jetzt ist.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir haben noch eine Wortmeldung von Herrn Sibling für die CSU.

Bernd Sibling (CSU): Frau Präsidentin, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich hat das Gutachten eingeschlagen wie ein Blitz und große Aufmerksamkeit in ganz Bayern erzielt. Zur Abwechslung will ich auch einmal das westliche Mittelfranken und das nördliche Unterfranken nennen, die ähnliche Probleme haben wie die schon genannten Regionen. Vor allem hat die Frage der Anbindung der Region an die Zentren provoziert. Diese Frage hat die notwendige Kritik nach sich gezogen. Es war wichtig, dass sich die Regionen zu Wort gemeldet haben. Es wurde die Frage gestellt, ob das eine neue Politik der Staatsregierung sei. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich klarstellen, der Zukunftsrat, der ehemalige Wissenschaftlich-Technische Beirat, den es übrigens seit 1986 gibt, ist ein Beratungsgremium und kein politisches Entscheidungsgremium. Entscheidungen trifft immer noch die Politik und kein anderer, auch wenn der Zukunftsrat kostenlos - in Klammern könnte man vielleicht auch "umsonst" sagen - arbeitet.

(Alexander König (CSU): Umsonst ist richtig! Völlig umsonst!)

Es sei aber auch einmal gesagt, dass die Mitglieder des Zukunftsrats kein Geld für ihre Arbeit bekommen.

Meine Damen und Herren, der Vergleich mit Julius Cäsar fordert mich natürlich heraus, lieber Michael Piazolo. Dazu möchte ich sagen, dass der Pontifex maximus im Besitz der Deutungshoheit war. Daran sieht man, dass die Politik die Deutungshoheit hat. Das Beispiel war dann wohl eher an den Gedärmen herbeigezogen als tatsächlich von historischer Faktizität.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns fragen, wie man mit einem solchen Gutachten umgeht. Sollen wir schimpfen, resignieren oder handeln? Geschimpft haben alle in den betroffenen Regionen. Resigniert haben Gott sei Dank die allerwenigsten. Gehandelt haben nur relativ wenige. In

Niederbayern und Oberfranken waren es vor allem die CSU-Mitglieder, die gehandelt haben. Minister Helmut Brunner hat einen Infrastruktur-Arbeitskreis auf den Weg gebracht. Er hat viele Maßnahmen vorgeschlagen. Innenminister Friedrich hat in Oberfranken verschiedene Gruppen ins Leben gerufen. Landrat Christian Bernreiter hat jetzt eine Organisation auf den Weg gebracht. Bei den Hochschulkonzepten hat sich auch sehr viel getan. Für Franken will ich nur auf die Technologieallianz Oberfranken hinweisen. Ich will auf die Kooperation zwischen Nürnberg und Erlangen verweisen. Ich will auf das übergreifende Konzept zwischen Würzburg, Erlangen und Regensburg hinweisen, Frau Präsidentin Stamm. Ich will auf die vielen Initiativen verweisen, die sich in Niederbayern, in Straubing, Passau und Deggendorf unter dem Begriff "Technik Plus" entwickelt haben. Damit stellt man die Handlungsfähigkeit einer Region unter Beweis, lieber Herr Muthmann.

Ich darf auch noch darauf hinweisen, dass der Bezirksverband der CSU Niederbayern bereits im Dezember 2010, als vom Zukunftsrat noch niemand gesprochen hat, beschlossen hat, einen demografischen Faktor in der kommunalen Förderung einzuführen. Diesen Beschluss hat der Demografiebeirat der Bayerischen Staatsregierung jetzt schon in seine Überlegungen einfließen lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie bei uns abgeschrieben!)

- Lieber Herr Rinderspacher, ich kann Sie beruhigen, ich lese Ihre Papiere nicht einmal.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das spricht aber nicht für Sie, Herr Sibler!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, andere Parteien sammeln heute noch Unterschriften. Wir liefern lieber Ideen ab. Das ist der Unterschied. Wir brauchen Konzepte statt Betroffenheit. Das Beruhigende an den Konzepten ist, dass wir Geld dafür Gott sei Dank auch noch zur Verfügung haben.

Lassen Sie mich als hochschulpolitischer Sprecher noch ein paar Sätze zur Internationalisierung sagen. Ich kann Sie beruhigen, lieber Herr Rabenstein, Herr Piazzolo. Wir sind konkurrenzfähig. Letzte Woche war ich mit Frau Matschl am Max-Planck-Institut für Licht in Erlangen. Dort haben wir feststellen können, dass gerade ein Professor von der ETH in Zürich nach Erlangen gegangen ist, weil er dort ideale und sehr gute Voraussetzungen vorfand. Die Konzepte, die in diesem weiteren Punkt der Empfehlungen des Zukunftsrats aufgeführt sind, bringen viele Impulse für die Internationalisierung. Wir sind auf dem Weg, diese zu realisieren. Auch dafür, lieber Herr Mütze, werden wir

selbstverständlich Geld brauchen. Die Hochschulpolitiker der CSU werden sich für diese Konzepte verwenden und sich einbringen.

Ein Weiteres, lieber Herr Mütze, um das Falsche nicht stehen zu lassen: Wir haben bei den Hochschulen keine Kürzungen vorgenommen. Im Gegenteil, die Grundfinanzierung ist angehoben worden. Ich darf nur die Universität in Regensburg nennen, weil sie gerade im letzten Jahr bei weiteren Studentenprotesten ein so gutes prominentes Beispiel war. 157 Millionen waren es 2010, 171 Millionen 2011. Daneben wird noch gebaut, saniert und hergerichtet. Es wird sogar so viel gebaut, saniert und hergerichtet, dass die GRÜNEN im Hochschulausschuss große Sorgen hatten, die bayerische Staatsbauverwaltung könne gar nicht alle Mittel verbauen und die Baumaßnahmen würden lange nicht fertig werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das beste Beispiel für eine regional ausgewogene Hochschulpolitik und zukunftsorientierte Strukturpolitik sind die Fachhochschulen. Ansbach, Aschaffenburg, Amberg-Weiden, Deggendorf, Neu-Ulm, Hof und Ingolstadt sind die Standorte der Fachhochschulen oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die in den Neunzigerjahren über ganz Bayern hinweg geschaffen worden sind. Darauf haben der Kollege Erwin Huber und meine Wenigkeit in einer ersten Pressemitteilung verwiesen. Auch das waren Reaktionen der Bayerischen Staatsregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Gutachten selber ist zu sagen, dass es selten einen Schaden gibt, bei dem kein Nutzen dabei ist. Das gilt vor allem dann, wenn man handelt, statt bei Betroffenheit stehenzubleiben. Die Menschen in der Region haben gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Kollege Sibler, Sie haben einige Initiativen von CSU-Abgeordneten bzw. Politikern vor Ort angesprochen. Sie haben auch den damaligen CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich, der jetzt eine andere Funktion hat, erwähnt. In seiner damaligen Funktion hat er versucht, einen eigenen "Zukunftsrat ländlicher Raum" ins Leben zu rufen. Ich wollte erstens feststellen, dass dieser Zukunftsrat ein totaler Rohrkrepierer war.

(Beifall bei Abgeordneten der SDP)

Zweitens möchte ich Sie um Stellungnahme zu Folgendem bitten. Friedrich hat heftige Kritik vom Bayeri-

schen Wirtschaftsministerium bekommen. Dort wurde gesagt, Friedrich solle Bundespolitik machen. Heftige Kritik musste sich Friedrich für seinen Vorschlag aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium anhören. Staatssekretärin Katja Hessel lehnte einen "Zukunftsrat ländlicher Raum" strikt ab. Die Politik für den ländlichen Raum werde von der Staatsregierung und nicht von den Gremien gemacht. Ich bin zwar auch etwas anderer Meinung, aber ich wollte Sie um Stellungnahme zu dieser Äußerung bitten.

Bernd Sibler (CSU): Politik macht die Staatsregierung, Politik macht der Landtag, und Politik machen auch Gremien. Es ist gut, wenn sich die Regionen aufmachen und die Kräfte der Regionen auf die politischen Entscheidungen Einfluss nehmen. Das muss unsere Antwort sein.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Wortmeldungen liegen uns hier oben nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag aufgrund der Aussprache für erledigt erklärt wird? - Dem ist so. Hiermit wird der Antrag für erledigt erklärt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung bekannt, dass die SPD-Fraktion folgende Umbesetzungen im Ältestenrat mitgeteilt hat: Anstelle von Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer wurde Frau Kollegin Sabine Dittmar als neues Mitglied im Ältestenrat benannt. Als stellvertretende Mitglieder wurden für Herrn Kollegen Franz Maget als erster Stellvertreter Herr Kollege Markus Rinderspacher und als zweiter Stellvertreter Herr Kollege Florian Ritter benannt. Für Herrn Kollegen Harald Güller wurde als erster Stellvertreter Herr Kollege Volkmar Halbleib und als zweite Stellvertreterin Frau Kollegin Inge Aures benannt. Für Frau Kollegin Sabine Dittmar wurde als erste Stellvertreterin Frau Kollegin Natascha Kohnen und als zweite Stellvertreterin Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer benannt. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Wir können mit den noch verbleibenden Tagesordnungspunkten weitermachen. Nach dem gemeinsamen Aufruf von Tagesordnungspunkt 8 und 9 sowie dem anschließenden Aufruf der Tagesordnungspunkte 10 und 11 werden zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 14 nur noch Abstimmungen vorgenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Tankstellenverordnung (Drs. 16/7121)

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)
Regulierung der Benzinpreise in Deutschland nach dem Beispiel Österreichs (Drs. 16/8042)

Zum Antrag betreffend "Tankstellenverordnung" auf Drucksache 16/7121 wurde von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Widmann für die FREIEN WÄHLER.

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Benzinpreise ist wieder einmal brandaktuell. Erst vor Kurzem hat das Bundeskartellamt nach dreijähriger Prüfung verkündet, dass die Spritpreise in Deutschland viel zu hoch seien. Jetzt ist es offiziell: Die deutschen Autofahrer werden abgezockt. Allerdings kann das Kartellamt keine direkten Preisabsprachen nachweisen. Trotzdem kommt das Kartellamt zu dem Schluss, dass sich die Konzerne sehr stark aneinander orientieren. Leider sieht das Bundeskartellamt keine rechtlichen Möglichkeiten, gegen die Konzerne vorzugehen.

Wieso kann das Kartellamt nur Monopolspiele verbieten? Vielleicht müsste aufgerüstet und ein Verbot für oligopole Spiele eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, einerseits finde ich mich durch die Ergebnisse des Bundeskartellamtes in meiner Meinung bestätigt, dass die Mineralölkonzerne ihre Preise willkürlich festlegen und bewusst nach oben treiben. Gleichzeitig muss ich Ihnen sagen, dass für diese Erkenntnis keine dreijährige Prüfung notwendig gewesen wäre. Zu diesem Ergebnis kommt jeder normale Mensch, wenn er innerhalb einer Woche öfter an einer Tankstelle vorbeifährt. Die Spritpreise sind aber nicht nur zu hoch, sie schwanken auch sehr stark - teilweise mehrmals an einem Tag.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine Tankstellenverordnung nach österreichischem Vorbild, um die Preissprünge einzudämmen. An den Tankstellen soll zukünftig nur noch einmal am Tag eine Preiserhöhung zugelassen werden, die mindestens 24 Stunden eingehalten werden soll. Preissenkungen sollen dagegen weiterhin möglich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mittlerweile ist das Tanken zum Glücksspiel geworden, vor allem morgens und abends, wenn die Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsstätten fahren müssen. Die

Mineralölkonzerne begründen dies immer mit der Lage in den Förderländern oder der Weltmarktpreise.

Meine Damen, meine Herren, so schnell, wie die Preise rauf und runter gehen, können sich die Preise am Weltmarkt gar nicht verändern. Wenn der Spritpreis aber nur einmal am Tag erhöht werden darf, könnte dies mehr Ruhe in den Wettbewerb bringen und nachhaltigere Preise bewirken. Ein einheitlicher Umstellungszeitraum verschafft den Autofahrern eine bessere Orientierung. Diese können zuverlässig vergleichen, wo der Sprit am billigsten ist. In Österreich ist diese Regelung seit Jahren in Kraft und hat sich bewährt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Sie werden sicher einwenden, dies sei ein unzulässiger Eingriff in die freie Preisbildung und eine Einschränkung des Wettbewerbs. Ich sage Ihnen: Wir wollen die Preise nicht festsetzen. Wir wollen nur den dauerhaften Preisschwankungen einen Riegel vorschieben. Wir würden einen Zeitraum vorgeben, innerhalb dessen Preiserhöhungen möglich sind. Damit schränken wir den Wettbewerb überhaupt nicht ein, da dieser nicht existiert. Das Bundeskartellamt hat festgestellt, dass fünf große Mineralölkonzerne fast den ganzen Spritmarkt in Deutschland beherrschen. Die wenigen freien Tankstellen sind zudem an den Marktpreis der Spritproduzenten gebunden, sodass überhaupt kein Spielraum besteht.

Wir FREIEN WÄHLER haben am 1. Februar einen Antrag hierzu im Wirtschaftsausschuss gestellt. Als unser Antrag im Ausschuss behandelt wurde, haben die Regierungsparteien auf die laufenden Untersuchungen des Bundeskartellamtes verwiesen. Sie wollten erst abwarten, was bei dieser Untersuchung herauskommt. Jetzt hat das Bundeskartellamt seine Prüfung beendet und mitgeteilt, dass es keine Chancen für rechtliche Konsequenzen sehe. Im Klartext heißt das: Liebe Leute, wir wissen, dass die Mineralölkonzerne euch abzocken. Leider können wir jedoch gar nichts dagegen tun.

Meine Damen, meine Herren, dem Bundeskartellamt sind die Hände gebunden, aber nicht der Politik. Ich bin der Meinung, dass wir sehr wohl etwas tun können. Wir können keine Preise festlegen - das ist richtig. Das wollen wir gar nicht. Jedoch können wir sagen: Preiserhöhungen nur noch einmal am Tag, nicht wie bisher fünfmal am Tag. Daher appelliere ich an Sie, sich einen Ruck zu geben und unseren Antrag zum Wohle der Autofahrer zu unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es reicht nicht, sich öffentlichkeitswirksam in den Medien über die Spritpreise aufzuregen oder die Ölkonzerne zu rügen. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Engagement von der Politik. Den Spielraum, den wir haben, sollten wir auch nutzen. Deshalb unterstützen Sie den Antrag der FREIEN WÄHLER. Wir werden dem inhaltlich gleichlautenden Antrag von der SPD zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich Sie in einem Werbeblock auf das Buffet in der Landtagsgaststätte hinweisen. Dort können Sie Ihre Gespräche hervorragend führen.

Für die SPD-Fraktion darf ich nun den Kollegen Roos aufrufen.

Bernhard Roos (SPD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rate dringend davon ab, die Benzinthematik mit der Essensthematik zu verbinden. Das ergibt einen schalen Nachgeschmack.

Ich kann die Äußerungen von Frau Kollegin Widmann nur bekräftigen. An einem Tag steigen die Benzinpreise um sieben oder acht Cent und fallen anschließend wieder. Logischerweise sind Absprachemechanismen vorhanden. Wer meint, dass das Fazit des Bundeskartellamtes eine Entschuldigung oder einen Freispruch der fünf großen Mineralölkonzerne darstellt, der hat sich getäuscht. Es hat nur keine klare Beweisführung gegeben. Ich unterstelle - wie Kollegin Widmann -, dass bei entsprechender Mühe und Sorgfalt noch Beweise herangezogen werden könnten. Die Ressourcen wären vorhanden.

Analog zum Tanken an der Grenze, dem sogenannten Tanktourismus, wäre eine einfache Möglichkeit vorhanden. Herr Kollege Reiß, ich möchte Sie direkt ansprechen. Ihr Parteikollege aus der CSU-Landesgruppe hat nicht nur nach Österreich geschaut, sondern weiter rund um den Erdball nach Australien. Er hat ein australisches Modell mit einer Ankündigungsfrist vorgeschlagen. Das Modell setzt nicht auf ein marktkontrollierendes Verhalten des Staates, sondern auf die Einführung einfacher Regularien, um diesen Missbrauch - es ist Missbrauch und Abzocke - zu stoppen. Der Verweis der Mineralölkonzerne, dass der größte Teil Steuerlast sei, ist falsch; denn das ändert nichts an den Preissprüngen während eines Tages.

Geben Sie sich einen Ruck, Kollege Reiß, und stimmen Sie sowohl dem Antrag der FREIEN WÄHLER

als auch dem Antrag der SPD-Fraktion zu! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Reiß, der soeben angesprochen wurde, kann gleich antworten. Er bekommt das Wort für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Roos, es ist selbstverständlich so, dass die fünf großen Tankstellenbetreiber mit 65 % Marktanteil eine marktbeherrschende Stellung haben. Das Bundeskartellamt stellt deshalb im Abschlussbericht zu der bis Ende Mai durchgeführten "Sektoruntersuchung Kraftstoffe" fest, dass die wettbewerbsfeindlichen Marktstrukturen auch zu überhöhten Preisen führen. Auf den Kraftstoffmärkten funktioniert der Wettbewerb nicht. Die fünf großen Mineralölkonzerne beherrschen den Tankstellenmarkt. Das Bundeskartellamt geht davon aus, dass bei funktionierendem Wettbewerb die Preise tatsächlich niedriger wären.

Die Sektoruntersuchung hat gezeigt, dass die Tankstellen ihre Preise häufig nahezu parallel nach dem immer gleichen Schema praktisch per Knopfdruck ändern. Aber - Kollegin Widmann hat es angesprochen - das Bundeskartellamt konnte keine Preisabsprachen feststellen. Wegen der gemeinsamen Marktbeherrschung kommt es jedoch praktisch nicht vor, dass einer der fünf Konzerne aus dem Preisgefüge ausschert und über einen längeren Zeitraum die Preise senkt.

Klar ist auch für uns: Selbst wenn keine Preisabsprachen nachgewiesen werden konnten, ist es unsere politische Aufgabe zu prüfen, ob durch regulative Eingriffe Verbesserungen für die Verbraucher erzielt werden können. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge. Nach dem österreichischen Modell dürfen die Preise nur einmal, um 12 Uhr, erhöht werden. Kollege Roos hat schon darauf hingewiesen, dass der Bundestagskollege Dr. Nüßlein vorschlägt, nach dem australischen Modell nur eine einmalige Preiserhöhung, um 6 Uhr früh, zuzulassen.

Wir haben im Wirtschaftsausschuss schon ausführlich über die Vorschläge debattiert und abgestimmt. Auch nach Vorliegen der Sektoruntersuchung bin ich nicht davon überzeugt, dass wir mit der Realisierung eines dieser Modelle eine preissenkende Wirkung für die Verbraucher erzielen könnten. Die Sektoruntersuchung hat nämlich auch gezeigt, dass die Mineralölkonzerne in aller Regel nur einmal täglich die Preise erhöhen. Damit liefe sowohl das österreichische als

auch das australische Modell ins Leere. Der Kontrollaufwand würde sich allerdings erhöhen. Ergebnis: höhere Bürokratieaufwendungen, aber keine preisdämpfende Wirkung.

Es wird übrigens bezweifelt, dass das in Österreich angewandte Modell dort preissenkend gewirkt hat. Im Gegenteil, es ist zu vermuten, dass die Tankstellen vorsorglich am Vormittag die Preise über den Marktpreis hinaus erhöhen, weil sie nach 12 Uhr keine Möglichkeit zur Preiserhöhung mehr haben.

Eine Einschränkung der freien Preisbildung wäre nur dann vertretbar, wenn sie tatsächlich zur Verbesserung der Orientierung der Verbraucher führen würde. Aber auch das ist nicht zu erwarten, weil durch die jederzeit bestehende Möglichkeit von Preissenkungen die Preise auch weiterhin variieren würden.

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass für mehr als die Hälfte - nahezu 60 % - des Kraftstoffpreises in Deutschland der Staat verantwortlich ist. Rechnet man die Steuern heraus, kommt man zu dem Ergebnis, dass die deutschen Kraftstoffpreise im EU-Vergleich am unteren Rand liegen; der Kraftstoff selbst ist also preisgünstig.

Dazu trägt sicherlich in Deutschland ein mit rund 35 % noch vergleichsweise hoher Anteil mittelständischer Tankstellen bei. Die freien Tankstellen sind das Korrektiv, weil sie die Preise der Markentankstellen unterbieten. Der Verbraucher kann entscheiden, wo er tankt; er kann auf preiswerte Angebote der freien Tankstellen achten. Gerade die mittelständischen Tankstellenbetreiber dürfen wir nicht durch einen Eingriff in die freie Preisbildung schwächen. Ein Fehler in der Preisgestaltung um 12 Uhr wirkt sich auf die Gewinnmarge einer kleinen Tankstelle weitaus massiver aus als auf die einer Konzerntankstelle. Laut Bundesverband Freier Tankstellen verbleibt den Betreibern freier Tankstellen eine Marge von gerade einmal 4 Cent pro Liter. Die kapitalstarken Markengesellschaften können geringere Margen über Stunden wesentlich besser verkraften. Ich betone: Wir müssen zuallererst aufpassen, dass die freien Tankstellen als Korrektiv nicht zurückgedrängt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit einer Tankstellenverordnung, ähnlich dem österreichischen oder dem australischen Modell, nehmen wir jedoch gerade den freien Tankstellen die Möglichkeit, ihre Preise korrigierend flexibel zu gestalten. Deshalb lehnen wir die Anträge ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich nun die Kollegin Anne Franke ans Mikrofon bitten. Bitte schön.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag, eine Regulierung wie in Österreich einzuführen, ist zwar ganz nett, aber sicherlich nicht zielführend. Die Situation stellt sich doch wie folgt dar: Fünf Konzerne beherrschen den Benzinmarkt und treiben mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern ihr längst bekanntes Spiel: Zu Ferienbeginn, an den Wochenenden und zu bestimmten Feiertagen gehen die Preise hoch.

Neu ist nur, dass das Kartellamt - nach fünf Jahren Eruierung! - einen Bericht vorgelegt hat und darin wieder nicht klar von Preisabsprachen spricht. Wir alle wissen doch längst, dass sich die Tankstellen gegenseitig beobachten. Ich habe neulich bei meiner Tankstelle die Auskunft bekommen: Wir sehen, was die anderen machen, und melden das nach Hamburg. Bald danach bekommen wir die Erlaubnis, den Preis anzugleichen, das heißt, zu erhöhen oder zu senken. - Man spricht zwar offiziell nicht von Preisabsprachen, aber wir alle wissen, was es ist. Damit nutzen die fünf großen Konzerne ihre marktbeherrschende Stellung zur Erhöhung ihrer Gewinnmargen aus. Wenn die Rohölpreise sinken, reagieren sie erst einmal nicht.

Es gibt in Deutschland in diesem Bereich keinen funktionierenden Markt. Wir haben fünf Konzerne, die den Wettbewerb behindern. Deren Gesamtmarktanteil liegt bei über 70 %. Angesichts dessen muss man sich fragen, warum das Kartellamt das zugelassen hat.

Es muss gesetzlich alles getan werden, damit der Wettbewerb wieder zu funktionieren beginnt. Wir brauchen vor allem mehr Transparenz. Dazu gehört eine Offenlegung der Preiskalkulation. Auch müssen wir uns ein Stück weit unabhängiger von den Öllieferanten zu machen. Wir GRÜNE sind seit Jahren der Auffassung, dass der heutige Verbrauch von fossilen Energieträgern nicht zukunftsfähig ist. Diese Einschätzung gilt auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Rohstoffvorräte begrenzt sind.

Wir wollen intelligente Nutzung und intelligente Organisation von Mobilität, und das in einem funktionierenden Wettbewerb. Dafür müssen wir alle zielführenden gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um den Wettbewerb im Tankstellenbereich zu stärken.

Wir werden uns zu beiden Anträgen der Stimme enthalten, da wir die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht für wirklich zielführend halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion darf ich nun Herrn Dr. Kirschner das Wort geben. Bitte schön.

(Zuruf von der CSU: Die Geheimwaffe der FDP!)

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich musste gerade schauen, ob Herr Rohde noch dort oben sitzt oder ob er schon unter der Last seiner Tat zusammengebrochen ist. - Ich bin Vielfahrer, weil ich vom Land komme. Vorausschicken möchte ich: Ich ärgere mich wie jeder andere maßlos darüber, was die Tankstellen mit uns treiben. Insofern bin ich völlig bei den Antragstellern. Wenn man allerdings einen Hebel ansetzt, dann so, dass er auch die gewünschte Wirkung herbeiführt.

Ich habe mich bei Tankstellen erkundigt, wie die Preisbildung dort funktioniert. Bei einer freien Tankstelle vollzieht sie sich anders als bei einer preisgebundenen Konzern-tankstelle. Letztere bekommt den Sprit praktisch auf Kommission, unabhängig vom täglichen Spotpreis am Weltmarkt. Der Tankinhalt wird ohnehin schon 20-mal gehandelt, bis er überhaupt in Rotterdam ankommt, und dann noch 50-mal mit Leerverkäufen und Ähnlichem hin- und hergeschoben. Das ist ja kein richtiger Preis mehr, der dann entsteht.

Das Öl landet in Rotterdam oder in Ingolstadt oder sonst irgendwo, dann wird daraus Sprit hergestellt, zum Beispiel Diesel oder Superbenzin. Dann kommt das Benzin zu den Tankstellen. Der Tankstellenbesitzer bekommt dann zum Beispiel eine Rechnung über 20.000 Euro. Die Rechnung stammt vom Ölkonzern. Der Tankstellenbesitzer bekommt pro Liter 2 oder 3 Cent; das ist sein Geschäft. Somit hat der Tankstellenbesitzer überhaupt keine Einwirkung auf den Tankstellenpreis. Der Tankstellenpreis wird bei den gebundenen Tankstellen zu über 90 % über das Internet organisiert. Um 10.00 Uhr wird auf den Knopf gedrückt; dann ist der Preis ein anderer als um 09.50 Uhr. So läuft das momentan ab.

Völlig anders - jetzt komme ich auf das Problem - verhält es sich bei den freien Tankstellen. Der freie Tankstellenbesitzer lässt sich seinen Sprit liefern oder holt ihn sich selbst bei der OMV in Burghausen ab und fährt ihn heim. Dort leitet er den Sprit in den Erdtank. Er hat dann einen Einkaufspreis und somit einen fixen Preis. Er muss hoffen, dass der Tankstellenbesitzer nebenan nicht mit dem Preis nach unten geht und dass er nicht gezwungen ist, unter Preis zu verkaufen, oder aber er muss warten, bis die Preise wieder steigen, damit wieder Leute zu ihm zum Tanken kom-

men. Insofern haben wir keine gleichgeschalteten marktwirtschaftlichen Verhältnisse.

Der Ablauf ist folgender. In der Früh gibt es vom Konzern eine Mitteilung, zum Beispiel über Internet, dass der Preis X Euro beträgt. Dann erkundigt man sich in der Region, welche Preise die Nachbartankstellen von JET bis ARAL verlangen. Dann wird der Preis um 0,2 oder 0,3 % variiert. So sprechen sie sich auch regional ab, um keine Verwerfung hervorzurufen. Das kann sich der freien Tankstellenbesitzer in der Regel nicht leisten, weil es nicht so viele gibt, außer im Fall, dass sich an einem Ort fünf oder sechs befinden.

Mit dem Antrag bewirken Sie Folgendes: Die Großen werden um 12.00 Uhr einen maximalen Preis ausrufen. Je nachdem, wie sich der Markt am Ort oder darum herum entwickelt, gehen sie mit dem Preis herunter oder aber lassen ihn gleich. Das ändert an der Spielweise der Großkonzerne nichts. Wir müssen wirklich einen völlig anderen Ansatz suchen. Ich zwar bin FDPler, aber doch der Meinung, es müsste eine Preiskontrolle stattfinden. Das ist natürlich schwierig, weil die Einkaufspreise nicht definiert sind, weil sie nicht vergleichbar sind. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Ich unterstelle auch ganz klipp und klar, dass die Preise intern abgesprochen sind. Davon muss man wohl ausgehen. Wir lösen das Problem mit dem Antrag aber leider nicht.

Es tut mir leid. Insofern können wir beiden Anträgen nicht zustimmen. Das war auch im Wirtschaftsausschuss so. Bei dieser Gelegenheit, weil die Stunde schon fortgeschritten ist, habe ich mir gedacht, dass ich nächste Woche den Antrag stelle, dass die Münchner Bierpreise zum Oktoberfest auch kontrolliert werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Kirschner, ich darf Sie nochmals zurück bitten? In der Zwischenzeit macht sich Kollege Aiwanger zu einer Zwischenbemerkung bereit, zu der er jetzt das Wort hat. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kirschner, Sie haben gesagt, dieser Vorschlag brächte nichts. Was brächte dann etwas? Was würden Sie von folgendem Vorschlag halten? Es ist ja bekannt, dass von der Erdölförderung über die Raffinerie bis zum Tankstellenbetrieb vieles an Wertschöpfung in einer Hand liegt - natürlich nicht bei den freien Tankstellen, die in der Raffinerie des Gegners oder des Wettbewerbers einkaufen müssen. Was hielten Sie davon,

diese durchgehende Wertschöpfungskette zu zerschlagen?

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Aiwanger, ich sage Ihnen ganz offen, ehrlich und unparteiisch meine Meinung. Um eine Wertschöpfungskette zu zerschlagen, benötigt man einen rechtlichen Ansatz. Wir sind nicht in der DDR und wollen auch nicht in die DDR zurück, indem wir die Dinge einfach auseinanderschneiden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Dinge gefallen uns nicht. Ich weiß, dass für Sie alles, was mit Konzernen zu tun hat, ein heißes Eisen ist. Wir brauchen aber auch Konzerne, um international bestehen zu können. Wir können uns alle noch an die Zeit zurückerinnern, in der es eine Menge freier Tankstellen gab. Ich erinnere an Deltin. Es handelte sich um eine Familie aus Landshut. Deltin musste aufgeben, weil sie mit der Kreditkartenproblematik nicht mehr fertig wurden. Deltin musste aufgeben, weil Tankstellen gasfreie Zapfsäulen bekamen. Sie haben gesagt, dass dies Investitionen sind, die sich nur ein Konzern leisten kann. Das sind vernünftigerweise gesetzlich vorgegebene Dinge. Daraus folgt dann die Organisation oligopolistischer Strukturen. Ich bin grundsätzlich ein strikter Gegner, solche Dinge auf diese Weise zu lösen. Wesentlich vernünftiger - da bin ich eher bei der Kollegin von den GRÜNEN - wäre es, dass das Kartellamt, wenn es schon prüft, auch die Kalkulation der Konzerne - vielleicht macht es das auch; ich weiß es nicht - in Augenschein nimmt.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zum Abschluss der Debatte darf ich nun Staatssekretärin Katja Hessel das Wort geben. Bitte schön.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wettbewerb regelt vieles - Herr Schuster würde sagen, der Markt regelt alles. Wir haben in allen Wortbeiträgen gehört, dass es hier keinen Wettbewerb gibt. Dementsprechend sind das einzige Stück Wettbewerb, das wir haben, die 35 % freien Tankstellen. Von meinen Vorrednern ist ordentlich dargelegt worden, dass die beiden Anträge nicht dazu dienen würden, den Wettbewerb zu stärken, sondern eher unsere mittelständischen freien Tankstellen schädigen würden, die noch dafür sorgen, dass ein Rest an Wettbewerb vorhanden ist.

Ich glaube, diese Anträge sind, obwohl wir uns alle gemeinsam über die Spritpreise ärgern, nicht zielführend. Sie helfen nicht, mehr Wettbewerb zu erzeugen. Mehr Wettbewerb würde entstehen, wenn wir das Oli-

gopol zerschlagen würden. Das heißt, sie müssten in diese Richtung gehen. Deswegen bitte ich, beide Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge getrennt. Weil zum Antrag der FREIEN WÄHLER, Tagesordnungspunkt 8, namentliche Abstimmung beantragt worden ist, schlage ich vor, zunächst über den SPD-Antrag abzustimmen. - Ist das d'accord? - Kein Widerspruch; dann verfare ich so.

Ich lasse also abstimmen über den Antrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/8042 - Tagesordnungspunkt 9. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/8651 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Das sind die Kollegen der FREIEN WÄHLER und der SPD sowie Kollegin Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Danke schön. Das sind die Kollegen der CSU und der FDP. Enthaltungen bitte ich anzuzeigen. - Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7121 - Tagesordnungspunkt 8. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/8649 die Ablehnung des Antrags. Sie haben die Stimmkärtchen. Die Boxen sind aufgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Wir haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 22.28 bis 22.32 Uhr)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir gleich mit der nächsten Debatte fortfahren können. - Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wir werden Ihnen das Ergebnis so schnell wie möglich bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Das Bundesgesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid (CO₂) aus Kohlekraftwerken

verhindern und gefährliche CCS-Endlager von Bayern fernhalten (Drs. 16/7464)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick ist das eine prima Idee: Kraftwerke blasen das CO₂ nicht mehr in die Luft, sondern sie trennen und sammeln es und pressen es dann unter die Erde. Das ist in Kurzform die Idee dieser CCS-Endlager. Allerdings gibt es auch Probleme. So hat zum Beispiel der Bundesrat Ende Mai grundsätzliche Bedenken gegen diese neue Technologie vorgebracht. Er betont, dass es gegenüber dieser neuen Technologie eine sehr erhebliche gesellschaftliche Skepsis gibt. Im Moment wird darüber diskutiert. Bundesweit gibt es 408 mögliche Standorte, davon neun in Bayern.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Einen Moment, Herr Kollege Dr. Fahn. Ich bitte Sie, dem Redner die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, auch zu dieser späten Stunde. Dies ist der letzte Tagesordnungspunkt. Wenn Sie noch Gesprächsbedarf haben, gehen Sie doch nach draußen. Herr Dr. Fahn, bitte fahren Sie fort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die meisten Diskussionen gibt es bisher im Norden und im Osten Deutschlands. Dort gibt es sehr viele Proteste und Bürgerinitiativen, zum Beispiel in Brandenburg. Viele Bürgerinitiativen wollen - wie sie es formulieren - den Wahnsinn einer Endlagerung von CO₂-Industrieabfall in den salzföhrenden Gesteinsschichten verhindern. Es gibt auch Probleme. So kann zum Beispiel die CO₂-Verpressung Lecks oder Erdbeben verursachen. Eine Versalzung des Grundwassers kann drohen, weil das CO₂ einen Teil des Salzwassers aus den Gesteinsporen verdrängt. Dann kann das Salzwasser irgendwann bis an die Oberfläche gelangen.

Ostern 2011 gab es dort sehr viele Demonstrationen. Bei uns gab es Demonstrationen gegen die Abschaltung der AKWs. Wir können uns alle noch daran erinnern. Aber im Norden und im Osten gab es viele Sternmärsche unter dem Motto "Wir sind das Volk - gegen die CO₂-Lagerung". Die Dichtheit eines Endlagers ist noch nicht nachgewiesen. Die maximale Speicherdauer liegt nur bei 27 Jahren. Die CCS-Endlagerung steht auch in Konkurrenz zu anderen erneuerbaren Energien, zum Beispiel zur Geothermie. Sie ist auch nicht effizient; denn sie verbraucht 30 % mehr Energie für die Stromerzeugung.

Die Endlagerung von CO₂ bringt keine regionale Wertschöpfung. Manche befürchten sogar, dass der Tourismus dadurch geschädigt wird. Die Bundesregierung ist ebenfalls schon etwas nervös geworden. Man ist zwar noch grundsätzlich für diese unterirdische Kohlendioxidspeicherung, aber plötzlich kommen Vorschläge, diese Speicherung im Meer vorzunehmen. Das bedeutet, die Klimakiller sollen jetzt in der Nordsee verschwinden. Wie dies im Detail funktionieren soll, weiß man noch nicht. Um aber dem Protest der Bevölkerung aus dem Wege zu gehen, hat man überlegt, das CO₂ außerhalb der 12-Seemeilen-Zone zu lagern.

Hiergegen gibt es aber auch schon wieder Gegenargumente von Politikern aus dem Kieler Landtag, die sagen, diese Verpressung widerspreche dem Schutzzweck des Nationalparks Wattenmeer. Das Wattenmeer könnte im Falle einer Endlagerung kein Weltnaturerbe mehr sein. Sie sehen also, dass diese neue Technologie viele Probleme bringt.

In Bayern wird darüber noch nicht diskutiert, das ist richtig. Diese Diskussion wird aber noch kommen. Hier gibt es ebenfalls offene Fragen, wie bei der Endlagerung des Atommülls.

Natürlich wissen wir, dass es beim derzeitigen Gesetzentwurf der Bundesregierung um lediglich zwei Demonstrationsvorhaben geht. Im Jahre 2017 soll dann eine Evaluation stattfinden. Danach soll endgültig entschieden werden, wie es weitergeht. Vattenfall gibt vor, die CO₂-Pressung nur erproben zu wollen. Viele Experten vermuten, dass der Konzern damit Fakten schaffen will, um die kommerzielle Endlagerung durchzudrücken. Natürlich kann dies auch dazu führen, dass dadurch die Nutzung der Kohlekraft zementiert wird. Das wollen wir aber nicht. Die Argumentation der Staatsregierung, Deutschland habe nur Interesse an der Erprobung der Technik, obwohl sie nicht umgesetzt werden kann, zeigt, dass diese Technik sehr problematisch ist.

Ausgehend von den Beratungen des Bundesrates vom 27. Mai 2011 glauben wir nicht mehr an die gesellschaftliche Akzeptanz dieser neuen Technik und lehnen sie ab. Wir orientieren uns dabei auch an anderen Gremien und Ländern, zum Beispiel am staatlichen Energieversorger in Dänemark, der sagt, dass diese neue CCS-Technik ineffizient und zu teuer sei. Auch die Landesregierung Schleswig-Holsteins hat inzwischen Nein gesagt. Das sind begründete Sachausagen, die zeigen, dass diese Technik mehr Probleme als Lösungen bringt. Deshalb lehnen wir diese Technik ab und haben daher unseren Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Tobias Reiß nach vorne bitten. Den Rest des Auditoriums bitte ich um Aufmerksamkeit zugunsten des Redners.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Fahn, wir sind uns einig, dass die Kohle aufgrund des Endes der Kernenergienutzung und trotz ambitionierter Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien noch längerfristig einen Anteil an der deutschen Stromerzeugung haben wird. Insbesondere zur Ergänzung des stark fluktuierenden Stroms aus Wind und Sonne wird die Kohleverstromung bis zu einem ausreichenden Ausbau von Speichermöglichkeiten einen -wenn auch zurückgehenden - Anteil am deutschen Strommix haben. Dennoch haben wir uns in Deutschland zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um bis zu 95 % gegenüber 1990 zu senken.

Auch mich überzeugt CCS nicht wirklich, aber diese Technologie ist zumindest eine theoretisch denkbare Möglichkeit, CO₂-Emissionen deutlich zu senken. Die Eignung dieser Technologie für Deutschland ist allerdings bislang nicht nachgewiesen. Herr Kollege Dr. Fahn hat darauf hingewiesen, dass sich der Gesetzentwurf der Bundesregierung ausdrücklich auf Forschungs- und Demonstrationsvorhaben beschränkt. Es sind nur zwei Vorhaben angedacht, die vor weiteren Entscheidungen im Jahr 2017 evaluiert werden sollen. Im Übrigen hat das Gesetz, das jetzt im Bundesrat verabschiedet wurde, eine sogenannte Länderöffnungsklausel. Jedes Bundesland kann für sich bestimmen, ob und dass eine Erprobung und Demonstration nur in bestimmten Gebieten zulässig sein soll bzw. in bestimmten Gebieten unzulässig ist. Vor allem sind Untersuchungen nur dort zulässig, wo Beeinträchtigungen von Bodenschätzen oder andere Nutzungsoptionen ausgeschlossen sind.

In Bayern bestünde rein theoretisch eine Speichermöglichkeit in den Gas- oder Öllagerstätten südlich der Donau. Diese Lagerstätten werden aber vorrangig als Lager- und Gasspeicher und zur Öl- und Gasförderung genutzt. Im Übrigen finden im gesamten südbayerischen Raum in den für eine CO₂-Speicherung geeigneten Gebieten bereits Untersuchungen zur Tiefengeothermie statt; das haben Sie bereits angesprochen. Aufgrund der damit bestehenden konkurrierenden Nutzung und des generellen Schutzes der Bodenschätze ist die CO₂-Speicherung in Bayern grundsätzlich nicht genehmigungsfähig. Die CCS-Technologie, davon können wir ausgehen, wird in Bayern nicht zur Anwendung kommen.

Gefährliche CCS-Endlager, wie Sie das im Antrag formuliert haben, Herr Kollege Fahn, wird es in Bayern wegen des jetzt im Bundesrat verabschiedeten Gesetzes nicht geben. Man kann deshalb davon ausgehen, nachdem die FREIEN WÄHLER das auch wissen, dass dieser Antrag der Öffentlichkeitsarbeit geschuldet ist und wir uns nach der Ablehnung im Wirtschaftsausschuss nur deshalb mit diesem Thema noch einmal beschäftigen dürfen. In diesem Zusammenhang fällt mir auf, dass es im mitberatenden Umweltausschuss keine einzige Wortmeldung zu dem Antrag gegeben hat. Wir müssen uns also wegen der Öffentlichkeitsarbeit der FREIEN WÄHLER im Plenum mit diesem Antrag beschäftigen. Schon deshalb ist der Antrag abzulehnen. Das werden wir tun.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Bernhard Roos an das Mikrofon bitten. Bitte schön.

Bernhard Roos (SPD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage vorab, dass wir dem Antrag zustimmen werden, im Unterschied zu unserem Abstimmungsverhalten im Wirtschaftsausschuss, wo wir uns enthalten hatten. Wir haben mittlerweile eine tiefergehende Debatte in der Fraktion geführt, anscheinend im Gegensatz zu dem, was im Umweltausschuss geschehen ist. Wir haben uns zu einem Ja zu diesem Antrag durchgerungen. Ich werde den Vorrang der umweltpolitischen Sichtweise und des Umweltschutzes begründen.

Herr Kollege Reiß, nach dem, was mir bekannt ist, soll sich der Bundesrat am 23. September mit dem Gesetz abschließend befassen und darüber abstimmen. Es ist ein Geburtsfehler des Antrags der FREIEN WÄHLER, dass davon ausgegangen wird, dass ein Gesetz verhindert werden soll. Es ist aber gerade Pflicht des Bundesgesetzgebers, ein Gesetz zu machen mit den Öffnungsmöglichkeiten, die meine Vordrucker bereits ausgesprochen und skizziert haben.

Zu den Argumenten, und hier komme ich vor allem zur nachteiligen Wirkungsweise von CCS und der CO₂-Verpressung: CCS bedeutet nicht CO₂-frei. Wir haben am Kraftwerk vielmehr eine Abscheiderate von 88 %. Da zusätzlich mit Methanvorkommen zu rechnen ist, bekommen wir einen Reduktionsfaktor von lediglich 68 %. CCS mindert auch den Wirkungsgrad um etwa 10 Prozentpunkte. Das wiederum bedarf einer 30-prozentigen Erhöhung des Brennstoffeinsatzes. Sehenden Auges werden also 30 % mehr Energie für die Stromproduktion verwendet, und das ist kontraproduktiv.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Kollege Reiß, die CO₂-Verpressung kann Leckagen oder Erdbeben verursachen. Gerade wir, die wir die alternativen Möglichkeiten haben, Erdgas unterirdisch zu lagern, sollten uns deshalb davon fernhalten.

Nach unseren Prognosen wird der Strom aus CCS-Kraftwerken auch teurer als der Strom, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, trotz der Förderung, die die erneuerbaren Energien derzeit noch brauchen. Je später CCS kommerziell genutzt wird, umso teurer wird es.

Wir haben auch Bedenken hinsichtlich einer Versalzung und Verunreinigung des Grundwassers. Wir stehen auch einer CO₂-Endlagerung skeptisch gegenüber, weil sie geothermische Bemühungen konterkariert.

Fazit: Trotz des Mangels, dass die FREIEN WÄHLER nicht Gesetzgebung fordern und wir an einer Gesetzgebung nicht vorbeikommen, sagen wir zu diesem Antrag aus umweltschutzpolitischen Gründen ein klares Ja.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich mit dem nächsten Redner fortfahre, gebe ich Ihnen kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7121, Tankstellenverordnung, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 39 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 75 Abgeordnete; es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren in der laufenden Debatte fort mit Herrn Kollegen Ludwig Hartmann von den GRÜNEN. Bitte schön.

(Zurufe von der CSU: Kurz machen!)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen; denn es wurde schon ausführlich im Ausschuss diskutiert.

(Zurufe: Sehr gut! Bravo!)

Ich möchte nur zwei Punkte anfügen. Der Einsatz von CCS-Technik bei Kohlekraftwerken in Deutschland kommt für uns definitiv nicht infrage. Wir haben bessere Formen der Energiegewinnung, nämlich die erneuerbaren Energien. Das brauche ich hier nicht zu

erwähnen, die Staatsregierung hat heute bewiesen, dass sie dies jetzt auch endlich verstanden hat. Der Einsatz von CCS wäre nur ein Strohhalm für die Kohlekraftwerke in Deutschland. Das lehnen wir definitiv ab.

Wie im Wirtschaftsausschuss möchte ich auch hier anführen, dass wir die Technik vom Prinzip her nicht komplett verteufeln wollen. Die Pilotanlage in Brandenburg reicht aber weitgehend dafür aus, um Erkenntnisse in diesem Bereich zu sammeln. Trotz aller Bemühungen und Anstrengungen im Klimaschutz könnte es eines Tages so weit kommen, dass wir bei der Biomasse über diese Technik sprechen werden, wenn es darum geht, die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre zu senken. Ich will diese Technik deshalb nicht pauschal und komplett ablehnen. Jetzt haben wir aber die wichtige Aufgabe, die Energiewende zu gestalten. Die Pilotanlage in Brandenburg kann gern weiterlaufen und weiterforschen. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir deshalb zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich jetzt das Wort an Herrn Kollegen Tobias Thalhammer geben. Bitte schön.

(Zurufe: Kurz! Kurz machen!)

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede neue Technologie hat Chancen und Risiken. Bei CCS sehe ich ein Hauptrisiko, und das wurde in der Debatte bisher noch nicht erwähnt, dass wir nämlich unser Klimaschutzziel der Kohlendioxidvermeidung falsch auslegen. Wir wollen CO₂ vermeiden, nicht verstecken. Ich will versuchen, dies an einem anderen Bild darzulegen, das können Sie mir, als einem erfahrenen Hausmann, abnehmen. Wenn ich Dreck ständig nur unter den Schrank kehre, dann habe ich vielleicht in diesem Moment den Eindruck, dass meine Wohnung sauber wird. Irgendwann wird der Dreck unter dem Schrank aber herauskommen, und meine Wohnung ist dadurch nicht sauberer geworden.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) - Allgemeine Heiterkeit)

Beim Thema CCS sollten wir nicht den Fehler wiederholen, den wir beispielsweise bei der Kernenergie gemacht haben, indem wir versuchen, irgendwelche Abfallstoffe irgendwo zu verstecken. Ich möchte aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch aus Verantwortungsbewusstsein für kommende Generationen CO₂ vermeiden und nicht CO₂ verbuddeln.

(Beifall bei der FDP)

Ein anderes Risiko besteht darin - und das will ich angesichts der Tatsache, dass wir schon fast 23.00 Uhr haben, nur kurz darlegen -, dass CCS in einer Konkurrenz zu den Gasspeichern steht, die gerade in Bayern sehr wichtig sind, aber auch in Konkurrenz zur Geothermie und zu den Bodenschätzen.

Sie sehen, ich stehe CCS sehr kritisch gegenüber. Dennoch möchte ich auf die Chancen dieser neuen Technologie hinweisen und mich auf eine Aussage beschränken, die noch nicht in Ausführlichkeit erwähnt wurde. Wenn wir beispielsweise CO₂ bündeln und effektiv einsetzen, indem wir es mit einem Algenreaktor koppeln, können wir daraus Biomasse herstellen bis hin zu Biodiesel oder können es für andere energetische Formen nutzen. Diese Forschung müssen wir weiter vorantreiben, um eventuell neue und interessante Lösungsansätze im Zeitalter der erneuerbaren Energien zu gewährleisten.

Summa summarum - ich hoffe, ich war kurz genug für Ihre Erwartungshaltung -, CCS stehe ich prinzipiell kritisch gegenüber, aber die Forschungsfreiheit ist meiner Meinung nach ein höheres Gut. In diese Richtung geht der Gesetzentwurf auf Bundesebene. Wir wollen forschen und sollten nicht von vorneherein proaktiv der Forschung irgendwelche Einschränkungen auferlegen. Deshalb werden auch wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Abschließend darf ich für die bayerische Staatsregierung der Staatssekretärin Katja Hessel das Wort geben. Bitte schön.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es geht um die Umsetzung einer EU-Richtlinie. Dafür und auch, damit wir die Forschungs- und Demonstrationsbetriebe durchführen können, brauchen wir die Bundesgesetzgebung. Darüber, dass es in Bayern keinen geeigneten CCS-Standort gibt, ist viel gesprochen worden. Wir nutzen die geeigneten Orte für Erdgas und Geothermie. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur,

Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/8702 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
KULAP neu berechnen - Spielräume zum Nutzen der bayerischen Bauern nutzen (Drs. 16/8105)

Mir wurde signalisiert, dass die Fraktionen auf eine Aussprache verzichten. - Das ist immer noch der Fall. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt auf Drucksache 16/8741 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
"Allianz Aufschwung" - für die Regionen Bayerns - Ländlicher Raum I (Drs. 16/7199)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Gerechtigkeits-TÜV für Bayern - Ländlicher Raum II (Drs. 16/7200)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
Umstellung der Verteilung der Zuschüsse zum Regionalmanagement - Ländlicher Raum IV (Drs. 16/7202)

Vonseiten der Fraktion wurde signalisiert, dass auf die zunächst vorgesehene Aussprache verzichtet wird. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Wir kommen dann sofort zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung bei den Tagesordnungspunkten 12 und 13 das Votum der jeweils federführenden Ausschüsse sowie beim Tagesordnungspunkt 14 das Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten zugrunde legen? -

(Alexander König (CSU): Ja!)

Ich sehe keinen Widerspruch, sogar Zustimmung. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in den genannten Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit sind auch die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 erledigt. Wir haben die Tagesordnung gemeinsam abgearbeitet. Ich wünsche Ihnen gute Gespräche, einen guten Nachhauseweg und schließe die Sitzung.

(Schluss: 22.55 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Neukonzeption der Belegung, Vergabe und Kostenkalkulation bei Veranstaltungen in Räumlichkeiten des Freistaats Bayern
 Drs. 16/6923, 16/8871 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Joachim Hanisch, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Kommunale Gestaltungsfreiheit im SGB II stärken!
 Drs. 16/7318, 16/8949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
 Zukunft der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in Bayern
 Drs. 16/7426, 16/8846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner u.a. CSU
Investitions- und Tourismusbarometer
Drs. 16/7748, 16/8847 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Bernd Sibler u.a. CSU,
Renate Will, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt u.a. FDP
Zwischenbericht zu den Erfahrungen mit der Übertragung des Berufungsrechts
auf die Hochschulen
Drs. 16/7790, 16/8957 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Bernd Sibler u.a. CSU,
Renate Will, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt u.a. FDP
Dritte Säule der Bildungsfinanzierung stärken: Neben BAföG und Studiendarlehen
ist die Einführung des Deutschlandstipendiums nötig!
Drs. 16/7791, 16/8958 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verringerung des Stundendeputats von Studienreferendaren
Drs. 16/7964, 16/8961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Vorsorgemaßnahmen aufgrund der Atomkatastrophe in Japan
Drs. 16/8052, 16/8950 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Reinhold Strobl, Annette Karl, Franz Schindler u.a. SPD
Arbeitsplätze von deutschen Staatsangehörigen am US-Truppenübungsplatz
Grafenwöhr-Vilseck erhalten
Drs. 16/8098, 16/8807 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Angelika Weikert,
Diana Stachowitz u.a. SPD
Für eine gute Pflege: Pflegenotstand verhindern - endlich Bedarf ermitteln!
Drs. 16/8101, 16/8868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
UN-Kinderrechtskonvention umsetzen: Rechte von unbegleiteten minderjährigen
Flüchtlings stärken
Drs. 16/8102, 16/8869 (A)

Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:

**Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finanzierung Landesseniorenvertretung
Drs. 16/8178, 16/8870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zweckgebundene Verwendung ehemaliger Holzabsatzfonds-Gelder sicherstellen
Drs. 16/8190, 16/8861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verlängerung der vereinfachten Vergabeverfahren für Kommunen bis 2012
Drs. 16/8191, 16/8848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an beruflichen Schulen gefordert
Drs. 16/8211, 16/8827 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU,
Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant u.a. FDP
Situation der Bienenhaltung in Bayern
Drs. 16/8228, 16/8742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Georg Winter, Bernd Siblinger, Martin Bachhuber u.a. CSU,
Karsten Klein, Julika Sandt, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Musik- und Kulturpflege in staatlichen Liegenschaften
Drs. 16/8231, 16/8872 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gelenkklassen
Drs. 16/8260, 16/8959 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt das Votum „Zustimmung“ der
Abstimmung zugrunde zu legen**

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnelle Regelung auf EU-Ebene für Produkte aus Klontieren und deren Nachkommen
zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Tiere
Drs. 16/8263, 16/8864 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Hacker, Brigitte Meyer u.a. FDP
Selbständigkeit der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung in Bayern erhalten
Drs. 16/8264, 16/8845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner,
Sabine Dittmar u.a. SPD
Wolfsmanagement im bayerischen Oberland
Drs. 16/8277, 16/8865 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer u.a. FDP
Verstärkte Nutzung der Wasserkraft: Vorhandene Querbauwerke nutzen
Drs. 16/8329, 16/8739 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbot von militärischen Übungsflügen über AKW
Drs. 16/8331, 16/8746 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lebensmittelsicherheit nach der Reaktorkatastrophe in Japan
Drs. 16/8332, 16/8866 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Unabhängiges Gutachten für die Sicherheitsüberprüfung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld
Drs. 16/8333, 16/8867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Flugverbot über dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld
Drs. 16/8335, 16/8745 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Siemens-Arbeitsplätze in Bayern und Franken erhalten
Drs. 16/8337, 16/8809 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Johannes Hintersberger, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP
Militärisches Flugverbot über dem Kernkraftwerk Grafenrheinfeld
Drs. 16/8352, 16/8744 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anforderungen an ein modernes Bestattungsrecht - gesellschaftliche Bedürfnisse in der Novelle umsetzen
Drs. 16/8364, 16/8813 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.06.2011 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Tankstellenverordnung (Drucksache 16/7121)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X	Görlitz Erika		X	
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike			X
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Hacker Thomas		X	
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Dr. Beckstein Günther		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hallitzky Eike			X
Dr. Bertermann Otto		X		Hanisch Joachim	X		
Dr. Beyer Thomas	X			Hartmann Ludwig			X
Biechl Annemarie		X		Heckner Ingrid		X	
Biedefeld Susann				Heike Jürgen W.		X	
Blume Markus				Herold Hans		X	
Bocklet Reinhold		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Herrmann Joachim			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hessel Katja		X	
Dr. Bulfon Annette				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dechant Thomas		X		Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dittmar Sabine				Dr. Huber Marcel			
Dodell Renate		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Donhauser Heinz				Huml Melanie			
Dr. Dürr Sepp			X	Imhof Hermann		X	
Eck Gerhard				Jörg Oliver		X	
Eckstein Kurt		X		Jung Claudia			
Eisenreich Georg		X		Kamm Christine			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Karl Annette			
Fahrenschon Georg				Kiesel Robert		X	
Felbinger Günther	X			Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten		X	
Dr. Förster Linus				Kobler Konrad		X	
Franke Anne			X	König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha			
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd			
Gantzer Peter Paul				Kreuzer Thomas			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Ländner Manfred		X	
Gehring Thomas			X	Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Glauber Thorsten	X			Lorenz Andreas			
Goderbauer Gertraud		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian			
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter			X
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	39	75	16